Die Entwicklung der deutschen Revolution und das ...

THE UNIVERSITY OF MICHIGAN
THE UNIVERSITY OF MICHIGAN
1817
LIBRARIES

Die Entwicklung der deutschen Revolution und das Kriegsende

in der Zeit vom 1. Oktober bis 30. November 1918

in Leitartikeln, Extrablättern, Telegrammen Aufrufen und Verordnungen nach den führenden deutschen Zeitungen

von Kurt Ahnert.

1 * 9 * 1 * 8
Der Burgverlag Nürnberg 18.

DD
248
.A38

ogle

Vorwort.

Das vorliegende Werkchen wird in knappester Form die wichtigsten Vorgänge des Kriegsendes und der Revolutionstage festhalten. Das Schriftchen soll jetzt und später ein Wegweiser sein. Irgendwelche parteipolitischen Absichten wurden bei der Zusammenstellung nicht verfolgt.

Bei der Sichtung des Materials, das aus vielen Tausenden Zeitungen bestand, mußte so mancher wertvolle Aufsatz zurückgelegt werden, weil er nicht in den engen Rahmen des vorliegenden Buches aufgenommen werden konnte. Der Verlag plant daher ein weiteres Werk von mehrfachem Umfang zu schaffen, in dem der Streit der Geister und Gewalten ausführlicher und anschaulicher zur Geltung kommt. Eine Fundgrube für alle Zeiten soll es werden.

Inzwischen mag das gegenwärtige Heftchen seine Aufgabe im Sturme der Wahlen zu der Nationalversammlung erfüllen.

Wenn die Ereignisse es erfordern, wird ein weiteres Buch über die

Nationalversammlung

als Fortsetzung dieses Buches herausgegeben werden. Es beginnt mit dem 1. Dezember und wird voraussichtlich mit dem Ergebnis der Wahlen enden.

Verfasser und Verlag.

Copyright 1918 by Burgverlag, Nürnberg 18.

Schwäbische Tagwacht, Stuttgart:

Deutschland an einem Wendepunkt.

Wer heute vor 8 Tagen den Reichskanzler Grafen Hertling im Hauptausschuß des Reichstages reden hörte, war sich im klaren darüber, daß ein Kanzlerwechsel nicht mehr lange auf sich warten lassen würde. Es war nicht die unentbehrliche, kraftvolle, zielklare, führende Persönlichkeit, die hier in ernster Stunde zu den Vertretern des deutschen Volkes sprach, sondern ein alter Herr mit verbrauchten Kräften. Nach Großvaterart suchte er besänftigend und beschwichtigend auf die erregten Gemüter einzureden, hatte aber wenig Erfolg. Graf Hertling stieß denn auch mit seiner kurzen Einleitungsrede auf so lebhaften Widerspruch, wie er vor ihm kaum einem Kanzler im Hauptausschuß begegnet ist. Der Beifall der Konservativen am Schluß der Rede, der nicht etwa voller innerer Uebereinstimmung mit den dargelegten Anschauungen entsprang, sondern nur eine Gegenkundgebung gegen die Kundgebungen der Unzufriedenheit bildete, wurde durch das Zischen der Linken erstickt. In den weitesten Kreisen, bis tief in das Zentrum hinein, war die Ansicht vorherrschend, daß die ernste Lage der politischen Leitung Deutschlands nicht mehr gestatte, in den ausgefahrenen Geleisen weiter zu fahren, in denen sie sich seit Jahr und Tag mit negativem Erfolg bewegte.

Die Vertretung der deutschen Sozialdemokratie hatte tags zuvor kurz, klar und bestimmt zum Ausdruck gebracht, was sie vom Stand der Dinge hielt. Nach diesem sozialdemokratischen Beschlusse lautete die Frage nicht mehr: ob, sondern: wann Graf Hertling vom Kanzleramt zurücktreten werde. Die Erkenntnis, daß die Lage, in die Deutschland geraten, eine entscheidende Mitwirkung der Sozialdemokratie an der Regierung erfordere, hatte rasch bei der großen Mehrheit der Reichstagsparteien Eingang gehalten. Die Sozialdemokratie aber gab unzweideutig zu verstehen, daß in einer Regierung Hertling für sie kein Platz sei. Hatte sie unter Aufrechterhaltung des alten Systems an den Regierungsgeschäften teilgenommen, so hätte sie dem deutschen Volke in seiner ernstesten Schicksalsstunde keine nützlichen Dienste zu leisten vermocht.

Die Entscheidung ist nun rascher gefallen, als noch vor wenigen Tagen erwartet wurde. Der Fortgang der militärischen Ereignisse im Westen, in Mazedonien und Palästina und der Abfall Bulgariens hat den ungeheuren Ernst der Stunde dem ganzen Volke mit ungeheurer Eindringlichkeit zum Bewußtsein gebracht. Die Frage drängte sich auf,

was geschehen könne, um die zur Abwehr der Gefahren erforderlichen Kräfte zu entfesseln und wie die Hindernisse eines baldigen Friedensschlusses, soweit sie auf unserer Seite liegen, radikal beseitigt werden können.

Wie die Dinge liegen, gibt es nur zwei Wege: Demokratie oder Diktatur. Das System Hertling, das den ersten Schritt zur Parlamentarisierung darstellte, war eine Halbheit, ein Kompromiß. Hertling war durch den Willen der Julimehrheit des Reichstags an die Spitze des Reichs berufen worden. Er war festgelegt auf ein von dieser Mehrheit aufgestelltes Programm. Aber er wollte auf Grund seiner Staatsauffassung kein parlamentarisch regierender Staatsmann sein. Ich mache die Politik! So hatte er noch im Juli dieses Jahres unter Hinweis auf den Buchstaben der Reichsverfassung verkündet. In Wahrheit machte aber nicht er die Politik, sondern die „anderen Faktoren", die zu allen Zeiten auf Umwegen einen starken Einfluß auf die deutschen Regierungsgeschäfte ausübten. Diese „anderen Faktoren" waren ihm im Wege bei der Durchführung der Grundsätze, auf die er sich bei Beginn des Kanzleramtes festgelegt hatte. Hertling hatte sich auf den Verständigungsfrieden und das Selbstbestimmungsrecht der Völker festgelegt, in Brest-Litowsk aber schloß er den Gewaltfrieden, der zu einem der größten Hindernisse des Weltfriedens geworden ist. Er hatte sich für die Demokratisierung Preußens verbürgt, brachte aber nicht die Kraft auf, die Widerstände zu überwinden, sondern seilschte um „Sicherungen". Die Erklärungen über die Wiederherstellung Belgiens mußten ihm erst zäh abgerungen werden und dann ließ er sie wieder entwerten durch Veröffentlichung von anderen Erklärungen, die als überholt angesehen worden waren. Die Unschlüssigkeit, die Zickzackpolitik, die Vorbehalte, die Zweideutigkeit, die der Regierung Hertlings das Gepräge gaben, haben uns draußen in der Welt viel geschadet. Darum konnte es kein Zusammenarbeiten der Sozialdemokratie mit dem Kanzler Hertling geben.

Aber in einem Personenwechsel allein kann Deutschland die Rettung nicht finden. Der Wechsel des Systems, den wir stets gefordert haben, ist nun zum Gebot der Stunde geworden. Der Kaiser hat diesem Gebot der Stunde Rechnung zu tragen sich genötigt gesehen, und mit der Genehmigung des Hertlingschen Rücktrittsgesuchs zugleich sein Einverständnis bekundet, daß das deutsche Volk wirksamer als bisher an der Bestimmung der Geschicke des Vaterlandes mitarbeitet, und „daß Männer, die vom Vertrauen des Volkes getragen sind, im weiten Umfang teilnehmen an den Rechten und Pflichten der Regierung".

Damit rückt das Deutsche Reich endlich in die Reihe der Staatswesen ein, deren Regierungen getragen werden von den gewählten Volksvertretungen. Es geschieht das reichlich spät, wie vieles, was unerläßlich war in diesem Kriege, so bedenklich spät geschehen ist. Wir hoffen, daß es für die große Wendung in der Geschichte des Deutschen Reiches, die nunmehr vor sich geht, nicht zu spät ist. Wäre sie vor zwei, drei Jahren aus freien Stücken herbeigeführt worden, so würde sie

eine gewaltige Wirkung hervorgebracht, in unserem Volke Riesenkräfte mobil gemacht und in der Welt draußen den Eindruck hervorgerufen haben, daß das deutsche Volk auch verfassungsrechtlich nicht zurückbleiben will hinter irgend einer anderen Nation der Welt. Ob der Eindruck jetzt noch ein großer sein wird?

Bei den Parteien der Rechten fehlt auch in dieser Stunde noch das Verständnis für die geschichtlichen Notwendigkeiten. Sie zetern weiter über die verwünschte Demokratisierung, die sie nicht aufhalten konnten, und machen kein Hehl daraus, daß sie die Diktatur der Demokratie vorgezogen hätten, wenn sie die Macht hätten, ihren Willen durchzusetzen. Man braucht indessen nur die ruhige Vernunft zu Rate ziehen, um zu erkennen, daß die Diktatur just in diesem Moment der helle Wahnwitz wäre. Wer Deutschland erhalten will in den Stürmen, die es umtoben, muß sich auf die freiwillige Mitarbeit des sein Schicksal selbst schmiedenden Volkes verlassen.

Eine Minute vor Zwölf.

Nach der **„Köln. Volksztg."** erklärte das Herrenhausmitglied Stegerwald, ein Führer der katholischen Arbeitervereine, in einer Versammlung: In der Weltlage sei in den letzten Tagen eine ungünstige Wendung eingetreten, die sich indessen seit Freitag wieder gebessert habe. Die Heeresleitung erklärt, daß an der Westfront Wesentliches nicht zu befürchten ist. „Halten wir sie bis zum Oktober, dann wird im Winter ein einheitlicher Ausbau der ganzen Westfront zu einer gewaltigen Festung durchgeführt. Alle unsere Abwehrwaffen, besonders auch gegen die Tanks, werden vervollkommnet. In den nächsten Tagen wird es auf des Messers Schneide stehen, ob Deutschland entsprechend seiner Volkskraft künftig mit anderen Völkern gleichberechtigt in der Welt arbeiten und leben darf, oder ob seine künftigen Lebensbedingungen von Washington, London und Paris vorgeschrieben werden. Der Kriegszielstreit erweist sich mit jedem Tage überflüssiger. Das Kriegsziel des deutschen Volkes ist: sich seiner Haut so lange zu wehren, bis der Vernichtungswille der Feinde gebrochen, bis ihm zugestanden wird, was es an Licht und Luft zum Leben braucht. Im Wahlrechtsstreit glaube ich, ist jetzt die Stunde gekommen, daß man im Zentrumslager wieder auf einen einheitlichen Boden tritt. Für das deutsche Volk im ganzen steht jetzt der Zeiger der Weltuhr auf eine Minute vor zwölf. Um 12 Uhr hat das deutsche Volk die Probe vor aller Welt abzulegen, ob ihm der Parteihader höher steht als Existenz und Zukunft. In dieser Stunde ist notwendig: Schließung der Front unter starker Führung. Gegenwärtig überlegt man, ob man eine Regierung der nationalen Verteidigung bilden soll. Ich bin dafür,

und in den entscheidenden Momenten im Leben eines Volkes darf man nicht über verfassungsmäßige Zwirnfäden stolpern. Ich bin dafür, daß man den Sozialdemokraten entgegenkommt. Aber daß man die Sozialdemokraten zu Ministern macht, damit allein ist nicht geholfen, sondern es ist auch notwendig, daß die sozialdemokratischen Zeitungen und andere Blätter sich entschließen, nicht alles durch die Parteibrille zu sehen und zu kritisieren, sondern dem Volke in der Stunde der Not und Gefahr Worte der Ermunterung und Zuversicht zuzurufen. Diese Stimmung muß geschaffen werden, ebenso eine Regierung der nationalen Verteidigung, aber auch ein geschlossenes Volk der nationalen Verteidigung, ein Volk, das einig ist in dem Gedanken: Deutschland muß leben, und wenn wir sterben müssen.

Ein Erlaß des Kaisers.

Berlin, 30 Sept. Der Hauptausschuß des Reichstages trat Montag nachm. 2 Uhr unter sehr starker Beteiligung der Reichstagsmitglieder, sowie von Vertretern der Reichsregierung zusammen.

Stellvertreter des Reichskanzlers v. Payer verliest folgenden

Erlaß des Kaisers an den Reichskanzler Grafen Hertling:

Ew. Exzellenz haben mir vorgetragen, daß Sie sich nicht mehr in der Lage glauben, an der Spitze der Regierung zu verbleiben. Ich will mich Ihren Gründen nicht verschließen und muß mit schwerem Herzen Ihrer weiteren Mitarbeit entsagen. Der Dank des Vaterlandes für das von Ihnen durch Uebernahme des Reichskanzleramtes in ernster Zeit gebrachte Opfer und die von Ihnen geleisteten Dienste bleibt Ihnen sicher.

Ich wünsche, daß das deutsche Volk wirksamer als bisher an der Bestimmung der Geschicke des Vaterlandes mitarbeitet. Es ist daher mein Wille, daß Männer, die vom Vertrauen des Volkes getragen sind, in weitem Umfange teilnehmen an den Rechten und Pflichten der Regierung. Ich bitte Sie, Ihr Werk damit abzuschließen, daß Sie die Geschäfte weiterführen und die von mir gewollte Maßnahme in die Wege leiten, bis ich den Nachfolger für Sie gefunden habe. Ihren Vorschlägen hierüber sehe ich entgegen.

Großes Hauptquartier, 30. September 1918.

gez. Wilhelm I. R.

gegengez. Dr. Graf v. Hertling.

Der

Vizekanzler von Payer

fügte hinzu: Für diesen Erlaß, durch den der Kaiser dem ernstlichen Willen Ausdruck gibt, daß dem Wunsch des nun schon seit Jahren so Gewaltiges leistenden und ertragenden deutschen Volkes nach

einer verstärkten Mitwirkung bei der Leitung der Geschäfte des Deutschen Reiches weitgehend Rechnung getragen wird, gebührt ihm unser aufrichtiger Dank.

Im Auftrage des Herrn Reichskanzlers werden wir heute noch in Beratungen mit den Führern der einzelnen Parteien über den besten Weg, zu diesem Ziele zu gelangen, eintreten, und haben die Hoffnung, daß es uns gelingen werde, in kürzester Frist diese für die Zukunft unsres Vaterlandes höchst bedeutsame Entwicklung zu einer unsere Einigkeit und Kraft stärkenden Lösung zu bringen.

Vorsitzender

Abg. Ebert (Soz.)

schlägt Vertagung auf unbestimmte Zeit vor.

Abg. **Ledebour** (U. Soz.) widerspricht. Im Gegenteil müsse der Reichstag einberufen werden.

Reichstagspräsident Fehrenbach:

Es handelt sich nur um eine Vertagung der Debatte. Die sonst zur Verhandlung stehenden Fragen würden nur geringer Teilnahme begegnen. Die Einberufung des Reichstages hängt ab von der Willensmeinung der Parteien. Wenn die Regierungskrisis ihre Erledigung gefunden hat, wird der Reichstag zusammentreten müssen. Ueber den Termin ist ein Einverständnis mit allen Instanzen herbeizuführen.

Abg. **Dr. Cohn** (U. Soz.): Die militärische Lage ist ernst. Auch die bulgarische Lage kommt hinzu. Es liegt eine Fülle anderer Geschäfte vor. Warum will sich der Ausschuß selbst absetzen?

Vorsitzender **Ebert**: Der Ausschuß soll zusammenbleiben, aber die Verhandlungen über die Zusammensetzung der Regierung machen die Weiterberatung im Ausschuß unmöglich.

Abg. **Dr. Cohn** (U. Soz.): Die wichtigsten Beratungen dürfen sich nicht mit Ausschluß der Oeffentlichkeit vollziehen.

Abg. **Ledebour** (U. Soz.): Die neue Situation macht den sofortigen Zusammentritt des Reichstages unabweisbar. Wir bestehen auf unserem Antrag, ihn sofort einzuberufen. Ein Grund zur Verzögerung liegt nicht vor.

Präsident **Fehrenbach**: Nach Lösung der Krisis ist der Reichstag zusammenzuberufen. Während der Krisis wäre der Reichstag nicht der geeignete Ort, Entscheidungen zu treffen.

Abg. **Dr. David** (Soz.): Niemand hat den Vorsitzenden mißverstanden außer den Unabhängigen. Die Debatte fortzusetzen, in der der Ausschuß stand, wäre zwecklos und sachlich unmöglich, weil wir keine Regierung uns gegenüber haben. Der Reichstag muß bald zusammentreten. Ueber den Zeitpunkt hat sich der Seniorenkonvent schlüssig zu machen.

Der Vertagungsantrag wird gegen die Stimmen der unabhängigen Sozialisten angenommen.

Nach dem Bukarester Frieden.

Köln, 1. Okt. Die „Köln. Ztg." meldet aus Wien: Sehr auffällig erscheint der hiesigen Oeffentlichkeit die Zuziehung Bratianus zu dem Kronrat in Jassy, dessen angeblicher Zweck ein Beschluß über des Kronprinzen eigenmächtige Ehe ist. Auch sonst werden Einzelheiten verzeichnet, die wiederum ein Wachsen der verbandsfreundlichen Regungen im unbesetzten Rumänien erkennen lassen.

Norddeutsche Allgemeine Zeitung:

Die letzte Rede Wilsons.

Einem ausführlichen Bericht über Wilsons letzte Rede entnehmen wir folgende Darlegungen:

Der Völkerbund kann nicht jetzt geformt werden. Wenn er jetzt geformt würde, würde er nur ein neues, auf die gegen den gemeinsamen Feind verbundeten Nationen beschränktes Bündnis sein. Es ist auch nicht wahrscheinlich, daß er nach dem Friedensschluß geformt werden könnte. Es ist notwendig, den Frieden zu garantieren. Die Ursache, warum ich wiederum in klaren Worten darüber spreche, warum er garantiert werden muß, ist, daß es Teilnehmer an dem Frieden geben wird, deren Versprechungen sich als unzuverlässig herausgestellt haben und daß deshalb im Zusammenhang mit dem Friedensabkommen selbst Mittel gefunden werden müssen, um diese Quelle der Unsicherheit zu entfernen. Es wäre töricht, die Garantie der späteren freiwilligen Aktion der Regierung zu überlassen, die, wie wir gesehen haben, Rußland zerstörte und Rumänien betrug.

Aber diese allgemeinen Worte geben noch kein Bild von der ganzen Sache. Es sind noch Einzelheiten notwendig, um zu erreichen, daß sie weniger wie eine These klingt und mehr wie ein praktisches Programm.

Erstens, die unparteiische Gerechtigkeit, die zugemessen wird, darf keine Unterscheidung zwischen denen mit sich bringen, denen gegenüber wir gerecht zu sein wünschen, und jenen, denen wir gegenüber nicht gerecht zu sein wünschen. Es muß eine Gerechtigkeit sein, die keine Begünstigten kennt und keine Abstufungen, sondern nur gleiche Rechte für die beteiligten Völker.

Zweitens, kein besonderes, abgesondertes Interesse irgendeiner einzelnen Nation oder Gruppe von Nationen kann zur Grundlage irgendeines Teiles des Abkommens gemacht werden, wenn es sich mit dem gemeinsamen aller nicht verträgt.

Drittens, in der gemeinsamen Familie des Völkerbundes kann es kein Band, kein Bündnis und auch keine besonderen Verträge oder Vereinbarungen geben.

Viertens, nun ergehe ich mich ins einzelne. Es kann innerhalb des Bundes keine besonderen selbstischen wirtschaftlichen Kombinationen geben, keine Anwendung eines wirtschaftlichen Boykotts in irgendeiner Form oder Ausschließung, ausgenommen Machtvollkommenheit, die dem Völkerbunde erteilt wird, wirtschaftliche Strafen durch Ausschluß von den Weltmärkten zu verhängen und diese wiederum als Mittel der Disziplin und Kontrolle.

Fünftens, alle internationalen Abmachungen und Verträge jeder Art müssen vollinhaltlich der übrigen Welt mitgeteilt werden. Die besonderen Bündnisse und wirtschaftlichen Rivalitäten und Feindschaften sind in der modernen Welt eine ergiebige Quelle von Plänen, die Kriege heraufbeschwören. Ein Friede, der dies nicht in bestimmten Ausdrücken ausschlösse, würde unaufrichtig und ungewiß sein.

Das Vertrauen, mit dem ich für unser Volk über diese Dinge spreche, entspricht nicht nur den Traditionen und wohlbekannten Grundsätzen internationaler Akte, zu denen wir uns immer bekannt haben, und denen wir immer gefolgt sind. In demselben Satze, in dem ich sage, die Vereinigten Staaten schließen keine besonderen Verträge oder Abkommen mit einzelnen Nationen, bin ich auch bereit zu sagen, daß die Vereinigten Staaten willens sind, ihren vollen Anteil an der Verantwortlichkeit für die Einhaltung der gemeinsamen Abmachungen und Verträge, auf denen der Friede in Zukunft beruhen muß, zu übernehmen.

* * *

Die Erwiderungen und Einwände, die auf Wilsons neue Rede gemacht werden müssen, sind die alten, weil er seine alten ungerechten Anschauungen vorgetragen hat. Er wirft Deutschlands Politik Unzuverlässigkeit vor; kann dies der Führer einer Koalition, in deren Reihen Staaten wie Italien und Rumänien sind, die geheiligte Verträge brachen und den Bundesgenossen in den Rücken fielen? Ist nicht die Unwahrhaftigkeit Wilsons um so größer, als er weiß, daß diese Treubrüche das Werk der Anstiftung und der Verführung der Ententediplomatie sind, die er als so rein und vorbildlich hinstellen möchte?

Wilson beschuldigt Deutschland, daß es Rußland zerstört und Rumänien betrogen habe. Deutschland hat mit diesen beiden Mächten Krieg geführt, nachdem es von ihnen angegriffen worden war. Der Krieg hat den inneren Zerfall Rußlands, die Niederlage Rumäniens zur Folge gehabt und schließlich in beiden Ländern den Willen erzeugt, Frieden zu schließen. Dieser ist in aller Ordnung

abgeschlossen worden und hat beiden Staaten die Möglichkeit gegeben, sich dem Werk des Aufbaues zuzuwenden. Wenn dies in Rußland noch nicht so weit vorgeschritten ist, wie dies zu wünschen wäre, so weiß wohl Herr Wilson ebensogut wie wir, wer die Schuld daran trägt, daß Rußland nicht zur Ruhe kommt und daß immer noch Kräfte am Werke sind, es von neuem in den Krieg zu hetzen. In Rumänien aber beginnen sich die Narben zu schließen; es wird niemand bestreiten können, daß das Land, das ohne Recht und Grund sich am Kriege beteiligte und zu seiner Verlängerung beitrug, sehr glimpflich weggekommen ist.

Wenn man Herrn Wilson alles dies zum ersten Male entgegenhält, so ist dies eigentlich zwecklos, denn vermutlich wird er es ebensogut wissen wie wir, wenigstens in Stunden, in denen er sich selbst gegenüber ehrlich sein kann. Wir sehen deswegen den ernsteren Kern seiner Rede in den fünf Punkten, in denen er, wie übrigens schon früher, einen neuen Ideengehalt künftiger internationaler Beziehungen zu präzisieren sucht und die auch vom deutschen Standpunkte aus keine grundsätzlichen Bedenken erwecken.

Die Konservativen wollen sich an der Regierung beteiligen.

WTB **Berlin**, 1. Oktober. Die deutsch-konservative Fraktion des Reichstages hat in ihrer heutigen Sitzung folgenden Beschluß gefaßt. Die konservative Fraktion war und ist entschlossen, sich auf den Boden des kaiserlichen Erlasses vom 30. September zu stellen und sich, auch unter Opfern der Ueberzeugung, an einer Regierung zu beteiligen, die sich zur Aufgabe macht, alle Kräfte des Volkes in gemeinsamer Einheitsfront für die ehrenvolle Beendigung des Krieges einzusetzen.

Der Beschluß der Herrenhauskommission.

WTB **Berlin**, 1. Oktober. In der heutigen Sitzung der 17. Kommission des Herrenhauses wurde nach kurzer Aussprache unter Ablehnung der Anträge auf Einführung eines Berufs- oder eines Gruppenwahlrechts dem gleichen, allgemeinen, direkten Wahlrecht nach der Regierungsvorlage unter Hinzufügung einer Zusatzstimme für ein Alter von 40 Jahren zugestimmt. Die Weiterberatung wurde sodann auf morgen vertagt.

Tschechische Lärmszenen im österreichischen Abgeordnetenhaus.

Aus Wien wird gemeldet: Präsident Dr. Groß eröffnete die Sitzung des Abgeordnetenhauses mit einer Rede, in der er dem Wunsche nach Frieden Ausdruck gab und die Parteien aufforderte, sich zur Verteidigung des Vaterlandes zusammen zu schließen. Fast nach jedem Satz wurde die Rede von den Tschechen lärmend unterbrochen. Gleich zu Beginn der Rede, als der Ministerpräsident des Bündnisses mit dem Deutschen Reiche gedachte, brachen die Tschechen in minutenlange Rufe aus: „Los von Deutschland!" Auf deutscher Seite wurde mit einem Hoch auf die deutschen Bundesgenossen geantwortet. Im großen und ganzen machte die Rede einen sehr guten Eindruck und wurde von den Deutschen mit starkem Beifall aufgenommen.

„Leipziger Neueste Nachrichten".

Der bulgarische Waffenstillstand.

Rotterdam, 1. Oktober. Der „Nieuwe Rotterd. Cour." meldet aus Paris: Nach amtlichen Mitteilungen ist der Waffenstillstand mit Bulgarien unter den von der Entente festgesetzten Bedingungen unterzeichnet worden. Bulgarien hat diese Bedingungen sämtlich angenommen. Die Feindseligkeiten in Mazedonien sind eingestellt.

Schon am Montag lagen uns Nachrichten aus dem neutralen Auslande vor, die den Abschluß des Waffenstillstandes mit Bulgarien berichteten, und auch diese Meldung kommt über ein niederländisches Blatt aus dem Lager der Feinde. Das läßt sie von vornherein mit sehr kritischen Augen ansehen. Bedauerlich bleibt es nur, daß gegenüber diesem Wust von Gerüchten von feindlicher Seite nicht eine einzige Meldung aus deutscher Quelle vorliegt oder wenigstens veröffentlicht wird. Die einzige Aeußerung von offiziöser Seite ist eine erregte Bemerkung der „Norddeutschen", die darauf hinweist, daß unser Vertreter in Sofia, Graf Oberndorff „jederzeit die Pflichten seines Amtes mit der größten Sorgfalt wahrgenommen und auch die Lage in Bulgarien jederzeit richtig beurteilt habe." Das wurde nachträglich auch von unserem Gesandten in Bukarest behauptet, in beiden Fällen bleibt aber die Frage offen, warum wir dann trotzdem von dem Treubruch überrascht worden sind.

In der Rotterdamer Meldung wird erklärt, der Waffenstillstand — ursprünglich sollte er abgelehnt worden sein — sei unter den von der

Digitized by Google

Entente festgesetzten Bedingungen abgeschlossen. Nach Meldungen der gegnerischen Presse — amtlich liegen keine Erklärungen vor — sollen diese Bedingungen bestehen in folgenden Forderungen: Entwaffnung des bulgarischen Heeres, Auslieferung der bulgarischen Eisenbahnen und Besetzung Bulgariens durch Truppen der Entente. Sollten wirklich die bulgarischen Unterhändler einen solchen Waffenstillstand abgeschlossen haben, so ergibt sich zunächst die Frage, ob die gesamte bulgarische Armee damit einverstanden ist und ob zweitens das bulgarische Volk sich willenlos dem Diktum dieser verräterischen Partei fügen wird. Es wäre doch anzunehmen, daß ein großer Teil des Heeres und der Bevölkerung sich dem gewaltsam widersetzen wird, da man doch ganz genau weiß, daß die Entente, die sich öffentlich für die Wiederherstellung Serbiens eingesetzt hat, Bulgarien im besten Fall die Grenzen von 1914 zubilligen kann. Ueber alle diese Dinge wissen wir nichts, ebensowenig wie von der Sitzung der Sobranje, die am Montag beginnen sollte. Nun sind deutsche und österreichisch-ungarische Truppen nicht nur in großer Zahl in Bulgarien angekommen, sondern auch, wie der offiziöse Telegraph meldete, in Sofia mit Jubel empfangen worden. Wenn diese Nachricht telegraphiert werden konnte, so sollte man annehmen, müßte doch auch einiges weitere drahtlich übermittelt werden können. Daß wir aber im Zeitalter des Telefons seit 48 Stunden nichts erfahren, ist nicht nur im Hinblick auf die besorgte Stimmung im Lande — die, wenn sie von deutscher Seite keine Aufklärung erhält, sich wie immer an die von feindlicher Seite ausgestreuten Gerüchte hält — tiefbedauerlich, sondern fängt bereits an, seine verhängnisvollen Folgen zu äußern, indem nämlich vielfach angenommen wird, daß sich in Bulgarien Dinge ereignet hätten, die man nicht zu veröffentlichen wagt.

Allen diesen Gerüchten gegenüber, die zu bekämpfen man auch hier wieder einzig und allein der vielgeschmähten Presse überläßt, ist immer wieder auf das beruhigende Moment dieser schweren und bedrohlichen Krise hinzuweisen: die Anwesenheit zahlreicher deutscher Truppen auf bulgarischem Boden. Bulgarien ist ein so außerordentlich wichtiges Verbindungsstück nach der Türkei hin, daß wir schon im Interesse unserer einheitlichen Front Bulgarien einfach nicht ausfallen lassen können. Und selbst wenn die bulgarische Regierung und die Sobranje sich hinter diesen Treubruch stellten und einen Waffenstillstand unter solchen Bedingungen guthießen, es bleibt eine dare Unmöglichkeit, daß an Stelle Bulgariens sozusagen ein luftleerer Raum entstände. Und die Anwesenheit ausreichender deutscher und österreichisch-ungarischer Truppen auf bulgarischem Boden würde hinreichen, um dem bulgarischen Volke die Bedeutung des Wortes zu Gemüte zu führen: Wer nicht mit mir ist, der ist wider mich.

Sind die bulgarischen Unterhändler oder ist eine bulgarische Regierung wirklich so naiv, anzunehmen, wir würden ruhig zusehen, daß die bulgarischen Bahnen — die Orientbahn von Belgrad nach Konstantinopel — von Ententetruppen besetzt werden, ja daß die Front

der Entente sich durch Bulgarien vorschiebt bis an die Donau und bis Adrianopel und Risch, — nun dann werden diese Herrschaften wohl sehr bald dessen inne werden, daß in diesem Falle die deutschen Truppen die Vorhand haben. Einstweilen möchten wir aber annehmen, daß es in Bulgarien, trotz der Wühlereien der Entente, noch eine starke Partei gibt, die daheim und an der Front an der Seite der bewährten Bundesgenossen aushalten, durch die ganz allein Bulgarien ja hoffen kann, die von ihm beanspruchten Gebietsteile wirklich dauernd zu erhalten.

Auch hier haben sich die Sünden der Vergangenheit bitter gerächt. Und es ist unsere jämmerliche Rücksichtnahme auf eine mögliche Empfindlichkeit anderer, diese verhängnisvolle Rückgratlosigkeit unserer Politik, die trotz aller Lehren dieses Weltkrieges es zugelassen hat, daß nicht auch Bulgarien mit Amerika brach, und daß der amerikanische Gesandte in Sofia geblieben ist. Er war in diesem Falle natürlich der Leiter der Ententespionage und der allzeit über Riesengelder verfügende Organisator der Ententepropaganda, dem wir leider immer nur ein paar haemlose Druckschriften entgegenzusetzen vermochten, die gegenüber einer systematischen Ueberredung durch persönliche Agitation, durch eine systematische Bearbeitung der öffentlichen Meinung und durch klingende Dollars, so gut wie nichts ausrichten können. Ob unser Gesandter in Sofia auch diese Tätigkeit des amerikanischen Gesandten richtig eingeschätzt und ihr entgegengewirkt hat, darüber vermissen wir in dem zornigen Erguß der Norddeutschen jeden Hinweis. Und damit, daß wir nun heute mit einem: Wie war es nur möglich . . . diese Unglaublichkeiten registrieren, ist diesen unerhörten Versäumnissen ja noch nicht einmal abgeholfen, und es bleibt nur die Hoffnung übrig, daß die deutschen Truppen auf bulgarischem Boden die diplomatischen Fehler noch in letzter Stunde wieder gut zu machen und die Situation zu retten vermögen.

Die militärische Lage in Bulgarien.

Die letzten zuverlässigen Nachrichten aus Bulgarien lassen erkennen, daß die militärischen Bedingungen keineswegs so bedrohlich sind, wie im ersten Augenblick scheinen könnte. Tatsächlich rollen Tag und Nacht deutsche und österreichisch-ungarische Verstärkungen heran, die bereits im Ausladen begriffen sind. Im allgemeinen ist die Lage noch unklar, doch drängt auch hier alles zu einer Entscheidung, die stündlich erfolgen kann.

Die Bedingungen für den Waffenstillstand.

Das Amsterdamer „Handelsblad" erfährt aus London: In der Antwort der Entente auf das bulgarische Friedensangebot soll mitgeteilt werden, daß die Feindseligkeiten nicht eingestellt werden können, ehe Bulgarien nicht mit Deutschland, Oesterreich-Ungarn und der Türkei breche. Unter den Bedingungen, die man Bulgarien stellen werde, würden sich wahrscheinlich die folgenden befinden:

Digitized by Google

1. Entwaffnung und Demobilisierung der bulgarischen Armee, 2. Uebergabe seiner Eisenbahnen an die Alliierten, 3. Räumung allen Gebietes, das Bulgarien seit seiner Teilnahme am Kriege besetzt hat, 4. Preisgabe aller Zugänge zu den Straßen, die nach der Türkei, Oesterreich und Ungaen führen, an die Alliierten.

	Mittwoch, 2. Oktober 1918	

Der „Vorwärts", Berlin:

Das Programm der neuen Regierung.

Von dem Programm der neuen Regierung kann folgendes gesagt werden: Die neue Regierung wird es als ihre Aufgabe betrachten, der Welt und dem deutschen Volke den Frieden wiederzugeben. Dieser Frieden soll ein dauernder sein. Er soll sich auf den Völkerbund gründen und die allgemeine Abrüstung ermöglichen. Er soll die politische und wirtschaftliche Freiheit der Völker sichern und den Wirtschaftskrieg nach dem Kriege ausschließen. Dies der allgemeine Grundsatz. Der Formulierung im einzelnen kann noch nicht vorgegriffen werden. Es ist jedoch zu erwarten, daß sie den sozialdemokratischen Forderungen entsprechen wird. Dasselbe gilt von Reformen im Innern, die eine tiefgreifende Demokratisierung bezwecken.

Der **„Vorwärts"** veröffentlicht heute folgenden Bericht über die

Umrisse der neuen Regierung:

Reichskanzlei.

Reichskanzler: Prinz Max von Baden
Vizekanzler: von Payer.
Staatssekretär ohne Portefeuille: Scheidemann und ein Zentrumsabgeordneter.
Ein parlamentarischer Unterstaatssekretär: Ein Sozialdemokrat.

Staatssekretariat des Aeußern.

Staatssekretär: Einer von drei vorgeschlagenen Diplomaten, die alle drei mit ihrer Ueberzeugung auf dem Boden des neuen Regierungsprogramms stehen.

Zwei parlamentarische Unterstaatssekretäre: Parteien noch unbestimmt.

Reichsarbeitsamt. (Neu.)

Staatssekretär: Ein Sozialdemokrat. (Ueber die Person soll noch die Generalkommission der Gewerkschaften befragt werden).

Zwei parlamentarische Unterstaatssekretäre: Ein Fortschrittler und ein Zentrumsmann.

Reichsamt des Innern.

Staatssekretär: Ein Zentrumsabgeordneter.

Reichspresseamt. (Neu.)

Staatssekretär: Erzberger (Ztr.).

Zwei parlamentarische Unterstaatssekretäre: Ein Fortschrittler und ein Sozialdemokrat.

Reichswirtschaftsamt.

Staatssekretär (wie bisher): von Stein.

Ein parlamentarischer Unterstaatssekretär: Ein Sozialdemokrat.

Reichsschatzamt.

Staatssekretär (wie bisher): Graf Roedern.

Ein parlamentarischer Unterstaatssekretär: Ein Zentrumsabgeordneter.

Preußisches Staatsministerium.

Sozialdemokratie, Zentrum und Fortschrittspartei stellen je einen Minister.

Der „Vorwärts", Berlin:

Die Stellung der Sozialdemokratie.

In einem Leitartikel schreibt der „Vorwärts": „Zwei Tatsachen stehen heute fest: Die neue Regierung des Deutschen Reiches wird die Aufgabe haben, Frieden zu schließen, und die Sozialdemokratie wird sich an ihr beteiligen. Die Beteiligung ist am Mittwoch von der Reichstagsfraktion nach Kenntnisnahme eines Berichtes über die gesamte Lage, nach Erwägung aller ungeheuren Schwierigkeiten, nach reiflicher Beratung des Für und Wider mit erdrückender Mehrheit beschlossen worden. Es ist selbstverständlich, daß man ver-

schiedener Meinung darüber sein konnte, ob der gewählte Zeitpunkt für den Eintritt der richtige war, ob die sachlichen und persönlichen Garantien, die den Sozialdemokraten gegeben wurden, genügen oder nicht. Ebenso selbstverständlich aber ist, daß jetzt nicht die Zeit dazu da ist, darüber zu streiten. Die Zeit fordert nicht Diskussion, sondern Aktion. Die schwerste Aktion, die die Partei jemals unternommen hat, ist eingeleitet, und jetzt ist es unser aller Pflicht, sie aufs entschiedenste zu unterstützen. In der neuen Regierung wird die erste Aufgabe der Partei die sein, alle Hindernisse für einen raschen Friedensschluß zu beseitigen, deren Beseitigung für das deutsche Volk kein Schaden, sondern ein Nutzen ist. Diese Hindernisse sind: Alle Einrichtungen, die mit dem demokratischen Grundcharakter eines Staatswesens unvereinbar sind, alle Schwierigkeiten, die der Gründung eines Völkerbundes, der obligatorischen Schiedsgerichtsbarkeit und der allgemeinen Abrüstung in den Weg gelegt werden, schließlich jede Verstellung auf die Idee. Deutschland müsse aus diesem Kriege mit irgendwelchen offenen oder versteckten Annektionen, sei es auch „nur" im Osten, hervorgehen. Diese Hindernisse müssen radikal beseitigt werden, und die Umstände sprechen dafür, daß die Schwierigkeiten, die sich ihrer Ueberwindung entgegenstellen, durchaus nicht unübersteigbar sein werden. Die Sozialdemokratie wird dahin wirken müssen, daß von deutscher Seite zur raschen Herstellung eines dauernden Friedens alles getan wird, was mit der Ehre und Zukunft des deutschen Volkes vereinbar ist. Sie wird auf der anderen Seite den Gegnern gegenüber den Beweis zu führen haben, daß ein Friede, der die Zukunft des deutschen Volkes aufs schwerste belastet, kein wirklich dauernder sein könnte. Es ist das gemeinsame Interesse aller Völker, den Krieg ein für alle Mal aus der Welt zu schaffen. Das ist aber nicht möglich, wenn eine Regierung Friedensverträge gleich jenem von Brest-Litowsk diktiert oder annimmt."

Aus dem österreichischen Abgeordnetenhaus.

WTB. **Wien**, 2. Okt. Das Abgeordnetenhaus begann heute die Erörterung über die gestrige Erklärung des Ministerpräsidenten, sowie über die Anträge über die Friedensfrage. Die Südslaven, Tschechen und Allpalen verlangen in einem gemeinsamen Antrage die wahrheitsgetreue Darstellung des Standes der Friedensfrage, besonders über den Standpunkt der Regierung zum Selbstbestimmungsrecht der Nationen. Die deutschen Sozialdemokraten verlangen in ihrem Antrage einen Frieden auf folgenden Grundlagen:

Errichtung eines Völkerbundes, Vermeidung des Wirtschaftskrieges, keine Annexionen, Wiederherstellung Serbiens,

Montenegros und Belgiens, Abänderung des Bresler und Bukarester Friedensvertrages, Lösung der Polenfrage durch die polnische Konstituante, Lösung der territorialen Streitfragen im Süden auf der Grundlage des Selbstbestimmungsrechtes des italienischen und südslavischen Volkes, Neugestaltung der Beziehungen der Nationen Oesterreichs zum Reich auf der Grundlage der Freiheit der Selbstregierung.

Die Ukrainer beantragen, daß künftighin vom Außenminister beabsichtigte Friedensaktionen erst nach Anhörung des Reichstages bezw. der Delegationen unternommen werden. In einem anderen Antrage protestierten die Ukrainer gegen die Auslieferung Ostgaliziens an das Königreich Polen.

Die Polen Daschinski und Glombinski verlangen in einem Antrage namens des polnischen Volkes die Wiederherstellung eines unabhängigen, aus sämtlichen polnischen Landesteilen zusammengesetzten Staates, somit mit eigener Meeresküste und aus vorwiegend von polnischer Bevölkerung bewohnten Gebieten, besonders Schlesiens, sowie die Teilnahme der Vertreter des polnischen Volkes an dem Friedenskongreß, der die polnische Frage zu lösen hat.

Der tschechische Abgeordnete Stanek entwickelte das tschechoslowakische staatsrechtliche Programm. Er erklärte, der Friede könne nur durch die Annahme der 14 Punkte Wilsons erreicht werden. Nach der Rede kam es zu heftigen Lärmszenen. Gegen den Abgeordneten Teufel, der die Rede als eine Schurkerei bezeichnete, warf der tschechische Sozialdemokrat Soukup die Aktentasche eines Ministers von der Ministerbank. Ein anderer tschechischer Abgeordneter warf ein Metallstück von einer Schreibgarnitur der Ministerbank gegen Teufel, ohne zu treffen.

Der Südslave Dr. Krosec führte aus, der Ministerpräsident von Hussarek komme mit der nationalen Autonomie zu spät. Es gäbe keine Künste der Welt mehr, die die Kroaten und Serben von den Slowenen trennen könnten.

Der christlich-soziale Abgeordnete Hauser begrüßte den Friedensschritt des Außenministers und erklärte, er bezweifle nicht, daß der Minister diesen Schritt bei gegebener Gelegenheit erneuern und fortsetzen werde. Um die Zukunft des deutschen Volkes brauchen wir nicht bang zu sein. Wir alle, die wir das deutsche Volk hier vertreten, fühlen uns mit ihm untrennbar in Freud und Leid verbunden.

Ministerpräsident Freiherr von Hussarek führte aus: Ich habe erst aus den stenographischen Aufzeichnungen ersehen, daß der erste Redner bei seinen Erörterungen in maßloser Weise Auffassungen vertreten hat, welche, wie ich selbst überzeugt bin, nicht die des tschechischen Volkes sind. (Lebhafter Beifall links, Zurufe bei den Tschechen.) Der Kampf um nationale Ideale kann nicht durch die

Verherrlichung von Hochverrat und Felonie und durch Beschimpfung jener Staaten geführt werden, deren Truppen an der Seite der unseren fechten. Das Deutsche Reich und sein Oberhaupt und der ungarische Staat (lebhafte Zurufe bei den Tschechen) stehen zu hoch, um durch Beleidigungen dieser Art gekränkt zu werden. (Erneute lebhafte Zurufe.) Aber als Chef der Regierung bin ich verpflichtet, solche Aeußerungen mit Empörung zurückzuweisen. (Lebhafte Zustimmung links, Gegenrufe bei den Tschechen.) Ich wahre die Würde Oesterreichs gegen solche Ausschreitungen des Chauvinismus, der jeden inneren Halt und jedes Verständnis für die Wirklichkeit verloren hat und auf den blanken Schild unserer Staatsehre und unserer unerschütterlichen Treue gegen unseren ruhmvollen Verbündeten keinen Schatten zu werfen vermag. (Lebhafter Beifall und Händeklatschen links, Gegenrufe bei den Tschechen. — Der Ministerpräsident wird beglückwünscht.) Nachdem noch einige Abgeordnete gesprochen hatten, wurde die Sitzung geschlossen. Nächste Sitzung morgen.

Der Allpole Glombinski überreichte am Schlusse der Sitzung einen Antrag betreffend die Einberufung eines internationalen Friedenskongresses zur Lösung der polnischen Frage gemeinsam mit internationalen Fragen.

WTB. Wien, 3. Okt. Das Abgeordnetenhaus setzte die Verhandlungen über die Regierungserklärung und die Friedensanträge fort.

Abgeordneter Daszinsky (Pole, Soz.) begründet eingehend den von allen polnischen Abgeordneten, mit Ausnahme der Konservativen, eingebrachten Antrag auf Wiederherstellung des unabhängigen polnischen Reiches, das sich aus allen polnischen Teilen zusammensetzen soll.

Abgeordneter Zenker (Deutsch-Freiheitlich) tritt für Friedensverhandlungen auf der Grundlage der 14 Wilsonpunkte ein. Wenn das deutsche Volk nichts anderes verlangen wird als Freiheit und Gleichheit wie alle anderen Völker, dann werden wir uns an den Verhandlungstisch setzen können.

Abgeordneter Adler (Deutsch-Soz.) verweist auf die Verwüstungen, die der Krieg nicht nur bei uns, sondern auch bei unseren Gegnern verursachte. Die notwendige Voraussetzung für den Frieden ist eine Neuordnung Oesterreichs und die Kundgebung unserer Friedensbereitschaft in einer Form, daß sie von den feindlichen Völkern geglaubt und verstanden wird. Der Redner betont die Notwendigkeit der Beseitigung der Friedensschlüsse von Brest-Litowsk und Bukarest und appelliert schließlich an die Parteien, alle politischen und nationalen Gegensätze beiseite zu stellen und alles zu tun, was nur im geringsten die Möglichkeit bietet, dem Frieden näher zu kommen.

Abgeordneter Klofac (Tschechе) tritt für das tschechisch-slowakische staatsrechtliche Programm ein und erklärt, der Friede werde nur von der Weltdemokratie diktiert werden.

Donnerstag, 3. Oktober 1918

Ein Friedensschritt Burians?

Wien, 3. Oktober. Wie zu vernehmen ist, drängt die österreichisch-ungarische Regierung mit Nachdruck auf einen neuen entscheidenden Schritt zur Beendigung des Krieges, zu welchem Schritt auch die maßgebenden Faktoren des Deutschen Reiches grundsätzlich entschlossen und gene gt sind. Doch soll erst die Bildung der neuen Regierung abgewartet werden. Sobald die Krise in Deutschland beigelegt ist, soll ein einverständlicher Friedensschritt vereinbart werden. Ein Sonderschritt Oesterreich-Ungorns ist noch den Erklärungen der österreichisch-ungorischen Regierung zum mindesten vorläufig nicht zu erwarten.

Der Umschwung der bulgarischen Volksmeinung.

Zürich, 3. Oktober. Die „Neue Korrespondenz" berichtet aus Paris: In Sofia, Philippopel und verschiedenen anderen bulgarischen Städten fanden kriegs- und dynastiefeindliche Kundgebungen statt, wobei die Soldaten mit den Manifestanten gemeinsame Sache machten. Verschiedene Deutsche wurden belästigt.

Die Gewaltpolitik der „Times".

Basel, 3. Oktober. „Times" schreiben gestern: Ganz England verfolgt die Umwandlung der Regierungsfaktoren in Deutschland mit großem Interesse. Man sei aber der allgemeinen Auffassung, daß das Endziel dieses Krieges durch ein verspätetes Einlenken des Feindes kaum noch gewandelt werden könne. Nicht die Dinge in Deutschland, sondern die Entwicklung der Schlachten in Frankreich und auf den übrigen Kriegsschauplätzen würde das Schicksal Europas bestimmen.

Eine Rede Balfours über die künftige Sicherung.

WTB. London, 3. Oktober. In der „Guildhall" hielt Balfour eine Rede, in der er an die künftige Sicherung erinnerte. Er hob dabei hervor, daß wenn es den Verbündeten in diesem Kriege nicht glückt, nicht nur den Krieg zu gewinnen, sondern zu erreichen, daß solche Kriege sich nicht wiederholen dürfen, dann würde die Aufgabe nur halb getan sein. Nachdem er seine warme Zustimmung zur Rede Wilsons und seine Ansichten über den Völkerbund ausgesprochen hatte, fuhr Balfour fort: Wenn Sie versuchen wollen, einen internationalen Apparat zur Sicherung des Friedens ins Leben zu rufen, so müssen Sie die Karte Europas und der Welt so ordnen, daß große Gelegenheiten für Kriege sie nicht stören können. Wenn Sie den jetzt bestehenden Zustand in Mitteleuropa verewigen, wenn Sie die Vorherrschaft Deutschlands über Rußland, besonders über Westrußland, zu einer dauernden machen, wenn Sie den kleinen Völkern längst der Ostsee keine Hoffnung lassen, wenn Sie sich weigern, das Unrecht eines Jahrhunderts, das Polen angetan wurde, wiedergutmachen, die seit Generationen in Oesterreich von den deutschen und magyarischen Minoritäten zu Boden getreten wurden, weiterhin, in ihrer gegenwärtigen Lage lassen werden, wenn die Balkanstaaten wiederum zum Schauplatz blutiger Kriege untereinander und zur Gelegenheit für Feindseligkeiten unter ihren Nachbarn werden, wenn Sie dem Türken gestatten werden, seine blutige Gewalt über die Gebiete, die ihm entrissen wurden, wiederherzustellen, wenn es auch künftig nach Belieben plündern und morden kann, wenn Italien nicht die Bevölkerung erhält, die es wirklich zu einem befreiten Italien machen werden, wenn Griechenland wie bisher durch eine Vorherrschaft der Mittelmächte bedroht wird, wenn Serbien nicht nach allen seinen furchtbaren Opfern wieder hergestellt wird, wenn Frankreich nicht seine gebührende Stellung in Westeuropa wieder einnimmt, wenn Belgien nicht im vollen Umfange erhält, was ihm furchtbare Räuberei der Mittelmächte enteissen, wenn alle die Uebel nicht die Möglichkeit erhalten sollen, sich zu wiederholen, dann müssen Sie mehr tun, als nur einen Völkerbund errichten. Sie müssen erst dieses Unrecht berichtigen, bevor der Völkerbund in Wirksamkeit tritt. (Beifall.) Um einen Völkerbund zu ermöglichen, ist der Sieg und ein vollständiger Sieg absolut notwendig. Der Traum der Deutschen, daß sie ihre Feinde durch die bloße Unterzeichnung ihres Namens unter die Petition zu einem Volkerfrieden überreden könnten, daß sie ihre Gesinnung geändert hatten, ist eine vergebliche Illusion. Deutschland scheint wirklich anzunehmen, daß, wenn die Alliierten von Gesinnungsänderung und Vernichtung des Militarismus reden, alles, was benötigt werde, ein paar konstitutionelle Aenderungen des preußischen Staates und die Unterzeichnung der bewundernswerten Vorschläge

sind, die Präsident Wilson von Zeit zu Zeit festgestellt hat. Diese oberflächlichen Aenderungen sind ohne jeden Wert, wenn sie für sich allein bleiben. Deutschland kann nur ein Mitglied des Völkerbundes werden, wenn das internationale System durch eine große Verständigung und einen alles umfassenden Frieden reformiert worden ist. Und das kann niemals geschehen, ehe Deutschland sich nicht nur verpflichtet hat, sein Glaubensbekenntnis zu ändern, sondern wenn alle Weltherrschaftsträume vor seinen Augen in Stücke zerrissen worden sind und wenn es, allerdings mächtig, glücklich und frei, doch nicht länger ein Tyrann sein kann, der die Nationen, auf die es in der Lage ist, Einfluß auszuüben, seinen eigenen Träumen von einem Weltreich unterwerfen kann.

⊙	Freitag, 4. Oktober 1918	⊙

Berliner Tageblatt:

Das Programm der Mehrheitsparteien.

WTB Berlin, 4. Okt. Das Programm der Mehrheitsparteien, das die Grundlagen für die Politik der neuen Regierung bildet, hat laut „Berliner Tageblatt" folgenden Wortlaut:

1. Festhalten an der Note der Reichsregierung auf die Papstnote vom 1. August 1917 und uneingeschränktes Bekenntnis zu der Entschließung des Reichstages vom 19. Juli 1917.

2. Erklärung der Bereitschaft gemäß den folgenden Grundsätzen beitreten zu wollen:

Der Völkerbund umfaßt alle Staaten und beruht auf dem Gedanken der Gleichberechtigung aller Völker. Sein Zweck ist die Sicherung eines dauernden Friedens, eines ungehinderten Daseins und freie wirtschaftliche Entfaltung der Völker.

Der Völkerbund schützt mit seinen gesamten Machtmitteln die ihm beitretenden Staaten unter Anerkennung ihres Besitzstandes in dem ihnen vom Völkerbund gewährleisteten Rahmen und schließt alle seinem Zwecke widersprechenden Sonderverträge aus.

Grundlagen des Völkerbundes

sind:

Umfassende Ausgestaltung des Völkerrechts.

Gegenseitige Verpflichtung der Staaten, jeden Streitfall, der nicht durch diplomatische Mittel lösbar ist, friedlicher Behandlung zu übergeben.

Durchführung des Grundsatzes der Freiheit der Meere.

Verständigung über allseitige und gleichzeitige Abrüstung zu Lande und zu Wasser.

Verbürgung der offenen Türe für den wirtschaftlichen und privatrechtlichen Völkerverkehr.

Ausbau der Sozialgesetzgebung und des Arbeiterschutzes.

3. Einwandfreie Erklärung und Wiederherstellung Belgiens und Verständigung über Entschädigung.

4. Bisher geschlossene Friedensverträge dürfen kein Hindernis für den allgemeinen Friedensschluß bilden: Im Baltikum, in Litauen und in Polen sind alsbald Volksvertretungen auf breiter Grundlage zu schaffen. Diese Staaten, in denen alsbald Zivilverwaltungen einzuführen sind, haben ihre Verfassung und ihre Beziehungen zu den Nachbarvölkern selbst zu regeln.

5. Schaffung eines selbständigen Bundesstaates Elsaß-Lothringen unter Gewährung voller Autonomie entsprechend dem Verlangen der elsaß-lothringischen Volksvertretung.

6. Unverzügliche Durchführung der Wahlrechtsreform in Preußen, gleiches Anstreben solcher Reformen in denjenigen Bundesstaaten, die sie noch entbehren.

7. Einheitlichkeit der Reichsleitung, Berufung von Regierungsvertretern aus dem Parlamente zur Durchführung einer einheitlichen Reichspolitik, strenge Einhaltung aller verfassungsmäßigen Verantwortlichkeiten, Beseitigung aller militärischen Einrichtungen, die der politischen Beeinflussung dienen.

8. Zum Schutz der persönlichen Freiheit, des Versammlungsrechtes und der Pressefreiheit sofortige Aenderung der Bestimmungen über den Belagerungszustand, Beschränkung der Zensur auf Fragen der Besprechungen zwischen auswärtigen Regierungen, der Kriegsstrategie und -Taktik, Truppenbewegungen, Herstellung von Kriegsmaterial, Einrichtung einer politischen Kontrollstelle für alle Maßnahmen, die auf Grund des Belagerungszustandes verhängt werden.

„Hamburger Fremdenblatt“:

Die neue Regierung.

Berlin, 4. Oktober.

Das neue parlamentarische Reichskabinett des Prinzen Max will am Sonnabend mit seinem Programm vor den Reichstag und vor die Welt treten. Dabei steht freilich noch nicht einmal der

Umfang der Parteien fest, die hinter dem Kabinett stehen werden. Aber die drängende Not der Zeit läßt nunmehr den regierenden Männern keinen Aufschub.

Die neue Regierung ist nach ihrem eigenen Willen keine Koalitions-Regierung, sondern eine reine Mehrheits-Regierung. An ihrer Spitze steht ein dirigierender Rat oder enger Regierungsausschuß, vergleichbar etwa dem englischen Kriegskabinett. In diesem Ausschuß werden neben dem Prinzen Max als Kanzler der Vizekanzler von Payer und als Minister ohne Portefeuille Gröber und Scheidemann sitzen. Neben dem Prinzen also ein Rechtsanwalt, ein Richter und ein aus dem Buchdruckerstand hervorgegangener Publizist. Der „Vorwärts" drückt das so aus, daß der Prinz zum friedlichen Wettbewerb mit dem Mann aus dem Arbeiterstande eingeladen sei, auch wenn sich zeigen sollte, daß der Mann aus dem Arbeiterstande sich als der Tatkräftigste und Tüchtigste erweise. Ueber die weitere Zusammensetzung der Regierung herrscht noch keine endgültige Gewißheit. Insbesondere soll sich erst entscheiden, ob die Nationalliberalen sich der Mehrheit anschließen werden oder nicht. Das Programm der Mehrheit ist ihnen am Freitag überreicht worden, und wie man hört, haben sie sich grundsätzlich für den Beitritt ausgesprochen. Die Vermittlung zwischen ihnen und der Mehrheit hat besonders Herr v. Payer betrieben. Meinungsverschiedenheiten fallen nur noch bestehen darüber, ob nun auch ein Nationalliberaler als Minister ohne Portefeuille in den direkten Rat eintritt oder nicht, ferner über die Frage des Abbaues der Zwangswirtschaft oder ihre Beibehaltung, wie die Sozialdemokratie sie fordert, endlich wegen der Wiederherstellung und Entschädigung Belgiens. Ueber die Ostpolitik scheint demnach bereits Verständigung erzielt zu sein. Damit hängt wohl auch zusammen, daß nach den neuesten Nachrichten Staatssekretär von Hintze das Auswärtige Amt behalten dürfte, so daß die drei anderen für diesen Posten genannten Kandidaten, Graf Bernstorff, Graf Brockdorff-Rantzau, Staatssekretär Solf, nicht mehr in Frage kommen. In den anderen Reichsämtern soll so verfahren werden, daß die Staatssekretäre Politiker, die Unterstaatssekretäre Fachmänner sind.

Das Verhältnis der bundesstaatlichen Regierungen zur neuen Reichsleitung hängt am Schicksal des Artikels 9 der Verfassung, nach dem bisher niemand zugleich Mitglied des Reichstages und des Bundesrates sein konnte. Die bundesstaatlichen Ministerpräsidenten sind in Berlin eingetroffen, um ihren Standpunkt geltend zu machen. Jedenfalls auf Seiten Bayerns besteht energischer Widerstand gegen die Aufhebung des Artikels 9. Wie es heißt, will man einen Ausweg dadurch finden, daß man nicht den Artikel 9 aufhebt, wohl aber eine neue Gesetzesbestimmung in die Verfassung einschiebt, nach der Parlamentarier zu stellvertretenden Mitgliedern des Bundesrates, wenn auch nicht zu ordentlichen, ernannt werden können.

Ungeklärt ist ferner die Frage des Reichspresseamtes, das dem Abgeordneten Erzberger vorbehalten sein sollte. An seiner Stelle scheint man neuerdings ein Reichspropaganda-Amt einrichten zu wollen. Es steht hierbei natürlich in erster Linie das Schicksal des Kriegspresseamtes auf dem Spiele, gegen das sich, wie man weiß, hauptsächlich die Gegnerschaft der Mehrheitsparteien richtete. Vielleicht darf man in diesem Zusammenhang den Beratungen entscheidende Bedeutung zumessen, die Generalfeldmarschall Hindenburg im Reichsamt des Innern mit den Männern der neuen Regierung pflegt. Daß der Kriegsminister v. Stein zurücktreten werde, gilt allgemein als sicher.

Die preußische Ministerpräsidentschaft wird Prinz Max nicht übernehmen. Sollte also der Eintritt der Nationalliberalen in die Regierung endgültig vollzogen werden, so liegt die Annahme nahe, daß der bisherige Vizepräsident der Nationalliberalen, Dr. Friedberg, an die Spitze des preußischen Staatsministeriums tritt. Wie weit das preußische Ministerium sonst verändert wird, ist noch nicht bekannt, außer daß der Handelsminister Dr. Sydow von dem fortschrittlichen Abgeordneten Dr. Fischbeck ersetzt wird. Als sicher gilt der Rücktritt des Eisenbahnministers v. Breitenbach und des Landwirtschaftsministers v. Eisenhart-Rothe. Ein gewisser Umschwung in Preußen zeigt sich schon dadurch, daß die preußische Regierung einen energischen Erlaß herausgegeben hat, wonach die Kreisblätter, die weiterhin in der Wahlrechtsfrage gegen die Politik der Regierung agitieren, in ihrer Eigenschaft als Kreisblätter gekündigt werden sollen. Die Wahlreform selbst dürfte in schnellster Frist durchgeführt werden. Das „Berl. Tagebl." fordert zu diesem Zwecke die sofortige Zurückziehung der Herrenhausvorlage, da andernfalls neue Komplikationen entstehen würden, wenn sich nach dem Abgeordnetenhause nochmals das Herrenhaus und dann nochmals das Abgeordnetenhaus mit den Verfassungsvorlagen beschäftigen müßte.

Das ist in großen Umrissen das Bild der neuen Volksregierung, soweit es bisher erkennbar ist. Ihr Programm werden wir am Sonnabend kennen lernen. In seinem Mittelpunkte wird die Stellung zur Friedensfrage stehen. Der „Vorwärts" sagt hierüber allerdings indem er ausdrücklich nur seine Meinung als Redaktion aussprechen will, die neue Regierung müsse der Welt zeigen, daß Deutschland bereit sei, zur Errichtung eines Friedensbundes freier, gleichgerichteter Völker Opfer zu bringen, die aber nicht derart sein dürften, daß sie den Zweck des Bundes selbst gefährden. Durch Diktat oder Annahme eines Unterwerfungsfrieden könne dieser Zweck niemals erreicht werden. Die Gegner sollten zwar wissen, daß das deutsche Volk die Grenzen für sein Entgegenkommen weit gesteckt habe, daß es aber Grenzen gebe, die nicht überschritten werden können; mit anderen Worten, die Sozialdemokraten seien in die Re-

gierung eingetreten, nicht um einen Frieden um jeden Preis anzustreben, sondern einen Frieden um den Preis, den das deutsche Volk zahlen könne, ohne nachher aus einem unerträglichen Zustand den Ausweg der Verzweiflung suchen zu müssen. Aehnlich schreibt das „Berl. Tagebl.", es gebe Grenzen des Handelns, über die selbst die stärkste und vom stärksten Friedenswillen beseelte Regierung nicht hinausgehen kann.

Abdankung des Königs von Bulgarien.

WTB **Sofia**, 4. Oktober. König Ferdinand hat gestern zugunsten des Kronprinzen Boris abgedankt. König Boris trat die Regierung an.

König Ferdinand hat mit seiner Abdankung nur die Konsequenzen aus seinem Verhalten gegenüber den Mittelmächten gezogen. Schon im Jahre 1917 fallen Separatfriedensverhandlungen Bulgariens stattgefunden haben hinter dem Rücken der Mittelmächte. Ein Vertrauensmann des Königs soll in Stockholm versucht haben, Beziehungen zur Entente anzuknüpfen, auch in Christiania war ein Vertreter des Königs, ebenso in der Schweiz. Schon im März 1917 sollen Führer der bulgarischen Parteien, von dem jetzigen Ministerpräsidenten Malinow unterstützt, mit Vertretern der Entente in der Schweiz verhandelt haben. König Ferdinand habe damals den Führern aller Parteien ein Koalitionskabinett, mit Malinow an der Spitze, vorgeschlagen. Malinow habe aber damals schon die Bedingung des sofortigen Abschlusses eines Waffenstillstandes gestellt, worauf der König allerdings damals nicht eingegangen sei. Wenig später aber machte der Zar jedoch Zugeständnisse und suchte (nach Berichten aus Paris vom 12. April 1917) die Möglichkeit, mit der Entente in Beziehungen zu treten, besonders mit England und Amerika. Diese Versuche wurden durch im Auslande lebende Bulgaren gemacht. Der Pariser Bericht sagt wörtlich: „Ferdinand ist zu allem bereit, damit der Thron ihm und seiner Dynastie erhalten bleibt. Die Entente, d. h. Rußland und die Verbündeten, dürfen Bulgarien nicht mit übermäßiger Zuvorkommenheit begegnen, man wird auf der Abdankung des Königs bestehen müssen, indem man ihm die Möglichkeit gibt, sein Vermögen zu retten und ihm auch noch materielle Garantien zusagt."

So wußte also schon im Jahre 1917 die Entente von den Absichten des Königs Ferdinand und die jetzige Abdankung des Königs ist nur eine Folge seiner eigenen Politik. Verwunderlich bleibt es aber dennoch, wie der König jüngst noch an Kaiser Wilhelm und Kaiser Karl die Telegramme richten konnte, worin er persönlich seine Bündnistreue betont, nachdem er offensichtlich falsches Spiel mit den Mittelmächten gespielt hat. Zur Abdankung des Zaren Ferdinand schreibt das „B. T.": Nach ist das letzte Wort über das Schicksal Bulgariens in diesem Kriege nicht gesprochen, aber das ist offenbar, die führende und beherrschende Stellung auf dem Balkan, die ihm König Ferdinand zugesagt, wird es nicht wieder erringen.

Ein Sozialistenaufruf in Bulgarien.

Basel, 4. Okt. Laut „Bas. Nachr." meldet die bulgarische Telegraphenagentur: Die vereinigte Sozialistenpartei Bulgariens erläßt folgende Erklärung: Wir unterstützen den von der Regierung gemachten Vorschlag für den Frieden aufs Energischste und bestehen auf einem vernünftigen Abschluß des bulgarischen Krieges. Wir verurteilen jede Anarchie, gleichgültig, von wo sie ausgeht, und glauben, daß es setzt besonders nötig ist, die verfassungsmäßigen Garantien zu schützen und die Ordnung im Lande aufrecht zu erhalten. Nur unter diesen Bedingungen wird man für die bulgarische Unabhängigkeit und für das Friedenswerk gefahrliche Konflikte vermeiden. Die Partei wendet sich an das Volk, einig zu sein und kaltes Blut zu bewahren. Sie ladet die ganze bulgarische Nation ein, das Friedenswerk und den Schutz der verfassungsmäßigen Garantien des Landes zu unterstützen, da jede Aktion gegen diese beiden die Zukunft des Landes endgültig untergräbt.

⊙	**Sonnabend, 5. Oktober 1918**	⊙

Ein neuer Friedensschritt der Mittelmächte?

Berlin, 5. Okt. Wie die „Tägl. Rundschau" berichtet, wird die neue Regierung heute dem Reichstage von einem neuen Friedensschritt Kenntnis geben, der zum ersten Male genaue Vorschläge macht. Was wir anbieten ist: Wiederherstellung Belgiens mit Entschädigung, Autonomie Elsaß-Lothringens, Volksabstimmungen in den Randstaaten, Eintritt in den Völkerbund.

Berlin, 5. Okt. Aus Wien wird der „Kreuz-Zeitung" gebrahtet: Im Ministerium des Aeußern wurde beim Empfange der Journalisten in Bezug auf einen neuen Friedensschritt Oesterreich-Ungarns mitgeteilt: Es ist richtig, daß Deutschland, Oesterreich-Ungarn und die Türkei einen neuen Schritt zur Erreichung des Friedens erwägen und darüber beraten. Es wird mit Nachdruck wiederholt, daß dieser Schritt von Deutschland, der Türkei und Oesterreich-Ungarn gemeinsam unternommen werden wird. Damit erledigen sich alle Gerüchte über angebliche Separatfriedensschlüsse einzelner Mächte des jetzigen Dreibundes von selbst.

Ein gemeinsames Friedensangebot der Mittelmächte an Wilson.

WTB Wien, 5. Oktober. Oesterreich-Ungarn, Deutschland und die Türkei haben beschlossen, zum Abschluß eines allgemeinen Waffenstillstandes und Einleitung von Friedensverhandlungen im Wege der mit ihrer Interessenvertretung in den Vereinigten Staaten von Amerika betrauten Regierung gleichzeitig an den Präsidenten der Vereinigten Staaten heranzutreten. In Ausführung dieses Entschlusses wurde der österreichisch-ungarische Gesandte in Stockholm gestern vom Minister des Aeußern telegraphisch beauftragt, die Kgl. schwedische Regierung zu ersuchen, am 4. Oktober folgende Depesche an den Präsidenten Wilson gelangen zu lassen:

Die österreichisch-ungarische Monarchie, welche den Krieg stets nur als Verteidigungskampf geführt und wiederholt ihre Bereitwilligkeit bekundet hat, dem Blutvergießen ein Ende zu machen und zu einem gerechten und ehrenvollen Frieden zu gelangen, tritt hiermit an den Präsidenten der Vereinigten Staaten von Amerika mit dem Antrage heran, mit ihm und seinen Verbündeten einen sofortigen Waffenstillstand zu Lande, zur See und in den Lüften abzuschließen und im unmittelbaren Anschluß hieran in Verhandlungen über einen Friedensschluß einzutreten, für die die 14 Punkte der Botschaft des Herrn Präsidenten Wilson an den Kongreß vom 8. Januar 1918 und die 4 in der Rede des Herrn Präsidenten Wilson vom 12. Februar 1918 enthaltenen Punkte als Grundlage zu dienen hätten, wobei auch auf die Ausführungen des Herrn Präsidenten Wilson vom 27. September 1918 Bedacht genommen wird.

Der Wortlaut der deutschen Note an Wilson.

WTB Berlin, 5. Okt. Die durch die Vermittlung der Schweizer Regierung an den Präsidenten Wilson übermittelte Note hat folgenden Wortlaut:

Die deutsche Regierung ersucht den Präsidenten der Vereinigten Staaten von Amerika, die Herstellung des Friedens in die Hand zu nehmen, alle kriegführenden Staaten von diesem Ersuchen in Kenntnis zu setzen und sie zur Entsendung von Bevollmächtigten zwecks Aufnahme von Verhandlungen einzuladen. Sie nimmt das vom Präsidenten der Vereinigten Staaten von Amerika in seiner Kongreßbotschaft vom 8. Januar 1918 und in seinen späteren Kundgebungen, namentlich der Rede vom 27. September aufgestellte Programm als Grundlage für die Friedensverhandlungen

an. Um weiteres Blutvergießen zu vermeiden, ersucht die deutsche Regierung, den sofortigen Abschluß eines allgemeinen Waffenstillstandes zu Lande, zu Wasser und in der Luft herbeizuführen.

Max, Prinz von Baden, Reichskanzler.

Ein Erlaß des Kaisers an Heer und Marine.

WTB Berlin, 5. Okt. Der Kaiser richtete nachstehenden Erlaß an das deutsche Heer und die deutsche Marine:

An das deutsche Heer und die deutsche Marine!

Seit Monaten stürmt der Feind unter gewaltiger Kraftanstrengung fast ohne Kampfpause gegen Euere Linien an. In wochenlangem Ringen, vielfach ohne Ruhe, müßt Ihr ausharren und dem an Zahl weit überlegenen Feinde die Stirne bieten. Darin liegt die Größe der Aufgabe, die Euch gestellt ist und die Ihr erfüllt. Truppen aller deutschen Stämme tun ihre Schuldigkeit und verteidigen auf fremdem Boden heldenhaft das Vaterland. Hart ist der Stand meiner Flotte, um sich den vereinten feindlichen Seestreitkräften gegenüber zur Geltung zu bringen und in unermüdlicher Arbeit die Armee in ihrem schweren Kampfe zu unterstützen. Mit Stolz und Bewunderung sind die Augen der Heimat auf die Taten des Heeres und der Marine gerichtet. Ich sage Euch meinen und des Vaterlandes Dank.

Mitten in das schwerste Ringen fällt der Zusammenbruch der mazedonischen Front. Euere Front ist ungebrochen und wird es weiter bleiben. Ich habe mich im Einvernehmen mit unseren Verbündeten entschlossen, dem Feinde nochmals den Frieden anzubieten. Doch nur zu einem ehrenvollen Frieden werden wir die Hand reichen. Das schulden wir den Helden, die ihr Leben für das Vaterland gelassen haben, das schulden wir unseren Kindern. Ob die Waffen ruhen werden, steht noch dahin. Bis dahin dürfen wir nicht erlahmen. Wir müssen wie bisher alle Kraft daran setzen, die Stunde ist ernst. Aber wir fühlen uns im Vertrauen auf unsere Kraft und Gottes gnädige Hilfe stark genug, unsere geliebte Heimat zu verteidigen.

gez.: Wilhelm I. R.

Der König von Bayern richtete einen ähnlichen Erlaß an die bayerische Armee.

Solf, Staatssekretär des Auswärtigen Amtes.

WTB **Berlin**, 5. Okt. Zum Staatssekretär des Auswärtigen Amtes ist der Staatssekretär des Reichskolonialamtes, Dr. Solf, berufen worden. Er wird sich aber, wie wir hören, auch in dieser neuen Stellung während der Dauer des Krieges von seinem bisherigen Ressort nicht trennen, dessen Geschäfte von dem Unterstaatssekretär Dr. Gleim geführt werden sollen.

Zu dieser Ernennung sagt die „Köln. Ztg.": Ein in den internationalen Beziehungen und der Praxis internationaler Politik wohlerfahrener Staatsmann, der über der Praxis der Politik die höheren Ziele der Kulturmenschheit und den Fortschritt nicht vergessen hat und nicht zu vergessen wünscht, tritt mit dem Staatssekretär Dr. Solf in die Leitung der äußeren Politik ein. Er tut dies in einem Augenblick, in dem es gilt, alle Praktiken, Fähigkeiten und Erfahrungen für die schwierigsten Aufgaben bereit zu haben.

Die innerpolitische Umwälzung in Oesterreich.

Wien, 5. Oktober. Die innerpolitische Umwälzung Oesterreichs vollzieht sich mit Riesenschritten. Gestern fand eine Besprechung aller deutschen Parteien in Anwesenheit deutscher Sozialdemokraten statt, in der sich deutlich zeigt, daß auch deutsche Parteien der Umwandlung des Staates in einen Foderativstaat zustimmen. Die Führung der deutschen Parteien ist stark von deutschen Sozialdemokraten beeinflußt. Nach der Haltung tschechischer, südslawischer und nunmehr auch polnischer Parteien scheint es ausgeschlossen, daß die Verfassungsreformen allen genügen. Gegenüber den heftigen Angriffen der nicht deutschen Parteien sind die Deutschen ganz in die Verteidigungsstellung geraten.

Eine vernünftige englische Pressestimme.

Berlin, 5. Oktober. Dem „Lok.-Anz." wird aus Genf gemeldet: „Daily News" schreiben: Der einsichtige Teil des englischen Volkes erwartet mit Spannung das Programm der neuen deutschen Regierung. Niemand, außer den unbekehrten Kriegshetzern, kann von Deutschland die bedingungslose Annahme der 14 Leitsätze Wilsons fordern. Der größte Teil des englischen Volkes will Frieden. Die Frage der Kriegsschuld muß in den Verhandlungen ausscheiden. Wir müssen jetzt der Liquidation des Krieges entgegensehen.

Eröffnungssitzung des Reichstags.

Berlin, 5. Oktober. Am Tische des Bundesrats: Reichskanzler Prinz Max von Baden, v. Payer, Dr. Solf, v. Roedern, v. Stein, Dr. Friedberg, v. Eisenhardt-Rothe, v. Wriesberg, Rüdlin, von Waldow, Scheidemann, Graeber, Erzberger, Bauer, Drews, Schiffer, Hergt, Havenstein und zahlreiche Kommissare aller Bundesstaaten.

Die Tribünen sind überfüllt. Das Haus ist gut besetzt. In der Hofloge wohnt Prinz August Wilhelm den Verhandlungen bei.

Präsident Fehrenbach

eröffnet die Sitzung um 5¼ Uhr, gedenkt des Ablebens des Abgeordneten Hirsch (Rosen ntl.) und teilt mit, daß die Abgeordneten von Bonin und von Vallmar (Soz.-Dem.) ihre Mandate niedergelegt haben. Er teilt weiter mit, daß er den Generalfeldmarschall von Hindenburg aus Anlaß des Todes des Feldmarschalls von Eichhorn, der einem fluchwürdigen Meuchelmorde zum Opfer gefallen sei, die Teilnahme des Reichstages ausgesprochen habe. Aus Anlaß des Todes des türkischen Botschafters Hafki Pascha hat der Präsident der türkischen Regierung ebenfalls das Mitgefühl des Reichstages zum Ausdruck gebracht. Es gelangen dann die Schreiben zur Verlesung, durch die das Ausscheiden des Grafen Hertling aus dem Reichskanzleramte und die Ernennung des Prinzen Max von Baden zum Reichskanzler ausgesprochen wird.

Präsident **Fehrenbach** hält darauf folgende Ansprache: Meine Herren! Seitdem wir am 13. Juli voneinander geschieden sind, haben sich Ereignisse zugetragen, die uns Sorge bereiten.

Unsere Westarmee ist nach einer stürmischen Offensive in die Defensive und eine langsame Rückwartsbewegung übergegangen. Seit Wochen stürmen immer neue Scharen unserer Feinde und ihrer zahlreichen Hilfsvölker gegen den von unseren Truppen gebildeten Wall. Wir sind der festen Zuversicht, daß, wie es den feindlichen Angriffen bisher nicht gelungen ist, die Schutzmauer zu durchbrechen, dies auch in der Zukunft nicht der Fall sein wird, dank dem Heldenmut der Söhne aus allen Gauen unseres Vaterlandes, die das Bewußtsein stählt, dort auf fremdem Boden Herd und Heimat zu verteidigen. Den tapferen Kriegern gilt unser Gruß und der heiße Dank unseres Vaterlandes. (Lebhafter Beifall.)

Im Osten haben die Heere unserer Verbündeten, Bulgarien und Türkei, schwere Niederlagen erlitten. Bulgarien ist aus dem Vierbunde ausgeschieden und hat mit seinen Gegnern einen Waffenstillstand geschlossen. Im Innern hat Graf Hertling die erbetene Entlassung aus dem Amte des Reichskanzlers erhalten, nachdem er es nicht ganz ein Jahr verwaltet hatte. In hohen Jahren ist er dem wiederholten, dringenden Rufe des Kaisers gefolgt und hat, vom Vertrauen der Mehrheit des deutschen Volkes getragen,

in die Wege zu leiten gesucht Uebergangszeiten tragen in ihrem Schoße immer Schwierigkeiten. Sie sind auch dem Grafen Hertling nicht erspart geblieben. Da er sie nicht mehr meistern konnte, schied er. Aber hoch soll es seiner politischen Weisheit und seinem vaterländischen Sinne angerechnet werden, daß er die Wege, die er selbst nicht mehr begehen konnte, anriet und ebnete. Der Reichstag wird dem vornehmen, liebenswürdigen Wesen, der abgeklärten Weisheit und dem hohen Pflichtgefühl des Grafen Hertling immer warme Anerkennung und ihm selbst ein treues, dankbares Angedenken bewahren. Vor uns steht in mannigfacher Veränderung eine neue Regierung, an ihrer Spitze als Kanzler Seine Hoheit Prinz Max von Baden. Sie werden es mir nicht verdenken, wenn ich, der Mann aus dem badischen Volke auf dem Präsidentenstuhl dem Sproß des badischen Fürstenhauses am Reichskanzlerplatze die wärmsten heimatlichen Gefühle der Genugtuung und Freude ausspreche. In Baden hat der Onkel unseres jetzigen Reichskanzlers das Wort gesprochen, daß es

keinen Gegensatz gebe zwischen Fürsten und Volksrecht.

In anderen deutschen Landen ist der gleiche Gedanke in die Worte geführt worden, daß der Oberste im Staat sein erster Diener sei. Von der neuen Reichsleitung erhoffen wir zuversichtlich, daß sie in stetiger inniger Fühlungnahme mit dem Volk, und nur auf das Wohl des Volkes bedacht, ihres hohen und schwierigen Amtes walten möge. (Lebhafter Beifall.)

Eine neue Zeit ist im politischen Leben des deutschen Volkes

angebrochen. Es ist selbstverständlich, daß manche Kreise im Hinblick auf die Großtaten der Vergangenheit einer neuen kritisch zweifelnd, ja sogar ablehnend gegenüberstehen. Wir erhoffen von den Leistungen der neuen Zeit eine versöhnende und klärende Wirkung. Ihre Geburtsstätte ist geheiligter Boden, das Schlachtfeld und der Schützengraben, die heimische Arbeitsstätte, wo jeder deutsche Mann ohne Unterschied alles Gut und Blut daransetzt für des Vaterlandes Rettung. (Beifall.) Der Name des neuen Kanzlers hat einen guten Klang in der ganzen Welt. (Beifall.) Seine freiheitliche Denkungsart, sein humaner Sinn, sein Vertrauen zur Menschheit, das er auch in diesen Kriegsjahren nicht verlor, sind solide Grundlagen seiner zukünftigen Wirksamkeit. (Beifall.) Vielen im Kriege schwer heimgesuchten Verwundeten und Gefangenen ist er in warmer Teilnahme nahegekommen und hat sich damit Dankbarkeit nicht bloß im eigenen Volke, sondern auch bei den Feinden erworben. (Beifall.) Das wird seinen auf den Frieden und die Aussöhnung gerichteten Bestrebungen förderlich sein. (Beifall.) Möge Gottes Segen auf der Arbeit der neuen Regierung und des Reichstages ruhen. (Lebhafter Beifall.)

Das Haus tritt darauf in die Tagesordnung ein. Einziger Punkt der Tagesordnung ist Entgegennahme von Mitteilungen des Herrn Reichskanzlers.

Präsident Fehrenbach erteilt dem Reichskanzler das Wort.

Das Programm des Reichskanzlers.

Reichskanzler Prinz Max von Baden.

Gemäß des Kaiserlichen Erlasses vom 30. September hat das Deutsche Reich eine grundlegende Umgestaltung seiner politischen Leitung erfahren. Als Nachfolger des um sein Vaterland aufs höchste verdienten Grafen von Hertling bin ich von Sr. Majestät dem Kaiser an die Spitze der neuen Regierung berufen worden. Es entspricht dem Wesen der nun bei uns eingeführten Regierungsweise, daß ich dem Reichstag ohne Verzug vor der Oeffentlichkeit die Grundsätze darlege, nach denen ich mein verantwortungsschweres Amt zu führen gedenke. Diese Grundsätze sind, bevor ich mich zu der Uebernahme der Kanzlergeschäfte entschloß, im Einvernehmen mit den verbündeten Regierungen und mit den Führern der Mehrheitsparteien dieses hohen Hauses festgelegt worden. Sie enthalten nicht nur mein eigenes politisches Glaubensbekenntnis, sondern des weit überwiegenden Teils der Volksvertretung, also der deutschen Nation, die den Reichstag auf Grund des allgemeinen gleichen und geheimen Wahlrechts nach ihrem Wunsch zusammengesetzt hat. Nur die Tatsache, daß ich die Ueberzeugung und den Willen der Mehrheit des Volkes hinter mir weiß, hat mir die Kraft gegeben, in der schweren und ernsten Zeit, die wir miteinander erleben, die Leitung der Reichsgeschäfte auf mich zu nehmen. Die Schultern eines Einzelnen wären zu schwach, um allein die ungeheure Verantwortung tragen zu können, die der Regierung in der Gegenwart zufällt. Nur wenn

das Volk an der Bestimmung seiner Geschicke

im weitesten Umfange tätigen Anteil nimmt, die Verantwortlichkeit sich also auf die Mehrheit seiner selbsterwählten politischen Führer erstreckt, kann der leitende Staatsmann seinen Anteil an ihr im Dienste des Volkes und Vaterlandes mit Zuversicht übernehmen. Der Entschluß, dies zu tun, ist mir besonders dadurch erleichtert worden, daß in der neuen Regierung auch maßgebende Vertrauensmänner der Arbeiterschaft zu den höheren Aemtern im Reich gelangt sind. Ich sehe darin die sichere Bürgschaft dafür, daß die neue Regierung von dem festen Vertrauen der breiten Massen des Volkes getragen ist, ohne dessen überzeugungstreuen Gefolgschaft ihr ganzes Handeln von vornherein zum Mißlingen verurteilt wäre. Was ich heute hier ausspreche, sage ich also nicht nur in meinem Namen und in dem meiner amtlichen Mitarbeiter, sondern auch im Namen des deutschen Volkes. Das Programm der Mehrheitsparteien, auf das

ich mich stütze, enthält zunächst ein Bekenntnis zu der Antwort der früheren Reichsregierung auf die Note des Papstes vom 1. August 1917 und die bedingungslose Zustimmung zu der Entschließung des Reichstages vom 19. Juli 1917. Es bekundet ferner die Bereitwilligkeit, sich einem allgemeinen Bunde der Völker auf Grund der Gleichberechtigung Aller, also der Starken und Schwachen, anzuschließen.

Die Lösung der vielumstrittenen belgischen Frage sieht es in der völligen Wiederherstellung Belgiens, besonders seiner Unabhängigkeit und seines Gebietsumfangs. Auch eine Verständigung über die Entschädigungsfrage soll angestrebt werden. Die bisher geschlossenen Friedensverträge will das Programm zu keinem Hindernis für den allgemeinen Friedensschluß werden lassen. Es strebt im besonderen an, daß sich in den baltischen Ländern, in Litauen und Polen alsbald auf breiter Grundlage Volksvertretungen bilden. Das Zustandekommen der dazu nötigen Voraussetzungen wollen wir ohne Verzug durch die Einführung von Zivilverwaltungen fördern. Ihre Verfassungen und Beziehungen zu den Nachbarvölkern sollen jene Gebiete selbstständig regeln.

In der Innenpolitik habe ich durch die Methode, in der sich die Regierungsbildung vollzog, klare und feste Stellung genommen. Auf meinen Vorschlag sind die Führer der Mehrheitsparteien zu meinen unmittelbaren Ratgebern berufen worden. Meine Herren! Ich war der Ueberzeugung, daß

die Einheitlichkeit der Reichsleitung

nicht gewährleistet werden sollte durch die bloß schematische Parteizugehörigkeit der einzelnen Regierungsmitglieder, sondern ich hielt für fast noch wichtiger die Einheitlichkeit der Gesinnung. Von diesem Gesichtspunkte bin ich ausgegangen auch bei der Wahl meiner Mitarbeiter, die nicht dem Parlament angehören. Ich habe das größte Gewicht darauf gelegt, daß die Mitglieder der neuen Reichsleitung auf dem Standpunkt des Rechtsfriedens stehen, unabhängig von der Kriegslage, da sie sich zu dem Standpunkt auch öffentlich bekannt haben in einem Zeitpunkt, da wir auf dem

Höhepunkt unserer militärischen Erfolge

standen.

Meine Herren! Ich bin überzeugt, daß die Art, in der jetzt die Reichsleitung unter Mitwirkung des Reichstages gebildet worden ist, nicht etwas Vorübergehendes darstellt, daß im Frieden eine Regierung nicht wieder gebildet werden kann, die sich nicht stützt auf den Reichstag und die nicht aus ihm führende Männer entnimmt. Der Krieg hat uns über das alte, vielfach zerrissene Parteileben hinausgeführt, das es so sehr erschwerte, einen einheitlich entschlossenen politischen Willen zur Durchführung zu bringen. Mehrheitsbildung heißt politische Willensbildung, und ein unbestreitbares

Ergebnis des Krieges ist, daß in Deutschland zum ersten Mal große Parteien sich zu einem festen einheitlichen Programm zusammengeschlossen haben und damit in die Lage gekommen sind, das Schicksal des Volkes von sich aus mitzubestimmen. Dieser Gedanke wird niemals erloschen (Beifall links und im Zentrum), diese Entwicklung niemals rückgängig gemacht werden (erneuter Beifall links und im Zentrum). Dabei vertraue ich, daß solange Deutschlands Geschick von Gefahren umbrandet ist, auch die außerhalb der Mehrheit stehenden Volkskreise und deren Vertreter, die nicht der Reichsleitung angehören, alles Trennende zurückstellen und

dem Vaterlande geben, was ihm heute gebührt.

Diese Entwicklung macht eine Aenderung unserer verfassungsrechtlichen Vorschriften im Sinne des kaiserlichen Erlasses vom 30. September erforderlich, die es ermöglichen, daß diejenigen Mitglieder des Reichstages, die in die Reichsleitung eintreten, ihren Sitz im Reichstage behalten. Eine entsprechende Vorlage ist dem Bundesrat zugegangen und wird Ihrer Beschlußfassung unverzüglich unterbreitet werden.

Meine Herren! Bleiben wir eingedenk der Worte, die der Kaiser im August 1914 gesprochen hat und die ich im Dezember vorigen Jahres in Karlsruhe in die Worte fassen durfte: „Wohl gibt es Parteien, aber es sind alles Deutsche". (Beifall.) Unter dem Zeichen des Kaiserwortes muß sich auch die politische Entwicklung in dem führenden deutschen Bundesstaat Preußen vollziehen und

die Botschaft des Königs von Preußen,

die das demokratische Wahlrecht versprach, schnell und restlos erfüllt werden. (Lebhafter Beifall links.) Die preußische Wahlrechtsvorlage ist bei der überragenden Stellung Preußens eine deutsche Frage (Zustimmung links und im Zentrum) und ich zweifle nicht, daß auch die Bundesstaaten, die in der Entwicklung ihres verfassungsmäßigen Zustandes noch zurückstehen, dem preußischen Beispiel folgen werden. Dabei halte ich unerschütterlich fest an den föderativen Grundlagen des Reiches als eines Bundesstaates, dessen einzelne Glieder ihr inneres Verfassungsleben in voller Selbständigkeit bestimmen, ein Recht, auf das auch Elsaß-Lothringen vollen Anspruch hat. Die Selbständigkeit und Vielfältigkeit des Lebens in den einzelnen Bundesstaaten, das enge treue Verhältnis, das jeden Deutschen mit seinem Landesherrn verbindet, sind die Quellen, aus denen

die unbeschreibliche Kraft, die Vaterlandsliebe und Opferfreudigkeit des deutschen Volkes

während des ganzen Krieges geflossen sind. (Lebhafter Beifall.)

Durch die ganze Kriegszeit haben sich die Klagen hindurchgezogen über die Handhabung des Belagerungszustandes. Sie haben trennend und verbitternd gewirkt und die freudige Mitarbeit an den

schweren Aufgaben der Kriegszeit gehemmt. Bis auf weiteres können, wie das Beispiel aller kriegführenden Staaten lehrt, die außerordentlichen Machtbefugnisse nicht entbehrt werden, die der Belagerungszustand verleiht. Aber es muß ein Verhältnis zwischen den Militär- und den Zivilbehörden hergestellt werden, das es ermöglicht, daß in allen nicht reinmilitärischen Angelegenheiten, also besonders auf dem Gebiete der Zensur, des Vereins- und Versammlungswesens, die Gesichtspunkte der zivilen Verwaltungsbehörde maßgebend zur Geltung kommen und daß die Entscheidung letzten Endes unter die Verantwortlichkeit des Reichskanzlers gestellt wird. (Lebhafter Beifall links und im Zentrum.) Zu diesem Zwecke wird ein Befehl des Kaisers an die Militärbefehlshaber ergehen und die kaiserliche Verordnung vom 4. Dezember 1916 unverzüglich entsprechend ausgebaut werden

Mit dem 30. September 1918, den Tag des Erlasses, beginnt

eine neue Epoche in Deutschlands innerer Geschichte.

Die Innenpolitik, die damit in ihren Grundzügen vorgezeichnet ist, ist von entscheidender Bedeutung für die Frage über Krieg und Frieden. Die Stoßkraft, die die Regierung in ihren Bestrebungen um den Frieden hat, hängt davon ab, daß hinter ihr ein einheitlicher fester und unerschütterlicher Volkswille steht. Nur wenn die Feinde fühlen: Das deutsche Volk steht geschlossen hinter seinen verantwortlichen Staatsmännern, nur dann können Worte zu Taten werden. (Beifall links.) Die deutsche Regierung wird bei den Friedensverhandlungen dahin wirken, daß in die Verträge Vorschriften über Arbeiterschutz und Arbeiterversicherung aufgenommen werden, die die vertragschließende Regierung verpflichten, in ihren Ländern binnen einer gemessenen Frist ein Mindestmaß gleichartiger oder doch gleichwertiger Einrichtungen zur Sicherung von Leben und Gesundheit, sowie zur Versorgung der Arbeiter bei Krankheit, Unfall und Invalidität zu treffen. Ich rechne bei der Vorberatung auf den sachkundigen Rat der Arbeiterverbände sowohl, wie der Unternehmer.

Solange noch

deutsche Volksgenossen in Gefangenschaft

sind, werde ich mich um die warme Fürsorge für ihr Wohl mit allen Kräften bemühen. (Allseitiger Beifall.) Auch der in unserer Gefangenschaft lebenden Feinde werde ich mich in gerechter Weise fürsorgend annehmen. (Erneuter Beifall.)

Meine Herren! Ich bin überzeugt, daß dieses Programm, von dem ich nur die Grundzüge dargestellt habe, den Vergleich mit allen fremden Regierungsgrundsätzen aushält. Noch näher auf Einzelheiten einzugehen, scheint mir heute nicht angebracht. Die Beratungen, die wir vor dem Zustandekommen der neuen Regierung gepflogen haben, sind zwar selbstverständlich viel mehr in die Tiefe

gegangen, als ich in meiner knappen Zusammenfassung der wichtigsten Punkte hier wiederzugeben vermag. Ich glaube aber andererseits auch, daß dem hohen Hause jetzt garnicht daran gelegen ist, meine Auffassung dieser Nebendinge kennen zu lernen. Das Entscheidende ist, wenn ich die Lage recht erfasse, meine Auskunft über den allgemeinen Geist der neuen Regierung, denn jeder, der diesen richtig versteht, kann ohne weiteres daraus folgern, wie die Reichsleitung sich zu den schwebenden Einzelfragen stellt. Ich bin ja selbstverständlich gern bereit, dem Reichstag bei späteren Gelegenheiten noch genaueren Aufschluß zu geben. Von unmittelbarer Wichtigkeit sind jetzt die Folgerungen, die die neue Reichsleitung in der kurzen Zeitspanne ihres bisherigen Daseins praktisch aus der Lage, die sie vorfand, und aus der Nutzanwendung ihrer politischen Grundsätze aus dieser Lage gezogen hat. Mehr als vier Jahre des blutigen Ringens gegen eine Welt von zahlenmäßig überlegenen Feinden liegen hinter uns,

Jahre voll schwerer Kämpfe und schmerzlichster Opfer.

Ein jeder von uns trägt seine Narben, nur allzuoft vielleicht offene Wunden — sei es im verborgenen Grund der Seele oder an seinem opferbereiten, für die deutsche Freiheit auf dem Schlachtfeld preisgegebenen Körper. Trotzdem sind wir starken Herzens und voll von zuversichtlichem Glauben an unsere Kraft, entschlossen, unsere Ehre und Freiheit und für das Glück unserer Nachkommen auch noch schwerere Opfer zu bringen, wenn es unabänderlich ist. (Stürm. Beifall.) Mit tiefer, heißer Dankbarkeit gedenken wir unserer tapferen Truppen, die unter glänzender Führung während des ganzen Krieges fast Uebermenschliches geleistet haben und deren bisherige Taten sicher verbürgen, daß unser aller Schicksal auch fernerhin in guten zuverlässigen Händen bei ihnen liegt. (Lebhafter, allseitiger Beifall.)

Im Westen tobt seit Monaten eine einzige, furchtbare menschenmordende Schlacht. Dank dem unvergleichlichen Heldentum unserer Armee, das als unvergängliches Ruhmesblatt in der Geschichte des deutschen Volkes fortleben wird für alle Zeiten, ist die Front ungebrochen. Dieses stolze Bewußtsein laßt uns mit Zuversicht in die Zukunft sehen.

Gerade weil wir von dieser Gesinnung und Ueberzeugung beseelt sind, ist es aber auch unsere Pflicht, Gewißheit darüber herbeizuführen, daß das opfervolle blutige Ringen nicht einen einzigen Tag bis über den Zeitpunkt hinaus führt, wo uns ein Abschluß des Krieges möglich erscheint, der unsere Ehre nicht berührt. Ich habe deshalb auch nicht erst bis zum heutigen Tag gewartet, ehe ich handelnd zur Förderung des Friedensgedankens eingriff. (Beifall.)

Gestützt auf das Einverständnis aller dazu berufenen Stellen im Reich und auf die Zustimmung der gemeinsam mit uns han-

beinden Bundesgenossen, habe ich in der Nacht zum 5. Oktober durch die Vermittlung der Schweiz

an den Präsidenten der Vereinigten Staaten von Amerika eine Note

gerichtet, in der ich ihn bitte, die Herbeiführung des Friedens in die Hand zu nehmen und hierzu mit allen kriegführenden Mächten in Verbindung zu treten. (Bewegung.) Die Note trifft schon heute oder morgen in Washington ein. Sie richtet sich an den Präsidenten der Vereinigten Staaten, weil dieser in seiner Kongreßbotschaft vom 8. Januar 1918 und in seinen späteren Kundgebungen, besonders auch in seiner Neuyorker Rede vom 24. September, ein Programm für den allgemeinen Frieden aufgestellt hat, das wir als Grundlage für die Verhandlungen annehmen können. Ich habe diesen Schritt auf dem Wege zu der Erlösung nicht nur Deutschlands und seiner Verbündeten, sondern der gesamten, seit Jahren unter dem Kriege leidenden Menschheit auch deshalb getan, weil ich glaube, daß die auf das künftige Glück der Völker gerichteten Gedanken, die Herr Wilson vertritt, sich völlig mit den allgemeinen Vorstellungen im Einklang befinden, in denen sich auch die neue deutsche Regierung und mit ihr die weitüberwiegende Mehrheit unseres Volkes bewegt. Was mich selbst betrifft, so können meine früheren, vor einem anderen Hörerkreise gehaltenen Reden bezeugen, daß sich in der Vorstellung, die ich von dem künftigen Frieden hege, keinerlei Wandlung in ihr vollzogen hat, seitdem ich mit der Führung der Reichsgeschäfte beauftragt worden bin. (Zustimmung.)

Was ich will, ist

ein ehrlicher, dauernder Friede für die gesamte Menschheit,

und ich glaube daran, daß ein solcher Friede zugleich auch der festeste Schutzwall für die künftige Wohlfahrt unseres eigenen Landes wäre. (Beifall links und im Zentrum.) Zwischen den nationalen und den internationalen Pflichtgeboten sehe ich deshalb mit Bezug auf den Frieden keinerlei Unterschied. Das Entscheidende liegt für mich schließlich darin, daß diese Gebote von allen Beteiligten mit der gleichen Ehrlichkeit als bindend anerkannt und beachtet werden, wie diese von mir und den anderen Mitgliedern der neuen Regierung gelten werden. (Beifall links.)

So sehe ich denn mit der inneren Ruhe, die mir mein Gewissen als Mensch und als Diener unseres Volkes verleiht und die sich zugleich auf das feste Vertrauen zu diesem großen, treuen, jeder Hingebung fähigen Volk und seiner ruhmvollen Wehrmacht gründet, dem Ergebnis der ersten Handlung entgegen, die ich als leitender Staatsmann des Reiches unternommen habe. Wie dieses Ergebnis auch ausfallen möge: Ich weiß, daß es Deutschland fest entschlossen und einig finden wird — sowohl zu einem redlichen Frieden, der

jede eigensüchtige Verletzung fremder Rechte von sich weist, als auch zu dem

Endkampf auf Leben und Tod,

zu dem unser Volk ohne eigenes Verschulden gezwungen wäre, wenn die Antwort der mit uns im Krieg stehenden Mächte auf unser Angebot gegen dem Willen, uns zu vernichten, diktiert werden sollte. Kein Zagen befällt mich bei dem Gedanken, daß dieses zweite Ergebnis eintreten könnte, denn ich kenne die Größe der gewaltigen Kräfte, die auch jetzt noch in unserem Volke vorhanden sind, und ich weiß, daß die unwiderlegliche Ueberzeugung, um nichts weiteres als um unser Leben als Nation zu kämpfen, diese Kräfte verdoppeln würde. (Lebhafter Beifall.) Ich glaube aber, um der gesamten Menschheit willen, daß der Präsident der Vereinigten Staaten unser Angebot so aufnimmt, wie wir es meinen. Dann wäre

die Tür zu einem baldigen ehrenvollen Frieden

des Rechts und der Versöhnung sowohl für uns, wie für unsere Gegner geebnet. (Lebhafter, stürmischer Beifall.)

Hierauf antwortete

Präsident Fehrenbach

folgendes: Die hochbedeutsamen Ausführungen des Reichskanzlers über die Innen- und Außenpolitik werden Gegenstand eingehender Erörterung in unseren letzten Plenarsitzungstagen sein. Aber auf das Friedensangebot der neuen Regierung an den Präsidenten der Vereinigten Staaten Nordamerikas gestatten Sie mir, ein kurzes Wort anzufügen: „Friede!" Ein großes, hoffnungsreiches Wort. Es würde die Erlösung der Menschheit aus jahrelangen Qualen bringen, unsere Frauen und Kinder würden diesen Frieden vor allem begrüßen und auch unsere Soldaten werden die Rückkehr in die Heimat begrüßen, wenn sie durch harte Kämpfe

einem wirklichen Frieden der Verständigung

die Wege geebnet haben, der allein die Dauer in sich birgt. Das deutsche Volk blickt mit Stolz auf sein kampferprobtes Heer und seine heldenhafte Marine, die weit über vier Jahre unser Vaterland gegen feindliche Uebermacht verteidigen. Das deutsche Volk beklagt tief und empfindet auf schmerzlichste die Wunden, die nicht nur draußen an der Front, sondern auch bei uns in der Heimat geschlagen worden sind. Aber ebenso wie jeder einzelne Soldat an der Front, so ist auch jeder Deutsche daheim bereit, für sein Vaterland, wenn es gefährdet werden sollte, jedes Opfer zu bringen. (Brava.) Ich möchte wünschen, daß solche Opfer nicht gebracht werden müssen, denn

das deutsche Volk wünscht den Frieden,

nicht den Krieg. Ebenso wie alle anderen Völker sehnt es den

Frieden herbei, der diesem furchtbaren Blutvergießen ein Ende bereitet. Deshalb begrüßen wir den uns mitgeteilten Schritt der Regierung, der uns eine, wenn auch nach unbestimmte Aussicht auf den Frieden eröffnet. Im Namen des deutschen Volkes und des Reichstags, dessen größere Mehrheit mit diesem bedeutungsvollen Schritt der Regierung einverstanden ist, erkläre ich, daß wir das Friedensangebot billigen und uns zu eigen machen. (Lebhafter Beifall.) Meine Herren! Ich glaube, annehmen zu dürfen, daß die Fraktionen nunmehr zunächst das Bedürfnis haben, sich in einem Meinungsaustausch über die Ideen des Herrn Reichskanzlers zu unterhalten. Ich schlage deshalb vor, sich zu vertagen und den Präsidenten zu ermächtigen, die nächste Sitzung einzuberufen, sobald die Verhältnisse es erfordern.

Abg. **Haase** (Unabh. Soz.): Namens meiner Fraktion widerspreche ich diesem Vorschlag des Präsidenten und beantrage, die

Debatte über die Erklärungen des Reichskanzlers

zu eröffnen und zu diesem Zweck eine Sitzung auf nächsten Montag anzuberaumen. Das Waffenstillstandsangebot und das Ersuchen um Einleitung sofortiger Friedensverhandlungen auf Grundlage der Wilsonschen Erklärungen sind von welthistorischer Bedeutung. Wir sind mit diesem Schritt einverstanden, denn wir halten es für eine Rechtfertigung der Stellung, die wir von Beginn des Krieges an eingenommen haben. (Sehr wahr bei den U.-Soz.) Haben wir doch unbeirrt durch die Kriegslage stets den demokratischen Frieden gefordert. Dieser Friede ist nur gesichert, wenn das internationale Proletariat seine Herbeiführung in die Hand nimmt. Zu der Diplomatie haben wir kein Vertrauen. Aufgabe der Volksvertretung wäre, in diesem historischen Augenblick, da das alte System abdanken muß, auf das zukünftige Geschick des deutschen Volkes entscheidenden Einfluß auszuüben und die Souveränität des Volkes zur Geltung zu bringen. In jedem Haus, in jeder Hütte, in jeder Werkstatt werden sofort die schicksalsschweren Entscheidungen, die uns bevorstehen, erregt erörtert. Aber der Deutsche Reichstag schaltet sich selbst aus in dem Augenblick, in dem die Demokratisierung der deutschen Verfassungszustände anzubahnen versucht wird. Wir halten dieses Verfahren für schädlich, im Interesse des Volkes, des Friedens und der Freiheit. Deshalb legen wir dagegen Protest ein und setzen unser Vertrauen zur Erringung des Friedens und der Freiheit auf die Massen des Volkes. (Beifall bei den U.Soz.)

Abg. **Seyda** (Pole): Wir Polen widersprechen ebenfalls der Vertagung und beantragen, sofort eine Diskussion über die Erklärungen des Reichskanzlers zu eröffnen. Diese Erklärungen, besonders das Friedensangebot der Regierung, in welchem sie das Friedenspro-

gramm des Präsidenten Wilson als geeignete Grundlage für die Friedensverhandlungen angenommen hat, sind nach unserer Auffassung Tatsachen von so welthistorischer Tragweite, daß unmöglich der Reichstag ohne sofortige eingehende Diskussion darüber hinwegkommen kann. Ich will nur hervorheben, daß bei den Wilsonschen Friedensbedingungen sich auch die befindet, daß ein unabhängiger polnischer Staat errichtet werden soll, der alle polnischen Länder mit eigenen Meeresküsten umfaßt. Indem die deutsche Regierung auch diesen Punkt zur Grundlage von Friedensverhandlungen akzeptiert, erkennt sie zum ersten Male an, daß die Bestrebungen der polnischen Nation auf Vereinigung aller polnischen Landesteile zu einem unabhängigen Staat berechtigt sind. (Sehr wahr bei den Polen und Unruhe.)

Abg. **Ebert** (Soz): Der Ernst der Stunde gebietet der Volksregierung, alles

zu tun, was den Frieden fördert.

(Sehr wahr.) Wir haben durch den Mund des Präsidenten zum Ausdruck bringen lassen, daß wir dem Friedensschritt, den die Reichsleitung unternommen hat, unsere Zustimmung geben. Nun wird die Aufmerksamkeit und das Interesse unseres Volkes und der ganzen Welt darauf gerichtet sein, welches Ergebnis dieser Schritt hat. Ich glaube, alle, die es ernst nehmen mit dem Frieden, dürfen nichts tun, was geeignet ist, diesen Schritt zu gefährden. Der Vorschlag unseres Herrn Präsidenten sagt nur, daß unsere Verhandlungen auf einige Tage ausgesetzt werden, um sehen zu können, welche Wirkung der Friedensschritt der deutschen Regierung auslöst. Ich bin fest überzeugt, draußen in unserem Volk wird jeder Einzelne verstehen, was das Interesse des Volkes gebietet, um alles zu tun, um den Frieden herbeizuführen. (Lebhafte Zustimmung bei den Soz., Unruhe bei den Unabh. Soz.)

Der Vorschlag des Präsidenten wird hierauf gegen die Stimmen der Unabh. Soz. und der Polen angenommen.

⊙	**Sonntag, 6. Oktober 1918**	⊙

Stimmen zum Friedensangebot.

Berlin, 6. Okt. In der „Vossischen Zeitung" schreibt Walther Rathenau unter der Ueberschrift „Ein dunkler Tag": Der Schritt war

übereilt. Wir, die wenigen, haben gemahnt und haben gewarnt, als keine Regierung daran dachte, der Wahrheit ins Auge zu blicken. Nun hat man sich im unreifen Augenblick zum unreifen Entschluß hinreißen lassen. Nicht im Weichen mußte man Verhandlungen beginnen, sondern zuerst die Front befestigen. Die Antwort wird kommen, sie wird unbefriedigend sein, mehr als das, zurückweisend, demütigend, überfordernd. Wir dürfen uns nicht wundern, wenn man die sofortige Räumung des Westens, wo nicht gar einschließlich der Reichslande verlangt. Punkt 8 wird als für Herausgabe Lothringens, vermutlich auch des Elsaß gedeutet. Als polnischer Hafen dann Danzig gemeint sein. Die Wiederherstellung Belgiens und Nordfrankreichs kann auf eine verhüllte Kriegsentschädigung in der Größenordnung von 15 Milliarden hinauslaufen.

In der „Vossischen Zeitung" wird dann weiter gesagt: Einem Völkerbund und einer Verständigung aller Völker muß die Ausgleichung und Verständigung der Nachbarvölker vorausgegangen sein. Der Engländer denkt sich den Völkerbund als ein in möglichst viel kleine Staaten zerklüftetes Europa unter seinem Vorsitze. Es wird sich jetzt erweisen müssen, ob Wilson ebenso wie England auf eine möglichst große Zahl von Völkerbundsmitgliedern oder im Gegensatz zu England auch für möglichst dauerndes Glück bedacht ist.

Die Antwort des Präsidenten Wilson auf den Friedensschritt der deutschen Regierung kann, wie der „Berliner Lokalanzeiger" sagt, jede Stunde in Berlin eintreffen. Allerdings begegnet man in politischen Kreisen Meinungen, die eine so schnelle Entscheidung bezweifeln. Die Reichstagsabgeordneten haben sich darauf eingerichtet, daß das Plenum sofort wieder zusammentritt. Die fortschrittliche Volkspartei hielt gestern eine Fraktionssitzung ab. Die Nationalliberalen haben für heute eine solche anberaumt und das Zentrum für Donnerstag. Der Reichskanzler hatte gestern nachmittag eine Besprechung mit sämtlichen Staatssekretären.

Es ist allerdings durchaus nicht sicher, schreibt das „Berliner Tageblatt", daß irgend ein Freund Wilsons zu ihm sagt: Was Du erstrebst, kann nur vollbracht werden, wenn Du jetzt die Hand zum Frieden reichst. Schon laßt in Paris Clemenceau erklären, daß an keinen Frieden zu denken sei. Wird Wilson sich diesem Alten widersetzen, der ihm eiligst die Antwort zu diktieren versucht?

Der „Vorwärts" schreibt: Ein großer Teil der Berliner Presse betrachtet die Lage als völlig geklärt. Entweder werde Wilson den Friedensvorschlag annehmen oder er wird ablehnen, und dann bleibt nur der Kampf auf Leben und Tod übrig. So einfach liegen die Dinge nicht. Wilson soll die Wiederherstellung des Friedens in die Hand nehmen und alle kriegführenden Staaten von dem deutschen Ersuchen in Kenntnis setzen. Daß er das tun wird, ist selbstverständlich. Die Note ersucht drittens Wilson, die kriegführenden Staaten zur Entsendung von Bevollmächtigten zwecks Aufnahme der Verhandlungen einzuladen. Daß er auf dieses Ersuchen mit einem unbedingten Nein

antworten wird, klingt uns ganz unwahrscheinlich, aber das macht noch nicht sicher, daß die Antwort Wilson ein unbedingtes Ja sein wird. Wilson kann seine Verbündeten nicht zu einer Konferenz einladen, ohne sich zuvor dessen vergewissert zu haben, daß sie seiner Einladung auch folgen werden. Er kann ihnen nur raten aber abraten. Ob er das eine tut aber das andere, kann er von einer weiteren Darstellung der deutschen Absichten abhängig machen.

Der frühere Staatssekretär Dernburg erklärte in einem Vortrage in Chemnitz, daß der Krieg, solange er als Verteidigungskampf bezeichnet wird, nicht verloren, sondern gewonnen sei. Wilsons 14 alte und 5 neue Punkte, deren Ziel und Mittelpunkt der Völkerbund sei, dürfen von uns angenommen werden, wenn sie in guter Treue und ohne Demütigung für Deutschland aufgestellt seien.

Die „Deutsche Zeitung" erklärt: Wir haben den Glauben, daß im Falle der Ablehnung ein Sturm durch unser Volk gehen wird. Denn die Feinde täuschen sich, wenn sie uns für erledigt halten. Der furor teutonicus ist noch nicht erstarben, man hat ihn gewaltsam niedergehalten. Wer ihn zu wecken versteht, der rettet das Vaterland. Die Flaggen auf Halbmast! Das alte Preußen und das alte Reich unseres Bismarck werden zu Grabe getragen.

Die „Frankfurter Zeitung" schreibt: In der Geschichte Deutschlands wird der heutige Tag als einer der großen Lostage verzeichnet werden, an denen für eine lange Zeit das Schicksal des deutschen Volkes bestimmt worden ist und wir möchten glauben, daß er darüber hinaus auch für das Leben der Menschen bedeutsam werden wird. Was heute der neue Kanzler des Reiches, Prinz Max, vor dem versammelten Reichstage verkündet hat, sind die Grundlinien eines neuen Deutschland, aber auch zugleich einer neuen Verfassung der Gesamtheit der Volker. Beides gehört eng zusammen. Nicht, daß es dem deutschen Volke bisher an Friedfertigkeit und Vereitwilligkeit zu einem Zusammenleben mit anderen Volkern in Recht und Freiheit gefehlt hatte — die deutsche Geschichte ist Zeuge für unsere Verträglichkeit, und das deutsche Geschäftsleben hat allen Kulturvolkern von seinen Reichtümern mitgeteilt — aber in unseren politischen Formen kam der Wille des Volkes nicht mit der Nachhaltigkeit zum Ausdruck, die dem Betatigungsdrang eines mündigen, tüchtigen und großen Volkes entsprochen hätte.

WTB **Amsterdam**, 6. Okt. Die holländische Presse begrüßt den Friedensschritt überwiegend sympathisch, jedoch mit einem skeptischen Untertone, und fragt, ob die Feinde jetzt wohl zu Verhandlungen bereit seien.

„Het Vaterland" schreibt: Deutschland und Oesterreich-Ungarn nahmen Wilsons Programm an und ersuchten um die Vermittlung des Präsidenten der Vereinigten Staaten, um dem Kriege ein Ende zu machen. Das ist ein großes Ereignis, das bevorstand und das dennoch als eine Ueberraschung kommt, als eine große Ueberraschung, deren

Folgen noch nicht zu übersehen sind. Die Mittelmächte erkennen die Friedensziele eines ihrer Gegner als richtig an. Sie meinen, daß sie nicht unter dem Einflusse des Verlaufs der kriegerischen Ereignisse aufgestellt wurden, sondern aus einer unerschütterlichen Ueberzeugung abgeleitet seien, und Prinz Max von Baden hat, indem er dieses Vertrauen an Wilson ausspricht, Anspruch auf das gleiche Vertrauen von Seiten der Alliierten. Er erklärte feierlich, daß die neue deutsche Regierung von der Mehrheit des deutschen Volkes getragen werde und daß man ebensowenig gezögert haben würde, denselben Schritt zu tun, wenn in diesem Augenblicke die Kriegsaussichten für die Mittelmächte günstiger wären.

Haag, 6. Oktober. Das jetzt in Amsterdam erscheinende „Echo belge" erklärt: Prinz Max von Baden sagte zum erstenmale, daß beabsichtigt werde, unser Land völlig wiederherzustellen, geographisch und politisch (und ökonomisch?), und daß er einen Weg zur Zahlung von Entschädigungen finden werde. Es ist klar, daß eine Rede von dieser Bedeutung in Ruhe studiert werden muß. Das einzige, was man heute sagen kann, ist, daß die Rede beweist, daß in Deutschland eine Veränderung stattgefunden hat. Aber wird sie ausreichen?

Zustimmung des Senatsausschusses zur Wilsonnote.

Berlin, 6. Oktober. Dem Genfer Herald wird aus Newyork gemeldet: Der Senatsausschuß hat einstimmig den neuen fünf Punkten Wilsons als Grundlage zu jeder Art von Friedensbesprechungen zugestimmt.

Frankreichs Urteil.

Genf, 6. Oktober. Zum Waffenstillstands- und Friedensangebot schreibt die „Homme libre": Wir warten in aller Ruhe ab, bis der neue Mann sich entpuppt hat und sich entscheidet, mitzuteilen, ob er bereit ist, unseren Frieden anzunehmen, das heißt, die Niederlage des preußischen Militarismus. — In Kreisen der Linken, auch in solchen, die nicht dem Sozialismus angehören, erkennt man aber die Bedeutung der Vorgänge in Deutschland. Die Pariser „Populaire" schreibt: Das Interesse, das die Alliierten und Frankreich daran hätten, die erhebliche historische Bedeutung der jetzigen politischen Entwicklung in Deutschland zu verkennen, sei nicht verständlich.

Günstige Vorzeichen.

Bern, 7. Oktober. (Eigener Drahtbericht.) Der „Berner Bund" schreibt: Für die Friedensmission des Prinzen Max ist die sehr günstige Aufnahme, die seine Ernennung zum Kanzler beinahe in sämtlichen Blättern Italiens gefunden hat, von nicht zu unterschätzender Bedeutung. Auch die gute Presse, die der Prinz vielfach in England und Amerika gefunden hat, kann als günstiges Vorzeichen angesehen werden.

Basel, 7. Oktober. (Eigener Drahtbericht.) Das „Baselee Volksblatt" schreibt: Wir befürchten, daß die Ententestaatsmänner und Generäle im Siegestaumel unbeirrt an ihrem Vernichtungswillen festhalten werden. Die Entente kann jetzt, besonders Herr Wilson, mit einem deutschen Volke reden und verhandeln, das seine Schicksalsbestimmung selbst in die Hand genommen hat. Viele schreckhafte Zukunftsbilder, die man den Pazifisten in den Ententeländern an die Wand malte, falls ein gesundes, kräftiges Deutschland am Leben bleibe, werden nun anfangen zu zerflattern. Die Stunde der Verständigung muß doch anbrechen.

Rigorose Bedingungen?

Lugano, 7. Oktober. Nach einer Berner Meldung herrscht in diplomatischen Ententekreisen die Ansicht vor, daß die Entente den Waffenstillstand nur unter den rigorosesten Bedingungen und unter der Gewährung weitgehendster Bürgschaften annehme.

∞	**Montag, 7. Oktober 1918**	∞

Lord Cecil über den Völkerbund.

WTB **Bern**, 7. Oktober. Lord Robert Cecil gewährte, nach einer Mitteilung der „Neuen Züricher Zeitung", dem Londoner Korrespondenten des Blattes in London eine Unterredung, in der er sich sehr ausführlich über den Gedanken des Völkerbundes aussprach und betonte, daß der Hauptzweck eines solchen Völkerbundes darin zu be-

stehen habe, den Gedanken des Rechtes an Stelle der Gewalt im internationalen Verkehr den Sieg zu verschaffen. Der deutlichste Beweis für den Fortschritt des Gedankens des Völkerbundes liege in der Tatsache, daß er auch in dem deutschen Volke immer mehr Wurzel schlage und daß die große Mehrheit des deutschen Volkes jede Möglichkeit, dem Kriege ein Ende zu machen und künftigen Kriegen vorzubeugen, begrüße. Dies werden alle diejenigen, die wissen, was das deutsche Volk gelitten hat und noch zu leiden hat, gerne glauben. Weniger leicht sei es, die Frage zu entscheiden, in wie weitem Maße die deutschen Staatsmänner und Politiker mit dem Gedanken der Begründung eines Völkerbundes aufrichtig sympathisieren. Bisher habe sich ihre Zustimmung mit wenigen Ausnahmen auf allgemeine Redewendungen beschränkt. Man nehme viele Reden vor, aber wahrscheinlich würde eine einzige Erklärung aus dem Munde des leitenden deutschen Staatsmannes genügen, die Welt dem erstrebten Ziele näher zu bringen. Dieser müßte die bündige Versicherung abgeben, daß Belgien geräumt und in seiner unbeschränkten Unabhängigkeit wiederhergestellt, sowie auch die übrigen Fragen ohne Annexionen und ohne Entschädigungen mit schuldiger Rücksicht auf das Selbstbestimmungsrecht der Völker bei Friedensschluß geregelt werden, endlich, daß gegen die Wiederkehr eines Krieges durch Abrüstung, Schiedsgerichte und Begründung des Völkerbundes Schutzwehren geschaffen werden müssen.

Dienstag, 8. Oktober 1918

Die „Volksstimme", Mannheim (sozialdemokratisch):

Weder Jena noch Sedan.

Mannheim, 8. Oktober. Die neuen Friedensnoten, die vom Rest des ehemaligen Vierbundes, Deutschland, Oesterreich und der Türkei, an den Präsidenten der Vereinigten Staaten gerichtet worden sind, unterscheiden sich von allen früheren Friedensschritten, die unternommen wurden, durch ihre vollkommene Einheitigkeit. Sie sprechen zwar nicht aus, aber deuten an, daß sie die gewaltige zahlenmäßige Ueberlegenheit der Gegner anerkennen und ihre zwar nicht sicheren, aber doch möglichen Faigen bei längerer Fortdauer des Krieges voraussehen. Der neue Reichskanzler, der mit seiner ersten Rede gezeigt hat, daß er nicht nur ein Prinz, sondern auch ein

Mann ist, hat von einem Endkampf auf Leben und Tod gesprochen, der uns bevorstehe, wenn unser Friedensangebot abgelehnt wird in der Absicht, uns zu vernichten. Wir wissen, daß der Ausspruch des Reichskanzlers nicht zuviel sagt, wir wissen, daß wir in diesem Endkampf nicht mehr um blutige Eroberer-Lorbeeren, sondern nur noch um unsere Ehre kämpfen würden und um das Grundprinzip der Volksdemokratie, das die Unterdrückung eines schwächeren Volkes durch einen Bund stärkerer Völker verbietet, also nicht gegen, sondern für Wilsons Grundsätze. Einstweilen aber dürfen wir uns der Hoffnung hingeben, daß uns dieses letzte Entsetzlichste erspart bleiben möge. Der Sieg der Grundsätze Wilsons, zu denen wir uns bekannt haben, würde auch das Ende des Krieges bedeuten.

Das deutsche Volk wird sich nicht leichtsinnig in einen Endkampf auf Leben und Tod stürzen. Es ist bereit, zur Herstellung eines dauernden Friedensbundes der Völker, zur Erreichung der großen Vorteile, die dieser Bund auch ihm bringen würde, Opfer zu bringen. Die Notwendigkeiten der Zeit müssen klar erkannt werden, und man muß tapfer genug sein, die notwendigen Schlußfolgerungen aus ihnen zu ziehen.

Jena aber Sedan? Das war in Friedenszeiten oft die Frage. Die Antwort, wie sie sich nach den bisherigen Ergebnissen des Krieges darstellt, heißt weder Jena noch Sedan! Die Schlacht von Jena wurde im Herzen Deutschlands geschlagen, ihr folgte die vollständige Auflösung Preußens und der Friede der Hoffnungslosigkeit von Tilsit. Heute ist die militärische Widerstandskraft keineswegs erschöpft, aber die große Gefahr ist da, und der Reichstagspräsident hat es offen ausgesprochen, daß wir und unsere bisherigen Verbündeten auf dem Balkan und in Vorderasien sowie auf unserer Westfront mit Zuversicht, aber nicht ohne Sorgen blicken. Wie kam es, daß Deutschland in diesen gefährlichen Zustand hineingeriet? Die Junkerherrschaft hat uns vor mehr als hundert Jahren nach Jena geführt, die bewundernswerte Kraft des deutschen Volkes hat uns in diesem Krieg vor einem Jena gerettet. Aber daß wir in diese ungeheure Gefahr hineingeraten sind, ist die Folge des Umstandes, daß wir uns trotz der furchtbaren Lehren von Jena nicht von der Junkerherrschaft zu befreien vermochten.

Wenn bis in die letzten Tage hinein von den Anhängern des alten Systems der sogenannten starken Monarchie und des Militarismus gesagt wurde, dieses System habe sich im Krieg glänzend bewährt, so liegt die Unwahrheit dieser Behauptung heute nackt zutage. Das System hat sich nicht bewährt, und sein Zusammenbruch wurde rasch und rettungslos gewesen sein, wenn nicht auch schon die Kräfte der Demokratie im Reich sich zu regen begonnen hätten. Der Reichstag des allgemeinen, gleichen Wahlrechts hat dem deutschen Volk die moralische Kraft gegeben, diese ungeheuer schweren vier Jahre zu überstehen. Das Bewußtsein, daß der Kampf nicht um die Erhal-

tung alter Klassenprivilegien gehe, sondern, daß Deutschland als ein freies Staatswesen aus diesem Kriege hervorgehen müsse, hat die Volksgenossen im feldgrauen Rock aufrecht erhalten und hält sie jetzt erst recht aufrecht. Die Junkerherrschaft hat Deutschland in diesen Krieg hineingeführt. Sie hat die Kriegspolitik des Reiches in der unheilvollsten Weise beeinflußt, ihre Zeit gründlich mißverstanden, in wahnsinniger Ueberhebung die Verteilung der Kräfte völlig falsch eingeschätzt. Die Demokratie hat das Land verteidigt, sie hat sich zu einem rechtschaffenen und den wirklichen Verhältnissen angepaßten Kriegszielprogramm bekannt und hat dieses gegen den fanatischen Widerstand der Gewalthaber schließlich durchzusetzen vermocht, noch ehe der Zusammenbruch, der die notwendige Folge einer skrupellosen Gewaltpolitik sein mußte, eingetreten war.

So ist es jetzt die Aufgabe der Demokratie, also auch der sozialistisch gesinnten Arbeiterdemokratie, das deutsche Volk aus dieser Katastrophe in einen gesicherten Friedenszustand hinüberzuführen. Wenn dabei Opfer gebracht werden müssen, an die das deutsche Volk bisher nicht gedacht hatte, an die ein großer Teil von ihm vielleicht auch heute noch nicht denkt, so ist es nicht die Schuld der Demokratie, sondern die Schuld ihrer Gegner, die Deutschland vor Kriegsausbruch beherrscht haben, die den Krieg, wenn sie ihn vielleicht auch nicht gerade wollten, so doch nicht zu vermeiden verstanden, und die einen rechtzeitigen Abbruch des Krieges durch ihre unsinnige Eroberungspolitik vereitelten. Wir sehen daher mit kühler Gelassenheit der Anklage einer nationalistischen Demagogie entgegen.

Es läßt sich voraussehen, daß die Antwort der Gegner nicht unbedingt ablehnend sein wird. Ob sie unbedingt annehmen werden, läßt sich aber nicht voraussehen. Vielleicht werden also den eigentlichen Friedensverhandlungen noch Vorbesprechungen vorausgehen. Sie müssen von deutscher Seite im Geist eines echten Friedenswillens, einer wahren Völkerdemokratie geführt werden. Das deutsche Volk hat nichts zu beanspruchen und wird nichts beanspruchen als seine Selbsterhaltung als freie Nation. Dafür wird es im Frieden Opfer bringen, dafür, wenn es ihm verweigert wird, noch einmal kämpfen.

Die französischen Sozialisten über das Friedensangebot.

Genf, 8. Oktober. Der Nationalrat der französischen sozialistischen Partei beschloß einstimmig, an den Präsidenten Wilson eine Botschaft zu richten, in der über den Friedensvorschlag der Mittelmächte gesagt wird: „Dieser Schritt sei der Beweis eines vollständigen Meinungsumschwunges, der die Nationen zur Freiheit und zum Frieden führe. Die Sozialistenpartei erkläre deshalb, daß die

Alliierten unter der Bedingung unentbehrlicher diplomatischer und militärischer Garantien den Vorschlag nicht ablehnen dürfen. Die Partei erblickt in dem Vorschlag den Sieg der Demokratie. Denn Oesterreich nehme die 14 Punkte Wilsons als Diskussionsbasis an und Deutschland erkenne durch die Autonomieanerkennung für Elsaß-Lothringen den internationalen Charakter dieser Frage an. Das Manifest konstatiert, der Kanzler habe seine neue Regierung als Volksregierung hingestellt und damit anerkannt, daß für die Herstellung eines dauerhaften Friedens die Nationen sich gegenseitig Garantien geben mußten. Die Partei erblicke darin eine erste Anstrengung zu einer demokratischen Lösung und verlangt eine energische Aktion in dieser Richtung. Sie schließe sich jeder Aktion Wilsons an, die eine Befriedigung für die Massen sei, die Anspruch auf eine klare und unzweideutige Antwort haben.

Die Diplomaten über das Friedensangebot.

London, 8. Oktober. Reuter erfährt aus den Kreisen von fremden Diplomaten, daß die Ansichten, die man dort habe, denen der englischen Regierung entsprachen, nämlich, daß die größte Vorsicht bei der Erörterung der durch die Rede des Prinzen Max geschaffenen Lage beobachtet werden müsse, bis viele Punkte klarer geworden seien, als sie mangels des amtlichen Berichts sein konnten. Diplomatisch scheine der nächste Schritt bei Wilson zu liegen. Der Präsident legte seine Politik durchaus klar dar und soweit man schließen könne, sage der Kanzler, daß Deutschland diesem Ziele beistimme. Es sei klar, daß Zusicherungen über endgültige Bürgschaften folgen müßten. Bei dem gegenwärtigen Stande könne nur gesagt werden, daß die Aeußerungen des Reichskanzlers die bedeutsamsten seien, die bisher von Deutschland ausgegangen seien. In Kreisen, die gewöhnlich als gut informiert gelten, kommt als allgemeine Ansicht zum Ausdruck, daß Deutschland einen großen Schritt in der richtigen Richtung getan hat, dieser aber nicht groß genug ist. In nicht amtlichen Kreisen in London geht die Meinung im allgemeinen dahin, daß die Vorschläge völlig aufrichtig, aber, daß sie nicht von Liebe zum Frieden oder geklärterem Geiste sind.

Der Standpunkt der Gewerkschaften.

In dem „Korrespondenzblatt der Generalkommission Deutschlands" wird unter anderem ausgeführt:

„Neben den großen Aufgaben auf dem Gebiete der inneren Politik sind die noch größeren auswärtigen Probleme zu lösen. Die nationale Verteidigung muß mit größter Kraft durchgeführt und den neuen Anstürmen der Feinde Halt geboten werden. Es darf auch im Auslande kein Zweifel darüber aufkommen, daß das deutsche Volk keine Sekunde daran denkt, sich von den Feinden überwinden zu lassen. Mit der Uebernahme der Regierung auf die Mehrheitsparteien des Reichstags und der damit verbundenen schnellen Durchführung der inneren Reformen hoffen wir einen so erheblichen Kraftzuwachs zu gewinnen, daß der feindliche Uebermut sich legen muß. Sicher waren wir weiter, hatten wir vor einem Jahre den Systemwechsel durchführen und auf das „Uebergangsjahr" verzichten können; aber die politischen Fortschritte gingen bisher bei uns immer sehr langsam und die Entschlüsse setzen sich erst in letzter Stunde durch, gewissermaßen erst, wenn sie überreif sind. Aber sie gehen dann durch ohne Erschütterungen des nationalen Lebens, und darauf ist unsere Hoffnung begründet, daß der jetzt erfolgende Systemwechsel neue Kräfte zur Verteidigung des Reiches auslösen wird. Wir haben nie einen Zweifel daran gehabt, daß die feindlichen Redensarten über die Freiheit der von der deutschen Autokratie bedrohten Völker nur ein Mittel der Kriegshetze war und daß die wirklichen feindlichen Kriegsziele die Existenz unseres Landes ernsthaft bedrohen. Die Demokratisierung Deutschlands beraubt die feindlichen Kriegshetzer um eines ihrer wirksamsten Propagandamittel und wird gerade dadurch den Frieden fördern. Und daher gilt es für uns alle, neben der Durchführung der Demokratie im Reiche und in Preußen auch den Kopf kühl zu halten und ruhige Nerven zu bewahren, um die feindlichen Anstürme abzuwehren. Wir wollen den Frieden der Verständigung, aber nicht den Frieden um jeden Preis. Die Demokratisierung wird uns helfen, einen Frieden zu erringen, der die Entwicklung unserer Wirtschaft und unseres Volkes sicherstellt, ohne die anderer Völker zu beeinträchtigen."

Bohemia, Prag, wiederholt

Wilsons 14 Punkte.

Der Friedensschritt der Mittelmächte soll, wie übereinstimmend mitgeteilt wird, an die vierzehn Punkte Wilsons anknüpfen. Diese Punkte sind in der Botschaft Wilsons vom 8. Januar ds. Js. enthalten und besagen in den Grundzügen:

1. Oeffentlichkeit aller Friedensverträge.

2 Vollkommene Freiheit der Schiffahrt auf dem Meere sowohl im Frieden als auch im Kriege.

3. Möglichste Beseitigung aller wirtschaftlichen Schranken und Gleichheit der Handelsbeziehungen.

4. Unparteiische Ordnung aller kolonialen Forderungen unter Berücksichtigung der Interessen der Kolonialvölker und der Mutterländer.

5. Garantiertes Herabsetzen der Rüstungen auf ein Mindestmaß.

6. Räumung des ganzen russischen Gebietes und Prinzip der politischen Selbstbestimmung Rußlands.

7. Räumung und Wiederherstellung Belgiens ohne eine wie immer geartete Einschränkung seiner Souveränität.

8. Befreiung und Wiederherstellung des ganzen besetzten französischen Gebietes, Wiedergutmachung des Frankreich durch Preußen im Jahre 1871 in der elsaß-lothringischen Frage zugefügten Unrechtes.

9. Berichtigung der Grenzen Italiens nach klar erkennbaren nationalen Linien.

10. Den Völkern Oesterreichs, deren Platz unter den Nationen wir geschützt und gesichert zu sehen wünschen, soll die erste Gelegenheit zur autonomen Entwicklung gewahrt werden.

11. Räumung und Wiederherstellung Rumäniens, Serbiens und Montenegros sowie Gewährung eines Zuganges zum Meere für Serbien.

12. Wahrung der Souveränität der türkischen Teile des Osmanenreiches, Gewahrung der Autonomie für die anderen Nationalitäten.

13. Errichtung eines polnischen Staates mit Einschluß der zweifellos polnischen Bevölkerung mit freiem Zugang zum Meere unter internationaler Garantie.

14. Errichtung eines allgemeinen Völkerbundes.

Der Papst für das Friedensangebot.

Zürich, 8. Oktober. Die katholischen Zürcher Nachrichten melden, daß der Papst alles aufbieten werde, damit das Ansuchen der Mittelmächte keine Absage erfahre.

Auch die Türkei fängt an zu wanken!

Berlin, 8. Oktober. Wie die „Deutsche Zeitung" von einem Konstantinopeler Gewährsmann im türkischen Kabinett erfährt, wird im türkischen Kabinett eine Umänderung eintreten. Der bisherige

Großwesir Talaat Pascha ist durch den Senator Tewfik Pascha ersetzt worden. Anstelle des bisherigen Kriegsministers Enver Bey ist der seinerzeitige Kriegsminister Izzet Pascha getreten. Zum Minister des Aeußern wurde der der Oppasition angehörende Senator Achmed Riza Bey ernannt. Die jetzige Zusammensetzung des Kabinetts dekundet den allgemeinen Friedenswillen des türkischen Volkes. Die Nachricht aan dem Kabinettswechsel ist der hiesigen türkischen Botschaft noch nicht zugegangen, an ihrer Richtigkeit ist ober nicht zu zweifeln. — Was der Sturz dieser Männer bedeutet, ist ohne weiteres klar. Die Türkei ist am Ende der Bundespalitik.

	Mittwoch, 9. Oktober 1918	

Die Antwort Wilsons.

WTB Washington, 9. Oktober. Der Staatssekretär übergab dem schweizerischen Geschäftsträger folgende Antwort auf die deutsche Note:

„Staatsdepartement, 8. Oktober.

Mein Herr!

Ich habe die Ehre, im Namen des Präsidenten den Empfang Ihrer Note vom 6. Oktober zu bestätigen, die die Mitteilung der deutschen Regierung an den Präsidenten einschloß. Ich bin nun dem Präsidenten beauftragt, Sie zu bitten, dem Deutschen Reichskanzler folgende Mitteilung zu machen:

Ehe er auf das Ansuchen der Kaiserlich Deutschen Regierung antwortet und damit die Antwort so aufrichtig und großsinnig erteilt wird, wie die wichtigen Interessen, die darin eingeschlossen sind, es erfordern, hält der Präsident der Vereinigten Staaten es für notwendig, sich des genauen Sinnes der Note des Reichskanzlers zu versichern. Meint der Reichskanzler, daß die Kaiserlich Deutsche Regierung die Bedingungen, die vom Präsidenten in seiner Botschaft an den Kongreß der Vereinigten Staaten vom 8. Januar und in den folgenden Botschaften niedergelegt worden sind, annimmt, und daß ihr Zweck beim Eintritt in die Diskussion nur der sein würde, sich über die praktischen Einzelheiten ihrer Anwendung zu verständigen? Der Präsident der Vereinigten Staaten fühlt sich verpflichtet, zu dem Vorschlage eines Waffenstillstandes zu erklären, daß er sich nicht berechtigt fühlen

würde, die Regierungen, mit denen die Regierung der Vereinigten Staaten gegen die Mittelmächte verbündet und assoziiert ist, einen Waffenstillstand vorzuschlagen, während die Heere dieser Mächte auf ihrem Boden stehen. Der gute Glaube bei jeder Diskussion würde offensichtlich von der Zustimmung der Mächte abhängen, sofort die Truppen überall aus dem besetzten Gebiet zurückzuziehen. Der Präsident glaubt auch zu der Frage berechtigt zu sein, ob der Kanzler nur für diejenigen Gewalten des Reiches spricht, die bisher den Krieg geführt haben. Er hält die Antwort auf diese Frage von jedem Standpunkt aus für außerordentlich wichtig. Empfangen Sie, mein Herr, die erneute Versicherung meiner Hochschätzung. Robert Lansing."

Dazu bemerkt das WTB:

Die Antwort des Präsidenten Wilson liegt hier in dem amtlichen Text noch nicht vor. Die genaue Prüfung des Wortlautes ist vorerst noch nicht möglich. Immerhin ergibt sich aus dem Text, daß weitere Erklärungen von seiten der deutschen Regierung notwendig sein werden. Dazu sind sorgsame Erwägungen der Regierung erforderlich. Die Antwort auf die Schlußfrage des Präsidenten ist durch die Rede des Präsidenten Fehrenbach in der Reichstagssitzung vom 5. Oktober gegeben, der im Namen des deutschen Volkes und des Reichstages erklärte, daß der Reichstag das Friedensangebot billige und sich zu eigen mache.

Der „Vorwärts" zum Friedensangebot.

Berlin, 9. Oktober. Zur Frage, worum die deutsche Friedensnote nicht direkt an alle kriegführenden Mächte, sondern auf dem Wege über den Präsidenten Wilson an sie gerichtet wurde, wird dem „Vorwärts" geschrieben: Mit der Annahme des Wilsonschen Programms hat die deutsche Regierung einen Schritt getan, dessen Bedeutung neben der sachlichen Seite auch darin liegt, daß damit der Persönlichkeit des Präsidenten Wilson ein Vertrauensvotum weittragendster Art ausgesprochen worden ist. Dieses Vertrauen gilt der Aufrichtigkeit der idealen Weltanschauung, die in den Kundgebungen des Präsidenten Wilson stets zum Ausdruck gekommen ist. Aus dieser Auffassung erweckt die Erwartung, daß Herr Wilson das von ihm aufgestellte Prinzip Deutschland gegenüber in einer Weise einhalten wird, die sich aus seiner gerechten Anwendung ergibt und damit auch den Interessen unseres Volkes entspricht. Der Präsident hat immer zum Ausdruck gebracht, daß sein Programm als unmittelbares Ganzes aufzufassen sei. Das deutsche Angebot hat sich in der

Erkenntnis, daß auch damit ein Gebot der Gerechtigkeit erfüllt würde, dieser Voraussetzung angeschlossen. Das Vertrauen, das das deutsche Volk so zum Ausdruck bringt, laßt uns in Ruhe die Antwort erwarten.

Die englischen Arbeiterführer für den Friedensschritt.

Berlin, 9. Oktober. Der „Dtsch. Tagesztg." wird aus Zürich berichtet: Die „Neuen Zürcher Nachrichten" teilen mit, daß sich die englischen Arbeiterführer durchweg zustimmend zu dem Friedensvorschlag der Mittelmächte ausgesprochen haben.

Ludendorff in Berlin.

WTB **Berlin**, 9. Oktober. Der erste Generalquartiermeister General Ludendorff traf aus dem großen Hauptquartier zu Besprechungen in Berlin ein.

Cambrai geräumt.

WTB **Berlin**, 9. Oktober, abends. An der Schlachtfront zwischen Cambrai und St. Quentin haben wir rückwärtige Stellungen bezogen und damit auch Cambrai geraumt. Teilkämpfe in der Champagne. Auf beiden Maasufern haben sich erneute Angriffe des Feindes entwickelt.

Rücktritt des türkischen Kabinetts.

WTB **Konstantinopel**, 9. Oktober. Wie das Blatt „Vakit" erfährt, überreichte Großwesir Talaat Pascha dem Sultan die Demission des Kabinetts, die angenommen wurde. Die Leitung der Geschäfte wurde bis zur Bildung eines neuen Kabinetts dem früheren Botschafter in London Tewfik Pascha übertragen.

Pressestimmen zur Antwort Wilsons.

Berlin, 10. Oktober. Die Note Wilsons hat gestern bereits den Gegenstand eingehender Beratungen gebildet. Abends fand im Auswärtigen Amt eine Besprechung der Antwortnote des Präsidenten Wilson statt. Im Anschluß daran trat im Reichskanzlerpalais unter dem Vorsitze des Reichskanzlers Prinzen Max das Kriegskabinett zu einer Beratung zusammen, an der auch andere maßgebende Persönlichkeiten teilnahmen.

Halbamtlich wird mitgeteilt: Die Antwort des Präsidenten der Vereinigten Staaten auf den deutschen Friedensschritt ist bei den hiesigen amtlichen Stellen gestern bekannt geworden und wird in Kürze mitgeteilt werden. Wir haben Grund zu der Annahme, daß sich eine Weiterführung des Friedensschrittes ermöglichen wird.

Das „Berliner Tageblatt" urteilt: In zwei oder drei Tagen wird die Note, in der die neuen Anfragen Wilsons beantwortet werden sollen, fertiggestellt sein. Aller Voraussicht nach wird sie so lauten, daß man auf dem Wege zur Verständigung weitergehen kann. Es ist notwendig, daß man in diesem Augenblicke auf störendes Dreinreden verzichtet und nicht durch Ausbrüche seiner Leidenschaft durch geistreiche Kritik, durch staatsmännische Ratschläge und durch jene pomphafte Ueberlegenheit, die namentlich bei vielen mit untilgbarer Schuld belasteten Wortheiden sich findet, die Aufgabe der Regierung noch mehr erschwert: Es muß so klar als möglich werden, daß die alte und die neue Gewalt bei jenem Schritt völlig einig sind. Mit Genugtuung fasse sich aus den Aeußerungen in konservativen Blättern feststellen, daß auch in konservativen Kreisen die Aufgabe der Stunde in ihrer ganzen Bedeutung erkannt werde. Damit erhalt der Friedensschritt der neuen Regierung auch im Auslande ein verstarktes Gewicht.

Die „Vossische Zeitung" schreibt: Mehr war nicht zu erwarten. Auf beiden Seiten ist ein korrekter und sachlicher Ton gewahrt worden, der es ermöglicht, den Uebergang von rhetorischen zu praktischen Verhandlungen zu finden. Nach dem wilden Gebaren der feindlichen Kriegspresse wirkt die Sachlichkeit der amerikanischen Antwort fast wie eine freundliche Ueberraschung.

Der „Vorwarts" spricht von gunstigen Aussichten für den Frieden und hebt gegenüber ungeduldigen Erwartungen hervor, daß von der Antwort auf die drei Rückfragen Wilsons unmittelbar die weitere Haltung Wilsons selbst abhangen werde, nicht aber die der mit ihm

verbündeten Ententemächte. Die kranke Welt gleiche in diesem Augenblicke einem Genesenden, dem die Hoffnungssonne freundlich durchs Fenster scheine.

Die „Germania" glaubt der Hoffnung Raum geben zu dürfen, daß die Morgenröte des Friedens im Anzuge ist. Die Tatsache, daß Wilson das deutsche Friedensangebot ganz anders behandelt als noch vor wenigen Wochen das österreichisch-ungarische, gibt ihr zu dieser Auffassung Berechtigung. Wer aus den auswärtigen Zeitungen die Stimmungsmache in der Union sowie in England und Frankreich kenne, werde Wilson seine Unabhängigkeit und Selbständigkeit als hohes Verdienst anrechnen. Natürlich seien wir noch sehr weit von einer Verständigung. Eines ist sicher, schreibt das Blatt, nämlich, daß dem Deutschen Reich sein Besitzstand unter allen Umständen gewahrleistet werden muß, und daß sein Heer ihm jetzt die einzige Sicherheit bietet. Die Antwort auf die Frage Wilsons, ob der Kanzler nur für diejenigen Gewalten im Deutschen Reich spricht, die bisher den Krieg geführt haben, liege klar und unzweideutig in der Versicherung des Reichstagspräsidenten Fehrenbach, daß das ganze Volk hinter dem Friedensangebot stehe.

In der „Norddeutschen Allgemeinen Zeitung" wird gesagt. Wilson hat als Staatsoberhaupt und als Mitglied einer Koalition eine starke politische Verantwortung schon an sich zu tragen. Das Ersuchen der Mittelmächte hat diese noch erhöht. Die Antwort auf die erste Frage Wilsons kann schon in der baldamtlichen Mitteilung erblickt werden, daß die deutsche Regierung und die Mehrheit des Reichstags das gesamte Wilsonsche Programm ohne Ausnahme und Einschränkung als Grundlage für den Frieden angenommen haben. In der dritten Frage ersucht Wilson um Aufklärung darüber, in wessen Auftrage und Namen der Kanzler gesprochen habe. Die Antwort hierauf sei in der Rede des Reichstagspräsidenten enthalten. Die Tragweite des jetzt zu fassenden Entschlusses sei so groß, daß man der gewissenhaftesten Prüfung durch alle verantwortlichen Stellen sicher sein dürfe. Wie auch immer die Entscheidung ausfallen möge, müsse sich das deutsche Volk bewußt bleiben, daß die Männer, die auf Grund genauer Kenntnis aller Tatsachen ihren Spruch fällen, kein anderes Interesse vertreten als das Deutschlands Wohl und Zukunft zu wahren und zu sichern.

Die „Kreuzzeitung" sagt: Es ist das erste Mal, daß auf ein Friedensangebot der Mittelmächte eine nicht von vornherein ablehnende Antwort erfolgt. Deshalb liegt keine Veranlassung vor, nun etwa optimistisch in die Zukunft zu schauen. Wir müssen unterscheiden zwischen den Antworten auf unser Friedensangebot und auf unseren Waffenstillstandsvorschlag. Man wird abwarten müssen, wie sich die oberste Heeresleitung stellt. Aus dem vorliegenden Text des Schreibens Lansings geht nicht hervor, ob Wilson gewillt ist, zu verhandeln, ohne daß ein Waffenstillstand abgeschlossen wird. Jedenfalls hat er

Digitized by Google

dies nicht gesagt. Doch scheint der Fall sehr gut denkbar, auch ohne Waffenstillstand in Verhandlungen einzutreten.

Frankfurt a. M., 10. Oktober. Zu der Antwort des Präsidenten Wilson schreibt die „Frkft. Ztg.": Die Antwort schafft keine neue Lage. Die schwerwiegenden Gründe, die den Kanzler, die Regierung und den Reichstag im Einvernehmen mit der Heeresleitung veranlaßt haben, die Bitte um Friedensverhandlungen und Waffenstillstand auszusprechen, bestehen unzweifelhaft fort und werden auch die Entschließungen bestimmen, die die Reichsregierung auf die Wilsonsche Antwort hin zu fassen hat. Die Beschlüsse werden sehr folgenschwer und ernst sein, aber die heutige Regierung geht an sie in dem Bewußtsein, daß nicht sie die Lage geschaffen hat, auf Grund deren sie jetzt handeln muß und daß sie lediglich eine Pflicht im Dienste des Vaterlandes erfüllt, wenn sie auf dem betretenen Wege weiterschreitet. In der heutigen schweren Lage kann allein aus mutigem und opferbereitem Handeln für Deutschland Segen und Hoffnung für eine bessere Zukunft erwachsen.

In der Besprechung der Einzelheiten der Note führt die „Frkft. Ztg." noch aus: Wenn Herr Wilson sagt, er könne seinen Verbündeten einen Waffenstillstand nicht vorschlagen, solange die Heere der Mittelmächte auf ihrem Boden stehen, so scheint es, daß er unter diesen Bedingungen lediglich die Erklärung der Bereitwilligkeit zur Räumung der besetzten Gebiete verstanden wissen will. Daß eine Räumung tatsächlich nicht ohne vorherige Abmachungen erfolgen könnte, ergibt sich aus den Dingen ganz von selbst und kann schwerlich von Herrn Wilson anders verstanden werden.

Köln, 10. Oktober. Die „Köln. Ztg." bemerkt zur Antwort des Präsidenten Wilson: Die Stunde ist ernst und folgenschwer, daß wir uns weiterer Betrachtungen enthalten, die in die Erwägungen der Regierungen eingreifen, oder durch Mutmaßungen deren Ergebnis vorwegnehmen möchten. In aller Ruhe und Entschlossenheit, des sind wir gewiß, wird auch die öffentliche Meinung den weiteren Verlauf der nunmehr angeknüpften Verhandlungen und die schließliche Entscheidung abwarten.

Die „Köln. Volksztg." schreibt: Vielleicht steckt hinter der Stellungnahme Wilsons der Wunsch, Zeit zu gewinnen, ehe er sich festlegt. Das könnte verständlich erscheinen, wenn man berücksichtigt, daß Wilson seine entscheidende Stellung nicht wird nehmen wollen, ehe er sich mit seinen Verbündeten ins Benehmen gesetzt hat. Ob es der Fall ist, muß abgewartet werden. Wilsons Antwort sagt noch nichts davon, daß sie nach Einholung der Ansichten seiner Verbündeten ergangen sei. Man hat es also zunächst nur mit einem Schritt Wilsons allein zu tun.

Ausländische Stimmen zur Wilsonnote.

Frankfurt a. M., 10. Oktober. Aus dem Haag wird der „Frankfurter Zeitung" berichtet: Die gesamte niederländische Presse

widmet der Wilsonschen Antwort ausführliche Leitartikel. Zunächst wird hervorgehoben, wie wichtig es sei, daß Wilson überhaupt geantwortet habe und wie sehr der Ton von der kurzen Antwort verschieden sei, die er Burian erteilt habe. Im Vordergrunde der Erörterungen stehen die elsaß-lothringische Frage und die Forderung der Räumung der besetzten Gebiete. Der Haager „Nieuwe Courant" sagt: Wilson suche in der elsaß-lothringischen Frage einen modus vivendi, was sich daraus ergebe, daß er über die praktische Anwendung der von ihm aufgestellten 14 Punkte reden wollte. Der „Nieuwe Rotterd. Courant" sagt: Die Räumung der besetzten Gebiete ist nur zu bewerkstelligen, wenn auf die Sicherheit des Friedens gebaut werden kann. Im gleichen Sinne äußert sich das „Handelsblad".

Seid guten Mutes und voller Zuversicht.

Berlin, 10. Oktober. (Eigener Drahtbericht.) Der „Vorwärts" schließt seine sachliche Betrachtung wie folgt: Den ungeduldig Harrenden dürfen wir heute zurufen, seid guten Mutes und voller Zuversicht. Nicht lange kann es mehr dauern, bis das Morden endet. Ein paar Monate später sollen wir uns in einer Welt befinden, die ihre Kinder nicht mehr für die Schlachtbank erzieht. Von dem Furchtbaren, das wir erlebten, werden wir uns innerlich befreien, wenn wir zum Schluß die Ueberzeugung aussprechen können: das war der letzte Krieg.

Prinzipielle Einigung über die deutsche Antwort an Wilson.

Berlin, 10. Oktober. Das sogenannte Kriegskabinett der neuen Regierung, bestehend aus dem Reichskanzler, dem Vizekanzler und den Staatssekretären ohne Portefeuille, hat schon auf Grund des zuerst vorliegenden, noch nicht authentischen Textes der Wilsonnote die sich daraus ergebende politische Lage durchgesprochen und ist nach Verhandlung mit der obersten Heeresleitung zu einer prinzipiellen Einigung über die Antwort gekommen. Die endgültige Fassung mußte bis nach Prüfung des ganzen Wortlautes der Wilsonnote vertagt werden. Nachdem der amtliche Text gestern in den Abendstunden der deutschen Regierung übermittelt wurde, durfte die letzte Redaktion der Note nicht mehr lange auf sich warten lassen.

Ein südslavischer Nationalrat.

Wien, 10. Oktober. Kennzeichnend für die Situation in Oesterreich ist, daß slavische Redner die heutige Sitzung des Abgeordneten-

hauses mit Rufen: „Gott schütze die vereinigten und unabhängigen Polen" schlossen. Alle südslavischen Parteien des österreichischen Reichsrats und Reichstags und des kroatischen und bosnischen Landtages haben einen südslavischen Nationalrat in Agram gebildet.

Die finnische Königswahl.

Helsingfors, 9. Oktober. Nach einer geheimen Sitzung, die von 1 Uhr mittags mit einer kurzen Unterbrechung bis 9 Uhr abends dauerte, schritt der Landtag auf Grund des § 38 der Verfassung von 1772 zur Königswahl. Die Wahl erfolgte durch Akklamation, indem sich die Abgeordneten von den Sitzen erhoben. Die Agrarier und einige wenige Republikaner bekundeten, durch Sitzenbleiben, daß sie an der Wahl nicht teilnehmen. Durch diesen Beschluß des Landtages ist Prinz Friedrich Karl von Hessen zum König von Finnland gewählt und die Thronfolge seiner Nachkommen festgestellt. Das Landtagspräsidium wurde beauftragt, die sich aus diesem Beschluß ergebenden Maßnahmen zu treffen.

Freitag, 11. Oktober 1918

Edward Grey über die Wilsonnote.

WTB **London**, 11. Oktober. (Reuter.) Lord Grey hielt gestern eine Rede, in der er Wilsons Politik eines Bundes freier Nationen unterstützte. Nachdem der Arbeiterminister Barnes, der den Vorsitz der Versammlung führte, darauf hingewiesen hatte, daß kein Völkerbund möglich sei, bis der preußische Militarismus entwurzelt wäre, begann Grey seine Rede damit, daß es eines der Ziele der Versammlung sei, die Regierung bei der tatsächlichen Führung des Krieges zu unterstützen. Der Hauptzweck der Versammlung ergebe sich aber aus der sehr bemerkenswerten Rede des Präsidenten der Vereinigten Staaten vom 22. September, in der er einen ausführlichen Appell an die Alliierten richtete, zu erklären, ob Wilson in seiner Deutung der entscheidenden Fragen des Krieges oder in seiner Ansicht über die Mittel, wodurch die Regelung erfolgen könne, eine irrige Anschauung vertritt. Wilson verlangt die Einigkeit der Verbündeten, und für diese Einigkeit werden die Verbündeten sorgen. Der Friede ist in Sicht, aber noch nicht in greifbarer Nähe. Jeder Mangel an Unterstützung der Regierung, jede Uneinigkeit unter den

Verbündeten und alles, was Deutschland die Hoffnung auf eine Remispartie gäbe, wurde die Sache des Friedens zurückweichen lassen. — Während keine wirkliche Aussicht, einen wirklich guten Frieden zu sichern, vernachlässigt werden darf, müssen wir doch bedenken, was für ein Unding es sein würde, wenn wir nach dem Beginn der Friedenskonferenz und in dem Glauben, daß der Krieg nun zu Ende sei, herausfänden, daß die militärischen Machthaber Deutschlands nach immer die wirklich maßgebenden Leute seien, und daß der ganze Friede, während er diskutiert wird, von Manneen untergraben wird, die den Krieg begannen haben und deren politische Stellung zum Kriege sich niemals geändert hat. Das muß um jeden Preis aermieden werden, und deswegen halte ich Wilsons Antwort für eine entschiedene und verständige Antwort. Die deutschen Kanzler erschienen auf der Bühne in den letzten paar Monaten wie flüchtige Phantame. Wir wissen nicht, woran wir uns hinsichtlich der Autorität, die hinter jedem Einzelnen steht, zu halten haben. Wir müssen uns der Reichstagsresolution vom Juli 1917 erinnern. Die militärische Lage änderte sich zu Gunsten Deutschlands. Das Ergebnis waren die Verträge von Brest-Litowsk und Bukarest, eine offene Verspottung der Reichstagsresolution, da sie ihren Zweck erfüllt hatte. Wilsans Antwort enwickelt eine Klarheit und Varsicht, die absolut erforderlich ist. Grey lehnte den Gedanken ab, daß der Völkerbund ein Bund der Alliierten sein soll, um die Supremaie einer besanderen Gruppe aon Natianen aufrecht zu erhalten, eben den Gedanken, daß der Plan des Volkerbundes als Ersatz für eine erfolgreiche Beenbigung des Krieges verwertet werden könne. Der Völkerbund müsse van dem erfolgreichen Abschluß des Krieges ausgehen. Grey stimmte Wilson zu, daß der Volkerbund nicht jetzt gebilbet werden könne. Trotzbem müsse sein Apparat im voraus varbereitet werden. Der Valkerbunb muß beim Frieben gebilbet werden, sanst ist jebe Aussicht, daß er jemals gebilbet wirb, gefohrbet. Deswegen sollte die Regierung durch die besten Geister, über die sie verfugen kann, einen Plan entwerfen, damit biese Dinge geklart sind. Wilsan hat darauf gebrungen, baß der Volkerbunb ein Bunb sein müsse, in den auch Deutschlonb aufgenommen werben kann. Wir dürfen keinen Vorwand finden, um Deutschlanb ouszuschließen, und andererseits muß jebe zu dem Bunde gehörige Regierung ein freies Volk reprösentieren und entschlassen sein, die Ziele des Bundes in aller Aufrichtigkeit auszuführen. Wilsan hat wieberholt erklärt, daß man keiner Regierung vertrauen könne, die nicht eine Beglaubigung vorweisen kanne, baß sie bas Vertrauen des Valkes hinter sich habe, und diesem Valk und niemand anderem verantwortlich sei. Grey schlaß: Es ist unmöglich, eine obsalute Sicherheit zu erlongen, aber ein Völkerbund, wie er von Wilsan entwarfen ist, wurde die Aussichten auf Eicherheit erhöhen und die internationolen Beziehungen auf ein höheres Niveau heben als jemals.

Das Echo der Rede.

London, 11. Oktober. Zur Rede Greys schreibt der „Daily Telegraph", daß kein englischer Minister ein Gegner des Völkerbundes sei. Die Minister hätten aber mit der Kriegführung vollauf zu tun. Das Ideal, für das Wilson eintrete, sei bereits im Besitze der Völker und die praktische Verwirklichung sei gesichert. — „Daily Mail" schreibt: Grey unterstützt Wilsons Ansichten in jedem wesentlichen Punkte und tut wohl daran, Nachdruck darauf zu legen, daß der Völkerbund kein Ersatz für den Sieg sei. — „Daily News" sagt: Grey sprach die uneingeschränkte Zustimmung aller nüchtern denkenden Elemente dieses Landes zu Wilsons geschichtlicher Bestimmung der Zwecke dieses Krieges und der Friedensbedingungen aus. — Die „Times" schreiben: Wir schließen uns der Forderung Greys durchaus an, daß die Haupthoffnung für eine friedliche Entwicklung der Menschheit auf dem erhöhten Sinn für nationale Sicherheit beruht, den ein gut organisierter Völkerbund allein geben kann. Mit einer Verhandlung der fiskalischen Fragen und der Frage der Abrüstung stimmen wir völlig überein.

Berlin, 11. Oktober. Im „Vorwärts" wird geschrieben: Grey sagt, daß der Krieg nicht als eine Remispartie enden solle. Wenn das nicht heißt, der Krieg soll mit dem Unterwerfungssieg von Völkern über andere Völker enden, vielmehr mit dem Sieg eines Prinzips über ein anderes ihm feindliches Prinzip, dann sind wir mit dem einverstanden. Er bekennt sich als ein Gegner des Prinzips, daß die Zukunft der Welt nach militärischer Macht Entscheidung finden soll. Grey darf aber nicht übersehen, daß das von ihm vertretene Prinzip auch in England und Frankreich entschiedene Gegner hat. Sie sind für seinen Sieg in diesem Augenblick gefährlicher als die früheren Beherrscher Deutschlands. Der Sieg, den Grey sucht, wird mehr als auf dem Schlachtfelde im eigenen Lande zu gewinnen sein.

⊙	**Sonnabend, 12. Oktober 1918**	⊙

Die Antwort der deutschen Regierung an Wilson.

WTB **Berlin**, 12. Oktober.

In Beantwortung der Fragen des Präsidenten der Vereinigten Staaten von Amerika erklärt die deutsche Regierung:

Die deutsche Regierung hat die Sätze angenommen, die Präsident Wilson in seiner Ansprache vom 8. Januar und in seinen späteren Ansprachen als Grundlage eines dauernden Rechtsfriedens niedergelegt hat. Der Zweck der einzuleitenden Besprechungen wäre also lediglich der, sich über praktische Einzelheiten ihrer Anwendung zu verständigen.

Die deutsche Regierung nimmt an, daß auch die Regierungen der mit den Vereinigten Staaten verbundenen Mächte sich auf den Boden der Kundgebungen des Präsidenten Wilson stellen.

Die deutsche Regierung erklärt sich im Einvernehmen mit der österreichisch-ungarischen Regierung bereit, zur Herbeiführung eines Waffenstillstandes den Räumungsvorschlägen des Präsidenten zu entsprechen. Sie stellt dem Präsidenten anheim, den Zusammentritt einer gemischten Kommission zu veranlassen, der es obliegen würde, die zur Räumung erforderlichen Vereinbarungen zu treffen.

Die jetzige deutsche Regierung, die die Verantwortung für den Friedensschritt trägt, ist gebildet durch Verhandlungen und in Uebereinstimmung mit der großen Mehrheit des Reichstages. In jeder seiner Handlungen, gestützt auf den Willen dieser Mehrheit, spricht der Reichskanzler im Namen der deutschen Regierung und des deutschen Volkes.

Berlin, den 12. Oktober 1918.

gezeichnet Solf,
Staatssekretär des Auswärtigen Amts.

Lansing über die Friedensverhandlungen.

Berlin, 12. Oktober. Das „Berl. Tagebl." berichtet aus Rotterdam: „Central News" erfahren aus Newyork: Lansing hielt gestern im Theologischen Seminar von Auburn eine Rede aus Anlaß des hundertjährigen Bestehens des Seminars. Er erklärte: Die Möglichkeit zu Friedensverhandlungen ist ganz nahe gerückt. Es darf nicht gestattet werden, daß der Geist der Rache den Beratungen schade. Eine derartige Haltung der Alliierten würde dem aufrichtigen Geist der Rechtlichkeit, der wesentlich ist für die Erzielung eines dauerhaften Friedens, stören. Sobald der Krieg gewonnen ist, darf das amerikanische Volk keinen unversöhnlichen Haß hegen gegen diejenigen, die lediglich den militärischen Diktatoren der Mittelmächte dienten. Es muß ein Unterschied gemacht werden zwischen Meister und Diener.

Die Konservativen zur deutschen Antwort an Wilson.

Berlin, 12. Oktober. Die deutsch-konservative Fraktion des Reichstages hat, der „Kreuz-Zeitung" zufolge, zu den Verhandlungen über die Beantwortung der Note des Präsidenten Wilson folgende Erklärung beschlossen:

„Unsere Heere stehen noch immer weit in Feindesland. Die Räumung des von uns besetzten Gebietes, ehe ein ehrenvoller Frieden und die Unversehrtheit des Reichsgebietes gesichert sind, kann verhängnisvoll werden. Jede Preisgabe deutscher Erde ist mit Deutschlands Ehre unvereinbar. Weite vaterländische Kreise erwarten mit uns eine Erklärung, daß sie hieran unverrückbar festhalten wird. Das deutsche Volk ist entschlossen, den heiligen Boden des Vaterlandes bis zum letzten Blutstropfen zu verteidigen."

Die Regierung wird, des sind wir gewiß, den Weg beschreiten, den sie für richtig hält im Interesse des Friedens und der Gesamtheit unseres Volkes.

Aenderungen in Oesterreich.

Wien, 12. Oktober. Heute werden, laut „Fremdenblatt", vom Kaiser 30 Abgeordnete in Audienz empfangen, zuerst die 4 Vertreter der Deutsch-Nationalen, ein tschechischer Sozialdemokrat und ein Pole. Es handelt sich um die Bildung eines Völkerministeriums, in dem sämtliche nationalen und politischen Parteien vertreten sein sollen. Die Tschechen haben bereits erklärt, daß sie nicht teilnehmen werden, dagegen gilt der Eintritt der Sozialdemokraten als sicher. Dr. Renner wird auf alle Fälle Minister werden. Ob die Kombination mit dem Grafen Silva-Tarouca als Kabinettschef noch zutrifft, steht nicht fest. Jedenfalls wird bis Mitte nächster Woche die Entscheidung fallen. Die formelle Ministerkrise in Oesterreich dürfte schon früher ausbrechen.

Sonntag, 13. Oktober 1918

„Neue Preuß. (Kreuz) Zeitung":

Aufruf der Polen Preußens.

Sämtliche deutsch-polnischen Blätter veröffentlichen einen Aufruf zur Friedensfrage, in dem es heißt:

Nach über vier Jahre lang tobenden Kriegsschrecken und unermeßlichen Leiden, von denen die besten Kräfte der Menschheit vernichtet werden, tauchen aus dem blutigen Chaos die Konturen einer neuen Weltordnung auf der Basis der Gerechtigkeit und des Selbstbestimmungsrechtes aller Völker auf. Das im Sinne obiger Grundsätze festgelegte Programm eines dauerhaften Friedens, das in den bekannten Erklärungen des Präsidenten Wilson enthalten ist, wurde nunmehr auch durch die deutsche Regierung, wie es aus der letzten deutschen Friedensnote vom 5. Oktober 1918 zu ersehen ist — angenommen. Demgemäß hat auch fur uns Polen die Stunde geschlagen, in der wir unsere Stimme erheben mussen, um die unverjährten Rechte der Nation zu fordern.

Nur die Vereinigung zu einem Ganzen aller in den polnischen Landern (!) wohnenden Volksteile, die die vollen Rechte eines Staates besitzen, kann die Gewähr eines dauernden Bündnisses der Völker bilden.

Das hat der Präsident Wilson anerkannt, indem er in einem Friedensprogramm die Bildung eines unabhängigen, aus allen polnischen Landesteilen zusammengesetzten und eine eigene Meeresküste besitzenden Polens aufstellte als eine der Grundlagen einer gerechten, internationalen Weltordnung. Aus der Tatsache, daß die deutsche Regierung das Programm Wilsons ohne Vorbehalt als Grundlage der Friedensverhandlungen angenommen hatte, muß man folgern, daß sie mit den Richtlinien dieses Programms in bezug auf die polnische Frage einverstanden ist.

Wir, die zu Preußen gehörigen Landesteile bewohnenden Polen stellen dieses Einverständnis und diese Einigkeit durch die Unterschrift aller unserer leitenden politischen Organisationen, aller polnischen Parteien ohne Ausnahme und der ganzen Presse als Auslegerin der öffentlichen Meinung fest. Indem wir dieses Einverständnis und diese nationale Einmütigkeit feststellen, betrachten wir es als unsere Pflicht, die Stellungnahme unserer parlamentarischen Repräsentation vom 5. Oktober durch einen gemeinsamen Willensakt zu bekraftigen und erklaren feierlich, daß wir in dieser großen und verantwortlichen Stunde der Weltgeschichte voll Vertrauen die weitere Leitung der Politik im Sinne der berechtigten Interessen der unwandelbaren, nationalen Ideale in die Hande unserer Abgeordneten sowohl im Land- als auch im Reichstage legen.

Die polnische Nation, die in diesem Kriege gleich allen kriegführenden Völkern die schwersten Opfer (?) dargebracht hat, ersehnt einen dauerhaften und alle Völker beglückenden Frieden. Die Polen bleiben so, wie sie bisher waren, auch in der Zukunft ihrer glorreichen Ueberlieferung treu, die seit dem Morgenrot der Geschichte von denselben Idealen der Freiheit und Verbrüderung der Völker bestrahlt sind, deren Triumph heute aus der Saat der unschätzbaren vergossenen Blutströme hervorsprießt.

Unter dem Banner dieser Grundsätze wird das vereinigte und unabhängige Polen in den Verband der freien Völker eintreten als aufrichtiger und unbeugsamer Verfechter der Toleranz nach innen und des einträchtigen Zusammenlebens der Völker nach außen, gemäß der großen Losung unserer Väter: Freie mit den Freien, Gleiche mit den Gleichen.

Es folgen die Unterschriften aller polnischen, politischen Organisationen, Wahlkomitees und Parteien sowie aller polnischen, in Deutschland erscheinenden Zeitungen ohne Ausnahme der Parteirichtungen.

Die politischen Umwälzungen und Oesterreich-Ungarn.

Wien, 13. Oktober. In den heutigen Audienzen beim Kaiser waren Vertreter aller Nationen vorhanden. Es ist der Plan der Bildung eines Nationalitätenkabinetts gefallen. Die Tschechen hatten schon vor der Audienz erklärt, daß über einen tschechischen Staat auf internationaler Konferenz entschieden werden solle. In dem Tschechenprogramm wird die Vertretung eines südslavischen Staates auf internationaler Konferenz durch eigene Delegierte verlangt. Die deutschen Parteiführer schlugen mit der Betrauung Freiherrn von Beck und die Bildung eines Uebergangskabinettes vor.

⊙	**Montag, 14. Oktober 1918**	⊙

„Nürnberger Zeitung und Korrespondent":

Ein Brief des Prinzen Max von Baden.

Ein neuer Kanzlerwechsel?

Wie schon vor einigen Tagen bekannt wurde, und zwar durch Mitteilungen aus Ententekreisen, soll Prinz Max von Baden im Januar 1918 an den Prinzen Alexander von Hohenlohe, der in der Schweiz in einem dortigen Hotel lebt, einen Brief geschrieben haben, worin er eine seinem jetzigen Auftreten entgegengesetzte Stellung einnimmt. Dieser Brief ist von einem Agenten der Entente dort entwendet und jetzt, nach der Reichstagsrede des Kanzlers durch ein Reuter-Telegramm vom 8. Oktober der nichtdeutschen Presse übermittelt worden.

Der Wortlaut des Briefes.

Karlsruhe, 12. Januar 1918.

Mein lieber Vetter!

Vielen Dank für Deinen letzten Brief, den ich nur telephonisch beantworten konnte, und für die freundliche Sendung Deines interessanten und sehr schmeichelhaften Artikels. Mir geht es sehr eigen mit meiner Aussprache. Ich meinte selbstverständlich es zu sagen niemand zu Liebe und niemand zu Leide, und nun finden meine Worte ein Echo im In- und Auslande, das mich verblüfft. Was für ein Bild machen sich die Deutschen, was für eins die Ausländer von Deutschland. Mich erschreckt das ordentlich. Die Schweizer Blätter konstruieren einen Gegensatz zwischen Hohenzollern und Zähringen, was ein direkter Unsinn ist, wenn man das Telegramm gelesen hat, das der Kaiser mir sandte — das unter uns —, in dem er meine Rede eine Tat nennt und mir zu den schönen und hohen Gedanken, die sie enthalten, Glück wunscht. Die Alldeutschen fallen über mich her, obgleich ich ihnen zum deutschen Schwert den deutschen Geist gebe, mit dem sie Welteroberungen machen können, so viel sie wollen. Und die Blätter der Linken, voran die mir höchst unsympathische „Frankf. Ztg.", loben mich durch ein Brett, obgleich ich deutlich gegen die demokratische Parole und die Schlagworte der Parteidialektik, zumal den Parlamentarismus geißle. „The world is out of joint and peoples minds out of balance", ein Wort schlichter Vernunft, ernst gemeinten praktischen Christentums und nicht sentimentalen Menschheitsgewissens, und so ihrer suggerierenden Verrücktheit einfach nicht mehr au pied de la lettre nehmen, sondern müssen es erst durch den Dreck und Schlamm ihrer entstellenden Tarheit hindurchziehen, um es ihrer niedrigen Gesinnung anzupassen. Da bin ich stolz auf meine Badener. Sie wissen, daß ich kein Parteimann bin, noch sein kann, noch sein will, und deshalb haben sie mich von rechts bis links verstanden und das aus meinen Worten vernommen, was ein jeder gern beherzigen möchte: den Feinden einmal ordentlich an den Kragen zu gehen, und ihre affektierte Richterhaltung in Dingen der Schuldfrage und der demokratischen Parole zu verhöhnen, war mir schon lange ein Bedürfnis. Das gleiche Bedürfnis empfand ich, dem heidnischen Gebaren die Bergpredigt entgegenzuhalten und mit dieser Lehre der Liebe auch die Pflicht des Starken, die Rechte der Menschheit zu wahren, in ein deutliches Licht zu stellen, da über beide Dinge eine beklagenswerte Unsicherheit und ein trauriger Wirrwarr der Begriffe entstanden ist. Denn einerseits versäumen unsere Feinde diesen heiligsten Gesichtspunkt durch ihre Lügen und Verleumdungen, und andererseits reagieren wir unter den Peitschenhieben dieser niederträchtigen Machenschaften auf eine zum Teil geradezu sinnlose Weise. Diesen feindlichen Anzapfungen ent-

springt mein Eintreten für Christentum und Menschheitsgewissen, meine innersten Ueberzeugungen. So kommt doch auch ein praktisches Moment hinzu, da in der Betonung dieser Anschauung, die nach meiner Ansicht dem deutschen Geist und seinem Wesen tiefer liegen als dem der Engländer und Franzosen, ein Angriff auf die feindliche Suggestion von Pazifismus und Heimat zu finden ist, den man, wenn man will, eine moralische Offensive nennen kann. Ich leugne nicht, daß mir dieser Gedanke unsympathisch ist, da ich von jeher der Anschauung war, daß Christentum und Menschenliebe für sich allein auftreten sollten und der Gewinn, der in ihnen liegt, in ein neues Licht gestellt werden dürfte. Aber dieser Gewinn wohnt ihnen nicht einmal inne, und wenn er dem Frieden dient, so dient er einer guten Sache. Anfang und Ende werden also mit Offensive gegen die Lüge und Suggestion und sogenannte moralische Offensive gegeben. Wollte ich aber die demokratische Parole der Westmächte verhöhnen, so mußte ich mich mit unseren inneren Erscheinungen abfinden. Da ich den westlichen Parlamentarismus für Deutschland und Baden ablehne, so mußte ich dem badischen, respektive dem deutschen Volk sagen, daß ich seine Nöte verstehe, daß aber die Institutionen keine Heilmittel seien. So gewann ich eine Plattform, bei der ich die Wege, die ich gehen will, selbst in der Hand behalte, und die Badener lassen sich gern führen; denn sie fühlen, daß man für ihre Sorgen und Nöte Verständnis hat. In der Friedensfrage stellte ich mich auf denselben Standpunkt. Ich wollte nur den Geist andeuten, in dem wir an diesen Frieden herantreten sollten, im Gegensatz zu den Machthabern des Westens. Das „Wie" ist mir hier deshalb von großerem Wert, weil das „Was" sehr schwer zu bestimmen ist. Denn auch ich wünsche natürlich eine möglichste Ausnützung unserer Erfolge, und im Gegensatz zu der sogen. Friedensresolution, die ein scheußliches Kind der Angst und der Berliner Hundstage war, wünsche ich möglichst große Vergütungen in irgend welchen Formen, damit wir nach dem Kriege nicht zu Armen werden. Meine Ansicht deckt sich hier wohl nicht ganz mit der Deinen; denn ich bin heute nicht dafür, daß mehr über Belgien gesagt werde, als schon gesagt ist. Die Feinde wissen genug, und Belgien ist einer der schlauen und weltklugen Gegner geworden, wie es England ist, das einzige Objekt der Kompensationen, das wir besitzen. Etwas anderes wäre es, wenn die Vorbedingungen eines dauernden Friedens schon gegeben wären. Aber gerade hier haben Lloyd George und Clemenceau die Brücken abgebrochen.

Damit hast Du also die authentische Interpretation meiner Rede, die in Hunderttausenden von Exemplaren als Flugblatt zur Volksaufklärung vom Ministerium verbreitet worden ist, wovon ich 6 Exemplare einlege. Ich danke Dir nochmals für alles Freundliche, das Dein Artikel und Deine Briefe für mich enthalten. Ich habe allbem gegenüber das Gefühl: „d'avoir de la poesie sans le savoir". Eins nur möchte ich noch dazu sagen. Die Rede ist ein Ganzes.

Wer den Anfang wegläßt, mißdeutet das Ende und umgekehrt. Ich habe eine sehr schlechte Meinung von der moralischen Verfassung der Machthaber unserer Feinde, von der hörbaren Urteilslosigkeit aller Völker. Hier haben wir gegen eine Niedertracht der Gesinnung zu kämpfen, wie sie schändlicher wohl noch nie bestand. Wir dagegen sündigten durch Dummheit; denn Alldeutsche und Friedensresolutionen sind beide gleich dumme Erscheinungen, wenigstens in der Form, in der sie auftreten. Auch sonst gibt es Gemeinheit genug, auch wie bei uns. Aber sie ist weniger bewußt, weniger Sünde gegen den heiligen Geist.

Wann wir uns wiedersehen werden, weiß ich nicht zu sagen Das Bahnfahren ist kein Vergnügen mehr, und bei der Kälte erst recht nicht. Ich hoffe, das Frühjahr bringt uns wieder einmal zusammen. Bis dahin lebe wohl und sei herzlichst gegrüßt von Deinem treu ergebenen Vetter Max.

Die türkische Friedensnote.

WTB **Newyork**, 14. Oktober. Der spanische Botschafter übergab heute die türkische Friedensnote, deren Text folgendermaßen lautet:

Der unterzeichnete Geschäftsträger der Türkei hat die Ehre, gemäß den Instruktionen seiner Regierung den Staatssekretär der Vereinigten Staaten telegraphisch davon in Kenntnis zu setzen, daß die kaiserliche Regierung den Präsidenten der Vereinigten Staaten auffordert, die Aufgabe der Wiederherstellung des Friedens zu übernehmen, alle kriegführenden Staaten von dieser Aufforderung in Kenntnis zu setzen und sie einzuladen, Bevollmächtigte zu delegieren, um die Verhandlungen zu beginnen. Die kaiserliche Regierung nimmt als Grundlage der Verhandlungen das von dem Präsidenten in seiner Botschaft an den Kongreß vom 8. Januar und in den folgenden Erklärungen, besonders in seiner Rede vom 27. September ds. Js. niedergelegte Programm an. Um dem Blutvergießen ein Ende zu machen, ersucht die kaiserliche Regierung, daß Schritte getan werden, um einen allgemeinen Waffenstillstand umgehend abzuschließen.

Dienstag, 15. Oktober 1918

Wilsons neue Erklärungen.

Antwort Wilsons auf die deutsche Note vom 12. Oktober:

WTB **Washington**, 15. Oktober. (Reuter.) Der Staatssekretär hat heute nachmittag dem interimistischen Geschäftsträger der Schweiz

und Vertreter der deutschen Interessen in den Vereinigten Staaten folgende Note bekannt gegeben:

Staatsdepartement, vom 14. Oktober.

Mein Herr!

In Beantwortung der Mitteilung der deutschen Regierung vom 12. Oktober, welche Sie mir heute übergeben haben, habe ich die Ehre, Sie um die Uebermittlung folgender Antwort zu ersuchen:

Die uneingeschränkte Annahme der vom Präsidenten der Vereinigten Staaten in seiner Botschaft an den Kongreß der Vereinigten Staaten vom 8. 1. 1918 und in seinen folgenden Botschaften niedergelegten Bedingungen von Seiten der jetzigen deutschen Regierung und einer großen Mehrheit des deutschen Reichstages berechtigen den Präsidenten, eine offene und direkte Erklärung seines Entschlusses hinsichtlich der Mitteilungen der deutschen Regierung vom 5. und 12. Oktober 1918 abzugeben.

Es muß Klarheit darüber bestehen, daß die Durchführung der Räumung und die Bedingungen eines Waffenstillstandes Angelegenheiten sind, welche dem Urteil und dem Rat der militärischen Berater der Regierung der Vereinigten Staaten und der alliierten Regierungen überlassen werden müssen, und der Präsident fühlt sich verpflichtet, zu erklären, daß keine Regelung von der Regierung der Vereinigten Staaten angenommen werden kann, die nicht völlig befriedigende Sicherheiten und Bürgschaften für die Fortdauer der gegenwärtigen militärischen Ueberlegenheit der Armeen der Vereinigten Staaten und der Alliierten an der Front schafft. Er hat das Vertrauen, daß er als sicher annehmen kann, daß dies auch das Urteil und die Entscheidung der alliierten Regierungen sein wird. Der Präsident hält es auch für seine Pflicht, hinzuzufügen, daß weder die Regierung der Vereinigten Staaten, noch er dessen ganz sicher ist, daß die Regierungen, mit denen die Vereinigten Staaten als Kriegführende assoziiert sind, einwilligen werden, einen Waffenstillstand in Erwägung zu ziehen, solange die Streitkräfte Deutschlands fortfahren, die ungesetzlichen und unmenschlichen Praktiken auszuüben, bei denen sie noch verharren. In derselben Zeit, wo die deutsche Regierung an die Regierung der Vereinigten Staaten mit Friedensvorschlägen herantritt, sind ihre U-Boote damit beschäftigt, auf der See Passagierschiffe zu versenken, und nicht nur die Schiffe, sondern auch die Boote, in denen ihre Passagiere und Besatzungen versuchen, sich in Sicherheit zu bringen. Die deutschen Armeen schlagen bei ihrem jetzigen erzwungenen Rückzug aus Flandern und Frankreich einen Weg mit blutiger Zerstörung ein, der immer als direkte Verletzung der Regeln und Gebräuche der zivilisierten Kriegführung betrachtet wurde. Die

Städte und Dörfer, wenn sie nicht zerstört sind, sind von allem, was sie enthielten, oft sogar ihrer Einwohner beraubt. Es kann nicht erwartet werden, daß die gegen Deutschland assoziierten Nationen einem Waffenstillstand zustimmen werden, solange die unmenschlichen Handlungen, Plünderungen und Vermüstungen fortgesetzt werden, auf die sie mit Recht mit Schrecken und empörten Herzens hinblicken. Es ist auch notwendig, damit keine Möglichkeit eines Mißverständnisses entstehen kann, daß der Präsident mit großem Nachdruck die Aufmerksamkeit der Regierung Deutschlands auf die Fassung und die klare Absicht einer der Friedensbedingungen lenkt, welche die deutsche Regierung jetzt angenommen hat. Sie ist enthalten in der Botschaft der Präsidenten, die er am 4. 7. ds. Jrs. in Mont Bernon gehalten hat. Sie lautet wie folgt:

„Die Vernichtung jeder willkürlichen Macht überall, welche es in Händen hat, allein, geheim und auf klarer Willensbestimmung den Weltfrieden zu stören, oder, falls diese Macht gegenwärtig nicht vernichtet werden kann, wenigstens ihre Herabminderung bis zur tatsächlichen Ohnmacht" und, die Macht, welche bis jetzt das Schicksal der deutschen Nation bestimmt hat, ist gerade eine von denjenigen, welche der Präsident in dieser Rede im Auge gehabt hat.

Die deutsche Nation hat die Wahl, dies zu ändern. Die eben erwähnten Worte des Präsidenten bilden natürlich eine Bedingung, die vor dem Frieden erfüllt werden muß, wenn der Frieden durch das Vorgehen des deutschen Volkes selbst kommen soll. Der Präsident hält sich für verpflichtet, zu erklären, daß die ganze Durchführung des Friedens seiner Ansicht nach von der Bestimmtheit und dem befriedigenden Charakter der Bürgschaften abhängen wird, welche in dieser grundlegenden Frage gegeben werden können. Es ist unumgänglich, daß die gegen Deutschland assoziierten Regierungen unzweideutig wissen, mit wem sie verhandeln.

Der Präsident wird eine besondere Antwort an die Kaiserliche Regierung von Oesterreich-Ungarn absenden.

Empfangen Sie, mein Herr, die erneute Versicherung meiner Hochschätzung. Robert Lansing.

Die Stellung der Presse.

In der „Voss. Zeitung" schreibt Georg Bernhard: Aber es scheint in diesem Stadium der Dinge doch nötig zu sein, mit aller Deutlichkeit die feindlichen Regierungen daran zu mahnen, daß es sich in der Weltgeschichte schon oft gerächt hat, ein großes und starkes

Volk, das, um nicht das letzte wagen zu müssen, seine Hand zum Frieden hingestreckt hat, dazu zu treiben, alle schlummernden Kräfte zum neuen Kampfe wachzurufen.

Die „Deutsche Zeitung" behandelt die Wilsonnote unter den Ueberschriften „Wilson gegen die Hohenzollern", „Die zweite Ohrfeige". Das Blatt fragt: Wer hat heute den Mut, das deutsche Volk aufzurufen zum Aeußersten, lieber mit Ehren unterzugehen als in Schande dazustehen?

Der „Lokalanzeiger" erklärt: Wer das Wort sprechen kann, das der Welt den Frieden bringt und es nicht tut, obwohl alle Voraussetzungen, die er selbst für die Beendigung des Krieges aufgestellt hat, erfüllt sind, ist zum mindesten ebenso schuldig wie der, der einen Krieg entfesselt.

Die „Morgenpost" schreibt: „Rechtsfrieden oder Gewaltfrieden": Die Sprache der Wilsonschen Antwortnote ist hochmütig und verletzend. Der Ton, den er anzuschlagen für gut befunden hat, läßt nicht darauf schließen, daß er um die schnelle Wiederherstellung eines für uns erträglichen und für die Welt nützlichen Friedens besorgt ist.

Die „Tägliche Rundschau" spricht vom „Kaudinischen Joch des Herrn Wilson" und die „Deutsche Tageszeitung" überschreibt ihre Ausführungen „Neue Zumutungen Wilsons". Sie erklärt: Jetzt ist der Augenblick gekommen, wo das deutsche Volk selber die Frage an sein Schicksal zu stellen hat. Wir konnten uns denken, daß es, bei fester Zurückweisung der Wilsonschen Zumutungen, noch ein Mißlingen des Kommenden gab, aber wir können uns keine deutsche Regierung denken, die auf diese Zumutungen selber eine andere Antwort als ein entschlossenes „Nein" hätte.

Die Antwort des Präsidenten Wilson ist, wie die „Norddeutsche Allgemeine Zeitung" schreibt, früher als man erwartet hatte, eingetroffen. Sie führt die Diskussion teils weiter, teils verweigert sie dieselbe. Es wird also eine neue Gegenäußerung der deutschen Regierung notwendig werden, sodaß die praktischen Ziele der Aussprache, die Herbeiführung eines Waffenstillstandes und die Einleitung von Friedensverhandlungen, noch nicht sofort zu erreichen sind. Die Aufstellung des Prinzips ist neu, daß die durch die Raumung zu schaffende Lage die jetzige militärische Lage der Entente unangetastet lassen mußte. Im Zusammenhang mit dieser Frage erhebt die Note gegen die deutsche Kriegführung den Vorwurf der Ungesetzlichkeit und beschuldigt sie unmenschlicher Handlungen. Der Vorwurf ist unberechtigt und übersieht zum mindesten die militärischen Notwendigkeiten, unter deren Zwang die deutsche Heeresleitung handelt, solange nicht die Einstellung der Feindseligkeiten erreicht ist. Die deutsche Regierung hat die Hand dazu geboten, um die Leiden zu mildern und den Verwüstungen des Krieges überhaupt Einhalt zu bieten. Es ist also unbillig, ihr die alleinige Schuld an

dem gegenwärtigen, gewiß bedauerlichen Zustand der bewohnten Kampfzone zuzumessen. Die Beantwortung der amerikanischen Note fordert eingehende Beratungen. Dabei wird die deutsche Regierung sich weiter vom Geiste der Versöhnlichkeit und dem Wunsche nach Beendigung des Blutvergießens leiten lassen und so ihren Entschluß unter Wahrung der Interessen des deutschen Volkes fassen.

Das „Berliner Tageblatt" führt aus: Durch die neue Note Wilsons hat sich der Friedensgedanke nach rückwärts bewegt. Der Geist, der aus der Note spricht, ist schlimmer als die Forderungen, die darin verzeichnet sind. Wilson ist der Prophet von Recht, Versöhnung und Völkerglück und der Geist seiner Note ist der Geist des Machtwillens und der Gewalt. Wilson sagt, er wolle offen sprechen und er hat stets die alten Methoden der Diplomatie bekämpft. Jetzt sehen wir ihn genau diese alten Methoden anwenden, sehen wir, daß er mit jeder neuen Note seine Ansprüche steigert und immer noch den Dolch im Mantel behält. Nein, es ist nicht der Inhalt oder der Wortlaut seiner bisherigen Forderungen, was unübersteigbare Hindernisse schaffen kann, aber das neue Deutschland, das frei emporsteigt und ehrliche Versöhnung mit allen Völkern wünscht, wird es nicht vergessen, wenn man im Ton des Diktators zu ihm spricht.

Der „Vorwärts" schreibt: Die Note Wilsons enthält noch keine Antwort auf das Gesuch der deutschen Regierung, der Präsident möge die Herbeiführung des Friedens in seine Hand nehmen. Anscheinend schweben noch zwischen Wilson und seinen Verbündeten Verhandlungen, deren zu erwartendes Ergebnis durch die neue Note in ihrer mutmaßlichen Richtung angedeutet wird. Die Pausen werden durch den mißtönenden Lärm der französischen und englischen Blätter ausgefüllt, der wahrlich nicht danach klingt, als ob ein Friede der allgemeinen Weltversöhnung unmittelbar bevorstände. Die deutsche Sozialdemokratie ist gewillt, alles menschenmögliche zu tun, um die Welt aus dem gegenwärtigen furchtbaren Zustand in ein freies besseres Dasein hineinzuführen. Drüben aber soll man auch wissen, daß es Grenzen gibt, die nicht überschritten werden dürfen, ohne daß das besondere Werk wieder in Schatten und Trümmer zerfällt und die Hölle der Vernichtung wieder alle Schlünde auftut. Vielleicht wird dann dieser Krieg nach den Wünschen derer enden, die Deutschland am tiefsten hassen. An der Stelle des Friedens, den sie wollen, wird aber neuer Krieg stehen.

Köln, 15. Oktober. Die „Köln. Ztg." schreibt zur Antwort Wilsons: Der erste Eindruck der Antwort ist der, daß Wilson der Rolle eines Schiedsrichters in dem großen Ringen, als den er sich in seinen Reden ausgegeben und die deutsche Regierung ihn angesprochen hat, nicht gerecht geworden ist. Sobald der Wortlaut der Antwort eingetroffen ist, wird sie im Reichstag nach allen Seiten beleuchtet werden, und man darf sagen, daß nun unsererseits unsere Regierung einmal eine Frage an Herrn Wilson stellt und ihn bitten wird, sich

gänzlich in aller Deutlichkeit darüber auszusprechen, was er denn eigentlich will. Die Hoffnung aber, daß uns Verhandlungen mit diesem Manne dem Frieden näher bringen werden, muß nun nach seiner Auslassung um einige Pflöcke zurückgesteckt werden.

Die „Köln. Volksztg." sagt: „Die Note ist, wie man sieht, derart, daß wir Deutsche unsere Hoffnung auf einen nahenden Rechtsfrieden ohne Demütigung unseres Volkes stark herabschrauben müssen. Man scheint ja in Washington die Verhandlungen über einen Notenaustausch fortsetzen zu wollen, aber unter Bedingungen, die zum mindesten unserer Regierung die Fortführung der Verhandlungen aufs äußerste erschweren. Wir müssen es unserer Regierung überlassen, wie sie sich dazu stellt und was sie glaubt, verantworten zu können. Das deutsche Volk aber muß erkennen, daß es nicht schwach werden darf, daß es noch seine ganze Seelenstärke braucht, sei es, trotz allem, zu einem Frieden, der Deutschland in Ehren bestehen läßt, sei es zum letzten schweren Kampf um Freiheit und Leben."

Kein Waffenstillstand ohne militärische Sicherungen.

Berlin, 15. Oktober. Wie der „Voss. Ztg." aus Lugano gedrahtet wird, hebt eine amtliche Note der Agencia Stefani hervor, daß der Waffenstillstand den Zentralmächten nicht von Wilson gewährt werden könne, sondern im Einverständnis mit den verbündeten Regierungen die Bedingungen für seinen Abschluß festgesetzt werden müßten. Diese Bedingungen hätten zur Verhütung von hinterhaltigen Ueberraschungen alle unerläßlichen militärischen Garantien in sich zu schließen, damit der Waffenstillstand nicht dem Feinde zugute komme und er nicht beim Scheitern der Verhandlungen seine Heere aus der jetzigen schwierigen Lage befreie um die Feindseligkeiten unter günstigeren Verhältnissen wieder aufzunehmen.

Scheidemann über das Programm Wilsons.

WTB **Berlin,** 15. Oktober. Gestern abend sprach Staatssekretär Scheidemann in einer sozialistischen Wählerversammlung. Er erklärte u. a., das Programm des Präsidenten Wilson für die Freiheit und Gleichberechtigung aller Völker sei auch das Programm der deutschen Sozialdemokratie. Der kommende Friede wird uns auch schwere Opfer auferlegen. Wir müssen mutig genug sein, aus einer gegebenen, nicht vom deutschen Volke verschuldeten Lage die not-

wendigen Folgerungen zu ziehen. Für das, was wir heute als Opfer empfinden, werden wir reichlich Ersatz finden, wenn das Programm Wilsons als unteilbares Ganzes durchgeführt wird. In einem solchen Frieden wird das deutsche Volk seine Wunden heilen, und ehe eine Generation vergangen ist, als freies, glückliches Volk dastehen. Dazu gehört aber eine tiefgreifende Reform unserer wirtschaftlichen Verfassung im Geiste sozialer Solidarität des Sozialismus.

Die Mitwirkung der Volksvertretung in Kriegs- und Friedensfragen gesichert.

WTB **Berlin**, 15. Oktober. In der gestrigen Sitzung des Bundesrats wurde der Entwurf eines Gesetzes zur Abänderung des Artikels 11 der Reichsverfassung angenommen.

Absatz II des Artikels wird dahin geändert:

„Zur Erklärung des Krieges im Namen des Reiches ist die Zustimmung des Bundesrats und des Reichstages erforderlich, es sei denn, daß ein Angriff auf das Bundesgebiet oder dessen Küsten erfolgt."

Absatz III wird durch folgende Bestimmung ersetzt:

„Friedensverträge, sowie diejenigen Verträge mit fremden Staaten, welche sich auf Gegenstände der Reichsgesetzgebung beziehen, bedürfen der Zustimmung des Bundesrats und des Reichstages."

Damit ist die volle Mitwirkung der Volksvertretung bei den Entscheidungen über Krieg und Frieden gesichert.

Die neuen Regierungsmitglieder.

Berlin, 15. Oktober. Wie der „Reichsanzeiger" amtlich meldet, wurden die Reichstagsabgeordneten Haußmann mit der Wahrnehmung der Geschäfte eines Staatssekretärs, Dr. David mit der Wahrnehmung der Geschäfte eines Unterstaatssekretärs im Auswärtigen Amt, Giesberts mit der Wahrnehmung der Geschäfte eines Unterstaatssekretärs im Reichsarbeitsamt, Schmidt mit der Wahrnehmung der Geschäfte eines Unterstaatssekretärs im Kriegsernährungsamt beauftragt und der Unterstaatssekretär im Kriegsernährungsamt Dr. Müller zum Unterstaatssekretär im Reichswirtschaftsamt ernannt.

⊖	Mittwoch, 16. Oktober 1918	⊖

Die Aenderung der Befugnisse der Militärbefehlshaber.

WTB **Berlin**, 16. Oktober. Der heutige Reichsanzeiger veröffentlicht eine kaiserliche Verordnung auf Grund des Gesetzes über den Kriegszustand vom 3. Dezember 1916 Reichs-Gesetzblatt S. 1331, in der es heißt. Die Verordnung zur Ausführung des Gesetzes über den Kriegszustand vom 4. Dez. 1916 wird, wie folgt, geandert:

1. § 1 erhalt folgenden Abs. 2.

Der Obermilitärbefehlshaber kann Anordnungen mit verbindlicher Kraft für Militärbefehlshaber erlassen:

2. Es wird folgender § hinzugefügt:

Der Oberbefehlshaber trifft alle seine Anordnungen und Entscheidungen im Einverstandnisse mit dem Reichskanzler oder dem von diesem bestellten Vertreter.

Der „Reichsanzeiger" veroffentlicht ferner eine an den Reichskanzler und den Kriegsminister gerichtete kaiserliche Order, in der bestimmt ist, daß die Militarbefehlshaber die Befugnisse, die ihnen auf Grund des in der Verordnung vom 31. Juli erklärten Kriegszustandes zustehen, nur im Einverständnis mit den von den Landeszentralbehörden bestimmten Verwaltungsbehörden ausüben dürfen. Kommt ein Einverstandnis zwischen Militarbefehlshabern und der Verwaltungsbehörde nicht zustande, so ist unverzüglich die Entscheidung des Obermilitärbefehlshabers einzuholen. Mit der kaiserlichen Verordnung dieser Order ist die Grundlage geschaffen, daß alle auf Grund des Belagerungszustandes ergehenden Anordnungen der Militärbefehlshaber n u r in Uebereinstimmung mit den zuständigen zivilen Verwaltungsstellen ergehen konnen und daß sie letzten Endes unter die Verantwortlichkeit des Reichskanzlers gestellt werden.

⊖	Donnerstag, 17. Oktober 1918	⊖

Ein Manifest Kaiser Karls.

Die vielfach besprochene und eingehend angekundigte Kundgebung des Kaisers Karl über die Föderalisierung Oesterreichs ist nunmehr erschienen. Darüber wird aus Wien berichtet:

WTB **Wien**, 17. Oktober. Eine Sonderausgabe der „Wiener Zeitung“ veröffentlicht folgendes Manifest des Kaisers von Oesterreich:

An meine getreuen österreichischen Völker.

Seitdem ich den Thron bestiegen habe, ist es mein unentwegtes Bestreben, allen meinen Völkern den ersehnten Frieden zu erringen, sowie den Völkern Oesterreichs die Bahnen zu weisen, auf denen sie die Kraft ihres Volkstums unbehindert durch die Hindernisse und Reibungen zur siegreichen Entfaltung bringen und ihre geistige und wirtschaftliche Wohlfahrt erfolgreich verwerten können.

Das furchtbare Ringen des Weltkrieges hat das Friedenswerk bisher gehemmt. Heldenmut, Treue und opferwilliges Ertragen von Not und Entbehrungen haben in dieser schweren Zeit das Vaterland ruhmvoll verteidigt. Die harten Opfer des Krieges müssen uns einen ehrenvollen Frieden sichern, an dessen Schwelle wir heute mit Gottes Hilfe stehen.

Nunmehr muß ohne Säumnis der Neuaufbau des Vaterlandes auf seinen natürlichen, und daher zuverlässigsten Grundlagen in Angriff genommen werden. Die Wünsche der österreichischen Völker sind hierbei sorgfältig miteinander in Einklang zu bringen und ihrer Erfüllung zuzuführen. Ich bin entschlossen, dieses Werk unter freier Mitwirkung meiner Völker im Geiste jener Grundsätze durchzuführen, die sich die verbündeten Monarchen in ihrem Friedensangebot zu eigen gemacht haben. Oesterreich soll dem Willen seiner Völker gemäß zu einem Bundesstaate werden, in dem jeder Volksstamm auf seinem Siedelungsgebiete sein eigenes staatliches Gemeinwesen bildet. Der Vereinigung der polnischen Gebiete Oesterreichs mit dem unabhängigen polnischen Staate wird hierdurch in keiner Weise vorgegriffen. Die Stadt Triest samt ihrem Gebiete erhält den Wünschen ihrer Bevölkerung entsprechend eine Sonderstellung. Diese Neugestaltung, durch die die Integrität der Länder der ungarischen heiligen Krone in keiner Weise berührt wird, soll jedem nationalen Einzelstaate seine Selbständigkeit gewährleisten. Sie wird aber auch gemeinsame Interessen wirksam schützen und überall dort zur Geltung bringen, wo die Gemeinsamkeit das Lebensbedürfnis der einzelnen Staatswesen ist. Besonders wird die Vereinigung aller Kräfte geboten sein, um die großen Aufgaben, die sich aus den Rückwirkungen des Krieges ergeben, nach Recht und Billigkeit erfolgreich zu lösen. Bis diese Umgestaltung auf gesetzlichem Wege vollendet ist, bleiben die bestehenden Einrichtungen zur Wahrung der allgemeinen Interessen unverändert aufrechterhalten. Meine Regierung ist beauftragt, zum Neuaufbaue Oesterreichs ohne Verzug alle Arbeiten vorzubereiten. An die Völker, auf deren Selbstbestimmung das neue Reich sich gründen wird, ergeht mein Ruf, an dem großen Werke durch Nationalräte mitzuwirken, die, gebildet aus Reichsratsabgeordneten jeder Nation, die Interessen der Völker zueinander, sowie im Ver-

kehr mit meiner Regierung zur Geltung bringen sollen. So möge unser Vaterland, gefestigt durch die Eintracht der Nationen, die es umschließt, als Bund freier Völker aus den Stürmen des Krieges hervorgehen. Der Segen des Allmächtigen sei über unserer Arbeit, damit das große Friedenswerk, das wir errichteten, das Glück aller meiner Völker bedeutet.

Wien, 16. Oktober. Karl m. p.

WTB **Großes Hauptquartier**, 17. Oktober.

Tagesbericht vom 17. Oktober.

Westlicher Kriegsschauplatz:

Heeresgruppe Kronprinz Rupprecht:

Auf dem Kampffelde nahmen wir unsere Front in die Linie östlich von Torhout-Koolskaup-Ingelmunster, im Anschluß hieran hinter die Lys zurück. Nach stärkstem Feuer auf das geräumte Gelände fühlte der Feind an unsere neuen Stellungen heran. Beiderseits von Koolskaup griff er sie mit starken Kräften, bei Torhout und Ingelmünster in Teilvorstoßen an. Auch gegen die Lysfront bei Kortrik und Menen führte er heftige Angriffe. Der Feind wurde überall abgewiesen. Geegn unsere neue Front zwischen Lille und Douai ist der Feind gestern bis in Linie Capingeon-Allennes-les-Marais-Carvin-Oignies gefolgt. Im Selle-Abschnitt drang der Gegner bei Haussy in unsere Linien ein. Radfahrerbataillone warfen den Feind im Gegenangriff zurück und nahmen die alte Stellung wieder. Die Beschießung der Stadt Denain durch englische Artillerie hält an und hat weitere Opfer unter den französischen Einwohnern und Flüchtlingen gefordert.

Heeresgruppe Deutscher Kronprinz:

An der Oisefront zeitweilig Artilleriekampf. Erneute Angriffe der Franzosen nördlich von Origny wurden abgewiesen. An der Aisne und an der Aire scheiterten starke französische Angriffe vor unseren neuen Linien westlich von Grandpré.

Heeresgruppe Gallwitz:

Oestlich der Aire wurden amerikanische Angriffe, deren Hauptstoß sich gegen Chaupigneulle und Langres richtete, abgewiesen. Beide Orte wurden gehalten. Die Höhe südöstlich von Langres blieb nach wechselvollem Kampf in Feindeshand. Auch auf dem Ostufer der Maas scheiterten erneute Angriffe des Feindes. Bei Abwehr des westlich von Flabas mit Panzerwagen vordringenden Gegners zeichnete sich die erste Landwehrdivision besonders aus.

Südöstlicher Kriegsschauplatz:

Vor unserer Front zwischen Jagodina und Nisch hat der Feind die westliche Morava, Krusevac und Alesinas erreicht. Teilangriffe, die er aus dieser Linie heraus führte, wurden abgewiesen.

Der erste Generalquartiermeister: Ludendorff.

⊙	**Freitag, 18. Oktober 1918**	⊙

Drakonische Bedingungen für Deutschland.

Berlin, 18. Oktober. Wie die „Voss. Ztg." aus Kopenhagen erfahrt, meldet „National Tidende" aus London aus angeblich sicherer Quelle: Es herrsche unter den Alliierten völlige Einigkeit, Deutschland folgende Bedingungen zu stellen: Alle deutschen Heere sollen übergeben und die ganze deutsche U-Bootflotte sowie ein Teil der Schlachtflotte soll abgeliefert werden. Schließlich soll Deutschland einen Schadenersatz zahlen, der ebenso groß ist wie die Summe, die im Laufe der letzten Jahre zu Land und zur See für militärische Rüstungen verwandt wurde. Der Schadenersatz soll in jährlichen Raten erlegt und zur Wiederaufrichtung der von den Deutschen vernichteten Landesteile verwendet werden.

Vernunft- oder Gewaltfriede?

Berlin, 18. Oktober. Im „Berliner Tageblatt" schreibt Dr. Ludwig Haas aus Karlsruhe: Der Feind kann Bedingungen aufstellen, die für das deutsche Volk unerträglich sind. Bei unseren Feinden liegt die Entscheidung, ob die Vernunft und der ehrliche Wille zum dauernden Frieden oder die brutalen Machtinstinkte stärker sind. Wir wollen den Frieden, aber keinen Frieden, der uns und unseren Kindern das Recht zum Leben nimmt. Einem solchen zieht das deutsche Volk den Kampf bis zum letzten Ende vor.

Unzufriedenheit mit dem Manifest Kaiser Karls.

Wien, 19. Oktober. Das Manifest hat, soweit es sich übersehen läßt, keine Partei befriedigt. Alle stehen auf dem Standpunkt, daß nicht einmal die Grundlagen für den künftigen Ausbau Oesterreichs gegeben und noch schwere Kämpfe unter einzelnen Nationalitäten zur Durchsetzung ihrer Forderung erforderlich sein werden. Die Tschechen und Südslawen werden ihren Standpunkt erst nach der Note Wilsons endgültig einnehmen. Die Situation wird noch dadurch erschwert, daß in Ungarn der Neuaufbau noch nicht in die Wege geleitet ist. Die ganze polnische und italienische Frage ist unklar. Immer mehr zeigt sich, daß eine internationale Konferenz über die Verfassung Oesterreichs entscheiden wird.

Wien, 19. Oktober. Bis zur Stunde hat das Manifest über den Bundesstaat von keiner Seite Zustimmung gefunden. Die Tschechen lehnen ab, weil sie, wie einer ihrer Führer mir versichert, gestützt auf Wilsons Note, gegenwärtig keinen politischen Rechtszustand in Oesterreich anerkennen und fordern einen tschecho-slowakischen Staat, dessen Verhältnis zu den anderen Bundesstaaten nur die Friedenskonferenz zu regeln hat. Sie werden von den Südslawen unterstützt, während die Ukrainer wegen Einteilung der ruthenischen Gebiete ins Königreich Polen verschnupft sind. Die Italiener gehen mit den Tschechen, die Polen haben bereits früher die Erklärung abgegeben, daß sie sich schon zum Königreich Polen zugehörig betrachten. Große Besorgnis hegen die Deutschen, sie befürchten, wie ein führender Parlamentarier erklärt, eingeschlossen von den Slawen, von der Nahrungszufuhr abgeschnitten, und der Uebermacht des slawischen Volksstaates preisgegeben zu sein. Auf der Tagung der deutschen Volksräte wird deshalb getreu dem Selbstbestimmungsrechte, der Anschluß der Deutschen Oesterreichs eventuell verlangt. Dieses Verlangen soll in der am Montag hier tagenden deutschen Nationalversammlung eventuell zum Beschluß erhoben werden. Allgemein herrscht die Ansicht vor, daß die Proklamierung des Bundesstaates, ehe Sicherungen für die Gemeinschaft der Völker vorhanden sind, verfehlt ist.

Clemenceau in der französischen Kammer.

Basel, 19. Oktober. Die „Neue Korrespondenz" gibt einen kurzen Bericht über die gestrige Eröffnung der französischen Kammer

wieder. Es heißt darin: Es waren alle Mitglieder der Kammer anwesend. Auf allen Bänken herrschte tiefe Stille. Sodald sich der Präsident Deschanel erhob, erhoben sich ebenfalls die Abgeordneten. Bei den ersten Worten des Präsidenten über die Befreiung von Lille, Ostende, Zerbrügge und Brügge kam es zu einer Ovation. Deschanel fuhr fort: Bald wird der letzte deutsche Soldat Frankreich verlassen haben, bald werden die deutschen Soldaten auch Belgien verlassen haben und bald auch Elsaß-Lothringen. Nachdem Deschanel geendet hatte, erhob sich Clemenceau, der erklärte: Die Gefühle meines Herzens sind die der Dankbarkeit gegenüber unseren Soldaten, ihren großen Führern und unseren heiligen Toten. Die Schlacht dauert an. Roubaix und Tourcoing sind befreit. Die Hoffnung beseelt uns, wir haben für unser Recht gekämpft. Wir wünschen unser völliges Recht mit Garantien gegen die Rückkehr der Barbarei. Zu allererst wünschen wir die Rückgabe aller französischen Städte und außer der Befreiung Frankreichs die Befreiung der Menschheit. Die Kammer nahm diese Ansprache stehend auf. Alle Abgeordneten verlangten öffentlichen Anschlag der beiden Reden, was auch einstimmig beschlossen wurde.

⊙	**Sonntag, 20. Oktober 1918**	⊙

Wilsons Antwort an Oesterreich.

WTB **Washington,** 19. Oktober. Folgendes ist der Text der Antwort der Vereinigten Staaten auf die österreichisch-ungarische Note vom 4. Oktober, die in Amsterdam und anderswo am 6. Oktober veröffentlicht wurde:

Staatsdepartement, am 18. Oktober 1918.

Mein Herr!

Ich habe die Ehre, den Empfang Ihrer Note vom 7. ds. zu bestätigen, worin sie eine Mitteilung der k. u. k. Regierung von Oesterreich-Ungarn an den Präsidenten übermittelten. Ich habe jetzt den Auftrag vom Präsidenten, Sie zu ersuchen, so freundlich zu sein, durch Ihre Regierung der k. u. k. Regierung folgende Antwort zukommen zu lassen:

Der Präsident hält es für seine Pflicht, der österreichisch-ungarischen Regierung zu erklären, daß er den gegenwärtigen Vorschlag dieser Regierung wegen gewisser Ereignisse von größter Be-

deutung, die seit Abgabe seiner Adresse vom 8. Januar sich ereigneten und notwendigerweise die Haltung und die Verantwortlichkeit der Regierung der Vereinigten Staaten änderten, nicht in Betracht ziehen kann. Unter den 14 Bedingungen, die der Präsident damals formulierte, kam die Folgende vor:

„Den Völkern Oesterreich-Ungarns, deren Platz unter den Nationen wir geschützt und gesichert zu sehen wünschen, sollte die freieste Gelegenheit zu autonomer Entwickelung gewahrt werden."

Seit dieser Satz geschrieben und war dem Kongreß der Vereinigten Staaten ausgesprochen wurde, hat die Regierung der Vereinigten Staaten anerkannt, daß der Kriegszustand zwischen den Tschecho-Slowaken und dem Deutschen und österreichisch-ungarischen Reiche besteht und daß der tschecho-slowakische Nationalrat eine de facto kriegführende Regierung ist, die mit der entsprechenden Autorität ausgestattet ist, die militärischen und politischen Angelegenheiten der Tschecho-Slowaken zu leiten. Sie hat auch in der weitestgehenden Weise die Gerechtigkeit der nationalen Aspirationen der Jugoslawen nach Freiheit anerkannt. Der Präsident verfügt deshalb nicht länger über die Freiheit, die bloße „Autonomie" dieser Völker als eine Grundlage für den Frieden anzuerkennen, sondern er ist gezwungen darauf zu bestehen, daß sie und nicht er Richter darüber sein sollen, welche Aktion auf Seiten der österreichisch-ungarischen Regierung ihre Aspirationen und ihre Auffassung von ihren Rechten und ihrer Bestimmung als Mitglieder der Familie der Nationen befriedigen werde.

Empfangen Sie, mein Herr, die erneute Versicherung meiner höchsten Wertschätzung. (gez.) Robert Lansing.

Unabhängigkeitserklärung der tschecho-slowakischen Nation.

Washington, 20. Oktober. Der tschecho-slowakische Nationalrat erklärte formell die Unabhängigkeit der tschecho-slowakischen Nation. Das Dokument, in dem die Lossagung von Habsburg erklärt wird, wurde in Paris veröffentlicht und Wilson zugestellt.

Ein ukrainischer Nationalrat in Oesterreich.

WTB **Lemberg**, 20. Oktober. In einer gestern abend abgehaltenen Versammlung der ukrainischen Reichsrats- und Landtagsabge-

ordneten Galiziens und der Bukowina sowie von Mitgliedern des ukrainischen Herrenhauses und ukrainischen Notabeln fand die Bildung eines ukrainischen Nationalrates statt, dessen Statuten angenommen wurden.

Das Programm der Deutsch-Oesterreicher.

Berlin, 20. Oktober. Aus Wien wird gemeldet: Am Montag werden im niederösterreichischen Landhause die Vertreter der Deutsch-Oesterreicher über die Zukunft ihrer Nation einen Entschluß von hoher historischer Bedeutung fassen. Ein Teil der Deutschen spricht schon ganz offen aus, daß sie Anschluß an das Deutsche Reich suchen wollen, wenn die Slaven einen neuen Zusammenschluß Oesterreichs ablehnen. Eine Proklamation an das deutsche Volk Oesterreichs ist bis auf wenige Einzelheiten fertiggestellt. Abends wird die Proklamation zur Veröffentlichung gelangen. Sie wird voraussichtlich folgende Punkte enthalten:

1. Deutsch-Oesterreich muß frei und unabhängig sein.

2. Selbständig und unabhängig wird es über seine Regierungsform zu entscheiden haben.

3. Frei und unabhängig gestellt wird es auf der Friedenskonferenz durch selbstgewählte Gesandte vertreten sein.

4. In voller Freiheit wird es darüber entscheiden, in welches Vertrags- oder Bundesverhältnis es zu andern Staaten und Völkern treten wird.

5. Zur Bildung einer legalen Vertretung sind neue Wahlen durchzuführen.

6. Es muß ein Nationalrat eingesetzt werden, dem die Begrenzungsverhandlungen obliegen, der für eine Vertretung auf der Friedenskonferenz Sorge trägt.

7. Auseinandersetzungen über die Reichsfinanzen und andere gemeinsame Fragen des alten Oesterreichs erfolgen auf einer Reichsvertretung.

Montag, 21. Oktober 1918

Die deutsche Antwortnote.

Die deutsche Antwort auf die amerikanische Note vom 14. ds. Mts. lautet wie folgt:

Berlin, 21. Oktober. Die deutsche Regierung ist bei der Annahme des Vorschlages zur Räumung der besetzten Gebiete davon ausgegangen, daß das Verfahren bei dieser Räumung und die Bedingungen des Waffenstillstandes der Beurteilung militärischer Ratgeber zu überlassen seien, und daß das gegenwärtige Kräfteverhältnis an den Fronten den Abmachungen zu Grunde zu legen ist, die es sichern und verbürgen. Die deutsche Regierung gibt dem Präsidenten anheim, zur Regelung der Einzelheiten eine Gelegenheit zu schaffen.

Sie vertraut darauf, daß der Präsident der Vereinigten Staaten keine Forderung gutheißen wird, die mit der Ehre des deutschen Volkes und mit der Anbahnung eines Friedens der Gerechtigkeit unvereinbar sein würde.

Die deutsche Regierung legt Verwahrung ein gegen den Vorwurf ungesetzlicher und unmenschlicher Handlungen, der gegen die deutschen Land- und Seestreitkräfte und damit gegen das deutsche Volk erhoben wird.

Zerstörungen werden zur Deckung eines Rückzuges immer notwendig sein und sind insoweit völkerrechtlich gestattet. Die deutschen Truppen haben die strengste Weisung, das Privateigentum zu schonen und für die Bevölkerung nach Kräften zu sorgen. Wo trotzdem Ausschreitungen vorkommen, werden die Schuldigen bestraft.

Die deutsche Regierung bestreitet auch, daß die deutsche Marine bei Versenkung von Schiffen Rettungsboote nebst ihren Insassen absichtlich vernichtet habe. Die deutsche Regierung schlagt vor, in allen diesen Punkten den Sachverhalt durch neutrale Kommissionen aufklären zu lassen.

Um alles zu verhüten, was das Friedenswerk erschweren könnte, sind auf Veranlassung der deutschen Regierung

an sämtliche Unterseebootskommandanten Befehle ergangen, die eine Torpedierung von Passagierschiffen ausschließen,

wobei jedoch aus technischen Gründen eine Gewähr dafür nicht übernommen werden kann, daß dieser Befehl jedes in See befindliche Unterseeboot vor seiner Rückkehr erreicht.

Als grundlegende Bedingung für den Frieden

bezeichnet der Präsident die Beseitigung jeder auf Willkür beruhenden Macht, die für sich unkontrollierbar und aus eigenem Benehmen den Frieden der Welt stören kann.

Darauf, antwortet die deutsche Regierung:

Im Deutschen Reich stand der Volksvertretung ein Einfluß auf die Bildung der Regierung bisher nicht zu. Die Verfassung sah bei der Entscheidung über Krieg und Frieden eine Mitwirkung der Volksvertretung nicht vor. In diesen Verhältnissen ist ein grundlegender Wandel eingetreten. Die neue Regierung ist

in völliger Uebereinstimmung mit den Wünschen der aus dem gleichen, allgemeinen, geheimen und direkten Wahlrecht hervorgegangenen Volksvertretung gebildet. Die Führer der großen Parteien des Reichstages gehören zu ihren Mitgliedern. Auch künftig kann keine Regierung ihr Amt antreten oder weiterführen, ohne das Vertrauen der Mehrheit des Reichstags zu besitzen. Die Verantwortung des Reichskanzlers gegenüber der Volksvertretung wird gesetzlich ausgebaut und sichergestellt. Die erste Tat der neuen Regierung ist gewesen, dem Reichstag ein Gesetz vorzulegen, durch das die Verfassung des Reiches dahin geändert wird, daß zur Entscheidung über Krieg und Frieden die Zustimmung der Volksvertretung erforderlich ist. Die Gewähr für die Dauer des neuen Systems ruht aber nicht nur in den gesetzlichen Bürgschaften, sondern auch in dem unerschütterlichen Willen des deutschen Volkes, das in seiner großen Mehrheit hinter diesen Reformen steht und deren energische Fortführung fordert. Die Frage des Präsidenten, mit wem er und die gegen Deutschland verbündeten Regierungen es zu tun haben, wird somit klar und unzweideutig dahin beantwortet, daß das Friedens- und Waffenstillstandsangebot ausgeht von einer Regierung, die, frei von jedem willkürlichen und unverantwortlichen Einfluß, getragen wird von der Zustimmung der überwältigenden Mehrheit des deutschen Volkes.

Berlin, 20. Oktober 1918.

Solf,
Staatssekretär des Auswärtigen Amtes.

Die tschecho-slowakische Regierung in Paris.

WTB Paris, 21. Oktober. (Agence Havas.) Der Minister der auswärtigen Angelegenheiten der einstweiligen Regierung des tschecho-slowakischen Landes Benes wies in einem Schreiben vom 14. Oktober an Pichon darauf hin, daß die Erklärung der Vereinigten Staaten vom 3. September 1918 den in Paris tagenden tschecho-slowakischen Nationalrat als tschecho-slawakische Regierung „de facto" anerkannte. Diese Anerkennung wurde von England, Frankreich und Italien bestätigt. Benes fügte hinzu, daß sich auf Grund dieser aufeinanderfolgenden Anerkennungen die tschecho-slawakische Regierung am 26. September gebildet und in Paris niedergelassen habe. Masaryk wurde zum Präsidenten der einstweiligen Regierung und Finanzminister, Benes zum Minister des Aeußern und Innern und Stefanik zum Kriegsminister ernannt. Die Minister beschlossen

als Vertreter bei den Alliierten zu beglaubigen: Osusky, Geschäftsträger der tschecho-slowakischen Gesandtschaft in London bei der englischen Regierung, Geschäftsträger in Paris Sychrava bei der französischen, den rämischen Geschaftstrager Barsky bei der italienischen, den Washingtaner Geschaftstrager Praglor bei der amerikanischen und gegenwartig in Omsk sich aufhaltenden Bagdan Pawlu bei der russischen Regierung. Die Vertreter in Japan und Serbien werden spater ernannt. Benes fügte hinzu, daß diese Entschlüsse in voller Uebereinstimmung mit den politischen Führern des tschecho-slowakischen Landes getroffen wurden und wies ferner darauf hin, daß der tschecha-slowakische Abgeordnete Stene am 2. Oktober 1918 feierlich im Pariser Nationalrat ankündigte, daß der Oberste Rat der tschechoslowakischen Heere ausersehen sei, die Nation vor den Alliierten und bei der Friedenskanferenz zu vertreten, und daß am 9. Oktober der namens der gleichen Vereinigung sprechende Abgeordnete Zebrennik mitteilte, daß die Tschecha-Slawaken endgültig alle Bande mit Oesterreich-Ungarn zerrissen hätten. Durch diesen Beschluß der tschechoslowakischen Nation und der Armee übernimmt der Rat also die vorläufige Nationalregierung und die Leitung der politischen Angelegenheiten des tschecha-slowakischen Landes und tritt offiziell zu den Alliierten in Beziehung. Pichan erwiderte u. a.: Mit dem Gefühle tiefer Genugtuung anerkenne er im Namen der Regierung der Republik offiziell die provisorische nationale Regierung des tschecha-slowakischen Landes.

∞	**Dienstag, 22. Oktober 1918**	∞

Deutscher Reichstag.

Berlin, 22. Oktober. Am Tische des Bundesrats Reichskanzler Prinz Max von Baden, v. Payer, Graf Roedern, v. Rüdlin, Groeber, Haußmann, Erzberger, Trimborn, Scheuch, v. Mann, v. Breitenbach, Dr. Salf, Bauer, Fischer.

Präsident Fehrenbach eröffnete die Sitzung um 2 Uhr 15 Min. und teilt mit, daß er der Kaiserin zu ihrem heutigen Geburtstag die Glückwünsche des Reichstags ausgesprachen habe.

Auf Vorschlag des Präsidenten werden dann die 7 kleinen Anfragen, die auf der Tagesordnung stehen, abgesetzt und ihre Beantwortung bis zum Freitag vertagt. Der Gesetzentwurf über die Ermächtigung des Bundesrats zu wirtschaftlichen Maßnahmen für die

Uebergangswirtschaft wird auf Antrag des Abgeordneten Dove (Fortschrittliche Volkspartei) dem Ausschuß für Handel und Gewerbe überwiesen.

Zur Beratung gestellt werden dann die neuen Gesetze zur Abänderung der Reichsverfassung, das heißt der Gesetzentwurf über die Stellvertretung des Reichskanzlers und die Vorlage über die Mehrheitsbestimmung des Reichstages bei Kriegserklärungen und beim Friedensschluß. Im Anschluß an diese Vorlagen findet eine allgemeine politische Aussprache statt. Der Präsident erteilt sofort das Wort dem Reichskanzler.

Die Rede des Reichskanzlers:

Seit ich zum ersten Male zu Ihnen sprach, sind infolge der Friedensaktion, die die Regierung bei ihrem Antritt eingeleitet hat, weitere Schritte von beiden Seiten getan worden. Zunächst kam des Präsidenten Wilson Gegenfrage. Unsere unzweideutige bejahende Antwort hat zu erneuten Anfragen des Präsidenten geführt und unsere Antwort hierauf ist gestern veröffentlicht worden. Meine Herren! Das ganze deutsche Volk wartet darauf, welche Aussichten die Regierung für das Gelingen des Friedenswerkes gibt. Sie werden verstehen, daß ich mich hierüber nur mit größter Zurückhaltung äußern kann. Ich weiß, daß auch die Parteien den Wunsch haben, die Debatten mögen sich eine dem Ernst der Stunde entsprechende Beschränkung auferlegen. Das deutsche Volk ist vom Präsidenten Wilson angeredet worden. Diese Debatte gibt den Aeußerungen der Vertreter aller Parteien erhöhte Wichtigkeit. Ich möchte daher heute über die internationale Lage nicht mehr wie dies eine sagen: Die erste Antwort des Präsidenten auf den Friedensschritt der deutschen Regierung hat in allen Ländern den Kampf der Meinung über die Frage:

Rechtsfrieden oder Gewaltfrieden

auf den höchsten Punkt geführt. Es handelt sich um den Gesinnungsstreit, der in jedem Lande öffentlich ausgefochten wird, wie er auch in der gleichen Lage bei uns ausgefochten werden mußte. Auf der einen Seite erheben diejenigen lauter denn je ihre Stimmung, die sich einbilden, der Augenblick sei da, in dem alle angesammelte Leidenschaft den Haß und die Rachsucht auf den Boden unserer deutschen Heimat stellen könne. Auf der anderen Seite sind sich die aufrichtigen Anhänger des Völkerbundes vollständig klar darüber, daß der Grundgedanke und dessen Glaube heute seine entscheidende Probe besteht. Dieser Grundgedanke lautet: „Ehe irgend eine einzelne Macht oder Mächtegruppe es unternimmt, Zwangsmittel zur Durchführung des von ihr vertretenen Rechtes gegen andere Nationen anzuwenden, muß mit aller Gründlichkeit und Ehrlichkeit der Versuch gemacht werden,

auf dem Wege freiwilliger Uebereinkunft den Frieden zu erhalten

oder, auf die gegenwärtige internationale Lage angewendet, ihn zu erreichen." Dieser Kampf der Meinungen ist noch unentschieden. Wir

können die seelischen Gewalten erkennen, die gegeneinander stehen, aber nicht die Kräfteverhältnisse abschätzen. Die letzten Worte des Präsidenten Wilson hatten dem deutschen Volke keine Klarheit darüber gebracht, wie der öffentliche Meinungsstreit ausgehen wird. Vielleicht wird die neue Antwort des Präsidenten die endgültige Gewißheit bringen. Bis dahin müssen wir uns in allen unseren Gedanken und allen unseren Handlungen auf die beiden Möglichkeiten stützen. Erst darauf, daß die feindlichen Regierungen den Krieg wollen und uns keine andere Wahl bleibt, als uns zur Wehr zu setzen, mit der ganzen Kraft eines Volkes, das bis zum äußersten geht, wenn diese Notwendigkeit eintritt, so habe ich keinen Zweifel, daß die deutsche Regierung im Namen des deutschen Volkes

zur nationalen Verteidigung aufrufen darf,

wie sie im Namen des deutschen Volkes sprechen durfte, als sie für den Frieden handelnd eingriff. (Beifall.) Wer sich ehrlich auf den Boden des Rechtsfriedens gestellt hat, hat zugleich die Pflicht übernommen, sich nicht kampflos dem Gewaltfrieden zu beugen. Eine Regierung, die hierfür kein Empfinden hat, wäre der Verachtung des kämpfenden und arbeitenden Volkes preisgegeben (Sehr richtig!) und würde vom Zorn der Oeffentlichkeit hinweggefegt. Aber auch die zweite Möglichkeit müssen wir schon heute in ihrer ganzen Tragweite ins Auge fassen. Das deutsche Volk darf nicht blind an den Verhandlungstisch geführt werden. Die Nation hat heute ein Recht, die Frage zu stellen: Wenn nun ein Frieden auf der Basis der Wilsonschen Bedingung zustande kommt, was bedeutet das für unser Leben und für unsere Zukunft? Erst unsere Antwort auf die Fragen des Präsidenten hat, nach dem Widerhall der öffentlichen Meinung zu schließen, dem deutschen Volk zum Bewußtsein gebracht, um was es sich handelt. Jetzt will es Klarheit haben. Ja

es ist ein Entschluß von gewaltiger Tragweite für unsere Machtstellung.

Es soll nicht mehr gelten, was wir selbst für recht hielten, sondern was in freier Aussprache mit unseren Gegnern für recht erkannt wird. Eine schwere Ueberwindung für ein stolzes und sieggewohntes Volk, denn die Rechtsfrage macht nicht Halt vor unseren Landesgrenzen. Wir werden der Gewalt niemals freiwillig die Tore öffnen. Die Sätze, die wir als für uns maßgebend angenommen haben, berühren auch Gebiete innerhalb des Reichsgebietes. Mir ist von vielen Seiten entgegengehalten worden, daß die Annahme der Wilsonschen Bedingungen die Unterwerfung unter ein deutschland-feindliches Tribunal bedeute. Wenn dem so wäre, warum scheuen dann alle die extremen Machtpolitiker in der Entente das Verhandlungszimmer, wie der Schuldige das Gericht? Der Kernpunkt des ganzen Wilsonschen Programms war der Völkerbund. Er kann gar nicht zustande kommen, wenn nicht sämtliche Völker sich zur nationalen Selbstüberwindung aufraffen. Das Zustandekommen einer solchen Völkergemeinschaft

verlangt das Aufgeben eines Teils der unbedingten Selbständigkeit, die bisher Zeichen einer Staatshoheit war von uns, wie von der anderen. Für unsere Zukunft wird es von entscheidender Bedeutung sein, mit welchem Geist wir dieser notwendigen Entwicklung folgen. Verharren wir innerlich auf der Basis des nationalen Egoismus, der bis vor kurzer Zeit die herrschende Kraft im Leben der Völker war, dann gibt es für uns keine Wiederaufrichtung und Erneuerung (Sehr richtig!), dann bleibt ein Gefühl der Bitterkeit, das Generationen lahmlegt. Aber wenn wir sehen, daß der Sinn dieses furchtbaren Krieges vor allem der Sieg der Rechtsidee ist und wenn wir uns dieser Idee freiwillig unterwerfen, nicht mit inneren Vorbehalten, sondern mit aller Freiwilligkeit, so finden wir darin ein Heilmittel für die Wunden der Gegenwart und eine Aufgabe für die Kräfte der Zukunft. An dieser Aufgabe wird das deutsche Volk mit allem sachlichen Ernst, mit aller Gewissenhaftigkeit mitarbeiten, die unser Erbe sind.

Wir brauchen nur auf die Zeiten vor zwei Generationen zurückzugreifen,

um alle nötigen moralischen Triebfedern für die neue Entwicklung zu finden. Sind aber einmal diese Menschheitsziele unser, so wird die Zusammenarbeit der Nationen zu einer großen, befreienden Aufgabe werden. Ich möchte meine Worte zitieren, die ich am 19. Februar sagte: „Der bloße Daseinskampf, wenn er allein steht, läßt große menschliche Kraftquellen unerschlossen. Wir müssen das Glück und Recht anderer Völker in unser nationales Leben aufnehmen. Wenn ich heute in dieser schweren Stunde unserem Volke den Völkerbundgedanken als eine Quelle des Trostes und der Kraft vor Augen stelle, so täusche ich mich keinen Augenblick darüber, daß noch gewaltige Widerstände zu überwinden sind, ehe der Gedanke Wirklichkeit werden kann. Kein Mensch kann sagen, ob das rasch oder langsam gehen wird". Mögen uns die nächsten Tage oder Wochen zu weiterem Kampf aufrufen oder möge sich der Weg zum Frieden öffnen, darüber kann kein Zweifel sein, daß wir den Aufgaben des Krieges oder des Friedens nur gewachsen sein werden durch die Durchführung unseres Regierungsprogramms, das die entschiedene Abkehr von alten Wegen bedeutet. (Bravo.)

Damit bin ich zu den

Fragen der inneren Politik

gekommen, über die ich der deutschen Volksvertretung Rechenschaft schuldig bin.

Meine Herren! Ich habe schon am 5. Oktober die allgemeinen Grundsätze dargelegt, nach denen ich mein Amt als Kanzler zu führen gedenke und die dem Programm der Mehrheitsparteien entsprechen. Durch diese Grundsätze geleitet, habe ich mit meinen Mitarbeitern die Schritte getan, die im Innern Deutschlands freiheitliche Zustände herbeiführen sollen. Die Reform des Wahlrechts ist

durch das bankenswerte Entgegenkommen der Parteien den Vorschlägen der Regierung gegenüber soweit gefördert worden, daß die Einführung des allgemeinen, gleichen, direkten und geheimen Wahlrechts soweit gesichert ist. (Lebhaftes Bravo.) Dem Reichstag liegen zwei Gesetzentwürfe vor, die die neue Regierungsweise von den Verfassungsschranken befreien soll, die ihr nach im Wege stehen. Der erste Entwurf soll den Mitgliedern dieses hohen Hauses die Möglichkeit schaffen, in die Reichsleitung einzutreten, ohne ihr Reichstagsmandat zu verlieren. Das ist unerläßlich, wenn die Verbindung zwischen dem Parlament und der obersten Reichsbehörde so fest bleiben soll, wie die gemeinsame Arbeit und das gegenseitige Vertrauen es erfordern. Der Entwurf schlägt ferner eine Aenderung des Gesetzes über die Stellvertretung des Reichskanzlers vor. Bisher konnten nur die Leiter der obersten Reichsbehörde Stellvertreter des Kanzlers werden. In Zukunft sollen sich Reichstagsabgeordnete an der Leitung der Reichspolitik beteiligen und namens des Reichskanzlers Rede stehen können, ohne zugleich ein Ressort bekommen zu haben. Wir sind überzeugt, daß sich dieser neue Weg als

Zubringer wertvoller, brachliegender Volkskräfte

nicht nur für die Regierung, sondern mittelbar auch für das Parlament erweisen wird. Der Aufstieg geborener Führer aus allen freien Berufen wird dadurch verstärkt. Im Zusammenhange hiermit stehen die Vorarbeiten zum rechtlichen Ausbau der politischen Verantwortlichkeit des Reichskanzlers, die durch die Einsetzung eines Staatsgerichtshofes zu sichern wäre. Man könnte es zwar bezweifeln, ob es der Bekräftigung der Verantwortlichkeit des Reichskanzlers durch einen Staatsgerichtshof noch bedarf, da kein Reichskanzler oder Staatssekretär im Amt bleiben kann, wenn er das Vertrauen der Mehrheit dieses Hauses verloren hat. (Sehr richtig.) Ich halte es aber doch für besser, wenn die politische Neugestaltung der deutschen Regierungsform auch durch eine Neueinrichtung des öffentlichen Rechtes bekräftigt und verbürgt wird und ich hasse deshalb, dem Reichstag das Ergebnis der Vorarbeiten bald vorlegen zu können. (Bravo.) Das neue System der Reichsregierung hat eine neue Regierungsweise in den Reichslanden zur natürlichen Folge gehabt. Die Statthalterschaft in Elsaß-Lothringen hat ein Elsässer übernommen. Ein Elsässer ist sein Staatssekretär geworden. In die Landesregierung sollen weiter führende Männer aus der Zweiten Kammer des Landtages eintreten. Ich nehme an, daß der neue Herr Statthalter mit den Parteiführern ein Programm für seine Regierung aufstellen und es öffentlich darlegen wird.

Meine Herren! Der zweite Entwurf, der die Aenderung des Artikels 11 der Reichsverfassung vorsieht, enthält die zwingende Festlegung für den Grundgedanken der neuen Regierungsart. Er will, daß der Reichstag als die berufene Volksvertretung bei der Entscheidung über die wichtigsten Lebensfragen der ganzen Nation, bei

den Fragen über Krieg und Frieden, ein volles Mitbestimmungsrecht hat. (Bravo.) Die Bürgschaft konnte verstärkt werden, wenn auch die Bündnisverträge der neuen Bestimmung unterworfen wurden. Auch zu einer solchen Erweiterung der Volksrechte wird die Reichsregierung gerne die Hand bieten, wenn der Völkerbund praktische Gestalt gewinnt. Meine Herren! Der Kriegszustand hat in allen Ländern drückende Einschränkungen der staatsbürgerlichen Freiheit zur Folge gehabt. Ihre volle Wiederherstellung wird der Friede bringen. Die außerordentlichen Vollmachten der Kriegszeit sind noch nicht entbehrlich. Sie können aber jetzt nur noch im Einverständnis mit dem Reichskanzler ausgeübt werden, der für die Ausführung dem Reichstag verantwortlich ist. Die Anordnungen des Kaisers, die er am 5. Oktober angekündigt hat, sind inzwischen ergangen und umfassen nicht allein die Maßnahmen auf dem Gebiete der Zensur, des Vereins- und Versammlungsrechtes und der persönlichen Freiheit, sondern sie erstrecken sich auf die gesamte Tatigkeit der vollziehenden Gewalt auch im Arbeitsgebiet der wirtschaftlichen und sozialen Politik. Meine Herren! Auf meinem Programm vom 5. Oktober stand auch die Begnadigung der Personen, die wegen politischer Verbrechen oder Vergehen, besonders im Zusammenhang mit Arbeitseinstellung, Straßenkundgebungen oder ähnlichen Vorfällen verurteilt worden sind. Eine weitgehende Amnestie dieser Art ist beim Kaiser und sämtlichen Bundesregierungen angeregt und in Ausführung. Schon haben Verurteilte in großer Zahl ihre Freiheit wieder gewonnen. Manchen von ihnen hat die Regierung die Gnade erst nach Ueberwindung ernster vaterländischer Sorgen vermittelt. Meine Herren! Allen Schritten auf der neuen Bahn, die ich Ihnen hier aufzählen durfte, haben

alle verfassungsmäßigen Instanzen einmütig zugestimmt.

Sie haben sich damit auf den Boden der von mir und meinen Mitarbeitern vertretenen Regierungsarbeit gestellt. Wenn auch Sie den Vorlagen beipflichten, wird die Volksregierung fest in den Reichsgesetzen verankert sein. Ich weiß, meine Herren, der Rückblick auf die innerpolitische Ernte der denkwürdigen drei Oktoberwochen löst sehr verschiedene Stimmungen in Ihnen aus. Dem einen wird er als die Schilderung eines unbesonnenen Laufs auf der schiefen Ebene erscheinen, die zum Umsturz der bestehenden Ordnung führt, dem anderen als unsicheres zögerndes Tasten nach der neuen Staatsreform. Wer frei von der Verantwortung ist, der ist frei in der Kritik. Beiden gegenüber stelle ich für die Regierung der Reichstagsmehrheit fest, daß meine Kollegen und ich sowohl im Ziel als in der Art, wie wir ihm nachstreben, völlig einig sind. Das Ziel ist die politische Mündigkeit des deutschen Volkes. (Lebhaftes Bravo.) Mir und meinen Mitarbeitern steht es vor Augen unverrückt als Leitstern. Die einzelnen Mitglieder der Regierung gingen ursprünglich von verschiedenen Ausgangspunkten aus. Sie verfolgten aber gemeinsame Ziele mit Ver-

trauen und Treue und deshalb haben ihre Wege immer näher zueinandergeführt. Unser Volk hatte schon längst eine Reihe von Rechten, um die es auch von den westlichen Nachbarn beneidet wurde. Die deutsche kommunale Selbstverwaltung war in mehr als in einer Hinsicht mustergültig. Das Reichstagswahlrecht war lange Zeit das freieste Wahlrecht der Welt, und der deutsche Reichstag, der so frei gewählt war, hatte stets das starke politische Mittel der Budgetbewilligung.

Aber das deutsche Volk machte in den entscheidenden Punkten von seiner Macht keinen Gebrauch.

Wem eine Meistergeige geschenkt wird, der ist deshalb noch lange kein Meister des Geigenspiels. Das deutsche Volk hatte sein Instrument nicht mit voller Kraft zu spielen unternommen, weil es die tüchtigen eingesetzten Gewalten gerne gewähren ließ. Des deutschen Volkes Hauptkraft wirkte sich aus in großen Einzelheiten außerhalb der Politik. Nicht Willkür der gesetzlichen Gewalten, sondern der Mangel an politischem Machtwillen im Volke erhielt Deutschland so lange als Obrigkeitsstaat. Seit dem Juli 1917 reifte der Entschluß zur politischen Vertretung. Jetzt, Ende September, ist er zum Durchbruch gekommen. Meine Herren! Darin liegt die wahre Kraft des neuen Systems. Es kam durch eine entscheidende Wendung in der Kraftentwicklung des deutschen Volkes, die nach allen Leistungen dieses Krieges, nach allen Taten und Opfern unausbleiblich war. Darin liegt eine bessere reale Garantie als in einem Gesetzesparagraphen. Hieraus ergibt sich für mich eine sichere Marschroute für alle unsere Maßnahmen. Wir dürfen nicht, um dem Auslande willig zu sein, auch nicht um der Not des Augenblicks Herr zu werden, zu Regierungsformen greifen, hinter denen nicht unsere Ueberzeugung steht und die nicht ein Ausdruck unserer Eigenart und Geschichte sind, sonst handeln wir unaufrichtig und nehmen dadurch dem neuen System den Stempel der Unwiderruflichkeit, den wir nicht entbehren können. (Beifall.) Meine Herren! Der gewaltige Ruf, den Fichte in schwerer Zeit an das deutsche Volk richtete, ergeht auch heute an uns: „Erhaltet Euch als Volk für die Aufgaben der Welt, die nur Ihr lösen könnt", wie ja jedes Volk eine Aufgabe hat, die ihm vor anderen gestellt ist. Es liegen noch Schätze in der Tiefe unseres Volkes. Die Stunden im Leben der deutschen Nation, die sie niederzuschlagen schienen, sind noch immer die Geburtsstunde neuer geistiger Kräfte gewesen. Aber um unsere Eigenart ruhig zu entwickeln, müssen wir unser Hausrecht wahren, denn an unseren Toren steht der Feind. Unser erster und letzter Gedanke gehört den Tapferen, die sie gegen die Uebermacht verteidigen und die wir gegen verdacht gende Anklagen verteidigen müssen. Meine Herren! Man soll nicht glauben, daß man unser Heer beleidigen kann, ohne unser Volk an der Ehre zu treffen. Einzelne Taten und Maßnahmen hat es in jeder Armee gegeben, aber der Grundwille des Volkes lehnt sie ab. Meine Herren! Unsere Soldaten haben es heute furchtbar schwer. Sie kämpfen mit Sorgen um die Heimat, sie kämp-

sen mit dem Gedanken an den Frieden und halten Stand. Wir danken ihnen, wir vertrauen ihnen, wir rufen ihnen zu: „Die Heimat laßt Euch nicht im Stich. Was Ihr braucht, was sie hergeben kann, an Menschen, an Mitteln und an Mut, das soll Euch werden". (Lebhafter Beifall.)

Abg. **Herold** (Ztr.):

Wir stimmen den bedeutsamen Ausführungen des Reichskanzlers vollkommen zu. Das deutsche Volk hat sein Geschick selbst in die Hand genommen. Die neue Regierung ist das ausführende Organ des Volkswillens. Die vorliegenden Gesetzentwürfe halten wir nicht für genügend. Jeder Krieg, ob Verteidigungs- oder Abwehrkrieg, muß abhängig von der Zustimmung des Reichstages sein. Mit Entrüstung weisen wir den Vorwurf unmenschlicher Handlungen, der gegen unser Heer gerichtet wird, zurück. Verwüstungen entsprechen nicht dem deutschen Charakter und deutscher Sitte. (Beifall.)

Abg. **Ebert** (Soz.):

So sehr wir bemüht sind, den Optimismus zu bewahren, so müssen wir doch sagen, „herrliche Zeiten" sind es nicht, denen wir entgegen geführt worden sind. Wir billigen die Antwort der Regierung auf die Wilsonschen Gegenfragen. Den uneingeschränkten U-Bootkrieg haben wir von jeher bekämpft. Das Recht der Selbstbestimmung wird sich das deutsche Volk nie wieder entwinden lassen. Der 5. Oktober ist der Geburtstag der deutschen Demokratie. Das deutsche Volk will und wird frei sein. (Sehr gut.) Die Gesetzentwürfe auf Abänderung der Reichsverfassung gehen nicht weit genug. Wir sind von jeher gegen die Geheimverträge gewesen. Sie haben immer eine recht verderbliche Rolle gespielt. Hat erst der Reichstag bei Ernennung und Verabschiedung des Reichskanzlers mitzusprechen, erst dann ist die parlamentarische Regierungsform gesichert.

Die absolutistische Stellung des großen Generalstabes ist nicht mehr haltbar.

Auch für das persönliche Regiment ist in Deutschland kein Raum mehr. Nur Freiheit kann uns die Wunden heilen, die der Krieg uns geschlagen hat. Deutschland muß frei werden oder untergehen. Untergehen wird in Preußen nur die konservative Parteiherrschaft. Die unheilvollen Schaden der Militärpolitik müssen beseitigt werden. Der Fall Liebknecht ist durch seine Freilassung erledigt. Die übermäßigen ungerechten Strafen in den besetzten Gebieten müssen aufhören. Die grausamen Urteile gegen die finnischen sozialdemokratischen Abgeordneten sollen nicht vollzogen werden. Den Frauen müssen politische Rechte verliehen werden. Schiedsgerichte, Völkerbund und Abrüstung sind die ersten Bürgschaften für einen dauernden Frieden. Wir bekennen uns genau wie am 4. August 1914 zur Landesverteidigung, solange es die Not fordert. Wollen die Gegner uns knechten, so rufen wir ihnen zu, jede Knechtschaft hat ein Ende. (Bravo.)

Abg. **Naumann** (Fortschr. Vpt.):

Unsere Gedanken und unser Gruß gelten unserem Heere, das gerade jetzt besonders große Leistungen vollbringt. Während sie draußen Helden erster Klasse waren, galten sie bisher noch als Staatsbürger dritter Klasse. Jetzt wird der Reichskanzler die Nation nicht blind zum Verhandlungstisch führen. Auch mit dem alten Grundsatze des blinden Vertrauens soll also gebrochen werden. Die deutsche Regierung hat in diesem Kriege der Einheitlichkeit entbehrt und hat das deutsche Volk in den Ruf der Unehrlichkeit gebracht. Unehrlich war es aber nicht. Nur unorganisiert war es. Auch in der Regierung kämpften stets zwei Richtungen gegeneinander:

Bethmann Hallweg und Tirpitz.

Der Weg zur Volksseele steht nicht im Assessorexamen. Der Zusammenbruch des alten Systems ist da. Jetzt haben wir den Uebergang zum Anfang, der neuen Entwicklung; ihr darf und wird von keiner Seite ein Hemmschuh entgegengestellt werden. Sie wird erfolgen auf Grund der Reichsverfassung. Wir müssen die neue Zeit beginnen mit dem Ausbau der Stellung des Reichskanzlers, namentlich seiner Verantwortlichkeit. Während bisher Parlamentarier in die Regierung übernommen wurden, die den Zusammenhang mit den Parteien verloren, wird künftig der Faden herüber und hinüber gehen. Der oberste Grundsatz für die neue Regierung muß sein: Zweideutigkeiten müssen vermieden werden. Wir werden wieder zu Füßen unserer Großväter sitzen müssen, um bei ihnen zu lernen, wie wir und die Menschheit gesunden werden. Nach diesen Zeiten der Zertrümmerung ist eine solche Nation der Arbeit und des Denkens nicht totzumachen, das geht nicht. Aber mit uns in Frieden zu leben, das geht, wenn sie nur wollen. (Lebhafter Beifall.)

Abg. Dr. **Stresemann** (nat.-lib.):

Der Friedensschritt der deutschen Regierung wird von uns gebilligt. Unsere Heere leisten in diesen Tagen, wo es nicht zu siegen vermag, Uebermenschliches. Das Blut, das noch weiter vergossen wird, kommt nicht auf unser Haupt. Von einem Verrat Bulgariens mochte ich nicht sprechen. Die Geschichte wird zeigen, wie weit der Friede von Bukarest da mitspricht. In Oesterreich ist der Prozeß noch nicht abgeschlossen. Deutsch-Oesterreich war stets ein sicherer Hort deutschen Empfindens und wird es bleiben. Daß Graf Tisza sich von unserem Bundnis losgesagt hätte, trifft nicht zu. Ungarn wird niemals eine Tat der Untreue an Deutschland begehen. Wir haben an einen deutschen Sieg geglaubt und schämen uns dessen nicht. Nach den beispiellosen Erfolgen unserer Truppen hatten wir das Recht dazu. Hatte Bismarck eine so starke Arbeiterpartei zur Verfügung gehabt, die gewillt gewesen wäre, in die Regierung einzutreten, er wäre der erste gewesen, der sich diese Kräfte gesichert

hätte. Bittere Empfindungen müssen in uns aufsteigen, wenn wir jetzt hören, was wir an Schaffung von Tanks und U-Booten hätten leisten können und daß wir nicht alle Kräfte eingesetzt haben. (Sehr richtig.)

Zusammengebrochen ist auch die Staatsautorität

durch die Art, wie man das Volk zu Betrügern erzogen hat, da es die Gesetze überschreiten mußte, um das nackte Leben fristen zu können. Zusammengebrochen ist das ganze System der Geheimrederei. Wir sind und bleiben Monarchisten. Wir sind aber überzeugt, daß wir der Monarchie am besten nützen können, wenn wir an der Erneuerung der Dinge tatkräftig mitarbeiten können. Wenn das Geschick unseren Untergang beschlossen hat, so kann es nur so sein, daß wir vor der Geschichte bestehen können. (Lebhafter Beifall.)

Graf Westarp (Kons.):

Wir sehen in der neuen Antwort nicht einen Fortschritt, sondern eine verhängnisvolle Wendung. Aus dem monarchischen ist ein parlamentarisches Reich geworden nach den Grundlagen der Westländer. Die Regierung wird lediglich zum Vollzugsausschuß des Reichstages. Wir schädigen unser Heer gerade in den jetzigen schwersten Zeiten, wenn wir die Tätigkeit des Generalstades unter Einwirkung des Reichstages stellen. Wir lehnen die Verantwortung für die Folgen der Entwicklung ab. Wir machen die vorliegenden Verfassungsänderungen nicht mit. Die Regierung Bethmann hat nicht unter unserem Einfluß gestanden, sondern unter dem der Sozialdemokraten. Wir werden unsere Aufgabe auch weiterhin erfüllen und vertrauen darauf, daß die Zeit kommen wird, in der die konservativen Anschauungen eine gerechtere Würdigung finden werden als heute. Unsere Stellung in der Opposition ist gerade jetzt wesentlich verschärft worden durch eine Kundgebung aus Regierungskreisen durch den Aufruf des sozialdemokratischen Parteivorstandes. (Zuruf: Staatssekretär Scheidemann ist doch Mitglied des Parteivorstandes.) Uebernimmt der Reichskanzler die Verantwortung für diese Tätigkeit seiner Mitarbeiter? (Heiterkeit.) Das Friedensangebot war nicht zweckmäßig, auch nicht notwendig. Auch wir wünschen von Herzen den Frieden. Das deutsche Volk kann und wird nicht zur Kapitulierung gezwungen werden. Deutschland ist auch nicht geneigt, Bedingungen anzunehmen, die mit seiner Ehre und mit den Grundsätzen des Gerechtigkeitsfriedens unvereinbar sind und die Zukunft und Sicherheit des Reiches nicht sichern. (Bravo.) Wir müssen festhalten an der Unversehrtheit des Reichsgebietes auch im Osten. Deshalb weisen wir mit Entschiedenheit die unerhörten Ansprüche der Polen zurück. Wir sind pessimistisch und glauben, daß wir auch durch die neue Antwort zur Fortsetzung des Krieges gezwungen sein werden. Unser Heer muß durch Zuführung menschlicher und moralischer Kräfte gestärkt werden. Wir beantragen die Ausdesserung

der Mannschaftslöhnung und der Offiziersgehälter. Ruft die Regierung das Volk zur Fortsetzung des Kampfes auf und macht ihm klar, worum es geht, so stehen wir hinter ihr. Dann wissen wir, daß das deutsche Volk keinen Frieden der Kapitulation, keinen schmachvollen Frieden wird annehmen wollen und brauchen. (Beifall.)

Von den Abgeordneten Gothein, Ebert, Herold und Dr. Stresemann ist eine Resolution eingegangen, in der

dem Reichskanzler das Vertrauen des Reichstages ausgesprochen

wird.

Darauf wird die weitere Beratung auf Mittwoch, 2 Uhr, vertagt.

Berlin, 23. Oktober. Die allgemeine politische Aussprache wird fortgesetzt.

Abg. **Haase** (U. Soz.):

Ein völliger Umschwung der politischen und militärischen Lage ist eingetreten. Alte Reiche stürzten zusammen. Oesterreich-Ungarn hat sich aufgelöst. Die Türkei existiert nicht mehr in dem bisherigen Umfang. Ein Araberreich ist entstanden. Aegypten ist fester an England angegliedert. Frankreich hat seine Stellung in Syrien befestigt. Bulgarien hat einen Sonderfrieden mit der Entente abgeschlossen. Oesterreich-Ungarn wird genötigt sein, diesem Beispiel zu folgen. Der deutsche Imperialismus hat das Spiel in vollem Umfange verloren. Er hat die denkbar schwerste Niederlage erlitten. Selbst die „Kreuz-Zeitung" gibt zu, daß der Krieg weltpolitisch verloren ist, und Graf Tisza sagt, daß wir ihn auch militärisch verloren haben. Das Programm Helgoland-Bagdad ist zusammengebrochen. Es wäre unsinnig und verbrecherisch, wenn man jetzt noch versuchen wollte, die Lage zu verschleiern. (Sehr richtig bei den Unabh. Soz.) Das deutsche Volk fühlt sich belogen und betrogen. Betrogen in den letzten Jahren. Es begreift nicht, daß, nachdem man uns Tag für Tag von Siegen berichtet hat, nun die deutsche Regierung um den Waffenstillstand nachsuchen und ein Friedensangebot machen muß. Meine Partei hat am ehesten die Lage richtig erkannt. Die Regierung hat aber die Friedensfäden, die sich im Frühjahr 1915 zwischen Deutschland und England anbahnten, zerrissen. Als wir damals für den Frieden eintraten, welche Beschimpfungen wurden da gerade von den Regierungssozialisten gegen uns geschleudert. (Lauter Widerspruch bei den Mehrheitssozialisten.) Sie haben schon bisher dokumentarisch belegte Tatsachen durch Geschrei aus der Welt schaffen wollen. (Lärm bei den Mehrheitssozialisten.) Durch den Abgeordneten Schulze-Gaevernitz ist bekannt geworden, daß auch im Jahre 1916 die Möglichkeit bestand, einen Frieden zu schließen und daß die Regierung die Bemühungen Wilsons durchkreuzt hat. (Hört, hört.) Es wäre sehr wertvoll, wenn der neue Unterstaatssekretär des Auswärtigen Amtes Dr. David

die Archive öffnen

würde und über die Bemühungen des Papstes im Jahre 1917 berichten

würde. Es ist bezeichnend, daß die meisten Parteien jetzt von dem verschärften U-Bootkrieg abrücken. Die erste U-Bootsentschließung aber, die natürlich auch dann zur Verschärfung des U-Bootkrieges führen mußte, war von allen Parteien, von Westarp bis Scheidemann unterzeichnet. Alle diese Parteien sind daher auch mitschuldig. Die Rede des Reichskanzlers von gestern hat wiederum enttäuscht. Unsere letzte Antwort an Wilson ist unklar. Sie gibt daher keine Hoffnung auf Waffenstillstand.

Das Waffenstillstandsangebot entsprang der Initiative Hindenburgs und Ludendorffs.

Es lag schon der alten Regierung ein fertiger Entwurf dazu vor. (Hört, hört, bei den Mehrheitssoz.) Unverantwortlich sind die Aufrufe zur nationalen Verteidigung. In Lyck in Ostpreußen hat sich sogar der sozialdemokratische Verein daran beteiligt. (Lachen bei den Soz.) Eine Blutschuld laden alle die auf sich, die zur Fortsetzung des Krieges hetzen! Von woher will man denn die Menschen nehmen? Den U-Bootkrieg ganz einstellen, war jetzt die beste Gelegenheit. Sie ist wieder versäumt worden. Was haben die deutschen Truppen noch im Osten zu tun? Nach Finnland sind sie nur aus rein dynastischen Interessen geschickt worden. Die Kronen rollen heute aufs Pflaster. Rings um uns werden sich Republiken auftun, und dann will Deutschland einen Kronenträger haben oder Träger vieler Kronen und Krönlein. (Lebhafte und stürmische Pfuirufe rechts.) Ihre Rufe zeigen nur, daß Sie auch in der heutigen Zeit noch nichts hinzugelernt haben. Ueberhaupt hat sich in unserem bureaukratisch militärischem System nichts geändert. Das Verbot von öffentlichen Versammlungen durch die Oberkommandos ist noch immer die Regel. Hervorragende Werke von Franz Mehring und Karl Kautzky dürfen nicht nach dem Ausland ausgeführt werden. Die Briefzensur besteht weiter, auch unter der neuen Regierung. Liebknecht hat man freigelassen. Die neue Regierung benutzt die Freilassung dieses Mannes, der sich geopfert hat, um seinem Volk den Frieden zu bringen, zur Reklame. Die Regierung muß den Artikel 5 des Prager Friedens bezüglich Schleswigs endlich zur Durchführung bringen. Auch für Elsaß-Lothringen verlangen wir Volksabstimmung. In der polnischen Frage darf nicht die Sprache entscheiden, sondern der Wille der Bevölkerung. Von der Kühnheit und Entschlossenheit der Arbeiter wird es abhangen, ob die Befreiung der Menschheit bald erfolgt. (Beifall bei den Unabh. Sozialdemokraten.)

Vizekanzler von Payer:

Aus der Fülle des Materials, das die Verhandlungen gestern und heute gebracht haben, kann ich selbstverständlich nur einige Punkte herausgreifen. Ich muß vor allem ablehnen, mich auf Auseinandersetzungen mit den verschiedenen Parteien einzulassen, ebenso auf die Darstellung der politischen Vorgänge der letzten Woche, die der Vorredner soeben reichlich einseitig gegeben hat. Antimonarchische Extra-

vaganzen, die dem Vorredner ja geläufig sind und die er heute wieder vorgetragen hat, will ich aber zurückweisen, namentlich unter dem Gesichtspunkte, daß mir jetzt die Stunde nicht gekommen zu sein scheint, in der man, ohne Gefährdung unserer Stellung gegen außen, derartige Probleme aufrollen kann. (Zustimmung, Zurufe bei den Unabh. Soz.) Es ist übrigens kein Ausfluß des Fatalismus und auch keine Torheit, wenn in den heutigen Tagen das deutsche Volk sich rüsten will für den schlimmsten Fall, daß es mit der Vernichtung bedroht wird. Ich glaube, daß es die Lebensnotwendigkeit des deutschen Volkes ist, sich zur Wehr setzen, wenn seine Lebensinteressen gefährdet werden. Das entspricht auch dem menschlichen und praktischen Empfinden, und das ist gehandelt im Geiste der Männer, die das Deutsche Reich geschaffen und Deutschland groß gemacht haben. (Zustimmung.) Von der Rechten wurde uns der Vorwurf gemacht, daß die Regierung und die Mehrheitsparteien durch überstürzte und zu weitgehende Reformen die Grundlagen des Staatswesens angegriffen hätten, und daß wir jetzt eilig dem Abgrunde zutreiben. Von der Linken dagegen wird behauptet, alles, was wir bis jetzt getan oder in Aussicht gestellt haben, sei der schwache Versuch, zu wichtigen Reformen zu kommen, die nun eilig und grundstürzend aufgenommen werden müßten. Vielleicht liegt auch hier die Wahrheit in der Mitte. Die Reformen, die wir durchgeführt haben und durchzuführen im Begriffe sind, sind von großer grundsätzlicher Bedeutung. Ihre praktische Notwendigkeit, die wir heute noch gar nicht voll übersehen, wird sich vielleicht erst in den nächsten Wochen, Monaten und vielleicht Jahren zeigen. Besonders beachtenswert ist wohl, daß es kaum je eine Zeit und ein Volk gegeben hat, wo so zahlreiche, so einschneidende Reformen in so kurzer Zeit durchgeführt wurden, nicht bloß auf friedlichem, verfassungsmäßigem Wege, sondern ohne die geringste Erschütterung in ruhiger, besonnener, fast möchte man sagen, geschäftsmäßiger Weise durchgeführt worden sind. Kann es einen besseren Beweis dafür geben, daß das deutsche Volk seine Haltung zu wahren weiß und über eine bedeutende politische Schulung heute schon verfügt? Das ist allerdings, nehme ich an, in diesem Zusammenhange nur deshalb möglich, weil es sich nicht um die Einführung staatsrechtlicher Bestimmungen gehandelt hat, sondern um die Erfüllung alter, seit Jahrzehnten aufgestellten Forderungen der großen Mehrheit, deren Nichterfüllung ein Fehler war, der nur entschuldigt werden kann durch den leider so oft wahrgenommenen Mangel jeglichen Verständnisses für die Lebensbedürfnisse und für den politischen Kredit unserer Nation. Die Früchte, die wir jetzt pflücken und Jahrzehnte lang erkannt worden sind von zielbewußten und aufopferungsfähigen Männern, sie sind heute reif, fast überreif. Darum fielen sie so leicht und schmerzlos. Vielfach handelte es sich bloß um die

Sanktionierung von Veränderungen, die im Bewußtsein des Volkes tatsächlich sich so gut wie bereits vollzogen hatten.

Wenn sie schon einmal gemacht werden müssen, so war spätestens jetzt der richtige Augenblick gekommen, schon im Hinblick auf das,

was das deutsche Volk in den vier Jahren dieses Krieges zu leiden und zu leisten gehabt hat. Es sollte der Dank dafür sein, daß das deutsche Volk diese Opfer auf sich genommen hat und der Ansporn zu weiteren Leistungen. Unsere Feinde begründen ihren Willen, uns zu vernichten, mit der Behauptung, das deutsche Volk sei politisch so entrechtet, so von kleinen herrschenden Kreisen abhängig, daß es um deswillen eine ständige Gefahr für den Frieden und die ganze Welt bedeute, jetzt und in Zukunft, und dieser Glaube, der im Auslande verbreitet ist, ist ein gewaltiges Hindernis für das Zustandekommen des Friedens bisher gewesen. Diesen aus der Welt zu reißen, war die Aufgabe einer Regierung, die sich ihrer Pflicht bewußt ist. Es hat also auch hier an einem schwerwiegenden äußeren Anlaß nicht gefehlt. Man kann sagen, die Reformperiode und was in ihr geleistet wurde und geleistet werden soll, hat die Zustimmung fast des ganzen Deutschen Reiches und Volkes gefunden, und sie wird auch die Zustimmung der Weltgeschichte finden, wenn sie einmal von dieser gerichtet werden wird und wird vor ihr in Ehren bestehen. Es ist leicht, den Stein recht weit hinauszuwerfen, und mit Kühnheit und Schärfe die sofortige restlose Durchführung auch derjenigen Reformen zu heischen, die zweifellos heute nicht oder nicht dem allgemeinen Begehren entsprechen. Wer aber verantwortlich ist, der muß sich die Reformen an sich und ihre Wirkungen auf das genaueste ansehen. Sicherlich will das deutsche Volk das, was nun geschieht und angekündigt wird, nicht als Abschluß der Reformen hinnehmen, die es begehrt. Ich, wie die Reichsleitung denken nicht daran, jetzt das Verfassungsleben, weil einiges geschehen ist, für die Zukunft versteinern zu lassen. Zahlreiche, tiefgehende Reformen sind noch in Aussicht, und müssen teils rasch, teils später ihre Erledigung finden. Aber man darf nicht verlangen, daß man, was in langen Jahren versäumt wurde, mit einem Schlage nachholen kann, daß man Hals über Kopf jetzt eine Entwicklung durchsetzen kann, die vielleicht in anderem Lande unter günstigeren Umständen durchgeführt oder im Studierzimmer ausgeheckt worden ist. Wir müssen nüchtern die Dinge betrachten. So lieb uns der Bau ist, jeder einzelne Stein muß erst eine gute Stelle gefunden haben. Zu staatsrechtlichen Experimenten und Kunststücken ist im 5. Kriegsjahr kein Anlaß. Graf Westarp hat uns sehr ernsthaft zur Rede gestellt, weshalb wir nicht eine

Koalitionsregierung

gewählt und auch die Konservativen mit hineingenommen haben. Ich habe Grund, nicht achtlos daran vorüber zu gehen. Ich muß bekennen, daß es im Leben der Nationen Augenblicke gibt, in denen es das einzige und nützlichste Mittel ist, die Kräfte der Nationen zusammenzufassen. Namentlich in letzter Zeit hat sich gezeigt, wie sehr eine solche Regierung einem Volke Macht und Kraft verleihen kann, um die ernste Gefahr überstehen zu können. Aber sind diese Regie-

rungen nicht an eine besondere Voraussetzung gebunden? Sie müssen erfüllt sein von einem einheitlichen, klaren, alles überragenden Ziele, dem sich alle anderen Meinungen und Bestrebungen unterzuordnen haben. Ist das nicht der Fall, verfolgen innerhalb einer Regierung verschiedene Richtungen ihre Ziele, dann bringt die Regierung nichts fertig. Das Fuhrwerk bleibt stehen, muß stehen bleiben, wenn ein Roß in der einen und das andere Roß in der entgegengesetzten Richtung zieht. Und solche Regierungen entbehren jeglichen Vertrauens. Wir aber in dieser Regierung brauchen in diesem Augenblick das Vertrauen vollständig. Ich werfe die Frage auf: Hätten wir das Vertrauen der Bevölkerung im großen und ganzen, wenn wir durch die Aufnahme konservativer Parlamentarier die Regierung verstärkt hätten? Dann wären wir wohl einig gewesen in der Entschlossenheit, das Vaterland mit äußerster Kraft zu verteidigen. (Lebhafte Zurufe rechts.) Aber nicht einig wären wir über den Frieden und den Weg zu ihm, sogar recht uneinig über die Reformen, die im Innern durchgeführt werden müssen, wenn das Vaterland bestehen bleiben soll. (Bewegung und Unruhe rechts.) Woher sollte eine solche Regierung die Kraft nehmen, auch nur zu bestehen, geschweige, sich das Vertrauen anderer zu erwerben? Wir brauchen Vertrauen, nicht bloß im Innern,

wir brauchen das Vertrauen im Auslande, bis zu einem gewissen Grade das Vertrauen unserer Feinde.

Wir wollen doch den Frieden haben, und wir haben ihn auch nötig. Unsere Feinde aber mißtrauen unserer ehrlichen Absicht, einen Frieden des Rechts zu schließen. Sie mißtrauen uns hauptsächlich auf Grund mannigfacher Vorkommnisse in der Vergangenheit, wegen denen wir es ihnen nicht verübeln können, wenn sie gewissen Grund zu Zweifeln an uns nehmen. Wir können deshalb niemand brauchen in der Regierung, der heute noch immermehr für einen Gewalt-, als für einen Rechtsfrieden ist. Wir brauchen eine klare Teilung zwischen Vergangenheit und Gegenwart. Man stelle sich doch den Gedanken vor Augen, daß Graf Westarp seine gestrigen Ausführungen über die U-Bootfrage, über den Frieden und die inneren politischen Verhältnisse abgegeben hätte als parlamentarischer Staatssekretär. Es wäre ganz unmöglich, mit solchen Verschiedenheiten zu bestehen. Auch das neutrale Ausland sieht das Fehlen der Verjüngung unserer inneren Zustände, das Fehlen der Demokratisierung in Verfassung, Gesetzgebung und Verwaltung als ein Hindernis des Friedens an. Und auch hier können wir sagen, es würde ein Schaden für unsere Zukunft entstehen, wenn wir diese Hindernisse weiter bestehen lassen. Wir können also keinen Gegner der Reformen in dieser Reformregierung brauchen. Was wir brauchen, um bestehen zu können, darüber sind wir uns selbst am allerklarsten und ohne Zweideutigkeiten einig: Ehrliche und gerade Politik. (Lebhafte Zustimmung.) Sie allein kann unserem Staate zum Heil gereichen.

Es ist zugegeben, daß es für die Herren der rechten Seite unangenehm ist, nachdem sie etwa 40 Jahre lang erlebt haben, daß sämtliche Regierungsvertreter zwar nicht aus der konservativen Fraktion, aber doch aus konservativen Kreisen genommen wurden, so muß es jetzt schmerzlich sein, wenn sie sehen, daß sie kaltgestellt werden durch andere, die 40 Jahre lang draußen gelassen wurden. (Heiterkeit.) Wenn man von Anbeginn des Deutschen Reiches die Regierungssitze nach einem rechten Maßstab auf die Parteien umgelegt hatte, waren sie mindestens auf ein halbes Jahrhundert hinaus im Vorschuß. (Heiterkeit.) Wollen Sie sich doch darüber klar sein, daß Sie an der eingetretenen Veränderung deshalb zum großen Teil selbst schuld sind, weil Sie eine Politik trieben, die unmöglich zu halten war. Es hat sich gezeigt, daß andere neue Kräfte in die Regierung hereingenommen werden müssen, denen mußten Sie den Platz raumen. Es war eine falsche Politik, daß Sie sich dem Rade der Weltgeschichte, das Sie leicht in gute Bahnen hätten lenken können, zu lange und zu hartnäckig entgegengestellt haben, daß Sie ihm jede Bewegung so lange versagen wollten, bis das Rad über Sie und Ihre Bestrebungen hinweggegangen ist. Jetzt gehören Sie dahin, wo sie nach ihrer gestrigen Erklärung gern stehen wollen. Jetzt gehören sie zur Opposition. (Heiterkeit.) Vielleicht leisten Sie dem Vaterlande wirklich einen Dienst, wenn Sie eine klare durchsichtige und einfache Opposition treiben. Es wird das Land, unsere Brüder und Söhne an der Front mit Genugtuung erfüllen, aus den letzten Ausführungen des Grafen Westarp zu entnehmen, daß die Gesamtheit des deutschen Volkes hinter ihnen steht. Recht kritisch hat Graf Westarp sich

zur Note

geäußert, die wir vor einigen Tagen abgesandt haben. Seine Billigung war ja selbstverständlich nicht zu erwarten. Sie hätte auch nur verwirrend gewirkt. (Bewegung.) Wir müssen aber ablehnen, ihm zu folgen. Das wußte er auch gestern schon. Die Note ist jetzt in der Hand des Präsidenten der Vereinigten Staaten. Wir erwarten die Antwort. Was ich hier ausgesprochen, gilt auch für die äußerste Linke. Es ist schädlich, mindestens aber gefährlich, wenn die Parteien oder gar die Regierung sich in Auseinandersetzungen über den Inhalt und die Bedeutung dieser Note einlassen und ihre Bedeutung dadurch entwerten, indem man in die Note hineinlegt oder daraus herausliest, was einem gut erscheint, bis schließlich kein Mensch mehr weiß, was eigentlich darinsteht. Wir halten es für vaterlandische Pflicht, nach diesen Umständen auf die Genugtuung zu verzichten, zu wissen, daß man, gründlicher und besser als andere, daß man einen größeren Blick hat. Daß der Reichstag jetzt ungenügender informiert wird als früher, ist ein Irrtum, der vielleicht daher kam, daß einmal eine Ausnahme stattgefunden hat, nämlich im Sommer vorigen Jahres, wo die Papstnote beantwortet worden ist. Damals wurde der Siebenerausschuß einberufen, in dem auch die Konservativen ver-

treten waren. Er hat aber nicht länger das Leben fristen können. Wenn Sie einen von uns einmal um eine Auskunft angegangen haben, die wir mit gutem Gewissen geben konnten, so werden Sie zugestehen müssen, daß sie auch wirklich gegeben worden ist. Nach dem Wortlaut des Antrags der Mehrheitsparteien, der darauf abzielt, daß der Regierung das Vertrauen des Reichstags ausgesprochen wird, scheint es, daß damit das parlamentarische System auch formell ins Leben gerufen werden soll. Wir haben dieses Vertrauen nicht verlangt. Aber wir brauchen Ihr Vertrauen, vielleicht leistet es gute Dienste. Mit gutem Gewissen sehen wir Ihrer Entscheidung als dem Gerichtshof des deutschen Volkes entgegen. (Beifall.)

Abg. **Stychel** (Pole):

Der Grundsatz muß befestigt werden, wo der Deutsche Fuß gefaßt hat, das bleibt deutscher Boden. Zweideutigkeiten müssen vermieden werden. Daher treten wir aus der bisherigen Zurückhaltung heraus. (Lachen rechts.) Wir wollen keine deutschen Gefühle verletzen. Wir haben vielmehr Verständnis für das deutsche Gefühl in dieser Zeit. Die Morgenröte der neuen Zeit bricht an. Sie kündigt das Herannahen eines von der ganzen Menschheit lang ersehnten Friedens an. Wird ein gerechter und dauernder Friede erreicht, dann ist das Meer von Blut nicht mehr vergebens geflossen. Wir verlangen nur unser Recht und die volle Durchführung des Rechtes. Wilson, dieser Freund und Wohltäter der Menschheit (Lachen rechts), schützt die Menschenrechte. Er läßt seine Stimme hören und will Grundsätzen, die Gott selbst in die Herzen niedergelegt hat, die aber jahrhundertelang mißachtet worden sind, praktische Geltung verschaffen. Das Schwert muß in die Scheide gesteckt werden und in einem Museum für Altertümlichkeiten aufbewahrt werden. Bei der Feststellung der polnischen Bevölkerung dürfen die zugewanderten Einwohner nicht mitgezählt werden. Man hat es nicht verstanden, Deutsch-Polen so einzurichten, daß die Polen sich hier wohlfühlen. Ausnahmegesetze, Ausnahmebehandlung, brutale Gewalt von der Regierung, Beamtenschikanen machten den Polen nicht zum gleichberechtigten Bürger des Staates. Die Schulkinder werden genötigt, sogar im Gebet die polnische Muttersprache zu verleugnen. Wir sehen dem Rechtsfrieden und dem Frieden der Völkerversöhnung entgegen. Aber auch jede Gewalt aus der Vergangenheit muß ausgeschlossen bleiben (Beifall bei den Polen.)

Abg. **Graf Posadowsky** (D. Frkt.):

Die Trennung der vollziehenden von der gesetzgebenden Gewalt ist die unbedingte Grundlage des konstitutionellen monarchischen Systems. Aber schon seit langer Zeit sind die Grenzen immer mehr verwischt worden. Gegenüber dem früheren Kryptoparlamentarismus ist die jetzt vollzogene Entwicklung eine Erlösung. Was versteht Ebert unter Junkertum? Die alten verdienten Familien, die neuen Familien, die durch Intelligenz sich heraufgearbeitet haben? Versteht

er darunter die Politiker, die auf dem Boden der konservativen Weltanschauung stehen (Zuruf: So ungefähr!) oder die Beamten, die hin und wieder in politischer Taktlosigkeit Mißgriffe begehen? Ginge Elsaß-Lothringen uns verloren, so würden besonders die Arbeiter darunter leiden. Denn zwei Drittel der bei uns verarbeiteten Erzeugnisse sind aus Elsaß-Lothringen. 7 Millionen Menschen leben von dieser Industrie. Auch die Kaliproduktion von Mülhausen ist hochbedeutend. Das größte aber ist unser militärisches Interesse an Elsaß-Lothringen. Die Blamen dürfen nicht der Drangsalierung preisgegeben werden. Wir haben bisher noch kein Jena in diesem Krieg erlebt. Sorge ein jeder dafür, daß nicht der Geist von Jena platzgreift. Der Unterseebootkrieg mußte fortgesetzt werden, auch Sozialdemokraten, wie David und Cohen, sind dafür eingetreten.

Abg. **Ricklin** (Els.):

Der Reichskanzler hat es unterlassen, auch nur mit einem Wort darauf hinzuweisen, was die deutsche Regierung von der Einführung der Reformen in

Elsaß-Lothringen

erwartet. Alles, was von Berlin oder Straßburg aus geschehen mag, kann keine wesentliche Aenderung der Stimmung der Elsaß-Lothringer hervorbringen. Die elsaß-lothringische Frage ist zu einer internationalen geworden. Wäre die Autonomie früher gewährt worden, es wäre vieles Unheil und vielleicht auch dieser Krieg verhindert worden.

Abg. **Hanssen** (Däne):

Der Reichskanzler hat erklärt, er strebe einen ehrenvollen Frieden des Rechtes und der Versöhnung an. Der Ernst der Stunde erfordert eine klare Sprache. Ich fordere als Vertreter der dänischen Bevölkerung im Namen des Rechts und der Gerechtigkeit die Durchführung des § 5 des Friedensvertrages zu Prag und damit durch den bevorstehenden Friedensschluß die endgültige Lösung der nordschleswigschen Frage aufgrund des Selbstbestimmungsrechts der Völker.

Präsident Fehrenbach schlägt die Vertagung des Hauses vor. Nach längerer Geschäftsordnungsdebatte beschließt das Haus entsprechend, nachdem der Vizekanzler von Payer erklärt hat, die Regierung werde sich morgen zur polnischen, dänischen und elsaß-lothringischen Frage äußern. Die Resolution betreffend Aufbesserung der Mannschaftslöhnung wird auf Antrag des Präsidenten Fehrenbach dem 35er Ausschuß überwiesen.

Der Vizekanzler von Payer bestritt gegenüber einem Angriff des Grafen Westarp entschieden, daß er parteitendenziöse Angriffe gegen die Rechte gerichtet habe.

Pressestimmen zur deutschen Antwortnote.

„Germania“: „Wie für die Wahrung der deutschen Ehre, so hat die deutsche Reichsregierung in ihrer neuen Note auch für den Frieden selbst nichts unterlassen, was in ihren Kräften stand. Politisch muß gerade Herrn Wilson das neue weitgehende Entgegenkommen Deutschlands befriedigen, wenn er überhaupt befriedigt werden kann. Nun ist es an der Gegenseite, endlich zu zeigen, daß sie ebenfalls ernstlich entschlossen ist, das ihrige für die Wiederkehr des Friedens zu tun.“

„Vossische Zeitung“: „Der vorliegende Text der deutschen Antwortnote an Wilson ist nicht geeignet, verständlich zu machen, weshalb die Note mit so erheblicher Verspätung abgegangen ist. Sie enthält nichts, was man nicht schon seit nahezu einer Woche sagen konnte und mußte. Gerade diese Antwort mußte nach unserem Empfinden 24 Stunden nach dem Eintreffen der Lansingschen Note abgehen.“

Die „Nordd. Allgem. Ztg.“ schreibt: „Die Note ist sachlich und das Ergebnis längerer Verhandlungen. Sie stellt den politischen Willen, den sie zum Ausdruck bringt, dar, als die übereinstimmende Meinung aller zur Mitwirkung berufenen Stellen in der heutigen deutschen Volksregierung. Es steht also hinter ihr die Vertretung der Mehrheit des deutschen Volkes, das sich bewußt ist, daß von einer unmißverständlichen Aussprache das Schicksal des Friedens abhangt.“

„Berliner Tageblatt“: „Der Eindruck, den die Form und der Inhalt der deutschen Antwort an Wilson in Reichstagskreisen hervorgerufen hat, kann als günstig bezeichnet werden. Hervorgehoben wurde insbesondere die Ehrlichkeit des deutschen Friedenswillens, der zum Ausdruck kam. Man hofft, daß die Diskussion über den Frieden fortgesetzt und daß Wilson nunmehr die Gelegenheit wahrnehmen werde, der Welt den von ihm propagierten dauernden Rechtsfrieden zu bringen.“

Im „Vorwärts“ liest man: „Aus der deutschen Antwort an Wilson spricht ein völlig veränderter Wille zur nationalen Selbsterhaltung, d. h. jetzt aber nicht mehr zur Selbsterhaltung irgend einer Kaste und veralteter Einrichtungen, sondern zur Erhaltung des deutschen Volkes selbst. Wenn es den Gegnern ernst ist mit dem Frieden der Demokratie und der unparteiischen Gerechtigkeit, so liegt der Weg frei und es gibt kein Hindernis mehr, das zu überwinden ist.“

Die „Freisinn. Ztg.“ sagt: „Die deutsche Regierung will, soweit es in ihrer Macht ist, alle Hindernisse auf dem Friedenswege beseitigen. Sie bleibt ihrem Friedensentschlusse treu und antwortet darum dem amerikanischen Präsidenten nicht in dem von ihm angeschlagenen Tone, sondern sie bewahrt ihre Ruhe, um, falls doch das Blutvergießen weiter fortgesetzt werden muß, nachweisen zu können, daß auch nicht der Schatten einer Schuld und Verantwortung hierfür auf sie fällt.“

Die „Deutsche Tageszig.“ meint: „Man merkt, wie stolz der Verfasser der Note sind, daß sie, ja wahrhaftig sie, eine wirkliche

diplomatische Note zuwege gebracht haben. Aber wie gestern gesagt wurde, leicht ist die Geburt nicht gewesen, und das Kind ist weder lieblich noch kräftig. Die hohe Kollektivmutter ist diesen Anfarderungen nicht gewachsen. Selbstzufriedenheit allein macht es nicht."

„Köln. Ztg.": „Am Präsidenten ist es jetzt, den Weg weiter zu gehen, den er gewiesen und zu beschreiten begonnen hat, auf dem er aber neuerdings zu zögern scheint. Deutschland hat für Frieden, Freiheit und Gerechtigkeit jetzt unendlich viel getan und Opfer gebracht, die auch ein Feind anerkennen müßte. Jetzt ist es an der anderen Seite, zu zeigen, ob man auch dort Frieden, Freiheit und Gerechtigkeit für alle Völker will. Wie auf den guten Willen, so werden wir auch auf den bösen die rechte Antwort finden."

„Frankf. Ztg.": „Die Antwort der deutschen Regierung entspringt dem ehrlichen Willen, das Ende des Krieges sobald als möglich herbeizuführen, dem Bestreben, soweit entgegenzukommen, als es irgendwie möglich ist. Präsident Wilson wird nicht vermeiden können, auf das, was hier vorgeschlagen wird, mit konkreten Vorschlägen zu antworten."

Neutrale Stimmen.

Berlin, 22. Oktober. Der „Nordd. Allg. Ztg." wird aus Zürich gemeldet: Zu der deutschen Antwort an den Präsidenten Wilson liegen hier vorläufig nur einige Aeußerungen der „Neuen Zürcher Zeitung" vor. Das Blatt bemerkt: Im ganzen sei zu sagen, daß die deutsche Note auf einen gelinden Ton gestimmt sei, aber nicht das gewährt habe, was Wilson verlangte. Es handelt sich jetzt eigentlich darum, ob die deutsche Regierung und ihre Leiter Wilson zu überzeugen vermögen, daß das alte System in Deutschland dauernd zur Machtlosigkeit verurteilt sei.

Wie die „Frkft. Ztg." berichtet, schreibt der „Berner Bund" zur deutschen Antwortnote: Diese Note antwortet genau auf die Einwendungen, die der Präsident der Vereinigten Staaten in einer zweiten Note aarbrachte. Der 3. Punkt wird am eingehendsten behandelt. Es ist die Demakratisierung Deutschlands. Nun fragt es sich, ob nach der Auffassung Wilsons dafür und für die Dauer des Systems eine genügende Gewahr vorliegt. Das darf man wohl als sicher bezeichnen, da es heute der großen Mehrheit des deutschen Volkes mit der Reform ernst ist.

Die Ueberraschung in Wien über die Wilsonnote.

Berlin, 22 Oktober. Zu der Wilsonnote an Oesterreich-Ungarn erfährt das „Berl. Tgbl." von unterrichteter Wiener Seite: Die k. u. k. Regierung war von Form und Inhalt der Wilsonschen Note gleich-

mäßig überraſcht. Alle Nachrichten, die aus dem neutralen Auslande ſowohl wie auf dem Wege über die ſchwediſche Geſandtſchaft in Wien an das k. u. k. Miniſterium des Aeußeen gelangt waren, ließen erwarten, daß Wilſon der Zertrümmerung Oeſterreichs nicht zuſtimmen werde. Trotz dieſer Wendung der Dinge wird die k. u. k. Regierung im verſöhnlichen Sinne antworten, und zwar etwa in folgenden Richtlinien: Durch das Manifeſt vom 18. Oktober dieſes Jahres ſei vieles von dem, was Wilſon anſtrebe, bereits angebahnt; die Bildung der unabhängigen Staaten, die ſich zu föderativen Gebilden zuſammenſchließen ſollten, ſei im Gange. Die k. u. k. Regierung ſchlage daher vor, daß das Waſhingtoner Kabinett, nachdem Gewähr beſtehe, daß den öſterreichiſchen Staaten volle Freiheit der nationalen Ausgeſtaltung bis zur Selbſtändigkeit gegeben ſei, weiteres Blutvergießen verhindere und eheſtens in Waffenſtillſtandsverhandlungen eintrete, währenddem die Verhandlungen der öſterreichiſchen Nationen untereinander fortſchreiten würden.

Die Ablehnung des Manifeſtes Kaiſer Karls durch die Slawen.

Haag, 22. Oktober. Aus London wird gemeldet: Das ſüdſlawiſche Komitee in London veröffentlichte am 19. Oktober folgende Erklärung: Das Komitee als Vertreter und Bevollmächtigter von 7 Millionen Serben und Kroaten in Oeſterreich-Ungarn, ſowie von verſchiedenen ſüdſlawiſchen Verbänden Nord- und Südamerikas und in den britiſchen Kolonien lehnt das von Kaiſer Karl am 16. Oktober an ſeine Völker gerichtete Manifeſt ab. Das ſüdſlawiſche Volk iſt feſt entſchloſſen, alle Verbindungen mit den Habsburgern und der Monarchie zu löſen. Das Volk erwartet die Verwirklichung ſeiner Anſprüche von dem Sieg der Alliierten und der Vereinigten Staaten, zu dem es mit allen Kräften mitgewirkt hat.

England und die Polen.

Bern, 22. Oktober. Das „Berner Intelligenzblatt" berichtet aus London: Balfour ſetzte den Delegierten des nationalen polniſchen Komitees in Großbritannien davon in Kenntnis, daß die engliſche Regierung die nationale polniſche Armee als autonome alliierte und kriegführende Macht anerkenne.

England meldet „besondere" Ansprüche an.

„Frankfurter Zeitung".

Frankfurt a. M., 23. Oktober. Die „Frkf. Ztg." meldet aus dem Haag: Reuter berichtet aus London: Von befugter Stelle wird folgendes über die Lage, die durch die deutsche Antwort hervorgerufen wird, mitgeteilt: Die deutsche Note stellt sich auf den Standpunkt, daß Wilson allein die Räumung der besetzten Gebiete gefordert habe, und die Deutschen gehen auch von dieser Voraussetzung aus. Das ist jedoch nicht so. England kann absolut nicht annehmen, was Deutschland unter der Freiheit der Meere versteht. Es gibt verschiedene maritime Fragen, die geklärt werden müssen. Andere Punkte, die noch nicht berührt worden sind, umfassen die Schadenvergutung und die Wiederherstellung.

Keine Kriegsentschädigung.

Basel, 23. Oktober. Die „Times" melden aus Newyork: Der Stand der Friedenshoffnungen ist bisher unverändert, dagegen sind die Erwartungen auf einen Waffenstillstand herabgemindert. Im Senatsausschuß wurde die Kriegskostenfrage besprochen. Lansing erklärte, daß das Friedensprogramm des Präsidenten Wilson eine Erstattung der Kriegskosten nicht enthalte.

Ungarisches Abgeordnetenhaus.

WTB **Budapest**, 23. Oktober. Im Abgeordnetenhaus ergriff Ministerpräsident Wekerle das Wort, nachdem Graf Karolyi den Antrag betreffs Proklamierung der Personalunion eingehend begründet hatte. Der Ministerpräsident ersuchte, den Antrag abzulehnen. Die Regierung werde in kürzester Zeit einen diesbezüglichen Gesetzentwurf einbringen, der auch die Regelung wirtschaftlicher Verhältnisse, an die wir bis Ende 1919 gebunden seien, in Betracht ziehen werde. Der Ministerpräsident erwiderte sodann mit Bezug auf die Aeußerungen Karolyis über einen sofortigen Sonderfriedensschluß, daß damit etwas

Unmögliches verlangt würde. Ungarn könne abgesondert von Deutschland keinen Frieden schließen, nicht bloß aus Gründen der Bundestreue, sondern auch weil deutsche Soldaten an den ungarischen Fronten kämpfen. (Zwischenrufe: Wo kämpfen sie? Ministerpräsident: An allen jenen gefährdeten Stellen, wo sie die Unversehrtheit unserer Grenzen zu schützen haben.) Die Regierung ist auch bestrebt, ungarische Regimenter nach Hause zu bringen und ergriff bereits entsprechende Maßregeln. Der Ministerpräsident erklärte, er sei bereit, bezüglich der Verlegung deutscher Truppen vertrauliche Aufklärungen einem zu wählenden Ausschuß zu geben. Vor der Oeffentlichkeit wünsche er sich jedoch nicht zu äußern. Was den Friedensschluß betrifft, so ist es bekannt, daß die Regierung einen Schritt unternommen hat. Die Antwort Wilsons behandelte jedoch nur herausgerissene Fragen und nicht die eigentliche Waffenstillstandsfrage. Die Regierung kennt keine tschecho-slowakische kriegführende Partei und erkennt auch nicht die tschecho-slowakischen Vereinigungen an. Die Slowaken äußerten sich im Gegenteil in vielfachen Kundgebungen so, daß sie bei Ungorn verbleiben wollen. Was die südslowenischen Staaten betrifft, so haben wir gegen eine Vereinigung von Kroatien—Bosnien—Dalmatien nichts einzuwenden, doch können sich die Länder nicht aus dem Verband der heiligen Stefanskrone losreißen. Der Außenminister wird die Note Wilsons beantworten. (Allgemeine Zustimmung.)

Donnerstag, 24. Oktober 1918

Wilsons Antwort.

WTB **Washington**, 24. Oktober. Der Staatssekretär gibt Folgendes bekannt:

Vom Staatssekretar ist an den Geschäftsträger der Schweiz, der zeitweilig mit der Wahrnehmung der deutschen Interessen in den Vereinigten Staaten beauftragt ist, nachstehende Mitteilung gerichtet worden:

Staatsdepartement, 23. Oktober 1918.

Ich habe die Ehre, den Empfang Ihrer Note vom 23. ds. Mts. zu bestätigen, mit der Sie eine Mitteilung der deutschen Regierung vom 20. ds. Mts. übermittelten. Der Präsident hat mich mit der folgenden Antwort beauftragt:

Nachdem der Präsident der Vereinigten Staaten die feierliche und ausdrückliche Versicherung der deutschen Regierung erhalten hat, daß sie die Friedensbedingungen in seiner Ansprache an

den Kongreß der Vereinigten Staaten vom 8. Januar und die Grundlagen der Friedensordnung in seinen späteren Ansprachen, insbesondere der vom 27. September rückhaltlos annimmt und daß sie in Erörterungen über die Einzelheiten ihrer Anwendung einzutreten wünscht; ferner, daß dieser Wunsch und Zweck nicht von denen ausgehen, die bisher die deutsche Politik diktiert und den gegenwärtigen Krieg für Deutschland geführt haben, sondern von Ministern, die für die Reichstagsmehrheit und die überwiegende Mehrheit des deutschen Volkes sprechen und nachdem es ebenfalls das ausdrückliche Versprechen der gegenwärtigen deutschen Regierung erhalten hat, daß die deutschen Land- und Seestreitkräfte die Gesetze der Menschlichkeit und einer zivilisierten Kriegführung beobachten werden,

glaubt der Präsident der Vereinigten Staaten es nicht ablehnen zu können,

mit den Regierungen, mit denen die Regierung der Vereinigten Staaten verbündet ist, die Frage eines Waffenstillstandes aufzunehmen.

Er hält es aber für seine Pflicht, zu wiederholen, daß der einzige Waffenstillstand, den er sich berechtigt fühlen würde der Erwägung zu unterbreiten, nur ein solcher sein könnte, der die Vereinigten Staaten und die mit ihnen verbundenen Mächte in der Lage beließe, jede zutreffende Vereinbarung zu erzwingen und eine Erneuerung der Feindseligkeiten deutscherseits unmöglich zu machen. Der Präsident hat deshalb seinen Notenwechsel mit den gegenwärtigen deutschen leitenden Stellen den Regierungen, mit denen die Regierung der Vereinigten Staaten als kriegführende Macht verbunden ist, übermittelt mit dem Anheimstellen, falls diese Regierungen geneigt sind, den Frieden zu den angegebenen Bedingungen und Grundsätzen herbeizuführen, ihre militärischen Ratgeber und die der Vereinigten Staaten zu ersuchen, den gegen Deutschland verbündeten Regierungen die nötigen Bedingungen eines Waffenstillstandes zu unterbreiten, der die Interessen der beteiligten Völker in vollem Maße wahrt und den verbündeten Regierungen die unbeschränkte Macht sichert, die Einzelheiten des von der deutschen Regierung angenommenen Friedens zu gewährleisten und zu erzwingen, wofern sie einen solchen Waffenstillstand vom militärischen Standpunkt für möglich halten. Sollten solche Waffenstillstandsverhandlungen vorgeschlagen werden, so werde ihre Annahme durch Deutschland den besten und würdigsten Beweis dafür liefern, daß es die Grundbedingungen und Grundsätze der ganzen Friedensaktion unzweideutig annimmt.

Der Präsident würde der Aufrichtigkeit nicht zu genügen glauben, wenn er nicht so freimütig wie möglich den Grund dafür angäbe, daß außerordentliche Sicherungen verlangt werden müssen. So bedeutungsvoll und wichtig auch die Verfassungsänderungen zu

sein scheinen, von denen der deutsche Staatssekretär des Auswärtigen Amtes in seiner Note vom 20. Oktober spricht, so geht daraus doch nicht hervor, daß der Grundsatz einer dem deutschen Volke verantwortlichen Regierung bereits völlig durchgeführt ist oder daß irgendwelche Bürgschaften dafür vorhanden sind oder erwogen werden, daß die jetzt teilweise vereinbarte grundsätzliche und praktische Reform von Dauer sein wird.

Auch hat es nicht den Anschein, als ob der Kernpunkt der gegenwärtigen Schwierigkeit erreicht ist. Künftige Kriege sind jetzt vielleicht der Entscheidung des deutschen Volkes unterworfen, nicht aber der gegenwärtige, und mit dem gegenwärtigen haben wir es zu tun. Es liegt auf der Hand, daß das deutsche Volk keine Mittel hat, die Unterwerfung der Militärbehörde des Reiches unter den Volkswillen zu erzwingen; daß

der beherrschende Einfluß des Königs von Preußen auf die Reichspolitik ungeschwächt

ist; daß die entscheidende Initiative noch immer bei denen liegt, die bis jetzt die Herren von Deutschland gewesen sind. In der Ueberzeugung, daß der ganze Weltfrieden jetzt von offener Sprache und geradem Handeln abhängt, hält es der Präsident für seine Pflicht, ohne alle Versuche, das, was schroff klingt, zu mildern, auszusprechen, daß

die Völker der Welt kein Vertrauen

in die Worte derjenigen setzen und setzen können, die bisher die Herren der deutschen Politik gewesen sind und zu wiederholen, daß beim Friedensschluß und bei dem Unternehmen, die unendlichen Gewalttaten und Ungerechtigkeiten dieses Krieges wieder gut zu machen, die Vereinigten Staaten einzig und allein mit den echten Vertretern des deutschen Volkes verhandeln könnten, die als wirkliche Beherrscher Deutschland eine wahre verfassungsmäßige Stellung zusichert erhalten haben. Wenn die Vereinigten Staaten jetzt mit den

militärischen Beherrschern und monarchischen Autokraten

verhandeln können oder wenn es wahrscheinlich ist, daß sie später mit ihnen über die völkerrechtlichen Verpflichtungen des Deutschen Reiches zu verhandeln haben würden, müssen sie

nicht Friedensverhandlungen, sondern Uebergabe

verlangen. Es kann nichts dadurch gewonnen werden, daß diese grundlegenden Dinge unausgesprochen bleiben.

Empfangen Sie, mein Herr, die erneute Versicherung meiner Hochschätzung. gez.: Robert Lansing.

Eine Darlegung im „Manchester Guardian“.

WTB **Rotterdam**, 24. Oktober. Wenn eine der vielen geschickten Persönlichkeiten, welche die alliierten Regierungen führen, zufällig in der Lage sein würde, im Namen von allen zu sprechen, würde man vermutlich innerhalb einer Woche das Ende des Krieges erleben. Aber es ist schwieriger, eine Einheit in die politischen Verhältnisse zu bringen als in die strategischen, und die Tatsache, daß der Atlantische Ozean uns von den Bundesgenossen, auf den sich die Deutschen bezogen haben, scheidet, vermindert die Schwierigkeiten nicht. Die Deutschen sind bereit, sich mit ihrer unzweifelhaften Niederlage abzufinden, und nur ein Ding würde einen Umschlag in der Stimmung hervorrufen können und dem militärischen Geist von Neuem die Oberhand geben. Die Furcht, daß die Alliierten die wirkliche Vernichtung von Deutschland als politischen Organismus beabsichtigen. Daß dies einige Monate völlig nutzlosen Blutvergießens zur Folge haben würde, ist nur eine der unangenehmen Folgen. Alles, was sich auf die Vernichtung Deutschlands richtet, würde die allgemeine Auflösung des europäischen Systems zur Folge haben, die nur mit Mühe wieder geordnet werden könnte, wenn man die Friedensbedingungen bestimmen muß. Die Alliierten werden wahrscheinlich bemerken, das, was hinsichtlich einer dauernden Befriedigung Europas ausführbar ist, Wilsons Bedingungen nicht erheblich überschreitet, die, wie ich gesagt habe, aller Wahrscheinlichkeit nach ohne weiteres verwirklicht werden können. Es genügt, wenn ich daran erinnere, daß Lloyd George vor nur einigen Wochen unumwunden erklärte, daß die Deutschen sofort den Frieden auf Wilsons Bedingungen erhalten könnten, und ebensowenig besteht irgendwelcher Grund, zwischen den verschiedenen Ministern mehr Gegensätze anzunehmen. Man macht viel Aufhebens von der beiläufigen Bemerkung Lord Milners in seinem Interview, nämlich von seiner persönlichen Ansicht, daß man die Verfassungsänderung in Deutschland ernst nehmen müßte. Die Zeit wird es lehren. Von mehr Bedeutung ist es, daß kein Mann von Verantwortung in diesem Lande beabsichtigt, die politische Lage Deutschlands praktisch als eine ausgemachte Sache zu betrachten. Jeder versteht, daß dies von dem Spiel der inneren Kräfte abhängt, die kein Ausländer nach ihrem Wert einschätzen kann. Deswegen ist es vielleicht zu bedauern, daß Deutschlands Verfassung, die alles in allem gemäß den Grundsätzen der Alliierten eine Sache der Selbstbestimmung ist, auf das Tapet gebracht wurde. Die Sache ist die, daß, was wir auch als Bedingungen für den Waffenstillstand oder ständigen Frieden fordern, die Form einer greifbaren Bürgschaft annehmen wird. Kein Staatsmann in verantwortlicher Stellung würde einen Waffenstillstand wollen, der Deutschland die Macht lassen würde, den Krieg zu erneuern. Die Deutschen sind vermutlich selbst auf die Notwendigkeit vorbereitet, nach dem Rhein zurückzu-

gehen, und das einzige, was sie dazu bringen könnte, es zu verweigern, wäre die Furcht vor ganz übertriebenen Forderungen, die hinter den schon genügend harten Bedingungen sich verbergen könnten, die die Alliierten ohne Zweifel auferlegen müssen. Wenn erst die Luft von diesem Argwohn gereinigt ist, werden wir nicht lange auf einen Waffenstillstand zu warten haben unter Bedingungen, die jeder militärischen Forderung genügen.

Freitag, 25. Oktober 1918

Die Lage in Oesterreich-Ungarn.

Wien, 25. Oktober. Ungeachtet der täglich fortschreitenden Umwälzung Oesterreichs nehmen die Ereignisse in Ungarn das Hauptinteresse in Anspruch. Eine Meuterei in Fiume wird als ein Zeichen dafür angesehen, daß die ungarische Auffassung bezüglich der Nationalitätenfrage durch die Tatsachen überholt ist. Radikale Elemente gewinnen die Oberhand. Die wichtigste Frage für Deutsch-Oesterreich ist, infolge des Zusammenschmelzens der Vorräte, die bessere Lebensmittelversorgung, zumal durch Schließung zahlreicher Betriebe und Arbeiterentlassungen die Kaufkraft gewisser Schichten stark gemindert ist. Für die Aufrechterhaltung der Ordnung sind Lebensmittelzuschüsse dringend nötig. Bezeichnend ist, daß die Tschechen die Verhandlungen mit dem deutschen Nationalrat ruhig und sachlich führen wollen, wenn die Regierung unbedingt ausgeschaltet ist. Die Tschechen erklärten inoffiziell, 22 Milliarden Kriegsschulden übernehmen zu wollen. Die Stimmung ist deshalb weniger pessimistisch.

Wien, 25. Oktober. Tisza erklärte, an seinem Wahlrechtsstandpunkt nicht mehr festhalten zu wollen. Dadurch wird der Eintritt der Sozialdemokraten in die Regierung gesichert.

Die Meuterei in Fiume.

WTB **Wien**, 25. Oktober. Im Heeresausschuß der österreichischen Delegation erklärte der Kriegsminister von Stoeger-Steiner über die Vorgänge in Fiume: Am 23. Oktober früh zogen die Demonstranten von Susak nach Fiume, durchbrachen bei der Brücke von Susak den

aufgestellten Grenzpolizei-Kordon, zogen in Fiume vor das Gerichtsgebäude, befreiten die dortigen Arrestanten und hißten auf diesem Gebäude und auf dem Gouvernementsgebäude die kroatische Fahne. Dieser Demonstration schloß sich die Wachkompagnie des Infanterie-Regiments 79 an. Durch Gegenmaßnahmen der lokalen Behörden wurde um 4 Uhr nachmittags in Fiume die Ordnung wieder hergestellt. In den Abendstunden wiederholten sich die Demonstrationen und nahmen schärfere Formen an. Die Wachkompagnie des Infanterie-Regiments 79 verbarrikadierte sich in der Kaserne. Laut eingelaufenen Meldungen entfernte diese Wachkompagnie heute 6½ Uhr früh die Fahne spontan von dem Gebäude und ergab sich ohne Blutvergießen.

Ungarische Arbeiter- und Soldatenräte.

Budapest, 25. Oktober. Die Studenten haben heute eine Kundgebung vor der Ofener Hofburg veranstaltet. Aus diesem Anlaß teilte ein Abgeordneter der Karolyi-Partei mit, daß sich heute in Ungarn Arbeiter- und Soldatenräte, sowie ein Volksrat gebildet habe. Graf Michael Karolyi hat heute nachmittag in seiner Audienz beim Kaiser über die Bildung dieser beiden Organisationen Bericht erstattet. Auch hat er mitgeteilt, daß der Volksrat heute die Leitung der Angelegenheiten Ungarns in die Hand nahm.

	Sonnabend, 26. Oktober 1918	

Ludendorff entlassen.

WTB **Berlin**, 26. Oktober. Seine Majestät der Kaiser und König haben den General der Infanterie Ludendorff, Ersten Generalquartiermeister, im Frieden Kommandeur der 85. Infanteriebrigade, heute in Genehmigung seines Abschiedsgesuches mit der gesetzlichen Pension zur Disposition gestellt. Gleichzeitig haben Seine Majestät mit einer gnädigen Order an den General zu bestimmen geruht, daß das Niederrheinische Füsilier-Regiment Nr. 39, dessen Chef der General bereits seit längerer Zeit ist, fortan den Namen „General Ludendorff" führen soll.

Ein radikaler Nationalrat Ungarns.

WTB **Budapest**, 26. Oktober. Nachts wurde in einer Konferenz der Vertreter der Karolyipartei, der Sozialdemokraten und der Radikalen die Bildung eines ungarischen Nationalrates beschlossen. Der Nationalrat erließ eine Proklamation an das ungarische Volk, welche in 12 Punkten das Programm des Nationalrates zusammenfaßt, das verlangt: Unverzügliche Entfernung des jetzigen korrupten parlamentarischen und Regierungssystems, unverweilte Sicherung der vollständigen Unabhängigkeit Ungarns, sowohl außerpolitisch wie wirtschaftlich und militärisch. Die ungarländischen Heere sind aus dem Ausland zurückzuberufen, die auslandlschen in die Heimat zurückzubefördern. Dem hoffnungslosen Krieg muß sofort ein Ende gemacht werden. Bei Friedensschluß dürfen allein die Interessen Ungarns vor Augen gehalten werden unter Auflösung des deutschen Bundnisses. Auflosung des Abgeordnetenhauses, Ausschreibung von Neuwahlen, Inartikulierung des allgemeinen und geheimen, sich auf die Frauen erstreckenden Wahlrechts. Das Selbstbestimmungsrecht der Volker müsse unverzuglich gesichert werden, für die nicht ungarisch sprechenden Volker des Landes im Sinne der Wilsonschen Prinzipien, Vereins- und Versammlungsrecht, Abschaffung der Zensur, Pressefreiheit, Amnestie für politische Verbrechen, großzügige Grundbesitz- und sozialpolitische Reformen, Anerkennung der neu erstandenen ukrainischen, polnischen, tschechischen, südslawischen und deutsch-österreichischen Nationalstaaten. Zum allgemeinen Friedenskongreß mussen in Vertretung Ungarns Männer entsandt werden, die vorbehaltlos Anhanger der Abrustung, des obligatorischen Schiedsgerichts und der Liga der Nationen sind, Nichtigkeitserklarung der Brest-Litowsker und Bukarester Friedensvertrage.

⊙	**Sonntag, 27. Oktober 1918**	⊙

Die deutsche Antwortnote.

WTB **Berlin**, 27. Oktober. Die deutsche Antwortnote hat folgenden Wortlaut:

Die deutsche Regierung hat von der Antwort des Präsidenten der Vereinigten Staaten Kenntnis genommen.

Der Präsident kennt die tiefgreifenden Wandlungen, die sich in dem deutschen Verfassungsleben vollzogen haben und vollziehen. Die Friedensverhandlungen werden von einer Volksregierung geführt, in deren Händen die entscheidenden Machtbefugnisse tatsächlich und verfassungsmäßig ruhen. Ihr sind auch die militärischen Gewalten unterstellt.

Die deutsche Regierung sieht nunmehr den Vorschlägen für einen Waffenstillstand entgegen, der einen Frieden der Gerechtigkeit einleitet, wie ihn der Präsident in seinen Kundgebungen gekennzeichnet hat.

gez.: Solf,
Staatssekretär des Auswärtigen Amts.

Eine Friedensbitte der Türkei.

WTB **Konstantinopel**, 27. Oktober. „Alcham" meldete gestern von berufener Seite, daß offizielle Verhandlungen der Türkei mit der Entente begonnen hätten. Delegierte seien mit General Townshend abgereist. Diese Nachricht beschäftigt die heutige Presse und wird meist in anerkennendem Sinne besprochen. Der „Tanin" erklärt, man könne nur versichern, daß die offiziellen Kreise hoffnungsvoll gestimmt seien. Einige versichern, daß die feindlichen Bedingungen günstig seien und der Abschluß bevorstehe. Andere erwarten tagelange Verhandlungen und glauben, daß die Bedingungen schwer seien. „Sabah" erwartet das Weiterkämpfen Deutschlands und begrüßt es, daß die Türkei ihr Schicksal von dem Deutschlands trennte. Das Blatt verlangt die sofortige Ausschaltung des deutschen Militärs aus dem türkischen Heere, da die Feinde sonst nicht an die Ehrlichkeit des türkischen Friedenswillens glaubten.

Kundgebungen der unabhängigen Sozialdemokraten.

WTB **Berlin**, 27. Oktober. Amtlich wird gemeldet: Im Anschluß an fünf Versammlungen, welche die unabhängige sozialistische Partei Deutschlands am Sonntag mittag in Berlin veranstaltet hatte und an denen insgesamt etwa 5000 bis 6000 Menschen teilnahmen, kam es an einigen Stellen der Stadt zu unbedeutenden Ruhestörungen, welche von der Polizei ohne Schwierigkeiten unterdrückt wurden. Vor der russischen Botschaft hatten sich am späten Nachmittag eine größere Anzahl unreifer Burschen versammelt,

welche durch ihr lärmendes Auftreten zahlreiche Neugierige herbeizogen. Dadurch wurde der Verkehr behindert, sodaß er durch Eingreifen der Schutzmannschaft geregelt werden mußte. Es fanden im ganzen sechs Festnahmen statt.

Zu den Kundgebungen der Unabhängigen wird uns noch aus Berlin mitgeteilt: In verschiedenen Stadtteilen von Berlin fanden gestern mittag 12 Uhr fünf öffentliche Versammlungen der unabhängigen Sozialdemokraten statt. Die Versammlungen waren durchweg stark besucht und mußten zum Teil wegen Ueberfüllung polizeilich gesperrt werden. Im Stadttheater Moabit wurde die Versammlung durch eine Ansprache Liebknechts eröffnet, der in scharfen Worten die gegenwärtige Lage kennzeichnete. Die Ausführungen Liebknechts stellten einen Aufruf zur Revolution dar und schlossen mit der Forderung der Beseitigung der Hohenzollern. In den Musikersälen in der Kaiser-Wilhelm-Straße sprach der Reichstagsabgeordnete Büchner, während Landtagsabgeordneter Adolf Hoffmann in den Andreas-Festsälen in der Andreasstraße und Reichstagsabgeordneter Ledebour in den Sophiensalen sprachen. In dem großen Saal in der Habels-Brauerei in der Bergmannstraße sprach Reichstagsabgeordneter Herzfeld. Auch in diesen Versammlungen hielt Liebknecht kurze Ansprachen. Seine Ankunft in den jeweiligen Versammlungen war den Teilnehmern schon vorher bekannt geworden, und so erwartete jedesmal eine große Menschenmenge auf den Straßen die Ankunft Liebknechts und begrüßte ihn mit stürmischen Hochrufen.

Die Polizei hatte umfangreiche Absperrungsmaßregeln getroffen, da, Handzetteln zufolge, die am Sonnabend in den Fabriken unter den Arbeitern verteilt worden waren, nach Schluß der Versammlungen Demonstrationszüge stattfinden sollten. Die Polizei fand nirgends Anlaß zum Einschreiten, da die Teilnehmer am Schlusse der Versammlungen ruhig nach Hause gingen. Durch die Königstraße bewegte sich kurz vor 2 Uhr ein kleiner Demonstrationszug in der Richtung nach dem Schloß an der Kurfürstenbrücke. In den Straßen nach den Linden zu sah man große Trupps von Schutzleuten stehen. Aus bisher noch nicht festzustellendem Grunde wurden nachmittags um ½5 Uhr die Linden am Brandenburger Tor von der Schutzmannskette für den Fußgängerverkehr gesperrt. Die Schutzleute waren hier außer ihren Dienstrevolvern noch mit scharf geladenen Karabinern versehen. Durch diese plötzliche Absperrung der Linden hatten sich dann am Tiergarten einige hundert Spaziergänger angesammelt, die mit Neugierde den polizeilichen Maßnahmen folgten. Ebenso überraschend wie diese Absperrung wirkte etwa gegen 7 Uhr die polizeiliche Sperrung des Mittelweges der Straße Unter den Linden vom Pariser Platz bis zur Friedrichstraße, während der übrige Teil der Linden bis zum Königlichen Schloß für den Fußgängerverkehr freigegeben war. Interessant war auch, daß die Polizei jeden Seitenübergang des Mittelwegs durch einen

Doppelposten von Schutzleuten hatte absperren lassen, während auf dem anderen Teil des Mittelweges von der Friedrichstraße nach dem Schlosse zu kein uniformierter Schutzmann zu sehen war.

Eine Mahnung des „Vorwärts".

Von zuverlässiger Seite geht uns die Nachricht zu, daß eine gewisse Richtung innerhalb der „Unabhängigen" darauf ausgeht, um jeden Preis Konflikte zu schaffen, die die besonneneren Führer der Unabhängigen selbst nicht wollen. Sie will die Parole für sich erzwingen, „daß die Volksregierung auf das Volk schießen läßt" und hofft, daß dann die Dinge von selbst weiter treiben würden, wohin, das wissen die Herrschaften wohl selber nicht ganz genau. Der große Kampf der Zeit geht darauf hinaus, der in der Volksvertretung verankerten demokratischen Zwingewalt die volle Herrschaft zu sichern und das, was das Ausland mit Recht als Militarismus brandmarkte, zu brechen und einen Frieden, nach dem sich alle Welt sehnt, herbeizuführen. In diesem Kampfe gibt es nur ein hüben und drüben. Das begriff die große Masse der Arbeiterschaft und sieht sich entschlossen hinter die Sozialdemokratie gestellt, die in die Regierung eintrat, nicht um die früheren Machthaber zu schützen, sondern um ihren unheilvollen Einfluß zu beseitigen. Jede vernünftige Arbeiterpolitik muß darauf ausgehen, die Macht der Volksvertretung zu stärken, denn dieser Machtzuwachs wird ja auch der künftigen Vertretung zugute kommen, die unmittelbar nach dem Kriegsschluß vom Volke gewählt werden wird. Den Minderheiten, mögen sie aus adligen Generälen oder aus Bolschewiki bestehen, kommt nicht das Recht zu, den Volkswillen zu terrorisieren. Wir haben heute die berechtigte Hoffnung, aber keineswegs die unbedingte Gewißheit, daß sich der notwendige Uebergang zur vollen Demokratie wie bisher weiter in ruhigen Bahnen vollziehen wird. Für alle kommenden Möglichkeiten muß sich die Arbeiterklasse einig und geschlossen halten. Bei jedem Versuch der früheren Machthaber, sich wieder in den Sattel zu setzen, würde sie eine ungeheure Mehrheit des Volkes hinter sich und damit die Sicherheit des Erfolges in der Hand haben. Darum ist es ein Verbrechen an der Arbeiterklasse, ihre Einigkeit durch sinnlose, putschistische Treibereien zu stören. Alle Arbeiter, mögen sie zur alten Partei oder zu den Unabhängigen sich rechnen, müssen sich heute ihrer geschichtlichen Verantwortung bewußt sein und es ablehnen, sich von geheimnisvollen Drahtziehern für ihre verworrenen Absichten mißbrauchen zu lassen.

Oesterreich-Ungarns Sonderfrieden.

WTB Wien, 28. Oktober. Der Minister des Aeußeen, Graf Andrassy, hat gestern den österreichisch-ungarischen Gesandten in Stockholm beauftragt, die Königlich schwedische Regierung zu ersuchen, der Regierung der Vereinigten Staaten von Amerika nachstehende Antwort auf die Note vom 18. ds. Mts. zu übermitteln:

In Beantwortung der an die österreichisch-ungarische Regierung gerichteten Note des Herrn Präsidenten Wilson vom 18. ds. Mts. und im Sinne des Entschlusses des Herrn Präsidenten, mit Oesterreich-Ungarn über die Frage des Waffenstillstandes und des Friedens zu sprechen, beehrt sich die österreichisch-ungarische Regierung zu erklären, daß sie ebenso wie den früheren Kundgebungen des Herrn Präsidenten auch seiner in der letzten Note enthaltenen Auffassung über die Rechte der Völker Oesterreich-Ungarns, speziell über jene der Tschecho-Slowaken und der Jugoslawen, zustimmt. Da sonach Oesterreich-Ungarn sämtliche Bedingungen angenommen hat, von welchen der Herr Präsident den Eintritt in Verhandlungen über den Waffenstillstand und den Frieden abhängig gemacht hat, steht nach Ansicht der österreichisch-ungarischen Regierung dem Beginne dieser Verhandlungen nichts mehr im Wege. Die österreichisch-ungarische Regierung erklärt sich daher bereit, ohne das Ergebnis anderer Verhandlungen abzuwarten, in Verhandlungen über einen Frieden zwischen Oesterreich-Ungarn und den gegnerischen Staaten und über einen sofortigen Waffenstillstand an allen Fronten Oesterreich-Ungarns einzutreten und bittet den Herrn Präsidenten Wilson, die diesfälligen Einleitungen treffen zu wollen.

Berlin, 28. Oktober. Nach Meldungen, die uns zugingen, hat das Kriegskabinett in Uebereinstimmung mit dem Ernährungsminister von Waldow die Ernährungsbeihilfe für Deutsch-Oesterreich grundsätzlich genehmigt. Deutsch-Oesterreich geht nun seinen Weg allein und hat mit der Politik des Grafen Andrassy nichts zu tun, kann und will auch für sie nicht verantwortlich gemacht werden.

Wilson hält an seinem Programm fest.

Basel, 28. Oktober. Die „Morningpost" erfährt aus Newyork: Im Senatsausschuß gab Lansing am Samstag die Erklärung ab, der Präsident sei entschlossen, von seinen 14 Grundsätzen bei den Friedensverhandlungen unter keinen Umständen abzuweichen.

Das Ende des Rats von Flandern.

Zürich, 28. Oktober. Die „Neue Zürcher Zeitung" meldet aus dem Haag: Die Mitglieder des Rates von Flandern ergriffen die Flucht, teils nach Deutschland, teils nach Holland, da ihnen der Hochverratsprozeß vor dem Kriegsgericht bevorsteht.

Dienstag, 29. Oktober 1918

Die Neuordnung in Bayern.

Aus München wird gemeldet:

Auf der Tagesordnung der Dienstagsitzung der Abgeordnetenkammer stand die Aussprache über die politische Lage. Diese Aussprache sollte bezugnehmen auf die Programmrede des Ministerpräsidenten v. Dandl und hatte wohl auch die bisherigen Ergebnisse der zwischenparteilichen Verhandlungen einer öffentlichen Erörterung unterzogen. Im letzten Augenblick ist nun die Aussprache von der Tagesordnung abgesetzt und auf die nächste Woche verschoben worden. Bis dahin dürfte durch gewichtige innerpolitische Ereignisse für die Generaldebatte eine neue und vor allem breitere Grundlage geschaffen sein, als sie aus der Rede des Ministerpräsidenten herausgewachsen war.

Das innerpolitische Ereignis besteht in einer königlichen Botschaft über eine weitgehende Parlamentarisierung der bayer. Regierung.

Ueber die Absichten der Krone wird aus München ferner berichtet: Um die Volksvertretung unmittelbar an der Regierung zu beteiligen, wird der König das bisherige Ministerium auflösen und den derzeitigen Ministerpräsidenten und Minister des Aeußern, von Dandl, der als früherer Kabinettschef en besonderer Betrauter des Königs ist, mit der Neubildung des Ministeriums beauftragen.

Der Sonderschritt Oesterreichs.

Wien, 29. Oktober. Der deutsche Botschafter Graf Wedel äußerte einem Mitarbeiter der „Freien Presse" gegenüber: „Wir streben, um weiteres Blutvergießen zu vermeiden, einen Waffenstillstand mit anschließendem Frieden an. Umsomehr hat es uns überrascht, daß uns

gestern ganz plötzlich der nunmehr erfolgte Schritt der österreichisch-ungarischen Regierung, ohne daß wir über den Inhalt näher informiert wurden, als eine unabänderliche Tatsache angekündigt wurde. Wir wurden derart vor eine vollendete Tatsache gestellt.

Die Erregung der Deutsch-Oesterreicher.

WTB **Wien**, 29. Oktober. Die tiefe Erregung der Deutsch-Oesterreicher über Andrassys Antwort an Wilson, welche von dem überwiegenden Teile der Bevölkerung als Preisgabe Deutsch-Oesterreichs empfunden wird, findet in der Mehrzahl der deutschen Blätter beredten Ausdruck. Die Presse verlangt zugleich energisch, daß die deutsche Nationalversammlung die Geschicke Deutsch-Oesterreichs jetzt selbst ohne Rücksicht auf die k. u. k. Regierung in die Hand nimmt.

Das „Neue Wiener Tagblatt" schreibt zur Andrassy-Note: Einmütig sind alle Deutsch-Oesterreicher, vom rotesten Sozialdemokraten bis zum tiefschwarzgelben Konservativen, in Erregung über diese Tat. Wir wollen uns deutlich trennen von der Politik, die uns den Zorn Deutschlands und die Geringschätzung unserer und seiner Feinde zuzieht.

Die Wiener „Arbeiterzeitung" schreibt: Um unseretwillen ist Deutschland in den Krieg verwickelt worden, der dem deutschen Volke so ungeheure Opfer kostete und mit einer furchtbar schweren Schädigung der deutschen Nation zu enden droht. Nach alledem bietet jetzt Oesterreich-Ungarn der Entente Sonderverhandlungen an und erklärt sich mit dürftig verhüllenden Worten zu einem Sonderfrieden bereit, einem Sonderfrieden, da Deutschland in Not ist und selbst um den Preis schwerer Opfer Frieden schließen möchte. Die Magyaren, die die eigentlichen Träger der Bündnispolitik gewesen sind, wandten sich jetzt mit einem Male völlig. Das deutsche Volk in Oesterreich ist durch diese Umstände gezwungen, sein eigenes Haus zu bestellen. Ist es klar, daß die Dynastie und Ungarn sich von Deutschland trennen, um durch einen Sonderfrieden günstigere Bedingungen zu erlangen, so muß das deutsche Volk seine auswärtige Politik fortan selbst besorgen.

Der deutsche Nationalrat an Wilson.

WTB **Wien**, 29. Oktober. Der Vollzugsausschuß der deutsch-österreichischen Nationalversammlung beschloß, die an Wilson zu richtende Note der morgigen Vollversammlung zur Beschlußfassung vorzulegen. Die Note macht zunächst von der Konstituierung des deutsch-österreichischen Staates Mitteilung, der die Gebietshoheit über das bisherige Gebiet Oesterreichs beanspruchte, in dem die deutsche Bevölkerung die Mehrheit bildet. Der deutsch-österreichische Staat verlangt, daß seine Vertreter als Vertreter eines selbständigen Staates zu den

Friedensverhandlungen zugelassen werden und mit den Vertretern der andren Nationen über die Bedingungen des Friedens verhandeln. Er bittet den Präsidenten, ihm die Gelegenheit zu bieten, unverzüglich in Verhandlungen mit Vertretern aller kriegführenden Mächte zu treten. Der Vollzugsausschuß verpflichtet sich zur Annahme folgender Grundsätze: Vorbehaltlose Annahme der in den Botschaften Wilsons niedergelegten Grundsätze, Anerkennung der tschecho-slowakischen und der südslawischen Nationen als vollkommen unabhängige Staaten und Regelung der deutsch-österreichischen Beziehungen mit diesen durch freie Vereinbarung. Eventuelle Streitfragen sind der Entscheidung eines Schiedsgerichtes zu unterwerfen. Die Note erörtert die Frage der deutschen Gebiete der Sudetenländer und erklärt, es sei selbstverständlich, daß der neue deutsch-österreichische Staat auch die deutschen Gebiete Böhmens, Mährens, Schlesiens mit 3½ Millionen Deutschen beanspruche. Der Vollzugsausschuß sei überzeugt, daß Wilson es ablehnen werde, diese dreieinhalb Millionen Deutsche gegen ihren Willen dem tschechischen Staat zu unterwerfen und zu einem Verzweiflungskampf gegen die ihnen drohende Fremdherrschaft zu zwingen.

⊙	**Mittwoch, 30. Oktober 1918**	⊙

Die ungarische Republik proklamiert.

Die „Vossische Zeitung" meldet: In Budapest hat der Militärrat die Herrschaft übernommen und die Republik ausgerufen. Die ungarischen Nationalitäten werden sich gewillt oder nicht gewillt, der Diktatur zu fügen haben. Heute, Mittwoch abend, versammelte sich eine vieltausendköpfige Menge auf dem Giselaplatz. In geschlossenen Kolonnen zogen vier Regimenter Soldaten unter Führung ihrer Offiziere heran und schworen dort dem Nationalrat ihre Treue. Unter Begeisterung durchzogen die Demonstranten die Straßen. Dabei kam es dazu, daß zwei Mitglieder des Militärrates verhaftet wurden. Es waren zwei junge Offiziere. Sie wurden abgeführt, der eine wurde jedoch schon nach einigen Schritten von der Menge befreit. Den anderen brachte man zum Platzkommando. Die Menge stürmte nach und die Wache wurde an die Gewehre gerufen. Wie ein Mann stand dann die Bereitschaft des Platzkommandos zur Stelle, aber nicht um sich gegen die Menge zu wenden, sondern um sich bewaffnet an die Spitze der Demonstration zu stellen. Der Zug bewegte sich dann in eine der Vorstädte, wo das Militärgefängnis gestürmt wurde und sämtliche dort in Haft befindlichen militärischen Sträflinge

und wegen politischer und militärischer Vergehen verhafteten Personen und Soldaten befreit wurden. Unter beispiellosem Jubel durchzogen die Soldaten unter Anführung von Offizieren mit gezogenem Säbel die Straßen der Stadt. Hochrufe auf die Republik erschallten. Zum Zeichen des Einverständnisses mit der republikanischen Idee rissen sie die Kokarden von der Kopfbedeckung und vertauschten sie gegen nationale Abzeichen. Die revolutionären Truppen haben sich auch des Budapester Ostbahnhofes bemächtigt. Dort wurden zwei abfahrende Züge mit Marschbataillonen, die für die Front bestimmt waren, angehalten. Die Truppen schlossen sich sofort den Revolutionären an. In der Stadt sind auch Zivilpersonen bewaffnet worden. Die Aufständischen besitzen Maschinengewehre und feuern Freudensalven ab. Sie haben ferner ungeheure Mengen Munition und Waffen, da sie die ungarische Waffenfabrik geplündert haben. Fünf ungarische südslawische Komitate haben ihre Loslösung von Ungarn und ihren Eintritt in die tschechoslowakischen Bundesstaat erklärt. In Budapest dauern die Kundgebungen um Mitternacht in den meisten Straßen fort. Auch Offiziere reißen vielfach die Mützenkokarden ab oder werden dazu gezwungen. Nach Mitternacht wird gemeldet, das Budapester Haus-Regiment Nr. 82 habe seinen Befehlshabern den Gehorsam verweigert und sich einmütig in den Dienst der Republik gestellt. Der Kommandant von Budapest soll sich in den Händen von ungarischen Soldaten befinden.

WTB **Budapest**, 30. Oktober. Gestern abend erschien beim ungarischen Nationalrat eine Abordnung von Polizeibeamten unter Führung des Polizeirats Szentkiralyi und erklärte, daß sich das Beamtenkorps der hauptstädtischen Polizei unter den Schutz des Nationalrates stelle.

Der groß-serbische Nationalstaat proklamiert.

Budapest, 30. Oktober. In Serajewo wurde der groß-serbische Nationalstaat proklamiert. Das Militär ist auf die neue Staatsform vereidigt. Die Gefängnisse in Bosnien und der Herzegowina wurden geöffnet. Unter den Freigelassenen befinden sich die verurteilten Teilnehmer an der Ermordung des Erzherzogs Franz Ferdinand.

Die tschechische Republik proklamiert.

Wien, 30. Oktober. Der Eisenbahn- und Postverkehr mit Prag und dem tschechischen Böhmen ist seit gestern unterbrochen. Es verlautet, daß in Prag die Absetzung der Dynastie und die Bildung einer tschechischen Republik verkündet wurde. Der tschechische Volksrat hat bisher über 600 kaiserliche Beamte außer Landes gebracht.

Das österreichisch-ungarische Heer räumt das italienische Gebiet.

Wien, 30. Oktober. Unserem mehrfach zum Ausdruck gebrachten Entschluß zur Herbeiführung eines das Volkerringen abschließenden Waffenstillstandes und Friedens Rechnung tragend, werden unsere auf ital.enischem Boden kämpfenden Truppen das besetzte Gebiet räumen.

Das Programm der Regierung Karolyi.

Budapest, 30. Oktober. Ministerpräsident Graf Michael Karolyi erschien um 8 Uhr abends im Palais des Erzherzogs Joseph und leistete in die Hand des Erzherzogs als Beauftragten des Königs den Amtseid. Der Ministerrat erließ eine Proklamation, in der der Sieg der Revolution mitgeteilt wird. Als erste dringende Aufgabe für die neue Regierung wird der Abschluß des Friedens bezeichnet und dabei der Hoffnung Ausdruck gegeben, daß es gelinge, die territoriale Integrität des Landes zu retten. Die Proklamation kündigt an, daß die völlige staatliche Unabhängigkeit Ungarns gesichert ist und ein eigener Minister des Aeußern ernannt wird. Die ungarische Nation reiche ihre brüderliche Hand den im Vaterland lebenden nationalen und sämtlichen freien Völkern. Pressefreiheit, Geschworenengerichte, das Vereins- und Versammlungsrecht werden wieder hergestellt und eine militärische und bürgerliche Amnestie verkündet. Die Proklamation kündigt dringende Unterbreitung eines Gesetzentwurfs über das allgemeine, gleiche, geheime, gemeindeweise Wahlrecht an, das sich auch auf Frauen erstrecken soll. Die Proklamation stellt sozialpolitische und Arbeiterschutzmaßnahmen in Aussicht, sowie die Durchführung einer kräftigen Grundbesitzpolitik, welche den großen Massen des Volkes zum Besitz von Grund und Boden verhilft. Wenn irgend ein Punkt des Programms von dem jetzigen Abgeordnetenhaus abgelehnt wird, wird dieses sofort aufgelöst, und es werden Neuwahlen angeordnet.

	Donnerstag, 31. Oktober 1918	

Republikanische Kundgebungen in Wien.

Berlin, 31. Oktober. Das Berliner Tagblatt meldet: Die Republik ist auf dem Marsche. Die Bewegung hat gestern vormittag mit einer großen Kundgebung der Wiener Studentenschaft, zu der sich

aber auch Arbeiter gesellt hatten, eingesetzt. Unter dem tosenden Beifall der Menge feierte der Abgeordnete Renner, auf der Rampe des Parlaments stehend, die Einigkeit von Bürger und Soldat, von Arbeiter und Bauer. Im Namen des Nationalrates teilte Präsident Dinghofer mit, daß die Nationalregierung morgen die gesamte Verwaltung übernimmt. „Ohne Habsburg", tönt es durch die Menge. Der Abgeordnete Malik betritt die Rampe in Offiziersuniform. Mit lautem Jubel folgen die zahlreichen Offiziere und Soldaten seiner Aufforderung, über die kaiserliche Kokarde die nationale Trikolore zu stecken. „Verdecken wir die Schmach, die wir auf unseren Kappen tragen mit dem, was in unserem Herzen lebt", ruft er unter dem Beifall der Menge. Dann werden auf Geheiß des Präsidenten des Abgeordnetenhauses, Groß, die kaiserlich schwarz-gelben Fahnen auf den Masten vor dem Parlamentsgebäude eingezogen. Im Oktobernebel umlagern 10 000 Menschen das Landhaus zwischen dem Ballhaus-Platz und der Freiung. Tosender Beifall begleitet die Reden der sozialistischen Abgeordneten, die vom Balkon des Landhauses die republikanische Idee feiern. Vergebens bemüht sich der christlich-soziale Bürgermeister von Wien, Weißkirchner, auch zum Wort zu gelangen. Die Pfuirufe der Menge verschlingen seine Rede. Inzwischen hat die Nationalversammlung die beiden Noten an Wilson und den vorgelegten Verfassungsentwurf angenommen. In dieser Verfassung ist juristisch kein Platz mehr für die Krone. Die oberste und die gesetzgebende Gewalt hat die Nationalversammlung, in die vollziehende Gewalt teilen sich Staatsrat und Staatsregierung. Voraussichtlich wird der Sozialist Viktor Adler Staatssekretär des Auswärtigen, der Sozialist Leutner Sekretär des Krieges, der Sozialdemokrat Renner Staatssekretär für soziale Fürsorge, der Freisinnige Ofener Staatssekretär der Justiz werden. Um 8 Uhr abends tritt eine überraschende Wendung ein. Vor dem Landhaus erscheint ein nach Tausenden zählender Zug von Soldaten und Offizieren. Zugleich umlagern viele Tausende Soldaten und Arbeiter das Kriegsministerium. Eine Deputation von Soldaten und Offizieren begibt sich zum Nationalrat, stellt sich dem Nationalrat zur Verfügung und fordert die Bildung eines Soldatenrates. Es wird beschlossen, ein provisorisches Soldaten- und Offiziers-Komitee zu bilden.

Der Wiener Korrespondent des „Berliner Tageblattes" meldet: Niemand kann sagen, was die nächsten Tage bringen werden, denn vor den Toren Wiens steht der Hunger und von der Front trifft eine Hiobsbotschaft nach der anderen ein. In Pola soll sich nach ungarischen Berichten die Mannschaft der Kriegsschiffe bemächtigt haben, um sie dem südslawischen, dem ungarischen und dem deutschen Nationalrat zur Verfügung zu stellen. In Triest erwartet man das Eintreffen eines amerikanisch-anglo-französischen Geschwaders. Im Etappenraum an der italienischen und serbischen Front greift nach sicheren Nachrichten die Auflösung um sich. Sengend und plündernd ziehen bereits einzelne Soldatentrupps durch Südtirol und Kroatien. In verschiedenen Divisionen haben die Truppen den Gehorsam verweigert. Auch

zu vereinzelten Zusammenstößen ist es gekommen. Niemand kümmert sich mehr um die gemeinsame Regierung oder das Ministerium Lammasch. Graf Andrassy kann jede Stunde fallen. Der Kaiser soll sich in Gödölö befinden. Er hat 18 Waggons Einrichtungsgegenstände und — wie es heißt — auch die Juwelen der Staatskammer mitgenommen. Für die nächsten Tage wird die Amnestie Friedrich Adlers erwartet.

Berlin, 31. Oktober. Die „Nationalzeitung" meldet aus Wien: Die radikalen Abgeordneten werden der Nationalversammlung einen Antrag auf Errichtung der Republik einbringen.

Abdankung des Kaisers?

Berlin, 31. Oktober. Die „Voss. Ztg." berichtet: Wie wir aus unbedingt zuverlässiger Quelle hören, hat vor einigen Tagen der Staatssekretär Scheidemann an den Reichskanzler eine Denkschrift gerichtet, in der er unter eingehender Begründung die Notwendigkeit der Abdankung des Kaisers darlegte.

Der „Lokalanzeiger" bemerkt: Wie wir erfahren, liegt ein sozialdemokratisches Memorandum vor.

Berlin, 31. Oktober. Das „Berliner Tageblatt" schreibt: Von verschiedenen Seiten ist gestern gemeldet worden, das Kriegskabinett habe sich in seinen letzten Sitzungen mit der Frage des Thronverzichtes beschäftigt. Der „Germania" wird aus zuverlässiger Quelle mitgeteilt, daß diese Meldung falsch sei und auch anderen Informationen zufolge treffe sie nicht zu. Dagegen hat das Kriegskabinett gestern abend in einer dreistündigen Sitzung Gelegenheit gehabt, sich, wenn auch nicht mit der Frage selbst, so doch mit der Situation, die sich daraus ergeben hat, und mit Fragen, die damit im Zusammenhang stehen, zu beschäftigen. Der Kaiser ist gestern früh ins Große Hauptquartier abgereist. In politischen Kreisen bedauert man diese Abreise, da angesichts der nun einmal umlaufenden Gerüchte und der ganzen Sachlage allerlei Kombinationen daran geknüpft werden können.

Der „Lokalanzeiger" erklärt: Der Kaiser hat sich, wie wir hören, mit dem Hofzonderzug ins Große Hauptquartier begeben. In seiner Begleitung befindet sich der Chef des Geheimen Zivilkabinetts, Delbrück. Schon aus diesem Grunde soll die von der „Voss. Ztg." verbreitete Nachricht, daß Dr. Delbrück in besonders wichtigem Auftrage des Reichskanzlers nach dem Großen Hauptquartier reisen wird, unzutreffend sein. Generalleutnant Gröner ist im Großen Hauptquartier eingetroffen und hat seine Geschäfte übernommen.

Ein großdeutscher Nationalrat?

Berlin, 31. Oktober. Unter der Ueberschrift „Einheit der Deutschen" veröffentlicht Georg Bernhard in der „Voss. Ztg." einen Artikel,

in dem er die sofortige Einberufung eines gesamtdeutschen Nationalrats fordert, an dem auch der neue deutsch-österreichische Staat teilnehmen soll. „Es ist notwendig, so schnell wie möglich einen gesamtdeutschen Nationalrat einzuberufen. Ein Nationalrat, der von dem Vertrauen aller Deutschen getragen sein muß. Am besten einem Volksrat, der aus Wahlen aller Deutschen in der Heimat und an der Front hervorgeht. Dieser Nationalrat soll sich einig werden über die künftigen Grenzen der deutschen Nationalität. Und er soll auch unter Zugrundelegung der nationalen Neugestaltung die vom deutschen Reichstage beschlossenen innerpolitischen Reformen vertiefen und der neuen Ordnung anpassen. Ferner soll diese Körperschaft die Grundlagen für die Vertretung der gesamten deutschen Nation bei den Friedensverhandlungen schaffen."

Der Waffenstillstand der Türkei.

Die Dardanellen in der Hand der Alliierten.

WTB **Paris**, 31. Oktober. Nach einer Meldung der „Agence Havas" erklärte Marineminister Leygues in der Kammer, daß der mit der Türkei abgeschlossene Waffenstillstand vor allem freie Durchfahrt der alliierten Flotten zum Schwarzen Meere, Besetzung der Dardanellenforts und derjenigen des Bosporus, sowie die Rücksendung der alliierten Kriegsgefangenen in ihre Heimat festsetzt. Der Waffenstillstand ist am Donnerstag mittag in Kraft getreten.

WTB **London**, 31. Oktober. „Evening News" erfährt, daß die Dardanellen für die britische Flotte geöffnet werden sollen und daß man jeden Augenblick die Nachrichten von der Besetzung Konstantinopels durch britische Marinestreitkräfte erwarten kann. Es verlautet, daß die ausführlichen Bedingungen für die Uebergabe der Türkei heute im Parlament mitgeteilt werden sollen.

Die türkischen Armeen ergeben sich.

WTB **London**, 31. Oktober. „Evening News" ist in der Lage, mitzuteilen, daß die türkischen Armeen in Mesopotamien, Syrien und dem Kaukasus die Waffen niederlegen und sich Allenby und den anderen britischen Kommandanten unter Garantien ergeben werden, die das Ende der Feindseligkeiten, was die Türkei angeht, sichern. Eine der Bedingungen ist die sofortige Freigabe der britischen Gefangenen.

Paris, 31. Oktober. Nach einer Meldung der Agence Havas erklärte Leygues in der Kammer, daß der Waffenstillstandsvertrag mit der Türkei vor allem freie Durchfahrt der alliierten Flotten zum Schwarzen Meere, Besetzung der Dardanellenforts und derjenigen am Bosporus, sowie die Rücksendung der alliierten Kriegsgefangenen in ihre Heimat bestimmt. Der Waffenstillstand ist am Donnerstag in Kraft getreten.

„Frankfurter Zeitung“:

Bolschewistische Propaganda in Deutschland!

Das Kriegskabinett hat sich in einer der letzten Sitzungen auch mit Maßnahmen gegen die wachsenden bolschewistischen Umtriebe, die von Moskau aus genährt werden, befaßt. Im Zusammenhang mit dieser Tatsache wird in verschiedenen Blättern darauf hingewiesen, daß sich Lenin und andere führende Persönlichkeiten der Bolschewiki öffentlich ihrer propagandistischen Tätigkeit in Deutschland gerühmt hätten und daß die „Pravda“ unter dem 17. ds. Mts. geschrieben hat, jetzt wolle die Sowjetregierung zu Taten übergehen und ungeachtet der härtesten Verpflegungskrisis dem deutschen Proletariat mit Brot und Waffen und Revolutionserfahrungen zur Hilfe kommen. Zu diesem Zwecke werde das sozialistische Rußland seine besten Mitarbeiter nach den Ländern des Westens schicken, wo sie furchtbaren Boden fänden. Es wird weiter hervorgehoben, daß in der letzten Zeit auffallend viele Kommissäre aus Moskau nach Deutschland gereist seien, ohne daß sie Deutschland wieder verlassen hätten und daß diese die Träger der bolschewistischen Propaganda in Deutschland seien.

Der Umsturz in Oesterreich-Ungarn.

Graf Tisza erschossen.

Budapest, 31. Oktober. Graf Stephan Tisza ist das Opfer eines Attentats geworden. Auf einem Spaziergange mit einer Verwandten in der Hermineustraße wurde er von einem Soldaten durch Revolverschüsse getötet. Die Begleiterin ist angeblich verwundet.

Michael Karolyi Präsident des ungarischen Nationalrats.

„Lokal-Anzeiger“, Berlin:

Die Uebernahme der ungarischen Regierung durch Graf Michael Karolyi, der Präsident des Nationalrates geworden ist, scheint sich nicht ohne Ruhestörungen vollzogen zu haben. Die Telephon- und Telegraphenverbindung war im Laufe des Tages gestört worden, wurde aber später wieder hergestellt. Jedenfalls ist bekannt geworden, daß es an verschiedenen Stellen der Stadt Budapest gestern zu blutigen Zusammenstößen zwischen ungarischen und bosnischen Truppen gekommen ist. Von beiden Seiten wurde geschossen. In den Nachmittagsstunden schien Graf Karolyi Herr der Lage zu sein.

Ein Schandfleck.

Wien, 1. November. Die ungarische Regierung hat an sämtliche Donau-Hafen-Kommandos den Auftrag gerichtet, das gesamte deutsch-österreichische und reichsdeutsche Schiffsmaterial, das gegenwärtig auf dem durch Ungarn fließenden Teil der Donau schwimmt, und die darauf befindlichen Ladungen zurückzuhalten und den Weitertransport nach Deutschland und Deutsch-Oesterreich zu verhindern. Darunter befinden sich 20 000 Tonnen Lebensmittel, die für Deutsch-Oesterreich und Deutschland bestimmt sind, ferner wertvolle Erzladungen aus dem Kaukasus und Rohölladungen aus Rumänien. Ueberhaupt hat die ungarische Regierung die Durchfahrt von Transportmitteln und Waren nach Deutschland vollkommen eingestellt. Durch diese Maßnahme wird die Durchfuhr sämtlicher Transportmittel aus Rumanien unmöglich gemacht.

„Wiener Arbeiterzeitung":

Ein Tag gewaltigsten Umsturzes.

Welch ein Tag! In seinem Rahmen drängen sich Ereignisse zusammen, die wie Flammenzeichen aufsteigen und der ganzen Erde das Ende Oesterreichs verkünden. Das endgültige, furchtbare, schreckliche Ende!

Am Piave ist der Widerstand der österreichisch-ungarischen Armee zusammengebrochen und so hat sie um den Waffenstillstand gebeten. Mittwoch früh hat das Armeeoberkommando zu der italienischen Heeresverwaltung einen Parlamentär geschickt. Die Italiener haben die Verhandlung zuerst abgelehnt, erst Mittwoch abend konnte der österreichisch-ungarische General mit einer Abordnung, im Einverständnis mit dem italienischen Oberkommando, „die Gefechtslinie zur Einleitung von Verhandlungen überschreiten". Das Ergebnis der Verhandlungen wird noch nicht mitgeteilt; aber wir wollen hoffen, daß die Italiener den Waffenstillstand bewilligen werden; können sie doch mit keinem Sieg auf den Schlachtfeldern mehr erreichen, als ihnen schon sicher ist. Der Sieg der Feinde ist vollendet; es gibt keine Gegenwehr mehr in Oesterreich, weil es kein Oesterreich mehr gibt. Es war von den schwarz-gelben Patrioten doch recht voreilig, auf das „Oesterreich der Front" stolz und rühmend hinzuweisen. Würdig an den Zusammenbruch des Landheeres reiht sich die

Auflösung der Kriegsmarine an: die österreichisch-ungarische Kriegsflotte besteht seit heute nicht mehr. Sie wird einfach dem kroatischen Nationalrat übergeben, der auch sofort seine Flagge hissen kann. Die Mannschaften können, wenn sie nicht Südslaven sind, nach Hause gehen; aber der ganze Stab kann auch bei dem Nationalrat Dienst nehmen. Die Uebergabe wird mit der Stimmung der südslavischen Mannschaften folgendermaßen begründet: „Die Erklärung der Trennung Ungarns von Oesterreich, dann die Erklärungen des tschechischen und südslavischen Nationalrates konnten nicht ohne Einwirkung auf die Mannschaften der Kriegsmarine bleiben. Die Rückberufung der Mannschaften durch die Nationalräte hätte derart auflösend gewirkt, daß blutige Zusammenstöße zwischen den einzelnen Nationalitäten nicht unwahrscheinlich wurden und die Flotte, dadurch wehrlos gemacht, dem Feinde zum Opfer gefallen wäre. Dem vorzubeugen und das wertvolle Material der Kriegsmarine den Nationalstaaten Oesterreich-Ungarns zu erhalten, entschloß man sich zu dem bekannten Schritte, als dem einzig richtigen in dieser schwierigen Lage." Die Behörden haben bei der Uebergabe das Eigentumsrecht der „nichtsüdslavischen Nationen" geltend zu machen und sich die seinerzeitige „Ablösung" vorzubehalten. Protokollarisch vorzubehalten! Es wird wohl auch einmal die Frage aufgeworfen werden, ob man zu dieser Uebergabe, die doch kein Privateigentum betrifft, berechtigt war, und wird zu dem Schadenersatz eben auch die heranziehen, die diese Uebergabe unbefugt angeordnet haben. Aber es ist nicht bloß die Kriegsmarine hingegeben worden, auch den Seehafen hat Oesterreich nicht mehr! Triest ist von der amerikanischen Flotte besetzt worden, und das ist schon ein Trost: Man nimmt an, daß die Amerikaner die Stadt besetzt haben, damit die Italiener nicht kommen und sie gleich endgültig in Besitz nehmen, damit also ihr weiteres Schicksal noch eine offene Frage bleibe. Und um das militärische Ungemach voll zu erleiden: Fiume ist von der italienischen Flotte besetzt und in Laibach sind englische Truppen eingezogen.

Während sich in Oesterreich die Auflösung des Nationalitätenstaates und die Gründung der Nationalstaaten in disziplinierten Formen vollzieht, obwohl die tiefe Gärung im gesamten Volkskörper unverkennbar ist, war Budapest von Mittwoch abend an der Schauplatz von Vorgängen revolutionärster Art, die damit endigten, daß die gesamte bürgerliche und militärische Gewalt in die Hände des Nationalrates fiel. Die unmittelbare Folge war, daß die Mission des Grafen Hadik aufgegeben und Graf Michael Karolyi mit der Kabinettsbildung betraut wurde. Daß nur Karolyi, der Demokrat und Pazifist, fähig sei, die Dinge zu meistern, war schon längst klar; warum man sich also weigerte, ihn zu ernennen, ist nicht zu begreifen. In Karolyis Regierung treten zwei Sozialdemokraten ein: die Genossen Garami und Kunfi; auch das zeigt den gewaltigen Wandel an, der sich in so wenigen Tagen vollzogen hat. Dazwischen fällt als aufrüttelndes Ereignis die Ermordung des Grafen Stephan Tisza, den

auf einem Spaziergang Soldaten erschossen haben. In dem Attentat hat sich offenkundig die Erbitterung der Soldaten gegen den Mann entladen, der an dem Ausbruch des Krieges so große Schuld trägt. Die neue Regierung hat ernste Aufrufe erlassen, in denen sie zur Ruhe und Ordnung mahnt.

In guten Bahnen bewegt sich die Bildung der neuen Regierung Deutschösterreichs. Sie ist nun vollendet, das Direktorium des Staatsrates und die Staatssekretäre ernannt und feierlich in Pflicht genommen; die Uebernahme sämtlicher alter Ministerien, soweit ihre Funktionen das deutsche Gebiet betreffen, wird ohne Verzug geschehen. Schwere, ernste, unendlich große Arbeit steht vor den Männern, die nun berufen sind, die Geschicke Deutschösterreichs zu leiten; möge ihnen fruchtbarer Erfolg beschieden sein. Die ungeheure Sorge, die sie auf sich nehmen, die Verantwortung, die auf ihnen lastet, gebietet allen, ihnen mit Vertrauen, Hingebung und Disziplin zur Seite zu stehen, und alles zu tun, was ihre Arbeit fördern, alles zu unterlassen, was sie stören könnte.

■ ■

„Deutsche Tageszeitung."

Waffenstillstandsbetrachtung.

Soweit Aeußerungen der feindlichen Presse vorliegen, bekunden sie gegenüber der österreichisch-ungarischen Demut und Selbstunterwerfungslust lediglich unsägliche Verachtung, nirgends Sympathie, nirgends Anerkennung und Wohlwollen wegen Kniefall und Händehoch. Das sollte dem Deutschen Reiche noch in letzter Stunde eine Lehre sein, auch darin, mit welcher Aufmerksamkeit unsere Feinde die Stimmungen der Bevölkerungen in den Mittelmächten verfolgen, zu lenken und zu beeinflussen streben und ihre Rechnung danach einstellen. Wir erwähnten neulich in einem Aufsatze: „Zwecklos?" die Entmutigungspropaganda, welche vom „Vorwärts" getrieben wird und sich auch sonst in der sozialdemokratischen Presse außerdem von Mund zu Mund immer breiter macht. Es hat ja doch keinen Zweck mehr zu kämpfen, heißt es, man solle sich auf schwere Tage und schmerzliche Gemütserschütterungen, die überwunden werden müßten, gefaßt machen, nach Oesterreichs Abfall sei alles vergeblich. Wir hatten daraufhin einige Fragen an den „Vorwärts" gerichtet. Er hat sie nicht beantwortet, und wir begreifen, daß er sie nicht beantwortet hat, die Entmutigungspropaganda geht aber weiter, direkt und indirekt mit allen Mitteln, die geeignet erscheinen.

Ueber die Waffenstillstandsbedingungen, welche unsere Feinde stellen werden, ist authentisch noch nichts bekannt, aber allem begründeten Anscheine nach werden sie in den wesentlichen Punkten ver-

langen, was schon während der letzten Wochen in der feindlichen Presse ausgeführt worden ist: Räumung im Westen und Besetzung der deutschen Rheindefestigungen und der Reichslande, Besetzung von Helgoland, Auslieferung der Flotte, schmachvolle Bedingungen für die Armee, Lahmlegung und feindliche Kontrolle der Hauptstätte der deutschen Rüstungsindustrie. Der deutsche Mehrheitskanzler — der Name Reichskanzler paßt nicht — hat seinerzeit erklärt, man werde solche oder ähnliche Bedingungen nicht annehmen und fand damit den Beifall und ausdrückliche Zustimmung nicht nur bei der Opposition, sondern auch bei der Mehrheit. Die Frage wirft sich heute noch dringender und dringender auf als neulich, ob sich in den Verhältnissen seither etwas geändert habe, sodaß jener Standpunkt des Kanzlers nicht aufrecht erhalten werden könne. Wir stellen den Eintritt solcher Veränderungen der Lage in Abrede trotz des Zerfalles und des Abfalles des ehemaligen Bundesgenossen. Man soll sich hier durch feindliche und neutrale Pressestimmen nicht irre und nicht bange machen lassen, desonders nicht vergessen, daß dieses Irremachen und Bangemachen einen wesentlichen Teil der feindlichen Zersetzungspropaganda bildet. Ein britisches Blatt, die „Westminster Gazette", ist freilich aus der Rolle gefallen und schreibt, daß Deutschlands wirtschaftliche Lage durch Oesterreichs Zusammenbruch nicht schlechter werde, und was die militärische Seite der Sache anlangt, so verweisen wir auf die gesteigen und heutigen Ausführungen unseres militärischen Mitarbeiters, die wir uns zu eigen machen. Auch durch andere Erzählungen von einem Materialmangel, der ein Weiterkämpfen unmöglich mache, dürfen wir unsere Leser, sich nicht irre machen zu lassen, und schließlich ebenso wenig durch Drohungen der feindlichen Presse: wenn Deutschland sich jetzt nicht ergebe, so werde man die Bedingungen verschärfen, Bestrafungen verlangen usw.

Vor allem lasse man sich nicht einreden, das Deutsche Reich werde glimpflicher behandelt werden, wenn es zu Kreuze kröche, ja sich in den Staub demütigte, durch Preisgabe seines Gebietes und Entwaffnung bezw. Herausgabe seiner unbesiegten ungebrochenen Wehrkraft zu Lande und zu Wasser. Es sollte undenkbar sein, daß deutsche Blätter diese Möglichkeiten so kaltblütig erörtern, und Deutsche in ergebener Gleichgültigkeit davon sprechen. Tönende Reden und geschwollene Wendungen liegen uns nicht, wir sind nüchtern überzeugt davon, daß der Kampf mit Aussicht auf Erfolg fortgesetzt werden kann, wenn das deutsche Volk begreift, sich auf dem Boden des nationalen Willens zusammenfindet und dann nichts weiter kennt als die Verteidigung der Heimat. Diese Sammlung und dieses Zusammenstehen ist eine unbedingte Notwendigkeit für den Erfolg des Kampfes.

In den vergangenen Kriegsjahren hat sie immer gefehlt und darauf, nicht auf angebliche oder wirkliche militärische Fehler, ist die heutige Lage zurückzuführen. Und der Erfolg? — so wird gefragt, —

welchen Erfolg kann man sich denn vom Weiterkämpfen versprechen? Die Antwort lautet: Bessere Bedingungen für den kommenden Frieden und damit für die Zukunft des ganzen deutschen Volkes, zum mindesten bessere Bedingungen. Unsere Gegner gehen nicht mit Freuden und auch nicht leichten Herzens in den Winterfeldzug hinein, sie sehen, daß das Gespenst des Bolschewismus, des Mangels und der Not und die Friedenssehnsucht ihrer Völker und Armeen wächst. Für sie als Angreifer ist die Winterzeit ungünstig, für die deutschen Verteidiger günstig, aber immer sei es wiederholt, nur wenn ein entschlossener Heimatsgeist, erfüllt von nationalem Willen hinter ihnen steht. Freilich verstehen wir unter nationalem Willen nicht Phantasien über die Herrlichkeit eines späteren „Völkerbundes" und auch nicht die „großzügige" Propaganda der „Volksregierung", in Kommission genommen von Herrn Erzberger, um der Bevölkerung, die es scheinbar noch nicht überall begreifen will, klar zu machen, wie herrlich der neue Zustand mit den vielen Staats-Parteisekretären und dem Mehrheitskanzler sei. Sursum Bumbum! sagt Nietzsche. Man hat bisweilen den Eindruck, als ob der Regierung besonders daran liege, das Interesse des deutschen Volkes von der äußeren Lage ab und inneren „Fragen" zuzuwenden.

Will man sich auch nur auf den Standpunkt der auswärtigen politischen Taktik stellen, so ist es denkbar töricht, Herabstimmung, Gleichgültigkeit und Verzagtheit in der deutschen Bevölkerung zu wecken und zu fördern. Der Feind sieht das alles und freut sich, daß die unmeßbaren nationalen Willenskräfte des Volkes nicht geweckt und gesammelt, sondern verwirrt und erstickt werden. Ein großes Volk, das vereint national will, ist in jeder Lage eine ungeheure Macht, das sollte jeder wissen, denn es ist eine Erfahrung. Das deutsche Volk muß und will geführt werden, und an der Führung fehlt es. Das, und das allein, kann zum Verhängnis werden. Wir haben vor Wochen gesagt, daß sich alle im Dienste des nationalen Gedankens hinter die Regierung stellen würden. Die seitdem vergangene Zeit hat gezeigt, daß dieses Manöver schwierig auszuführen ist. Um sich hinter jemand zu stellen, muß dieser zunächst stehen. Wir haben von der Mehrheitsregierung diesen Eindruck bisher nicht gewinnen können, vielmehr den, daß sich die einzelnen Teile des Konglomerates bald aneinander anlehnen, bald durch ihre gegensätzigen Spannungen untereinander sich das Gleichgewicht halten. Wer sich hinter die Regierung stellen wollte, müßte in einige Verlegenheit kommen, denn wie und wo steht dieses vielköpfige Wesen und vielfüßige Wesen, dessen System-Schwerpunkt im Willen aller Beteiligten liegt, möglichst lange an der Macht zu bleiben. Hier liegt unseres Erachtens der Schlüssel zu Ludendorffs Verabschiedung. Doch davon ein anderes Mal.

Alles in allem: Durch entschlossene Ablehnung gegen Waffenstillstandsforderungen des Feindes, die ihm das deutsche Volk und

Land wehrlos in die Hand gäben und seiner Willkür, den späteren Friedenszustand zu gestalten, unbegrenzte Vollmacht ausstellen würden, die das deutsche Volk für unabsehbare Zeit zum Gegenstand der Verachtung machen würden, — kann die Lage und damit die Zukunft nur gebessert werden, aber unter der Bedingung, daß diese Auffassung und dieser Wille alles durchdringt und wenn geführt wird. Wer aber führt?

Warum, beiläufig bemerkt, hat die deutsche Regierung in ihrem Notenwechsel mit Wilson nie gefragt, wie seiner Ansicht nach die Friedensbedingungen für Deutschland aussehen sollen? Seine grundsätzlichen 14 oder 18 Punkte gestatten unzählige Deutungen und Nuancen. Das deutsche Volk hatte doch einen gewissen Anspruch darauf, zu erfahren, wie die Friedensbedingungen aussehen sollen, ehe es Waffenstillstandsbedingungen annimmt, welche grundlegend für die Durchführung der Friedensbedingungen sein würden. Die Regierung denkt hieran nicht, sondern scheint der Ansicht zu sein, durch die Höhe ihrer diplomatischen Kunst alles ihr Erforderliche in den Friedensverhandlungen zu erreichen.

Wilson und der Friede.

Erläuterungen des Herrn Lawrence.

WTB **Wien**, 1. November. Am 28. September hat der über die Gedankengänge im Weißen Hause sehr gut informierte Washingtoner Korrespondent der „Newyork Evening Post", David Lawrence, die Friedensrede Wilsons vom Tage vorher besprochen und dabei u. a. etwa gesagt: Wer fragt, wie lange der Krieg dauern werde, kann die Antwort in dieser Rede finden. Wer fragt, ob der Präsident seine seit der Kriegserklärung Amerikas verkündigten demokratischen Ideale in die Tat umzusetzen beabsichtigt, kann daraus ersehen, wie ernst es Wilson damit ist. An Deutschland und Oesterreich, an ihre Führer von heute und ihre unausbleiblichen Sprecher von morgen, an die Staatsmänner Englands, Frankreichs und Italiens, die bis jetzt den Idealismus Amerikas nur widerwillig geduldet haben, an die Fortschrittlichen und an die Arbeitermassen in England wendet sich Wilson, um die Sache der Entente von allem zu reinigen, was an Imperialismus und territoriale Vergrößerung und selbstsüchtigen Nationalismus erinnert. Zu Deutschland und Oesterreich und ihren Vasallenstaaten spricht Wilson die Sprache eines Friedens durch Annahme der Grundsätze, die Amerika wiederholt als maß-

gebend erklärt hat, und er hat seine Worte sorgfältig abgewogen. Gerade angesichts der Opfer Amerikas an Blut und Geld erinnert der Präsident die ganze Welt daran, daß Amerika es ernst meint und daß es in diesem Kriege nichts für sich haben, sondern seinen Einfluß nur gebrauchen will, damit

kein anderes Volk, auch kein alliiertes, aus dem Siege einen Vorteil ziehe, der die Saat neuer Kriege säen würde.

Er verkündet den Ententeländern die Losung Amerikas und fragt sie, ob sie sie annehmen. Er sagt Deutschland und Oesterreich, wie sie durch Ausschaltung ihres im September noch bestehenden Regierungssystems und die Annahme der Grundsätze des Völkerbundes einen dauerhaften Frieden erhalten können. Der Korrespondent kommt dann auf Wilsons kurze, wenn auch bestimmte Antwort vom September an Oesterreich zurück, die als Ablehnung von Friedensbemühungen gedeutet wurde und weist auf allerlei hin, was der Präsident in dieser Antwort nicht gesagt habe. Er sagt nicht, daß der Friede auf deutschem Gebiet diktiert werden solle, er sagt auch nicht, daß der Kampf weitergehen müsse, bis Deutschland als Volk vernichtet sei, er sagt all das nicht, was die Extremisten unter den amerikanischen, französischen und englischen Rednern sagten, wie: daß nach dem Kriege allgemeine Handelsbeschränkungen gegen das deutsche Volk einsetzen werden, daß Deutschland völlig von der Erde vertilgt werden müsse, daß es keinen Frieden geben könne, bis das deutsche Volk selbst den siegreichen Alliierten zu Füßen liege. Die Moral Deutschlands kann durch eine solche Taktik nicht geschwächt werden. Das deutsche Volk wird sich niemals ergeben, wenn es glaubt, daß es auf irgend eine Weise vernichtet werden soll. Es wird den Krieg noch viele Jahre fortsetzen, ehe es nachgibt. Der klare Sinn von Wilsons Rede ist, daß, wenn es durch schlichte und offen ausgesprochene Grundsätze künftiger Politik zum Nachgeben gebracht werden kann, die ganze Welt dabei dasjenige gewinnen wird, was sie jetzt durch mitleidslose Gewalt zu erreichen strebt, daß ihr so die Dezimierung der weißen Rasse selbst erspart bleiben wird. „Als Bürgschaft", sagt der Korrespondent, „dafür, daß Amerika die Annahme seiner Politik der Selbstlosigkeit und unparteiischer Gerechtigkeit bei den Ententemächten durchzusetzen beabsichtigt,

fordert der Präsident die Staatsmänner Großbritanniens, Frankreichs und Italiens auf,

zu seiner Rede Stellung zu nehmen und ihn zu berichtigen, falls er sich geirrt haben sollte. Zweifellos versuchte er durch die üblichen Kanäle privater Besprechungen Einigkeit in der gemeinsamen Politik herzustellen. Jetzt aber appelliert er über die Köpfe der Regierungen und Staatsmänner hinweg unmittelbar an die Völker der ganzen Welt. Der Präsident fährt fort mit dem Hinweise darauf, was die

Einheit des Oberbefehls auf dem Schlachtfelde zustandegebracht habe und betont, daß die Einheit der Ziele und Gedanken in diesem Kriege ebenso unbedingt notwendig sind, wie die Kommandoeinheit auf dem Schlachtfelde. Mit der vollkommenen Einheit der Ziele und Gedanken werde auch der vollständige Sieg gesichert sein. Die Worte des Präsidenten verraten dem Korrespondenten eine gewisse Uneinigkeit zwischen den Vereinigten Staaten und ihren Kriegsverbündeten. Der russische Zusammenbruch, sagt er, wird von vielen als Folge auseinandergehender Bestrebungen angesehen. Vergeblich befürwortete Kerenskij die Erklärung von Kriegszielen, die der verschlagenen deutschen Propaganda unter den emanzipierten russischen Massen hatten entgegenarbeiten sollen. Jetzt ist der Sieg nahe. Einige von den alliierten Staatsmännern wollen dabei Dinge herausschlagen, die sich mit der Auffassung des Präsidenten von unparteiischer Gerechtigkeit nicht decken. Der Präsident sagt unzweideutig, daß

„kein besonderes, abgesondertes Interesse einer einzelnen Nation oder einer Gruppe von Nationen zur Grundlage irgendeines Teiles des Abkommens gemacht werden kann, wenn es sich nicht mit dem gemeinsamen Interesse aller verträgt".

So soll kein Quadratfuß Landes, kein Dollar Handelsumsatz für ein einzelnes Volk dem Frieden im Wege stehen dürfen, weil der Friede sonst nicht dauerhaft sein würde. Er würde nur solange dauern, bis das besiegte Volk wieder stark genug wäre, an seinem Feinde Rache zu nehmen. Alle anderen Völker hätten in der Zwischenzeit stehende Heere unterhalten, um sich gegen den zu erwartenden Kampf zu sichern. Höchst bemerkenswert nennt der Korrespondent auch die Erklärung des Präsidenten, daß es innerhalb des Bundes keinen wirtschaftlichen Boykott geben könne, außer der Befugnis des Völkerbundes selbst, wirtschaftliche Strafen als Mittel der Ordnung und Aufsicht über ein Volk zu verhängen. Der Präsident wolle keinen amerikanisch-britischen oder britisch-französisch-italienischen Verband noch ein anderes Bündnis gegen Deutschland oder ein anderes Volk innerhalb des Völkerbundes nach dem Kriege, denn daraus würden neue Kriege entstehen. Sogar in Amerika seien Stimmen laut geworden, sogar die von Roosevelt, die behaupteten, daß der Völkerbund ohne dauernde Wehrpflicht in Amerika und ohne Stütze einer starken physischen Macht nicht lebensfähig sei und die Abschaffung des Krieges unmöglich sein würde. Und der Richter Clarke vom Obersten Bundesgerichtshof sei wegen seiner Erklärung gegen die Differenzial-Zölle und für die gerechte Behandlung Deutschlands am Verhandlungstische leidenschaftlich als Deutschenfreund angegriffen worden. Wilson spreche also gegen eine solche Unduldsamkeit in Amerika, sowie

gegen die Rückständigkeit derjenigen alliierten Staatsmänner,

die nicht sehen wollten, daß die Volksmassen für den fortschrittlichen

Gedanken der Weltorganisation und des Internationalismus reif seien, die Wilson im Namen der Mehrheit des amerikanischen Volkes verkünde. Deutschland und Oesterreich bezweifelten die Aufrichtigkeit der Alliierten, weil, wie sie sagten, Wilson Worte spreche, die seine europäischen Verbündeten bei ihrem zukünftigen Handeln nicht zu befolgen beabsichtigten. Unter den Ententevölkern müsse Einigkeit herrschen. Nur dann werde das deutsche Volk Wilsons Bedingungen annehmen und ihm und den Friedensbedingungen der demokratischen Völker glauben. Die Besprechung schließt: „Dieses Jahr oder nächstes Jahr kann es Frieden geben, wenn das deutsche Volk bereit ist, den Preis dafür zu zahlen und nachgerade, weil Wilson glaubt, daß das deutsche und österreichische Volk heute aufrichtig nach dem Frieden rufen, wenn auch ihre Staatsmänner noch in Listen und Ränken befangen sind, spricht er über die Köpfe aller Staatsmänner hinweg zu den einfachen Leuten der ganzen Welt, den gewöhnlichen Leuten, die heute die Leiden des Krieges ertragen müssen und die allein bestimmen können, wie sie sich in Zukunft regieren lassen wollen und wie die Demokratie auf immer befestigt werden soll".

⊙	Sonnabend, 2. November 1918	⊙

„Norddeutsche Allgemeine Zeitung."

Erlaß des Kaisers zur Verfassungsänderung.

Berlin, 2. November. Der Kaiser hat bei dem Inkrafttreten der Verfassungsänderungen folgenden Erlaß an den Reichskanzler gerichtet:

Euerer Großherzoglichen Hoheit lasse ich in der Anlage den mir zur Ausfertigung vorgelegten Gesetzentwurf zur Abänderung der Reichsverfassung und der Gesetze, betreffend die Stellvertretung des Reichskanzlers vom 17. März 1878, zur alsbaldigen Veröffentlichung wieder zugehen. Ich habe den Wunsch, bei diesem für die weitere Geschichte des deutschen Volkes so bedeutungsvollen Schritt zum Ausdruck zu bringen, was mich bewegt. Vorbereitet durch eine Reihe von Regierungsakten, tritt jetzt eine neue Ordnung in Kraft, welche grundlegende Rechte von der Person des Kaisers auf das Volk übertragt. Damit wird eine Periode abgeschlossen, die vor den Augen künftiger Geschlechter in Ehren bestehen wird. Trotz aller Kämpfe zwischen überkommenen Gewalten und emporstrebenden Kräften hat sie unserem Volke jene gewaltige Entwicklung ermöglicht, die sich in den wun-

derbaren Leistungen dieses Krieges unvergänglich offenbart. In den furchtbaren Stürmen der vier Kriegsjahre aber sind alte Formen zerbrochen, nicht um Trümmer zu hinterlassen, sondern um neuen Lebensgestaltungen Platz zu machen. Nach dem Vollbringen dieser Zeit hat das deutsche Volk den Anspruch, daß ihm kein Recht vorenthalten wird, das eine freie glückliche Zukunft verbürgt. Diese Ueberzeugung verdanken die jetzt vom Reichstag angenommenen und erweiterten Vorlagen der Verbündeten Regierungen ihre Entstehung. Ich aber trete diesen Beschlüssen der Volksvertretung mit meinen hohen Verbündeten bei, in dem festen Willen, was an mir liegt, an ihrer vollen Auswirkung mitzuarbeiten, überzeugt, daß ich damit dem Wohle des deutschen Volkes diene. Das Kaiseramt ist Dienst am Volke. So möge die neue Ordnung alle guten Kräfte frei machen, deren unser Volk bedarf, um die schweren Prüfungen zu bestehen, die über das Reich verhängt sind, und um aus dem Dunkel der Gegenwart mit festem Schritt eine helle Zukunft zu gewinnen.

Berlin, den 28. Oktober 1918.

gez.: Wilhelm I. R.

gegengez.: Max Prinz von Baden.

* * *

In klarer und deutlicher Sprache bekennt sich der Kaiser durch diesen Erlaß zu der neuen Ordnung im Reiche. Fest und entschlossen tritt er auf den Boden der neuen Tatsachen. Wenn dies tatsächlich durch die Ausfertigung der neuen Gesetze geschehen ist, so spricht der Kaiser es in seinem Erlaß ausdrücklich und in Worten aus, die im Volke einen lebhaften Widerhall finden werden. Die große Bedeutung der Verfassungsänderungen erklärt es, daß der Kaiser seine eigene Stellung zu diesen wichtigen Neuerungen unseres Verfassungslebens gegen jeden Zweifel sichert. Aus seinen Worten spricht die volle Erkenntnis und zugleich die rückhaltlose Anerkennung der historischen Entwicklung, die Deutschland in diesen Wochen durchgemacht hat. Der Kaiser erinnert aber auch daran, daß die jetzige Entwicklung vorbereitet worden ist. Der erste Regierungsakt, an den dabei gedacht werden muß, ist der Ostererlaß, in dem die Richtung bereits deutlich erkannt wäre, in der sich unsere innere Entwicklung fortbewegen mußte. Im Zusammenhange mit jenem Erlaß und mit der Julibotschaft ist von dem Volkskönigtum der Hohenzollern gesprochen worden, und es entspricht der Auffassung, in der seine Vorfahren ihres hohen Amtes gewaltet haben, wenn der Kaiser jetzt sagt: „Das Kaiseramt ist Dienst am Volke". Mit diesem schönen Wort bezeichnet er das Verhältnis, das immerdar zwischen Kaiser und Volk bestehen soll, in prägnanter Kürze. Indem er aber betont, daß von der Person des Kaisers grundlegende Rechte auf das Volk übergegangen sind, bringt er ohne Zögern zum Ausdruck, daß wir in Deutschland den Schritt zur Volksregierung gemacht haben, und daß der Kaiser ihn billigt. Im Laufe des Krie-

ges hat der Kaiser wahl keine einzige Kundgebung ergehen lassen, die nicht eine warmherzige Anerkennung der gewaltigen Leistungen enthielte, die unser Volk in diesem Kriege vollbracht hat. Jetzt zieht er hieraus die letzte Folgerung, indem er den Anspruch des deutschen Volkes auf seine neuen Rechte ohne Einschränkung bejaht und für sich und die deutschen Bundesfürsten die Mitwirkung an der neuen Ordnung feierlich zusagt.

Es sind ernste, aber auch erhebende Worte, mit denen der Kaiser aus der schweren Gegenwart in eine Zukunft hinweist, die dem deutschen Volke einen neuen Aufstieg nicht versagen wird. Wir möchten glauben, daß der Erlaß des Kaisers einigend und versöhnend wirken wird. Möge er dazu beitragen, daß Streit und Zwist im Innern verschwinde und daß alle Kräfte sich auf die Aufgaben richten, die vor uns liegen und die nur ein einiges und fest zusammenhaltendes Volk zu bewältigen vermag.

Die Waffenstillstandsverhandlungen.

Fochs Vorschläge von den Gegnern angenommen.

Genf, 2. November. Der Pariser „Temps" meldet: Der große Kriegsrat hat in der Nacht zum Freitag die Verhandlungen über den Waffenstillstand abgeschlossen. Die Annahme der Vorschläge Foch's erfolgte einstimmig. Die endgültigen Waffenstillstandsbedingungen sind im Laufe des Freitags nach Newyork abgegangen.

„Münchener Neueste Nachrichten" (national und liberal):

Zur militärischen Lage.

Von Franz Carl Endres.

Trotz heftigster Anstrengung der Entente, vor dem Waffenstillstand noch ein militärisches Ergebnis von entscheidender Bedeutung zu erzielen, ist unsere Rückwartsbewegung, namentlich dank der festen Haltung unserer Truppen von der Oise bis an die Maas in den letzten Tagen langsamer gewarden. Hiemit ist trotz der Notwendigkeit ständigen Zurückgehens doch die Planmäßigkeit in den einzelnen Bewegungen gewahrleistet oder zum mindesten erleichtert.

Dem großen Angriff des feindlichen Nordflügels über die Linie Lille—Roulers—Thourout—Ostende gelang es nicht, unseren rechten Flügel so nach Norden abzudrehen, daß er hätte holländisches Gebiet betreten müssen. Die Bewegungen dieses deutschen Flügels, die sich in den letzten Tagen scharf nach Osten in allgemeiner Richtung auf Gent zu vollzogen, waren stark gefährdet durch feindliche Angriffe, die von Courtrai zwischen Lys und Schelde in nördlicher Richtung

vorstrebten. Die großen deutschen Kämpfe in der allgemeinen Linie Anseghem—Waereghem—Zulte haben deshalb erhöhte Bedeutung gewonnen. Die Zurücknahme der deutschen Stellungen in die allgemeine Linie Audenarde—Zulte konnte so lange hinausgeschoben werden, bis die Verhältnisse nördlich der Lys einigermaßen geordnet waren. Immerhin bleibt der Druck, der von den Feinden zwischen Schelde und Lys in nordöstlicher Richtung ausgeübt wird, ein bedenkliches Moment für unsere Rückzugsbewegung. Denn er bedroht nicht nur die linke Flanke unserer äußersten rechten Flügelgruppen von Süden her und beschleunigt ihre Rückwärtsbewegung, sondern der Feind ist auch in der Lage, aus der Linie Courtrai—Audenarde südlich schwenkend unsere Front in der allgemeinen Linie Gegend östlich Tournai—Condé—Le Quesnoy—Lambrecies zum vorzeitigen Abbau zu veranlassen.

Nachdem die großen Versuche Fochs, uns in den letzten Wochen aus der Linie Reims—Verdun die linke Flanke einzudrücken, an der Tapferkeit der in der Champagne, in den Argonnen und beiderseits der Maas kämpfenden deutschen Truppen gescheitert ist, versucht Foch nun in einzelnen Manövern zur strategischen Umfassung von Einzelteilen unserer Front zu gelangen. Dieser Absicht entspricht auch der heftige Durchbruchsversuch gegen unsere Ostfront südlich Cattillon, der, wenn er gelingen würde, nach Norden und nach Süden im Sinne einer aufrollenden Flankierung strategisch ausgenützt werden könnte.

Es kann in dieser Zeit schwierigster strategischer Bewegungen, die besonders deshalb schwierig sind, weil sie unter dem Druck eines heftig nachdrängenden Gegners zum Teil beträchtliche Frontveränderungen erfordern, nicht stark genug betont werden, daß unsere Armeen ganz vorzügliches leisten. Wäre der Geist unseres Heeres in dem Maße in Zerfall geraten, wie das Ueberängstliche oder Böswillige zu verbreiten belieben, so würden Bewegungen, wie sie in den letzten Wochen vorgenommen werden mußten, gar nicht mehr möglich gewesen sein. Heer und Heimat müssen sich darüber klar sein, daß gerade diese letzten strategischen und taktischen Waffengänge von allergrößter Bedeutung für die Ausgestaltung des Friedens sind. Denn der Eindruck, den der Feind von der Widerstandskraft unseres Heeres gewinnt, wird ohne Zweifel maßgebend sein für die Forderungen, die die Entente an uns stellen wird. Freilich ist es vom menschlichen Standpunkt aus entsetzlich, daß jetzt noch jeden Tag tausende von Menschen sterben müssen, nur weil die Entente aus durchsichtigen politischen Gründen den Waffenstillstand noch nicht abschließt. Diese militärische Tatsache sollte für die Millionen vernünftig Denkenden aller Parteien in Deutschland die natürliche politische Folge haben, ruhige Entschlossenheit auch im innerpolitischen Leben an den Tag zu legen. Innere Unruhen und eine Ausartung der freiheitlichen Entwicklung in eine willkürliche, würde nur den einzigen Erfolg haben, daß der Feind die Verhandlungsfähigkeit des deutschen Volkes bezweifelt und aus seiner militärischen Lage Konse-

quenzen zieht, die er unserem tapferen Heere gegenüber und einer zielbewußten, aber politisch vernünftigen deutschen Heimat gegenüber niemals ziehen könnte.

Unsere Lage ist durch den Abfall Oesterreichs nach wesentlich ernster geworden. Die Oesterreicher haben schon am 29. Oktober begonnen, Italien zu räumen. Nach allen Nachrichten scheint sich diese Räumung nicht, wie bei uns an der Westfront, mit vorgehaltenem Schild und gezogenem Schwert zu vollziehen, sondern planlos. Wenn auch der vollständige politische Zerfall des Kaiserstaates für diesen militärischen Zusammenbruch eine Erklärung bieten mag, so ist doch die Tatsache, daß Entente-Truppen bereits in Laibach eingerückt sind, daß die amerikanische und englische Flotte den Hafen von Triest besetzt haben, von entscheidender Bedeutung für die Beurteilung der rein strategischen Kriegslage. Es läßt sich heute noch nicht sagen, ob und wieviel deutsch-österreichische Truppen die Verteidigung Tirols übernehmen werden. Jedenfalls muß mit der Möglichkeit gerechnet werden, daß Bayern seine Grenzen zu verteidigen hat. Daß man bei diesem Gedanken schmerzlich von der Tatsache berührt wird, daß viel zu lange sehr starke deutsche Truppen in der Ukraine gelassen wurden, ist selbstverständlich. Der ausgiebige Schutz bayerischer Grenzen, den wir hiermit ernstlich fordern, ist nicht eine Sache Bayerns allein, sondern eine unendlich wichtige Sache des Reiches. Das Gefühl, vom Großen Hauptquartier in vollkommen hinreichender Weise geschützt zu werden, wird das beste Mittel darstellen, um den Reichsgedanken in allen Kreisen Bayerns auch in der Stunde der Gefahr unbedingt aufrecht zu erhalten.

Die Neuordnung in Bayern.

Der Rücktritt des Kabinetts.

München, 2. November. Der König hat an das Gesamtministerium ein Handschreiben gerichtet, in welchem er es für notwendig erachtet, daß die durch das Vertrauen der Krone berufenen Staatsminister zugleich dauernd von dem Vertrauen des Landtags als der verfassungsmäßigen Vertretung des bayerischen Volkes getragen werden. Daraufhin haben sämtliche Minister, um die Neubildung des Ministeriums zu ermöglichen, die Krone um Enthebung von ihren Amtsstellen gebeten. In einem zweiten Handschreiben wird Minister v. Dandl beauftragt, die Neubildung des Ministeriums einzuleiten und die sämtlichen Minister ersucht, die Geschäfte vorläufig weiterzuführen.

Die Waffenstillstandsbedingungen für Oesterreich-Ungarn.

WTB Wien, 2. November. Amtlich wird verlautbart: Die von den Italienern aufgestellten Waffenstillstandsbedingungen lauten:

Zu Lande:

Sofortige Einstellung der Feindseligkeiten zu Lande, zu Wasser und in der Luft. Gänzliche Demobilisierung Oesterreich-Ungarns und sofortige Zurückziehung aller Einheiten, die an der Front von der Nordsee bis zur Schweiz operieren. Auf dem Gebiete Oesterreich-Ungarns wird innerhalb der nachfolgend angeführten Grenzen als österreichisch-ungarische Wehrmacht nur ein Maximum von zwanzig Divisionen, auf den Friedensstand vor dem Kriege herabgesetzt, aufrechterhalten. Die Hälfte des gesamten Divisions- und Korpsartilleriematerials, sowie die entsprechende Ausrüstung von all dem, was sich auf dem vom österreichisch-ungarischen Heere zu evakuierenden Gebiete befindet, wird an den von den Alliierten und den Vereinigten Staaten zu bestimmenden Punkten angesammelt werden müssen, um ihnen ausgeliefert zu werden.

Evakuierung jedes von Oesterreich-Ungarn seit Kriegsbeginn mit Waffengewalt besetzten Gebietes und Zurückziehung der österreichisch-ungarischen Kräfte innerhalb eines vom Oberkommando der alliierten Kräfte an den verschiedenen Fronten zu bestimmenden Termins jenseits einer wie folgt festgesetzten Linie: Von der Umbroilspitze bis nördlich des Stilfser Joches wird diese Linie den Kamm der Rhätischen Alpen verlaufen bis zu den Quellen der Etsch und der Eisack, über den Reschen und Brenner Berg auf den Höhen des Oetz und des Ziller laufen. Die Linie wird gegen den Süden wenden, den Toblacher Berg überschreiten und die jetzige Grenze der Kaenischen Alpen erreichen. Sie wird die Grenze bis zum Tarvisberg verfolgen und nach dem Tarvisberg die Wasserscheide der Julischen Alpen über den Predalpaß, den Mangart, den Tricomo (Triglav) und die Wasserscheide des Poddrdopasses von Bodlanischen und von Idria. Von diesen Punkten ausgehend wird die Linie in südöstlicher Richtung gegen den Schneeberg verlaufen, das ganze Savebecken mit Zuflüssen ausgenommen. Vom Schneeberg wird die Linie gegen die Küste heruntergehen, sodaß Castua, Mattuglie und Volosca in dem evakuierten Gebiete eingeschlossen sind. Sie wird desgleichen den jetzigen administrativen Grenzen der Provinz Dalmatien folgen, im Norden Lissarica und Tribani, im Süden eine Linie einschließen, welche an der Küste von Kap Planca ausgeht und gegen Osten die höchsten Punkte der die Wasserscheide bildenden Höhen verfolgt, sodaß in den evakuierten Gebieten alle Täler und Wasserläufe indegriffen sind, die gegen den Sebenico abfallen, wie der Cicola, die

Kerka, die Buttsnica und ihre Zuflüsse. Sie wird auch alle im Norden und Westen Dalmatiens gelegenen Inseln umfassen, Prenuda, Selve, Ulbo, Scharda, Maon, Paga und Punta Dura, im Norden bis zum Süden von Meleda mit Einschluß von San Andrea, Busi, Lissa, Lesina, Torcola, Curzala, Ozza und Lagosta, sowie auch der umliegenden der Insel Tirana grande et piccola, Bua, Slota und Eilande und Inselchen und Pelagosa mit Ausnahme Brazza. Alle genannten Gebiete werden von den Truppen der Alliierten und der Vereinigten Staaten besetzt werden.

Hierbei hat das ganze militärische Material und das Material der Eisenbahnen, das sich auf den zu besetzenden Gebieten befindet, an Ort und Stelle zu verbleiben. Auslieferung dieses ganzen Materials (Versorgung mit Kahlen inbegriffen) an die Alliierten und die Vereinigten Staaten nach den von dem Oberkommando der Kräfte der verbündeten Mächte an den verschiedenen Fronten zu treffenden speziellen Weisungen. Es darf keine neue Zerstörung oder Plünderung oder neue Requisition von den feindlichen Truppen auf dem vom Feinde zu räumenden aber von Kräften der verbündeten Mächte zu besetzenden Gebiete geschehen.

Die Verbündeten werden das absolute Recht haben a) einer freien Bewegung für ihre Truppen auf jeder Straße oder Eisenbahn oder Wasserweg des österreichisch-ungarischen Gebietes und des Gebrauches der nötigen österreichisch-ungarischen Transportmittel, b) mit verbündeten Kräften alle jene strategischen Punkte in Oesterreich-Ungarn für die den Alliierten nötig erscheinende Zeit zu besetzen, zum Zwecke dort zu wahnen, oder die Ordnung aufrecht zu erhalten, c) zu Requisitionen gegen Bezahlung zugunsten der verbündeten Heere, wo immer sie sich befinden.

Der vollständige Abzug aller deutschen Truppen innerhalb 15 Tagen nicht nur von der italienischen und Balkanfront, sondern vom ganzen österreichisch-ungarischen Territorium und die Internierung aller deutschen Truppen, welche Oesterreich-Ungarn an diesem Tage nicht verlassen haben.

Sofortige Heimsendung ohne Gegenseitigkeit aller Kriegsgefangenen und internierten Untertanen der Alliierten, auch der von ihren Wohnstatten entfernten Zivilbevölkerung nach Bedingungen, welche von den verbündeten Oberkommandanten an den verschiedenen Fronten festzusetzen sind.

Seebedingungen.

Sofortige Einstellung jeder Feindseligkeiten zur See und genaue Angabe des Aufenthaltsortes und der Bewegungen aller österreichisch ungarischen Schiffe. Es wird den Neutralen bekannt gegeben werden, daß die Schiffahrt der Kriegs- und Handelsmarine der Alliierten und der verbündeten Mächte in allen Territoriumsgewässern freigegeben wird, ohne daß hierdurch irgendwie Neutralitatsfragen aufgeworfen werden.

Uebergabe von fünfzehn österreichisch-ungarischen Unterseebooten, die von 1910 bis 1918 gebaut worden sind und aller deutschen Unterseeboote, die sich in den österreichisch-ungarischen Gewässern befinden oder dorthin gelangen können, an die Alliierten und die Vereinigten Staaten. Vollständige Abrüstung und Demobilisierung aller anderen österreichisch-ungarischen Unterseeboote, die unter Ueberwachung der Alliierten und Vereinigten Staaten bleiben müssen.

Uebergabe von drei Schlachtschiffen, drei leichten Kreuzern, neun Torpedobootszerstörern, eines Minenlegers, sechs Donaumonitoren mit ihrer Bewachung, Ausrüstung und Verpflegung an die Alliierten und die Vereinigten Staaten, die die Schiffe bestimmen werden. Alle anderen Oberwasser-Kriegsschiffe (Flußschiffe mit inbegriffen), müssen in den österreichisch-ungarischen Häfen, die die Vereinigten Staaten und die Alliierten bestimmen werden, vereinigt, demobilisiert und vollständig abgerüstet werden. Sie werden unter die Ueberwachung der Alliierten und der Vereinigten Staaten gestellt.

Freiheit der Schiffahrt aller Schiffe der Kriegs- und Handelsmarine der Alliierten und der verbündeten Mächte der Adria, die territorialen Gewässer inbegriffen, auf der Donau und ihren Nebenflüssen innerhalb des österreichisch-ungarischen Gebietes. Die alliierten und die verbündeten Mächte werden das Recht haben, alle Minenfelder zu räumen, und die Spereen zu zerstören, deren Lage ihnen angegeben werden muß. Um die Freiheit der Schiffe auf der Donau zu schützen, dürfen die Alliierten und die Vereinigten Staaten alle Befestigungen und Verteidigungswerke entweder besetzen oder schleifen.

Aufrechterhaltung der Blockade seitens der Alliierten und der verbündeten Mächte unter den gegenwärtigen Bedingungen. Oesterreichisch-ungarische Schiffe, die auf der Fahrt angetroffen werden, unterliegen der Kaperung. Unberührt bleiben die Ausnahmen, die von Seiten einer von den Alliierten und den Vereinigten Staaten eingesetzten Kommission werden zugelassen werden.

Vereinigung und Belassung aller Luftstreitkräfte der Marine in einem von den Alliierten und den Vereinigten Staaten bestimmten Hafen.

Coakuierung der ganzen Küste und aller Handelshäfen, die von Oesterreich-Ungarn außerhalb seines nationalen Gebietes besetzt sind, und Besetzung des ganzen schwimmenden und Schiffsmaterials, der Verpflegungsvorräte und Navigationsmittel jeder Art.

Die Besetzung aller Land- und Seebefestigungen und der zur Verteidigung von Pola eingerichteten Insel, sowie der Werft und des Arsenals durch die Alliierten und der Vereinigten Staaten.

Rückgabe aller von Oesterreich-Ungarn den Alliierten und den verbündeten Mächten weggenommenen Handelsschiffe.

Verbot jedweder Zerstörung von Anlagen oder Material vor der Raumung, Uebergabe oder Rückgabe.

Hierzu wird bemerkt, daß die vorgenannten Waffenstillstandsbedingungen ohne Präjudiz für den spateren Frieden angenommen wurden. Es wurde dabei vorausgesetzt, daß die Punkte freie Bewegung der Truppen und der Schiffahrt nicht so zu verstehen sind, daß die feindliche Armee die freie Bewegung zu einem Angriff auf Deutschland ausnützen könne. Sollte diese Voraussetzung nicht zutreffen, so mußte dagegen Protest eingelegt werden. Was soll aber der Protest nützen?

⊙	**Sonntag, 3. November 1918**	⊙

WTB **Wien**, 3. November. Auf dem italienischen Kriegsschauplatz haben unsere Truppen auf Grund des abgeschlossenen Waffenstillstandes die Feindseligkeiten eingestellt.

Die Verlautbarung der Waffenstillstandsbedingungen erfolgt besonders. Der Chef des Generalstabes.

Die Uebergabe der Türkei.

Die Waffenstillstandsbedingungen.

Reuter meldet: Der mit der Türkei abgeschlossene Waffenstillstand enthält folgende Bedingungen:

1. Die Oeffnung der Dardanellen und des Bosporus und freier Zugang zum Schwarzen Meer, Besetzung der Forts in den Dardanellen und im Bosporus durch die verbündeten Truppen.

2. Die Lage aller Minenfelder, Torpedolanziervorrichtungen und anderer Sperrmittel in den türkischen Gewässeen wird mitgeteilt und bei ihrer Zerstörung oder Besettigung Beistand geleistet.

3. Alle verfügbaren Informationen über Minen im Schwarzen Meere sind mitzuteilen.

4. Alle alliierten Kriegsgefangenen und Internierten oder gefangenen Armenier sind in Konstantinopel zu versammeln und bedingungslos den Alliierten zu übergeben.

5. Sofortige Demobilisierung der türkischen Armee mit Ausnahme solcher Truppen, die für die Bewachung der Grenze und für die Aufrechterhaltung der inneren Ordnung erforderlich sind. Der Effektivbestand des Heeres und seine Verteilung werden später von den Alliierten nach vorheriger Beratung mit der türkischen Regierung festgesetzt.

6. Auslieferung aller Kriegsschiffe, die sich in den türkischen Gewässern oder in den von der Türkei okkupierten Gewässern befinden. Diese Schiffe sind in den von der Entente bezeichneten türkischen oder anderen Häfen zu internieren, mit Ausnahme solcher kleinerer Fahrzeuge, die für den Polizeidienst und ähnliche Zwecke in den türkischen Hoheitsgewässern notwendig sind.

7. Die Alliierten erhalten das Recht, alle strategischen Punkte zu besetzen, falls eine Lage entsteht, die die Sicherheit der Alliierten bedroht.

8. Allen alliierten Schiffen stehen sämtliche Häfen und Ankerplätze, die augenblicklich in türkischen Händen sind, zur freien Verfügung; den feindlichen Schiffen ist ein derartiger Gebrauch zu verweigern. Aehnliche Bedingungen sind auf die Demobilisierung der Armee anzuwenden.

9. Alle Schiffsreparaturvorrichtungen in sämtlichen türkischen Häfen und Arsenalen werden zur Verfügung gestellt.

10. Die Alliierten besetzen die Taurus-Tunnelanlagen.

11. Die unverzügliche Zurückziehung der türkischen Truppen aus Nordwest-Persien bis hinter die vor dem Kriege gültige Grenze ist bereits befohlen worden und wird ausgeführt werden, die Räumung eines Teils des Kaukasus durch die türkischen Truppen ist bereits befohlen worden, der Rest ist zu räumen, wenn es von den Alliierten gefordert wird, nachdem sie zuvor die dortige Lage geprüft haben.

12. Drahtlose Telegramm- und Kabelstationen kommen unter Kontrolle der Alliierten außer für türkische Regierungstelegramme.

13. Der Türkei wird verboten, irgendwelches Marine-, Militär- und Handelsmaterial zu zerstören.

14. Erleichterungen werden für den Ankauf von Kohle, Oel, Brennstoffen und Schiffsmaterial, die türkischer Produktion sind, gewährt, nachdem zuvor die Bedürfnisse des Landes befriedigt sind. Nichts von dem obenerwähnten Material darf exportiert werden.

15. Alle Bahnen sind unter Kontrolle alliierter Offiziere zu stellen, einschließlich der Teile der transkaukasischen Eisenbahnen, die augenblicklich unter türkischer Herrschaft sind und die zur freien und vollständigen Verfügung der alliierten Behörden zu stellen sind, wobei den Bedürfnissen der Bevölkerung in angemessener Weise Rechnung getragen wird. Diese Bestimmung schließt die Besetzung von Batum durch die Alliierten in sich. Die Türkei wird keinen Einspruch gegen die Besetzung von Baku durch die Alliierten erheben.

16. Auslieferung aller Garnisonen im Hedschas, Assyrien, Yemen, Syrien und Mesopotamien an die nächsten verbündeten Kom-

mandanten und die Zurückziehung der Truppen aus Cilicia mit Ausnahme derjenigen, die notwendig sind, um die Ordnung aufrecht zu erhalten.

17. Die Auslieferung aller türkischen Offiziere in Tripolis und Cyrenaika an die nächsten italienischen Garnisonen. Die Türkei verpflichtet sich, die Versorgung dieser Offiziere und jede Verbindung mit ihnen einzustellen, sollten sie dem Befehl, sich zu übergeben, nicht Folge leisten.

18. Alle Hafen in Tripolis und Cyrenaika einschließlich Misurata müssen der nächsten verbündeten Garnison ausgeliefert werden.

19. Alle deutschen und österreichischen Marine-, Militär- und Zivilpersonen müssen innerhalb eines Monats aus den türkischen Gebieten entfernt werden. In entfernteren Distrikten befindliche Personen müssen so schnell wie möglich abgeschoben werden.

20. Die Turkei verpflichtet sich, den Anordnungen nachzukommen, die die Bestimmungen über Ausrüstungen, Waffen- und Munitionsvorräte betreffen, einschließlich des Transportes desjenigen Teils des türkischen Heeres, das nach Punkt 5 zu demobilisieren ist.

21. Ein Vertreter der Verbündeten wird dem türkischen Versorgungsministerium beigegeben, um die Interessen der Verbündeten wahrzunehmen. Diesem Vertreter werden die dazu nötigen Vollmachten gegeben werden.

22. Die türkischen Kriegsgefangenen stehen zur weiteren Verfügung der verbündeten Mächte. Die Entlassung der türkischen Zivilgefangenen und solcher Gefangener, die das militärische Alter überschritten haben, wird in Erwagung gezogen.

23. Die Türkei verpflichtet sich, alle Beziehungen zu den Mittelmächten aufzugeben.

24. Für den Fall, daß in den armenischen Vilajets Unordnungen sich zeigen, behalten die Verbündeten sich das Recht vor, irgendeinen Teil dieser Vilajets zu besetzen.

25. Die Feindseligkeiten zwischen den Verbündeten und der Türkei hören am Donnerstag, den 31. Oktober 1918, um 12 Uhr mittags auf.

Montag, 4. November 1918

Ein Aufruf der Regierung!

An das deutsche Volk!

Die Not der Zeit lastet auf der Welt und auf dem deutschen Volke. Wir müssen diese schweren Tage und ihre Folgen überwinden. Jetzt schon müssen wir arbeiten für die glücklicheren Zeiten,

auf die das deutsche Volk ein Anrecht hat. Die neue Regierung ist am Werke, diese Arbeit zu leisten. Wichtiges ist erreicht:

Das gleiche Wahlrecht in Preußen ist gesichert.

Eine neue Regierung hat sich aus den Vertretern der Mehrheitsparteien gebildet.

Der Reichskanzler und seine Mitarbeiter bedürfen zu ihrer Amtsführung des Vertrauens des Reichstages und damit des Volkes.

Grundlegende Rechte sind von der Person des Kaisers auf die Volksvertretung übertragen worden.

Kriegserklärung und Friedensschluß unterliegen der Genehmigung des Reichstages.

Die Unterstellung der Militärverwaltung unter den verantwortlichen Reichskanzler ist durchgeführt.

Eine weitgehende Amnestie wurde erlassen.

Pressefreiheit und Versammlungsrecht sind gewährleistet. Doch viel bleibt noch zu tun.

Die Umwandlung Deutschlands in einen Volksstaat, der in politischer Freiheit und sozialer Fürsorge hinter keinem Staate der Welt zurückstehen soll, wird entschlossen weitergeführt.

Die Neugestaltung kann ihre befreiende und heilende Wirkung nur ausüben, wenn sie einen Geist in den Verwaltungs- und Militärbehörden findet, der ihre Zwecke erkennt und fördert. Wir erwarten von unseren Volksgenossen, die in amtlicher Stellung dem Gemeinwesen zu dienen berufen sind, daß sie uns willige Mitarbeiter sein werden.

Wir brauchen in allen Teilen des Staates und des Reiches die

Aufrechterhaltung der öffentlichen Sicherheit durch das Volk selbst.

Wir haben Vertrauen zu dem deutschen Volk. Es hat sich in vier furchtbaren Kriegsjahren glänzend bewährt. Es wird sich nicht von Phantasten sinnlos in ein neues Elend und Verderben hineintreiben lassen.

Selbstzucht und Ordnung tun not. Jede Disziplinlosigkeit wird den Abschluß eines baldigen Friedens auf das schwerste gefährden.

Die Regierung und mit ihr die Leitung von Heer und Flotte wollen den Frieden. Sie wollen ihn ehrlich und sie wollen ihn bald. Bis dahin müssen wir die Grenzen vor dem Einbruch des Feindes schützen. Den seit Wochen in hartem Kampf stehenden Truppen muß durch Ablösung Ruhe geschafft werden. Nur zu diesem Zweck, aus keinem anderen Grunde, sind Einberufungen der letzten Tage durchgeführt worden.

Den Mannschaften des Landheeres und der Flotte wie ihren Führern gebührt unserer besonderer Dank. Durch ihren Todesmut

und ihre Manneszucht haben sie das Vaterland gerettet.
Zu den wichtigsten Aufgaben gehört

der Wiederaufbau unserer Volkswirtschaft

damit die von der Front in die Heimat zurückkehrenden Soldaten und Matrosen in geordneten Verhältnissen die Möglichkeit vorfinden, sich ihre und ihrer Familie Existenz wieder zu sichern. Alle großen Arbeitgeberverbände haben sich bereiterklärt, ihre früheren, jetzt eingezogenen Angestellten und Arbeiter sofort wieder einzustellen. Arbeitsbeschaffung, Erwerbslosenunterstützung, Wohnungsfürsorge und andere Maßnahmen auf diesem Gebiete sind teils in Vorbereitung, teils schon durchgeführt.

Mit dem Friedensschluß wird sich bald eine Besserung der Ernährung wie aller Lebensverhältnisse einstellen.

Deutsche Männer und deutsche Frauen!

Kampf und Friede sind unsere gemeinsame Aufgabe, Staat und Reich sind unsere gemeinsame Zukunft.

Euer Vertrauen,

das uns unentbehrlich ist in der Stunde der Gefahr, ist in Wahrheit nichts anderes, als das Vertrauen des deutschen Volkes zu sich selbst und zu seiner Zukunft. Die gesicherte Zukunft Deutschlands ist unser Leitstern.

Berlin, 4. November 1918.

Der Reichskanzler:
Max, Prinz von Baden.

Der Stellvertreter des Reichskanzlers:
s. Payer.

Der Vizepräsident des preußischen Staatsministeriums:
Dr. Friedberg.

Die Staatssekretäre:
Dr. Solf, Graf von Roedern, Dr. von Krause, Rüdlin, von Waldow, Freiherr von Stein, Scheidemann, Gröber, Erzberger, Haußmann, Bauer, Trimborn.

Der Staatssekretär des Reichsmarineamts:
Ritter von Mann.

Der Kriegsminister: Scheuch.

■ ■

Einen Aufruf der Sozialdemokratie

veröffentlicht der „Vorwärts". Darin heißt es:

Durch unterschriftlose Flugblätter und durch Agitation von Mund zu Mund ist an Euch die Aufforderung ergangen, in den nächsten Tagen die Betriebe zu verlassen und auf die Straße zu gehen. Wir raten Euch dringend, dieser Aufforderung nicht zu folgen. Wie Ihr alle wißt, befindet sich die sozialdemokratische Partei im Zuge einer sehr wichtigen Aktion. Sie hat einige Genossen in die Regierung entsandt, damit diese schleunigst Frieden schließe und im Innern alle bürgerlichen Freiheiten herstelle, deren die Arbeiterklasse zu ihrer weiteren Entwicklung bedarf. Seit dem Eintritt unserer Genossen in die Regierung hat diese an die Gegner ein Angebot gerichtet, das in kürzester Zeit zu Waffenstillstand und Frieden führen muß; das gleiche Wahlrecht in Preußen durchgesetzt; dem Reichstag die Stellung der eigentlichen Zentralgewalt im Reiche verschafft und das persönliche Regiment beseitigt; die Unterstellung der Militärgewalt unter die Zivilgewalt durchgeführt und damit den Militarismus des stärksten Rückhalts beraubt; die Preß- und Versammlungsfreiheit erweitert; Liebknecht und viele andere aus dem Gefängnis befreit. Dies alles genügt uns nicht. Wir arbeiten weiter, um kriegshetzerische Strömungen zu bekämpfen und die Demokratisierung Deutschlands bis aufs Letzte durchzuführen. Wie Ihr alle aus den Zeitungen wißt, hat Genosse Scheidemann im Einvernehmen mit der Partei dem Reichskanzler empfohlen, er möge dem Kaiser raten, zurückzutreten. Ueber diese Frage schweben in dem Augenblick noch wichtige Verhandlungen. Arbeiter, Parteigenossen! Wir fordern Euch auf, diese Verhandlungen nicht durch unbesonnenes Dazwischentreten zu durchkreuzen. Wir stehen vor den schwersten Entscheidungen, jeden Tag können wir in die Lage kommen, Euch auffordern zu müssen, daß Ihr Euer Wort in die Wagschale der Entscheidung werfen mögt. Jetzt gilt es aber, ruhig Blut und Disziplin zu wahren und sich von keinerlei Verwirrungsparolen einfangen zu lassen. Je geschlossener Ihr unsere Aktion unterstützt, desto früher werden alle militärischen Einziehungen und sonstigen Maßnahmen, die Euch beunruhigen wieder rückgängig gemacht werden, desto sicherer werden wir rasch zu einem dauernden Frieden gelangen, desto ohnmächtiger werden alle Versuche der Reaktion bleiben, sich wieder in den Sattel zu setzen. Aus unbesonnenen Streichen kann einzelnen von Euch und der Gesamtheit nur namenloses Unglück erwachsen. Aktionen, die Erfolg versprechen, müssen von der Gesamtheit der Arbeiterschaft getragen sein. Für solche ist aber jetzt der Augenblick nicht da. Folgt darum keiner Parole, die von einer unverantwortlichen Minderheit ausgegeben wird!

„Kieler Zeitung„ (liberal):

Unruhen in Kiel.

Zu Unruhen ist es am gestrigen Sonntag in der Stadt gekommen. Am Nachmittag 4 Uhr 15 Minuten fand auf dem großen Exerzierplatz

eine Versammlung statt, an der sich Marinemannschaften und Arbeiter beteiligten und auf der ein Führer der unabhängigen Sozialdemokratie eine Ansprache hielt. Nach Beendigung der Versammlung bildete sich ein Zug, der auf seinem Wege in die Stadt die Mannschaften aus der „Waldwiese" herausholte und das Lokal erheblich zerstörte und sich verschiedener Waffen bemächtigte. Der Zug bewegte sich dann über das Sophienblatt, am Bahnhof vorbei, wo eine Patrouille entwaffnet wurde, durch die Holstenstraße, über den Markt und die Dänische Straße nach der Bennswikerstraße. Unterwegs drangen Leute in die Lokalitäten ein, um die darin weilenden Marinemannschaften und Arbeiter aufzufordern, sich ihnen anzuschließen. Das Ziel des Zuges war die Militär-Arrest-Anstalt in der Feldstraße. Die vom 3. Geschwader wegen schwerer Gehorsamsverweigerungen dort untergebrachten Gefangenen sollten mit Gewalt befreit werden. An der Ecke der Karl- und der Brunsmikerstraße bei der Hoffnung war die Straße durch Militär abgesperrt. Der Befehl des Offiziers forderte die Menge zum Auseinandergehen auf.

Die Demonstranten drangen trotzdem vor. Darauf gab der Offizier Befehl zu einem Schreckschuß in die Luft. Die Menge drängte aber weiter vor, worauf Befehl zum Scharfschießen erfolgte. Es gab 8 Tote und 29 Verwundete. Aus der Menge wurde auch geschossen und mit Steinen geworfen. Auf das Feuer der Militär-Schutzwache hin floh die Menge nach allen Seiten auseinander. Um 8 Uhr herrschte wieder Ordnung in den Straßen, wenn auch bis Mitternacht an einigen Stellen kleine und größere Gruppen noch zusammen waren.

„Schleswig-Holsteinische Volkszeitung" (sozialdemokratisch):

Das Ende mit Schrecken?

Die Hydra des Aufruhrs hat gestern abend ihr wildes Schlangenhaupt erhoben. Abteilungen von Matrosen und Applikanten verteidigten mit Maschinengewehren, Gewehren und Revolvern das Gefängnis in der Feldstraße gegen meuternde Matrosen, die ihre Kameraden daraus befreien wollten. Soll wirklich die Selbstzerfleischung, das Ende mit Schrecken werden, noch dem Schrecken ohne Ende? Nach dem Elend und Jammer dieses Weltkrieges?

Die Marinebehörden glauben im Recht gehandelt zu haben, denn sie setzten Gewalt einem gewaltsamen Angriff entgegen. Aber dieses Recht ist nur das enge und vergängliche des jeweils geltenden Buchstabens. Das ist das Unheilvolle und Tragische der gegenwärtigen Lage, daß das Böse fortzeugend Böses gebieret, daß der innere Widerspruch und der Klassencharakter des Militarismus schließlich zum tragischen Ende führen muß.

Den Kommandostellen mußte seit langem die Gärung unter den Matrosen, namentlich bestimmter Schiffe, bekannt sein. Sie haben ernste Sorgen und Beschwerden. Man hat auch versucht, die heraufziehende Gefahr durch gutes Zureden zu beschworen. Aber auch hier mußte dem herrschenden Militarsystem seine innere Zwiespaltigkeit zum tragischen Verhangnis werden, denn gegenuber der sogenannten vaterländischen Aufklarung hat sich der Soldat nachgerade daran gewöhnt, gerade das Gegenteil von dem für wahr zu halten, was ihm gesogt wird. Alle Bemühungen, das Unheil abzuwenden, mußten in ihr Gegenteil umschlagen, weil sie völlig verfehlt waren und zeigten, daß den noch herrschenden Gewalten jedes Gefühl für Psychologie des Mannes abgeht. Am Sonnabend voriger Woche wollten sich die Matrosen bestimmter Schiffe im Gewerkschaftshaus versammeln. In der gegenwärtigen Situotion wäre es das Gegebene gewesen, wenn die Marinebehörden ihre Vertreter hingeschickt, Rede und Antwort gestanden und bestimmte Zusicherungen gemacht hatten. Dann hatte das Unheil beschworen werden können. Aber der Gedanke, sich in Rede und Gegenrede des freien deutschen Mannes dem Soldaten gegenuber zu stellen, will dem Militarismus nicht in den Kopf. Seine einzige Logik und das Argument, das ihm am beweiskräftigsten erscheint, ist die brutale Gewalt. Das Gewerkschaftshaus wurde für Sonnabend den Matrosen verboten. Wie wir befurchteten, hat dieses Verdot das Gegenteil von dem erreicht, was deabsichtigt war. Am Abhalten von Versammlungen verhindert, kamen die Matrosen auf den Gedanken, zu demonstrieren. Durch kleine Handzettel wurden die Arbeiter aufgefordert, sich an der Demonstration zu beteiligen. Als Gegenmaßnahme wurde Alarm geschlagen, der die Matrosen zwingen sollte, sich auf ihre Schiffe und in ihre Quartiere zu begeben. Dieser Alarm aber, der in den gestrigen Nachmittagsstunden mit Trommelwirbeln und Trompetenstoßen die Straßen von Kiel durchhallte, ist in Wirklichkeit auf nichts anderes hinausgelaufen, als auf eine kräftige Agitation für die Demonstration. Denn zweifellos sind viele Matrosen erst durch ihn auf das Vorhaben ihrer Kameraden aufmerksam gemacht worden. So nahm dos Unheil seinen Lauf, und schließlich blieben dem Marinekommando als Letztes und Hauptargument das Maschinengewehrfeuer und die Kugeln aus Kleinkalibern, die gestern die Straßen von Kiel durchpfiffen, als letzte Stütze eines morschen, zusammenbrechenden Systems. Nach den uns zugegongenen Mitteilungen hat es gestern abend etwa 8 Tote und 29 Verwundete gegeben, dorunter auch Frauen und Kinder. Blutlachen liegen in der Brunswikerstraße, wo der Hauptzusammenstoß der demonstrierenden Menge mit der absperrenden Abteilung stattfand. Ueber den Vorgang ist uns folgender Bericht zugegangen:

Auf dem großen Exerzierplatz sind gesteen abend schätzungsweise 3000 Personen, vorwiegend Matrosen, versammelt gewesen.

Von verschiedenen Rednern wurde dazu aufgefordert, die gefangenen Kameraden zu befreien. Ein Arbeiterführer, der auf die heute nachmittag stattfindende Vertrauensmännerversammlung hinwies und zur Besonnenheit mahnte, wurde durch erregte Zurufe übertönt. Matrosen drangen in die Kaserne der Waldwiese ein und ermöglichten es den dort zurückgehaltenen Matrosen, ihnen zu folgen. Als der Zug in der Brunswikerstraße, Ecke Karlstraße, angelangt war, stieß er auf eine Straßenabsperrung von etwa 48 Matrosen und Applikanten, die von einem Leutnant befehligt wurden. Auf das Kommando des Leutnants wurden Salven gegen die anrückende Menge abgeschossen. Zuerst waren es Platzpatronen, das zweitemal aber wurde scharf geschossen. Hierbei gab es 8 Tote und, wie wir hören, 29 Verwundete, darunter Frauen und Kinder. Nach bis in die Nacht hinein standen in den Straßen von Kiel um das Gefängnis in der Feldstraße herum Abteilungen mit zusammengestellten Gewehren.

Die Zensurstelle gibt an, daß der befehlende Offizier dreimal an die Menge die Aufforderung richtete, auseinanderzugehen, und daß dann erst der Befehl zum Schießen erfolgte.

Wir bedauern die gestrigen Vorgänge auf das tiefste, weil wir in ihnen die tragische Auswirkung eines Zwiespalts sehen, der tiefer liegt, als im persönlichen Verschulden einzelner, der seine Ursache in der Klassenscheidung hat, die den Gesellschaftskörper trennt und zerreißt und sich nirgends so kraß widerspiegelt, als im Militarismus mit seiner Kluft zwischen Offizier und Mann, mit jener aus dem Feudalismus entstandenen Behandlung und Rechtsstellung der Mannschaften, die diese als bloßes Objekt betrachten und sie bedingungslos dem Willen ihrer Vorgesetzten ausliefern. Dieses System, das den Analphabeten und Leibeigenen des Feudalismus auf den Leib geschrieben war, muß bei dem Soldaten des modernen Industriestaates notwendig Schiffbruch erleiden. Nun stehen die Matrosen bereits vier Jahre unter einem Druck und einem Drill, der sie mit eisernen Zangen hält. Ungeheure, nur zu lange niedergehaltene Kräfte gären in den jungen Kapsen und drängen nach Betätigung. Ueberall aber stoßen sie gegen eine eiserne Mauer kalter Verständnislosigkeit. Da ist es kein Wunder, wenn ihr Druck zu gegebener Zeit überstark wird und sich gewaltsam ein Ventil sucht, das ihm fehlt. Wäre unsere Militärverfassung auch nur zum Teil der gesellschaftlich-politischen Entwicklung gefolgt und hätte sie sich daran gewöhnt, auch in dem Soldaten den Staatsbürger und freien Mann zu sehen, dann wären solche gewaltsamen Putsche, wie sie jetzt versucht werden, nicht möglich. Die Geschichte der modernen Arbeiterbewegung lehrt, daß der unorganisierte verzweifelte Putsch jedesmal die notwendige Folge politischer Rechtlosigkeit gewesen ist und daß er aufhört, sobald die Möglichkeiten für die organisierte und geregelte Geltendmachung der Forderungen geschaffen ist. Der heutige Matrose, den

enge Abhängigkeit und seelischer Druck belasten, gleicht jenen ersten Vorkämpfern des Proletariats, in denen dunkle Kräfte ans Licht drängten, die das instinktive Gefühl hatten, im Recht zu sein, denen aber die Möglichkeit auf dem zweckmäßigsten Wege zu ihrem Ziel zu gelangen, durch eine brutale, überlebte Gesetzgebung versperrt war und die deshalb in dumpfem Groll und gewaltsamen Empörungen aufbegehrten. Bestanden Soldatenausschüsse, in denen ein organisierter und regelmäßiger Verkehr zwischen Vorgesetzten und Untergebenen vorhanden wäre, wäre der Matrose nicht so gänzlich nur Objekt, sondern Subjekt des militärischen Dienstbetriebes, dann wären die tiefbedauerlichen Ausschreitungen meuternder Soldaten und die noch bedauerlicheren Gegenmaßnahmen der Marinebehörden nie notwendig geworden. Möge man an den entscheidenden Stellen nun endlich den Ernst der Zeit erkennen und der politischen Notwendigkeit Rechnung tragen, ehe es zu spät ist.

Wir erheben flammenden Protest dagegen, daß die einzigen Argumente gegen das Rechtsbegehren der Soldaten die Methoden brutaler Gewalt bleiben sollen. Es genügt nicht, daß die Spitzen des Reiches demokratisiert werden, aber der gesamte Staatsapparat im alten Gleis weiter trottelt. Eine durchgreifende Reform an Haupt und Gliedern allein kann uns aus dem Sumpf herausführen. Und vor allem ist es ein Lebensinteresse geworden, die gestrigen Vorgänge in Kiel haben es auch dem blindesten Auge klargemacht, das überlebte, zusammengebrochene, haltlose Militärsystem Deutschlands auf demokratischer Grundlage zu erneuern. Der gestrige Tag hat bewiesen, daß hier gehandelt werden muß, ehe es zu spät ist.

Dienstag, 5. November 1918

Strenge Durchführung der Wilsonschen Prinzipien.

Genf, 5. November. Der „Newyork Herald" meldet aus Newyork: Senator Lodge sprach am Sonnabend in einer Newyorker Friedensversammlung. Der Präsident habe keinen entscheidenden Einfluß auf die Waffenstillstandsbedingungen. Deutschland müßte sich militärisch bedingungslos unterwerfen. Der Friede werde dagegen die Wilsonschen Friedensgrundsätze zur strengen Durchführung bringen.

„Kieler Zeitung" (liberal, Morgenblatt):

Die Unruhen in Kiel.

Montag mittag 1 Uhr fand im Gewerkschaftshaus eine Versammlung von Matrosen und Arbeitern statt, an die sich um 3 Uhr ebenda eine Versammlung der gewerkschaftlichen Vertrauensleute der Großbetriebe anschloß. Diese beschloß für Dienstag den Sympathie-Generalstreik, von dem aber die Licht- und Wasserwerke, Eisenbahnen, Hafendampfer, Straßenbahn, Lebensmittelbetriebe und die Zeitungen (diese wegen der Pressefreiheit) ausgenommen sein sollen. Ferner soll Dienstag vormittag ein Demonstrationszug der Arbeiter und Soldaten zu Ehren der bei dem Zusammenstoß am Sonntag abend Getöteten stattfinden.

Um Blutvergießen zu verhindern, hatte sich der Gouverneur bereit erklärt, die Wünsche der Truppen entgegenzunehmen. Die gewünschte Entlassung von Gefangenen erfolgte um 1 Uhr nachmittags. Die Gefangenen wurden von ihren Kameraden abgeholt und in einem großen Umzuge mit roten Fahnen und unter dem Absingen von Soldatenliedern durch die Stadt geleitet. Der Zug bewegte sich nach dem Bahnhof, wo die Demonstranten den Staatssekretär Haußmann und den sozialdemokratischen Reichstagsabgeordneten Noske, die von der Regierung in Anlaß der Vorgänge bei der Flotte nach Kiel entsandt worden sind, in Empfang nahmen. Staatssekretär Haußmann sollte auf dem Wilhelmsplatz, Abgeordneter Noske im Gewerkschaftshaus sprechen, später haben sie an einer längeren Beratung teilgenommen, die in der Marinestation zwischen dem Gouverneur, Vertretern der Arbeiter und Soldaten, hiesigen Führern der Sozialdemokratie usw. stattfand.

Dies alles ging ohne Zwischenfälle in guter Ordnung ab, zu der die Demonstranten von den Führern bestandig, auch abends am Schluß von Ansprachen in den Straßen aufgefordert wurden. Schüsse, die hier und da während der Umzüge fielen, waren offenbar Aeußerungen der Freude über den Erfolg, und in die Luft abgegeben. Ernstere Vorgänge spielten sich nur nachmittags in der Wik ab, wo die 1. Kompagnie der Werftdivision von Mannschaften der Torpedobootsdivision angegriffen und entwaffnet wurde. Tote und Verwundete sind hierbei erfreulicherweise nicht gemeldet. Die Angreifer beschossen auch die in der Wik liegenden Torpedoboote, die daraufhin einen anderen Liegeplatz aufsuchten. Wenn gesagt wird, daß die hier liegenden Schiffe in den Händen der Aufständischen seien, so ist das zum mindesten übertrieben. Das 3. Geschwader ist noch gestern unter seinem Admiral ausgelaufen.

Infanterie ist aus Rendsburg und Neumünster eingetroffen, wird aber in ihren Quartieren zurückgehalten.

Nachträglich hören wir noch, daß aus der Versammlung auf dem Wilhelmsplatz, wo etwa 100 Schüsse fielen, ein Verwundeter

im Unfallwagen abgeholt worden sei. Hier wird jedoch Unvorsichtigkeit vorliegen, da irgend welcher Widerstand für die Demonstranten nicht vorhanden war.

Es kann nur auf das Dringendste zur Ruhe und Besonnenheit geraten werden. Unbedachtes Handeln kann die Lage der Stadt gefährden. Namentlich sollten die Kinder von Umzügen und Versammlungen ferngehalten werden. Sie gehören jetzt überhaupt nicht auf die Straße.

„Kieler Zeitung" (liberal, Abendblatt):

Zur Lage in Kiel.

Auf allen Werften und in allen größeren Betrieben ist heute morgen der vom Arbeiter- und Soldatenrat angeordnete Generalstreik in Kraft getreten. Damit diese Anordnungen auch befolgt werden sind diese Arbeitsstätten militärisch besetzt worden. Die Straßenbahn ruht. Auch die Eisenbahn hat ihren Betrieb eingestellt. Die Arbeiterdampfer nach Friedrichsort und nach der Kaiserlichen Werft und nach den Werken an der Schwentine fielen aus. Der gewöhnliche Verkehr nach den Orten an der Außenförde wurde durchgeführt. Die sonstige Lage in Kiel hat sich weiter im Sinne des Arbeiter- und Soldatenrates entwickelt. Starke Wachen mit roten Fahnen, roten Bandern und roten Kokarden durchziehen die Straßen und sorgen für Ordnung. Auch an den Straßenecken sind Posten aufgestellt, die den Verkehr regeln. Die ganze Gewalt über Stadt und Flotte liegt heute in den Händen des Soldatenrats. Die Kriegsschiffe haben heute früh die rote Flagge gehißt und auf dem Schloßturm mußte die Standarte niedergeholt werden. Die Königliche Polizei hat sich dem Soldatenrat unterordnet. Die Lebensmittelkontrolle ruht in den Handen des Soldatenrats, und auch die Marinemannschaften erhalten vom Soldatenrat die Zuweisungen von Lebensmitteln. Die Nacht verlief unruhig; in allen Stadtteilen wurden blinde Schüsse abgegeben. Von vier von außerhalb herangezogenen Infanterie-Kompagnien haben sich drei der Bewegung angeschlossen, die vierte wurde entwaffnet. In den Nachtstunden kamen von Wandsbek Husaren angeritten. Sie wurden aber bei Meimersdorf von Marinemannschaften mit Maschinengewehren empfangen und zur Rückkehr gezwungen. Im Laufe des Vormittags wurden zahlreiche Offiziere entwaffnet und nach dem Gewerkschaftshause geführt und nach ihrer Vernehmung entlassen. Der Soldatenrat hat beschlossen, daß alle Offiziere, Deckoffiziere und Unteroffiziere in ihren bisherigen Chargen verbleiben sollen, sich aber den Anordnungen des Soldatenrats zu unterstellen haben. Der Befehl, den Offizieren die Kokarde abzunehmen, wurde vormittags auf Anregung

Google

des Arbeiterrates rückgängig gemacht und ausdrücklich betont, man müsse den Offizieren unter allen Umständen eine menschenwürdige Behandlung zuteil werden lassen. Heute vormittag ist das Bild in unserer Stadt ebenso wie in den Nachtstunden. Autos, besetzt von Matrosen, die alle Gewehre tragen, durcheilen die Stadt. An verschiedenen Stellen, so auch auf der Brücke des Kleinen Kiels, sind Maschinengewehre aufgestellt worden, zur Sicherung der Zugänge nach dem Gewerkschaftshause. Der Soldatenrat, der bisher seine Räume im Gewerkschaftshause hatte, ist nach der Maschinenbauschule übergesiedelt. Die Bürgerschaft wird bisher durch die Vorgänge nicht berührt.

Die Schiffe haben die rote Flagge gesetzt. Linienschiff „König", das im Dock der Kaiserlichen Werft liegt und heute morgen die Kriegsflagge gesetzt hatte, wurde von beiden Ufern aus mit Gewehren beschossen. Die Offiziere, die die Flagge mit der Pistole in der Hand verteidigten, wurden durch die Mannschaft bezwungen, die dann die Kriegsflagge herunterholte und die rote Flagge hißte. Von den Offizieren sind zwei tot, darunter der Kommandant, der die Mannschaft nicht an Land gehen lassen wollte, und mehrere verwundet.

Der Gouverneur, Admiral Souchon, wurde Montag abend nach dem Bahnhof geholt und dort mehrere Stunden festgehalten, weil vermutet wurde, daß noch mehr Truppen von auswärts kommen würden. Dann wurde er wieder in seine Wohnung in Holsts Hotel geleitet.

Ueber die am Montag abend in der auf der Marinestation abgehaltenen Besprechung mit dem Staatssekretär Haußmann und dem Reichstagsabgeordneten Noske erging folgende Kundgebung:

Kameraden!

Der gestrige Tag wird in der Geschichte Deutschlands ewig denkwürdig sein. Zum ersten Male ist die politische Macht in die Hände der Soldaten gelangt.

Ein Zurück gibt es nicht mehr!

Große Aufgaben liegen vor uns. Aber damit sie erfüllt werden können, ist Einigkeit und Geschlossenheit der Bewegung notwendig.

Ihr habt einen Soldatenrat eingesetzt, der einmütig mit dem Arbeiterrat handelt.

Folgt seinen Anweisungen und Beschlüssen, sorgt für Ruhe und Ordnung, damit sich nichts ereignet, was gegen uns ausgenützt werden kann. Denkt auch an die Aufrechterhaltung der Ordnung in den Kasernen.

Die gestern in später Abendstunde beim Generalgouvernement unter Beisein des sozialdemokratischen Abgeordneten Noske und des Staatssekretärs Haußmann erreichten Erfolge sind:

1. Haußmann nimmt unsere Forderungen an und verspricht beschleunigte Durchsetzung bei der Regierung.

2. Sofortiges Abbrechen sämtlicher gegen unsere Bewegung gerichteten militärischen Maßnahmen.
3. Hinwirken zum Einlaufen der Flotte.
4. Unter Mitwirkung des Arbeiterrates werden dem Soldatenrat die Akten der noch in Haft Befindlichen vorgelegt, um über deren Freilassung, mit Ausnahme der wegen unehrenhafter Handlungen Verurteilten, zu entscheiden.

Zur Ergänzung des Aktionsausschusses sind die Genossen Haase und Ledebour telegraphisch hierher gerufen worden.

Die von dem Soldatenrat gestellten und vom Gouverneur angenommenen 14 Punkte lauten:

1. Freilassung sämtlicher Inhaftierten und politisch Gefangenen.
2. Vollständige Rede- und Preßfreiheit.
3. Unterlassung der Briefzensur.
4. Sachgemäße Behandlung der Mannschaften durch Vorgesetzte.
5. Straffreie Rückkehr sämtlicher Kameraden an Bord und in die Kasernen.
6. Die Ausfahrt der Flotte hat unter allen Umständen zu unterbleiben.
7. Jegliche Schutzmaßnahmen durch Blutvergießen haben zu unterbleiben.
8. Alle Maßnahmen zum Schutze des Privateigentums werden sofort vom Soldatenrat festgesetzt.
10. Es gibt außer Dienst keine Vorgesetzte mehr.
11. Unbeschränkte persönliche Freiheit jeden Mannes von Beendigung des Dienstes bis zu Beginn des nächsten Dienstes.
12. Offiziere, die sich mit den Maßnahmen des jetzt bestehenden Soldatenrates einverstanden erklären, begrüßen wir in unserer Mitte. Alles übrige hat ohne Anspruch auf Versorgung den Dienst zu quittieren.
13. Jeder Angehörige des Soldatenrates ist von jeglichem Dienste zu befreien.
14. Sämtliche in Zukunft zu treffenden Maßnahmen sind nur mit Zustimmung des Soldatenrates zu treffen.

Diese Forderungen sind für jede Militärperson Befehle des Soldatenrates.

Der Soldatenrat.

* * *

Folgender Anschlag war heute morgen zu lesen:

Kameraden und Genossen!

Unsere Schicksalsstunde hat geschlagen. Die Macht ist in unserer Hand, hört auf uns. Sammelt Euch um Eure erwählten Führer.

Keine Unbesonnenheit! Ruhe und eiserne Nerven sind das Gebot der Stunde. Zeigt, daß Ihr Männer seid, folgt unseren Sicherheitsorganen, plündert und raubt nicht. Es ist Euer unwürdig und gereicht Euch nicht zur Ehre!

Zur Unterdrückung dieser Bewegung nach hier entsandte Truppen haben sich unserer Bewegung angeschlossen. Alle Arbeiter der Gewerkschaften sind auf unserer Seite.

Wir sind unserem Ziel nahe!

Der Soldatenrat.

Kundgebungen der Alt-Elsässer.

Straßburg, 5. November. Ein Telegramm, das von einer Elsässer-Versammlung im Sängerhaus an Wilson abgesandt wurde, hat folgenden Wortlaut:

Herr Präsident!

„Die am 3. November tagende Versammlung alt-elsässischer Bürger der verschiedensten Parteirichtungen und Berufsstände stellt sich mit Entschiedenheit auf den Boden des Selbstbestimmungsrechtes der Völker. Wie von Ihnen formuliert, bittet sie mit Ihrem ganzen Einfluß dafür einzutreten, daß dem elsaß-lothringischen Volke die Ausübung dieses Rechtes restlos gewährleistet wird, weil nur dadurch ein nochmaliger Krieg um Elsaß-Lothringen verhindert wird."

Kolmar, 5. November. Das „Kolmarer Tageblatt" meldet: Die letzten Donnerstag in Kolmar zusammengetretene Versammlung alt-elsässischer Bürger verschiedener Parteirichtung nahm nach einer eingehenden Besprechung der politischen Lage folgende Entschließung an:

„Durch die Annahme der in den Botschaften des Präsidenten Wilson enthaltenen Grundsätze seitens der deutschen Regierung wurde die elsaß-lothringische Frage zur internationalen Diskussion gestellt. Die Versammlung erwartet, daß keine Lösung erfolgt, ohne daß das elsaß-lothringische Volk selbst über seinen Willen befragt wird. Sie fordert, daß die staatliche Zugehörigkeit auch dem elsaß-lothringischen Volke gemäß den Grundsätzen Wilsons zuerkannt wird."

„Volksstimme Chemnitz“ (sozialdemokratisch):

Vorwärts zur deutschen Einheit!

Von Max Cohen, M. d. R.

Eine politische Tatsache von grundlegender Bedeutung hat der Krieg vor aller Welt offenbart: die Nationen haben sich stärker erwiesen als die Staaten, und dort, wo der Begriff von Staat und Nation eins ist (siehe z. B. Frankreich), sind sie von unzerbrechlicher Kraft. Die Theorie, den Staat über die Nationen zu setzen, ist erledigt; aber es muß etwas anderes an seine Stelle treten. Die Errichtung einer Summe kleiner für sich alleinstehender, von einander abgeschlossener und einander feindlicher Kleinstaaten wäre eine Sinnlosigkeit und eine schematische und rein äußerliche Anwendung des Selbstbestimmungsrechts der Völker. Das Bedürfnis nach wirtschaftlicher Zusammenfassung, das gerade für den national gemischten Staat eine zwingende Lebensnotwendigkeit ist, wird die Form des neuen Zusammenschlusses der gewordenen und werdenden Nationalstaaten bestimmen.

Große Wirtschaftsimperien werden entstehen, die den national erwachten Völkern erst die Möglichkeit zu voller Entwicklung ihres nationalen Eigenlebens geben. Daher bin ich mit meinen Freunden in den „Sozialistischen Monatsheften“ bereits seit Jahr und Tag für wirtschaftliche Imperien, im Gegensatz zu zwangsmäßiger Staatenbildung, eingetreten. Der Versuch, solche Wirtschaftsimperien zu zerreißen, ist ein Verbrechen an der sozialen, wirtschaftlichen, kulturellen und nationalen Entwicklung der Völker. Rußland war ein solches Wirtschaftsimperium. Unter dem Zarismus freilich auch ein Zwangsstaat, der die Nationalitäten knebelte. Dieser mußte zusammenbrechen. Aber in diesen national befreiten Völkern wohnte erst recht die Tendenz, sich zu einer gesamtrussischen Wirtschaftseinheit zusammenzutun. Und wenn nicht Beihmann Hollweg und Kühlmann ihre Politik der Auseinanderreißung Rußlands verfolgt hätten, die sich als eine vom deutschen Volk teuer zu zahlende politische Schildbürgerei ersten Ranges herausgestellt hat, so würden wir heute eine russische Föderativrepublik haben, die, wirtschaftlich gut funktionierend, für den Neuaufbau Europas Außerordentliches leisten könnte.

Mit Oesterreich lagen die Dinge von vornherein anders. Oesterreich-Ungarn war kein Wirtschaftsimperium, sein Rahmen war viel zu eng. Deshalb vermochten die nationalen Gegensätze und Kämpfe innerhalb dieses Rahmens auch keinen Ausgleich zu finden, der Zusammenbruch war unausbleiblich. Eine ungeschickte Politik, die alle berechtigten nationalen Bestrebungen unterdrückte, hat ihn beschleunigt. Mit elementarer Gewalt haben die einzelnen Nationen die lang ersehnte Freiheit errungen und, an Stelle des ehemaligen Habsburger Reiches, haben wir eine Anzahl selbständiger Republiken. Das ist der Anfang der Wiedergesundung ganz Europas, das auf die-

sem Wege folgen muß, wenn es sich weitere tiefgehende Erschütterungen ersparen will. Die freigewordenen Nationen werden sich durch den natürlichen Verlauf der Entwicklung mit anderen europäischen Nationen zu einem wirtschaftlichen Imperium zusammenschließen. Das wird und muß auch dann geschehen, wenn eine kurzsichtige, nach dem berüchtigten Randstaatenrezept arbeitende deutsche Außenpolitik diese Zusammenschließung hinausschieben sollte. Für die Sozialdemokraten sollte es sich von selbst verstehen, daß sie für wirtschaftliche Zusammenfassung wirtschaftlich auf einander angewiesener Nationalstaaten eintreten. Die Randstaatenpolitik darf sich nicht wiederholen. Kein Politiker darf den Versuch machen, auseinanderzuhalten, was zusammengehört und zu wirtschaftlicher Einheit strebt. Die schrankenlose Auswirkung der nationalen Selbstbestimmung fördert auf der anderen Seite diesen für eine gesteigerte Produktivität unerläßlichen Zusammenschluß.

Eine wirtschaftliche Einheit verschiedener Nationen kann nur dann ersprießlich wirken und die in ihr steckenden Kräfte voll entfalten, wenn die in ihr gesammelten Völker ihre nationale Einheit erreicht haben und keinen wesentlichen Teil ihrer Kräfte mehr für nationale Kämpfe ausgeben müssen. Die nationale Einigung ist auch für die Gesamtheit der Deutschen das wahre und wirkliche Gebot der Stunde geworden. Es ist selbstverständlich, daß die bis gestern getrennten Deutschen im Reich und in Oesterreich sich zu nationaler Einheit zusammenschließen müssen. Wir müssen die Mahnung unseres österreichischen Genossen Leuthner beherzigen, der in der soeben erschienenen Nummer der „Sozialistischen Monatshefte" schreibt: „Ist nicht die Haltung des Deutschen Reiches mit schuld an der nationalen, kulturellen, politischen Unzulänglichkeit der Deutschen Oesterreichs? Wissen die Deutschen im Reich, daß 10 Millionen ihrer Volksgenossen die Schicksalsfrage gestellt ist? Was würde ein anderes Volk denken und empfinden, dem ein so mächtiger, so wichtiger Volksteil staatlich obdachlos vor der Tür stünde?"

Um diese Zusammenfassung zu vollbringen und zu beschleunigen, gibt es kein besseres Mittel als das möglichst schnelle Zusammentreten einer gesamtdeutschen konstituierenden Nationalversammlung, die in all den deutschen Landesteilen gewählt werden muß, die zum neuen deutschen Einheitsstaat gehören wollen. Dieser Konstituante muß die ganze Macht anvertraut werden, nur sie wird aus sich selbst heraus die größte Autarität haben, das gesamte deutsche Volk auf dem kommenden Friedenskongreß zu vertreten. Nur sie vermag nach innen den deutschen Einheitsstaat zu schaffen. Nur sie kann ihm die festen Grundlagen geben, die er zum Leben gebraucht und mit allen dynastischen und feudalen Institutionen aufräumen, die, 70 Jahre nach der deutschen Revolution, die Bildung des deutschen Volksstaates zu verhindern suchen.

Weg mit all dem Alten, das den Weg versperren will! Wir begrüßen den freien und geeinten deutschen Volksstaat, der allein im-

stande ist, das deutsche Volk zur Freiheit und Höhe zu führen. Zu der Freiheit, nach der, in echter Internationalität, alle Völker nach diesen vier blutigen Kriegsjahren streben.

Die russisch-revolutionäre Agitation in Deutschland.

WTB **Berlin,** 5. November. (Amtlich.) Am 4. ds. Mts. abends traf von Moskau kommend der Kurier der hiesigen diplomatischen Vertretung der Sowjetregierung auf dem Bahnhof Friedrichstraße ein. Beim Heruntertragen des Gepäcks vom Bahnsteig wurde eine der Kisten durch Anstoß beschädigt, sodaß darin befindliche Papiere auf den Boden fielen. Diese Papiere waren, wie sich herausstellte, in deutscher Sprache gedruckte Flugblätter, die die deutschen Arbeiter und Soldaten zu blutigem Umsturz aufforderten. Eines der Flugblätter, das von der Gruppe „Internationale" (der Spartakus-Gruppe) unterzeichnet war, enthielt einen Aufruf zum Revolutionskampf, während ein anderes Flugblatt, das die näheren Anweisungen für diesen Kampf gibt, zu Meuchelmord und Terror auffordert.

Auf Ansuchen der Bahnbehörde wurde das gesamte Kuriergepäck in einem geschlossenen, bewachten Raum sichergestellt und das Auswärtige Amt benachrichtigt, um die Untersuchung und die weitere Behandlung der Angelegenheit zu ermoglichen.

WTB **Berlin,** 5. November. Die deutsche Regierung verlangte von der russischen Regierung Bürgschaften dafür, daß in Zukunft von ihren Organen keinerlei revolutionäre Agitation und Propaganda betrieben werde, und daß der noch immer ungesühnte Mord an dem Grafen Mirbach eine ausreichende Sühne findet. Die russische Regierung wurde ersucht, bis zur Erfüllung dieser Forderungen ihre samtlichen amtlichen Vertreter aus Deutschland zurückzuziehen. Ebenso wurden die deutschen amtlichen Vertreter in Rußland abberufen.

Berlin, 6. November. Herr Joffe, der russische Botschafter in Berlin, dessen Stellung unhaltbar geworden ist, durfte bereits gestern abend mit dem gesamten Personal Berlin verlassen haben, um nach Moskau zurückzukehren. Gestern mittag weilte er zu langerer Unterredung im Auswartigen Amte. Die Berliner Stelle der russischen Telegraphen-Agentur ist gestern nachmittag aufgehoben worden.

Der sozialdemokratische „Vorwarts" schreibt: „Schon lange ist behauptet worden, daß die russische Botschaft sich in die inneren Verhältnisse des Deutschen Reiches in unzulassiger Weise einmische und jene in Deutschland sporadisch vertretene Richtung begünstige, die ihrer Parteipolitik am nächsten stehe. Wir haben diese Behauptungen in gutem Glauben bestritten, auf Erklärungen gestutzt, die von dem

gen erklärt, daß das besetzte Gebiet nicht nur geräumt und befreit, sondern auch wiederhergestellt werden müsse. Die alliierten Regierungen sind der Ansicht, daß über den Sinn dieser Bedingungen kein Zweifel bestehen darf. Sie verstehen darunter, daß Deutschland für alle durch seine Angriffe zu Lande, zu Wasser und Luft der Zivilbevölkerung der Alliierten und ihrem Eigentum zugefügten Schaden Ersatz leisten soll.

Der Präsident hat mich mit der Mitteilung beauftragt, daß er mit der im letzten Teile des angeführten Memorandums enthaltenen Auslegung einverstanden ist. Der Präsident hat mich ferner beauftragt, Sie zu ersuchen, der deutschen Regierung mitzuteilen, daß Marschall Foch von der Regierung der Vereinigten Staaten und den alliierten Regierungen ermächtigt worden ist, gehörig beglaubigte Vertreter der deutschen Regierung zu empfangen und sie von den Waffenstillstandsbedingungen in Kenntnis zu setzen.

(gez.) Robert Lansing.

„Hamburger Echo" (sozialdemokratisch, z. Zt. des Artikels in den Händen der Unabhängigen):

Die revolutionäre Bewegung.

Hamburg.

Das gellende Signal von Kiel hat auch die Hamburger Arbeiter und die Matrosen und Soldaten aufgerufen. Am Mittwoch morgen wurde auf den Werften und sehr vielen anderen Betrieben die Arbeit niedergelegt. Auf den im Hafen liegenden Kriegsfahrzeugen wurde die rote Flagge gehißt als Zeichen, daß auch hier die Matrosen dem Beispiel ihrer Kieler Kameraden gefolgt sind.

Die Straßen zeigten ein verändertes Bild. Ueberall sah man bewaffnete Gruppen mit roten Schleifen geschmückter Matrosen und Soldaten. Jeder Offizier wurde verhaftet und nach Abnahme seiner Waffen einige Stunden im Gewerkschaftshause festgehalten. Vor diesem war auf einem Auto ein Maschinengewehr aufgepflanzt, neben dem lustig im Morgenwinde das Wahrzeichen der Matrosen und Arbeiter, die rote Fahne, flatterte. Als Zeichen der Gleichheit mußten alle Soldaten ihre Kokarden von den Mützen trennen und ihre Ehrenzeichen ablegen. Bei diesem ganzen Treiben wurde mustergültige Ruhe bewahrt.

Ein Zug Matrosen eilte zum Untersuchungsgefängnis am Hansaplatz, um die hier schmachtenden Schutzhaftgefangenen zu befreien. Etwa 80 Inhaftierten wurde unter großem Jubel die Freiheit wiedergegeben. Ein anderer Zug nahm seinen Weg durch die Bundesstraße.

um vor der Kaserne halt zu machen und die Soldaten aufzufordern, sich der Bewegung anzuschließen. Aus verschiedenen Fenstern der Kaserne blitzten die Rohre von Maschinengewehren. Als die Bedienungsmannschaften die energische Haltung der Demonstranten sahen, warfen sie Stinkbomben auf die Straße und eröffneten Feuer auf den Zug. Voll Zorn und Wut über diese Gemeinheit antworteten die Matrosen und Soldaten mit einer Gewehrsalve. Nach bisherigen Berichten sind diesem infamen Schurkenstreich gewissenloser Offiziere zehn kostbare Menschenleben zum Opfer gefallen. Wieviel von den armen Burschen, die von ihren „Vorgesetzten" zum Mord an ihren Brüdern gezwungen wurden, unserem Feuer zum Opfer gefallen, ist noch nicht bekannt. Es ist aber festgestellt, daß es in erster Linie Offiziere waren, die gegen die Demonstranten das Feuer unterhielten.

Gegen 12 Uhr hatten sich in langen Zügen die Proletarier Hamburgs, durchsetzt mit großen Massen bewaffneter Matrosen und Soldaten, auf dem Heiligengeistfeld eingefunden — insgesamt zirka 40 000 Mann. Von der Redner-Tribüne sprachen zunächst zwei Berliner Arbeiterdelegierte und zwei Soldaten. Genosse Rieper formulierte unter brausendem Beifall die bekannten Forderungen der Soldaten und Arbeiter. Hierauf gab er einen Ueberblick über die politische Gesamtsituation und wies auf die schmachvolle Haltung der „Volksregierung" hin, die auch nicht das geringste getan habe, ihre papierne Formaldemokratie mit realem Inhalt zu erfüllen. Der nächste Redner war Genosse Wolffheim, der als Soldat sprach. Er kennzeichnete die schamlose Behandlung, der in Deutschland die Soldaten ausgesetzt gewesen waren. Trotz der formalen „Demokratie", mit der die „Volksregierung" das Land beglückte, hat sich in der militärischen Sklaverei nicht das geringste geändert. In dem Augenblick aber, in dem die Proletarier im Waffenrock sich darauf besannen, daß sie nicht stumme Hunde, daß sie Menschen seien, als sie sich erhoben zur eisernen, entschlossenen Tat, da brach die berühmte zaristische Disziplin wie morsches Holz auseinander. Er forderte dann auf, zum Generalkommando zu ziehen und den Zug so zu formieren, daß die Bewaffneten voraus zogen, die unbewaffneten Massen sich anschlossen

Gen. Düwell forderte unter stürmischer Zustimmung die sofortige Absetzung des Generals von Falk, der eine Vergewaltigung der Menschenrechte ausgeübt hat, die sich nicht überbieten läßt. Weiter forderte er die Umschaltung der Betriebe auf die Friedensarbeit und die teilweise Uebernahme des „Echo", worauf die Versammlung brausend einfiel: Das ganze „Echo". Bei der Abstimmung hierüber erhoben sich zehntausende von Händen dafür und keine dagegen.

Nach einem jubelnden Hoch auf die sozialistische Republik formierte sich der Zug mit bewunderungswürdiger Disziplin in der oben vorgeschlagenen Weise und bewegte sich durch die Sophienstraße nach der Reeperbahn, um zum Generalkommando zu gelangen. Bis zur Rechenstraße ging der Zug in völliger Ordnung vor sich unter dem Jubel der Bevölkerung mit vorausgetragenen roten Fahnen. Plötz-

lich wurde er aus den Fenstern heftig beschossen. Alldeutsche Strolche, Heckenschützen, die nach der Ehre geizten, sich im Blute deutscher Proletarier den Haß über ihre eigene Ohnmacht von der Seele zu spülen, wollten in Hamburg die Taten vollbringen, die sie im Kriege an der Front auszuführen zu se ge gewesen sind. Ein erbitterter Hauseckampf entspann sich, dem wiederum mehrere Menschenleben zum Opfer fielen. Der Zug der Demonstranten sammelte sich nach Niederkämpfung der meuchlerischen Banditen wieder mit Schnelligkeit und gewohnter Disziplin.

Das Generalkommando hatte uns zum Heiligengeistfelde einen Hauptmann gesandt, der uns mitteilte, daß v. Falk bereit sei, eine Abordnung zu empfangen. Gen. Wolffheim bedeutete dem Offizier, daß wir jetzt wichtigeres zu tun hatten, als mit von Falk zu verhandeln, daß er es aber schon bemerken würde, wenn die Demonstranten dort wären. Inzwischen war uns gemeldet, daß das Generalkommando sehr stark mit Maschinengewehren und Truppen besetzt sei. Um unnötiges Blutvergießen zu vermeiden, begaben sich die Gen. Düwell und Wolffheim, 20 Minuten vor dem Eintreffen des Zuges in das Gebäude, um den General zu fragen, wie er sich gegenüber den Demonstranten zu verhalten gedenke. Zu unserer maßlosen Ueberraschung war der Falke ausgeflogen und niemand wußte, wohin er se nen — gar nicht stolzen — Flug genommen hatte! Nur ein Registrátar befand sich noch im Gebäude, die Maschinengewehre und Truppen waren entfernt worden. v. Falk, der mit rücksichtslosester Brutalität die Proletarier in Fabrik und Kaserne unter die Sohlen se ner Kommißstiefel zu trampeln gewohnt gewesen war, hatte sich feige zurückgezogen, sich „strategisch" vom Feinde abgesetzt als es galt, den Mannern ins Auge zu sehen, die er zu vergewaltigen den Mut hatte, solange sie wehrlos und rechtlos waren.

Dies war uns der Beweis, daß wir die Stadt in den Händen hatten. Was jetzt noch zu geschehen hatte, vollzog sich mit relativer Leichtigkeit. Die Bahnhöfe wurden besetzt, die Kasernen übernommen. Die Bezirkskommandos aufgehoben. Der gesamte Verkehr ging in die Hände des Soldatenrates über, der im Gewerkschaftshause se ne Bureaus etabliert hatte und mit bewunderungswürdiger Zielsicherheit und Entschlossenheit seine Weisungen erteilte, die von den freien Proletariern im Waffenrock mit peinlichster Sorgfalt durchgeführt wurden.

Hamburg, die alte Hochburg der Sozialdemokratie, ist im Besitz des revolutionären Proletariats. Von seinen Zinnen wehen die roten Fahnen und grüßen die Brüder in Lübeck und Kiel, in Brunsbüttel, Rendsburg und Cuxhaven, in Lockstedt und Flensburg, wie sie die Brüder der Baltischen Flotte grüßen, die als erste im Anfang der russischen Revolution das proletarische Banner in den Händen der Matrosen entrollt haben. Mag die Reichsregierung d'e Beziehungen zur Sowjetrepublik abgebrochen haben — das revolutionäre Hamburg hat durch die Tat bewiesen, daß das Rußland der Räteregierung und die

Räteregierung Hamburgs eine Einheit sind, die nichts mehr trennen kann.

Verhandlungen mit dem Senat.

Eine Vertretung des Arbeiter- und Soldatenrats begab sich am Mittwoch, abends 6½ Uhr, ins Rathaus, um mit dem Senat über die folgenden Forderungen zu verhandeln:

Abberufung des Generals Falk.

Anerkennung des Soldatenrats durch das Generalkommando.

Festsetzung der Zeit einer Verhandlung zwischen Generalkommando und Soldatenrat.

Uebergabe des öffentlichen Verkehrs an den Soldatenrat.

Unterstellung der Lebensmittelversorgung unter die Kontrolle des Arbeiterrates.

Sicherung der Papierversorgung für die Zwecke der Bekanntmachungen des Arbeiter- und Soldatenrats.

Die Anerkennung der ersten drei Forderungen soll der Senat durch Vermittlung in Berlin und mit einer Stellvertretung des Generals Falk herbeiführen. Zur Begründung der ersten Forderung wurde folgendes angeführt: Am Mittwoch morgen erklärte ein auf der Terrasse des Strafjustizgebäudes stehender Hauptmann, das Generalkommando sei bereit, mit einer Vertretung der Soldaten zu verhandeln. Friedlich und in bester Ordnung zog mittags der Riesenzug von Soldaten und Arbeitern nach Altona. Eine Vertretung des Arbeiter- und Soldatenrats wollte dem Generalkommando die Forderungen der Soldaten unterbreiten. Auf der Reeperbahn ratterten plötzlich Maschinengewehre, die in den Stockwerken und auf Dächern untergebracht worden waren. Schon morgens, an der Kaserne in der Bundesstraße, hatte die Militärgewalt bereits Blut fließen lassen, nochmals wurde auf Kommando des Generals Falk Blut vergossen. Und dann war der General nicht zu sprechen. Ganz plötzlich hatte er sich mit seinem Stabe und mit bewaffneter Macht an einen unbekannten Platz begeben. Kein Beamter, kein Soldat konnte Auskunft darüber erteilen, wo der Herr General zu sprechen sei. Er blieb trotz aller Bemühung unsichtbar. Mit diesem Herrn kann selbstverständlich auch in Zukunft nicht verhandelt werden. Die Vertretung des Senats, der Bürgermeister a. Melle und der Senator Petersen, anerkannten die Forderungen, soweit die Erfüllung, z. B. mit der Papierversorgung, in ihrer Macht liege.

Der Soldatenrat übernahm die Verpflichtung, für Aufrechterhaltung der öffentlichen Ruhe und Sicherheit zu sorgen.

Die Arbeiter und Soldaten haben die politische Macht in die Hand genommen, sie werden zeigen, daß sie reif sind, von dieser Macht den richtigen Gebrauch zu machen. Gegen den Mob und sonstige unlautere Elemente wird rücksichtslos eingeschritten werden.

Altona.

Sitzung des Arbeiter- und Soldatenrats mit dem Magistrat Auf Einladung des Magistrats findet am Donnerstag vormittag eine Sitzung des Magistrats mit dem Arbeiter- und Soldatenrat statt

Ausdehnung auf Lübeck.

Die „Lübeckischen Anzeigen" melden: Am Dienstag nachmittag erschienen vor Travemünde vier Kriegsschiffe. Die Matrosen begaben sich zu Fuß nach Rückniß, von dort mit der Straßenbahn, einige mit kleinen Booten auf dem Wasserwege nach Lübeck, wo sie auf der Breiten Straße, auf der Sandstraße, auf dem Klingberg in großer Zahl erschienen. Am Soldatenheim am Klingberg wurde eine rote Fahne befestigt, die aber später auf Zureden eines Offiziers wieder entfernt wurde. Die Matrosen gingen in Trupps durch die Stadt. Abends um 7 Uhr begab sich ein großer Zug von Feldgrauen jeder Art durch die Stadt, dem sich die Matrosen angeschlossen hatten. Der Zug ging von Kaserne zu Kaserne und verstärkte sich auf diese Art noch. Im Verlaufe des Abends wurden das Hauptpostamt am Markt, der Bahnhof, die Bahnhofspost sowie das Telegraphenamt besetzt. Auf dem Bahnhofsplatz kam es zu größeren Ansammlungen, die aber in Ruhe verliefen. Es wurden dort Patrouillen gebildet, welche die Stadt durchzogen, um die Ordnung aufrecht zu erhalten. Auch wurden auf dem Bahnhofsplatz Anweisungen für Quartiere und Verpflegung ausgegeben. Nach Angabe eines Redners bei dieser Zusammenkunft sollen sich auch die Magazine in den Händen der Demonstranten befinden. Die Bewegung ist eine rein militärische, die aus dem Geiste des deutschen Soldaten heraus bestrebt ist, eine andere Ordnung als bisher einzuführen. Der Brigadekommandeur wurde aus dem Geschäftszimmer zum Bahnhof abgeführt. Ebenso wurden in der Frühe des Mittwoch fast sämtliche Offiziere verhaftet und ihnen die Waffen abgenommen. Am Mittwoch früh verkehrten keine Morgenzüge. Alle Posten waren ausgeblieben.

Die Lübeckischen Anzeigen melden: Der hier gebildete Soldatenrat hat an die Bevölkerung Lübecks in der Nacht den folgenden Aufruf erlassen:

Seit heute abend liegt die Macht in unserer Hand. Wir erklären hiermit, daß mit unserer Sache den Kameraden an der Front, wie uns in der Heimat gedient ist. Es mußte mit den korruptiven Zuständen und der Militärdiktatur von gestern gründlich aufgeräumt werden. Zweck unserer Sache ist, sofortiger Waffenstillstand und Frieden. Wir bitten die Bevölkerung, größte Ruhe zu bewahren. Es wird von uns nichts unternommen, was den Betrieb zwecks Aufrechterhaltung des Wirtschaftslebens ändern könnte. Es geht alles seinen alten Gang. Wir erwarten von der Bevölkerung bereitwilliges Mitarbeiten. Wir können feststellen, daß diese Umwandlung der militärischen Dinge in Lübeck unblutig verlaufen ist und hoffentlich weiter verlaufen

wird. Wir warnen vor Ausschreitung. Plünderung und Diebstahl werden mit dem Tode bestraft. Die Lebensmittelausgabe bleibt in den Händen der Zivilverwaltung.

Lübeck, den 5. November 1918.

Der Soldatenrat Lübeck

Der amtliche Bericht.

Die Vorgänge in Kiel.

Unruhen in Hamburg und Lübeck.

WTB **Berlin**, 6. November abends. Ueber die Lage in Kiel erfahren wir von zuständiger Seite folgendes: Der militärische Schutz der Ostsee durch die Marine ist lückenlos hergestellt. Alle auslaufenden Kriegsschiffe führen die Kriegsflagge. Die Bewegung unter den Matrosen und Arbeitern ist in ruhigere Bahnen zurückgekehrt.

„Hamburger Fremdenblatt" (liberal):

Deutschlands Schicksalsstunde.

Viele schwere Stunden haben wir erlebt und Deutschland hat durch vier Jahre hindurch einen Weg harter Prüfungen zurückgelegt, aber dieses ist die Schicksalsstunde unseres Volkes. Die tief beklagenswerten Vorgänge in unserem größten Kriegshafen stellen das deutsche Volk vor die Frage, ob damit sein Ende eingeleitet werden soll, oder ob es doch noch gelingt, den Beweis zu erbringen, daß ein Volk in der Welt zu klug und besonnen war, um sich der Ansteckung jenes Massenwahnsinns zu widersetzen, den man Bolschewismus nennt, und der nichts anderes ist als eine Erfüllung des Triumphes der Anarchisten in einer allerdings auch von ihnen nicht geahnten Furchtbarkeit und Gründlichkeit der vollkommenen Zerstörung.

Verblendeter Glaube mißleiteter Massen, daß auf diesem Wege der Friede in die Welt kommt! In Rußland steht der Bolschewismus bereits vor seinem endgültigen Bankerott, nachdem er den Bankerott des Landes längst in schmachvoller Weise vollzogen hat. Nicht Frieden hat er gebracht, sondern neue Kriege an allen Ecken und Enden, einen Kampf aller gegen alle. Und heute? Heute muß Trotzki, wie soeben gemeldet wurde, den Mittgang antreten zu Lloyd George und Clemenceau, den rücksichtslosen Imperialisten, die unbeschränkte Macht über alle Welt in ihren Händen halten werden, wenn auch Deutschland sich ihnen wehrlos vor die Füße wirft. Und in Oester-

reich-Ungarn, hat dort die Auflösung aller Ordnung den Frieden gebracht? Nein, sondern die schmachvolle Unterwerfung, die sich sogar zur Ermöglichung des Angriffes auf den ehemaligen treuen Verbündeten bereit gefunden hat, brachte dem Volke nichts anderes ein, als daß neue Mahlmachungen und ein fieberhaftes Rüsten bei allen Nationalitäten gegeneinander begonnen hat und in Galizien der Bürgerkrieg bereits im Zuge ist. Wir glaubten, daß das deutsche Volk zu klug und weitsichtig sei, als daß es nicht, durch diese Beispiele gewarnt, seine Nerven und seinen kühlen Kopf bewahrt hätte.

Glauben also die Unglückseligen in Kiel, daß sie dem Frieden dienen? Der Allmächtige in Englands öffentlicher Meinung, Lord Northcliffe, der während der großen Beratungen der letzten Woche in Versailles gewesen ist, hat uns soeben die Bedingungen verraten, die nach seinem Kopf Deutschland aufzuerlegen sind, wenn England und Frankreich schalten können, wie sie wollen. Es sind Bedingungen, die Deutschland als ein verstummeltes und verachtetes, wirtschaftlich zu dauerndem Siechtum verurteiltes Rumpfland einkeilen würden in eine Welt mächtiger, reicher und triumphierender Völker. Keine Gnade, keine Liebe haben wir von ihnen zu erwarten, wenn wir uns selbst preisgeben. Zwar gibt es auch bei der Entente viele, die vor einer Ueberspannung des Bogens warnen und zu einem mäßigen Frieden raten, weil sie voraussehen, daß aus der Vernichtung Deutschlands letzten Endes Unheil für die ganze Welt erwachsen würde. Auch in Amerika kämpfen diese beiden Parteien gegeneinander, und wir warten heute auf das Ergebnis der Kongreßwahlen, deren Ausfall zeigen wird, welche Strömung dort die Oberhand behalten hat, aber auch wenn es die Partei Wilsons ist, so würde das ernsthafte Ringen zwischen ihm und den triumphlüsternen Imperialisten in London und Paris erst anfangen, und alles, was den deutschen Zusammenbruch als nahe bevorstehend erscheinen ließe, würde die Partei der Maßlosen noch maßloser machen und die Partei der Gemäßigten in den Hintergrund drängen. Denn sie würden kein Argument mehr haben, um ihren Gegnern klar zu machen, daß sie auch im eigenen Interesse besser tun, das Maß ihrer Forderungen nicht zu übertreiben, sondern schnell dem Frieden zuzustreben, den sie morgen schon haben können, wenn sie wollen.

Deswegen aber sind die Ereignisse, die sich jetzt in unserer Nachbarstadt abgespielt haben, so überaus verhängnisvoll für die Sache des Friedens und sie werden uns dem hoffnungslosen Elend überliefern, wenn nicht auf das schnellste Einhalt getan und die Ordnung wiederhergestellt wird. Es ist nicht die Zeit, mit Parteien zu rechten, und wir rechten auch nicht mit den Matrosen, die sich, hingerissen vom Augenblick und vielleicht angestachelt von einem jener Agenten, die der russische Bolschewismus in unserem Lande herumwerfen läßt, zu einer Tat zusammengeschlossen, die sie für eine Tat der Freiheit halten, und die eine Tat der Sklaverei und des Elendes für das

ganze deutsche Volk werden würde, wenn sie Nachahmung fände. Die deutsche Volksregierung hat ihre Vertreter an Ort und Stelle gesandt, um den aufgehetzten Soldaten klar zu machen, was alles sie in diesem Augenblick zu verderben drohen, der mit politischen Entscheidungen schwanger ist, wie nie zuvor, und der unsere ganze Zukunft bestimmen muß. Hoffen wir, daß es ihnen gelingt, die deutsche Vernunft und die deutsche Selbstbeherrschung wieder zum Siege zu führen über den Wahnsinn, der planlos und ohne es zu wissen alle Hoffnungen des deutschen Volkes zerstört, wenn er die Gewalt an sich reißt.

Und wir anderen alle wollen in Ruhe und ohne uns von Furcht oder Ratlosigkeit entmutigen zu lassen, das Gelöbnis ablegen, zusammen zu halten alle Mann, Arbeiter und Kaufmann, Soldat und Bürger, und uns klar machen, daß wir nicht verloren sind, solange wir uns selbst nicht verloren geben. Niemand kann uns dem Elend überantworten, wenn wir in kluger Besonnenheit, wie es auch die Sozialdemokratie fordert, dem erträglichen Frieden entgegensehen, der ganz nahe ist, wenn wir aufrecht und einig bleiben, der uns aber gänzlich entschwinden wird und sich auflösen müßte in einen Kampf aller gegen alle und in ein unerhörtes, dauerndes Elend des ganzen deutschen Volkes, einerlei ob Arbeiter oder Kaufmann, ob Handwerker oder Beamter, wenn wir jetzt unsere Schicksalsstunde nicht begreifen und nicht die letzte Energie aufbringen, die die Eindrücke des Kieler Vorgange wieder verwischt und der Welt zeigt, daß das deutsche Volk doch größer und klüger ist, als diejenigen hoffen, die auch jetzt trotz aller Uebermacht den vollen Sieg nur von unserem inneren Zusammenbruch erwarten.

Die Waffenstillstandskommission nach dem Westen abgereist.

WTB **Berlin**, 6. November. Die deutsche Delegation zum Abschluß des Waffenstillstandes und der Aufnahme der Friedensverhandlungen ist heute nachmittag von Berlin nach dem Westen abgereist.

Die deutsche Waffenstillstandskommission.

Wie die „Frankfurter Zeitung" mitteilt, gehören der Kommission für die Besprechung der Waffenstillstandsbedingungen an: General v. Gündell, der militärische Delegierte auf der Haager Friedenskonferenz, Generalmajor v. Winterfeldt, der bekanntlich vor dem Kriege Militärattaché in Paris war und im französischen Manöver einen schweren Automobilunfall erlitt, der frühere Staatssekretär Vizeadmiral v. Hintze und der Konteradmiral Meurer.

Die Alliierten verlangen Verhandlungen mit Foch.

WTB **London**, 5. November. (Unterhaus.) Lloyd George kündigte an, daß die Alliierten den Präsidenten Wilson ersucht hätten, die deutsche Regierung zu benachrichtigen, wenn sie die Waffenstillstandsbedingungen zu erfahren wünschte, denen die Alliierten zustimmten, so solle sie sich in der üblichen Weise an Foch wenden.

Die Verständigung von Versailles.

WTB **Paris**, 5. November. (Havas.) Der Oberste Kriegsrat in Versailles hat gestern seine Arbeiten mit einer vollen Verständigung zwischen allen daran teilnehmenden Mitgliedern abgeschlossen.

Donnerstag, 7. November 1918

WTB **Bremen**, 7. November. Die Bürgerschaft hat in ihrer gestrigen Sitzung die Einführung des allgemeinen, gleichen, direkten und geheimen Wahlrechts für Männer beschlossen. Angenommen wurde ferner ein Antrag auf Beschleunigung der Arbeiten der Verfassungsdeputation. Abgelehnt wurde das von sozialdemokratischer Seite verlangte Wahlrecht der Frauen. Abgelehnt wurde ferner ein Antrag auf gründliche Umgestaltung des Senatswahlrechtes (dreijährige Amtsdauer für Senatoren) und die Abschaffung der Bürgereidgebühren.

Berlin, 7. November. Die Kommission, welche sich heute zu den Waffenstillstandsverhandlungen nach dem Westen begeben hat, setzt sich aus folgenden Herren zusammen: Staatssekretär Erzberger, General von Gundell, Graf Oberndorff, General von Winterfeldt und Kapitän Vanselow.

Mäßigung?

Rotterdam, 7. November. „Nieuwe Rotterdamsche Courant" meldet aus London: „Manchester Guardian" sagt, daß die Waffenstillstandsbedingungen der Verbündeten für Deutschland die englischen Extremisten enttäuschen würden, weil sie nicht so hart ausfallen würden, wie diese gefordert hatten.

Die Kundgebung in München.

München, 7. November. Eine riesige Massenkundgebung veranstaltete die sozialdemokratische Partei heute nachmittag auf der Theresienwiese. Es sollte damit seitens der Partei Stellung genommen werden zu den großen Tagesfragen, die auch in den letzten Vertrauensmännerversammlungen der Münchner Arbeiterschaft erörtert wurden. Zehntausende hatten sich auf dem freien Platz vor der Bavaria eingefunden. Die Gewerkschaften und die Arbeiterschaft der verschiedenen Betriebe waren in geschlossenen Zügen nach dem Versammlungsplatz gezogen. Eine Reihe von Rednern hielt dort Ansprachen an die Versammelten. Schließlich wurde überall durch Handaufheben eine Resolution angenommen, in der verlangt wird: Sofortiger Abgang des Kaisers und Thronverzicht des Kronprinzen. Verteidigung des deutschen Heeres auf die Verfassung, Befestigung aller Verfassungsbestimmungen, die der Freiheit des gesamten deutschen Volkes noch entgegenstehen und den Ausbau Deutschlands zu einem demokratischen Staate hemmen, Ausschaltung aller reaktionären Elemente aus der politischen Verwaltung und völlige Demokratisierung der Verwaltungsorganisation, Annahme der Waffenstillstandsbedingungen und Ablehnung der hauptsächlich von den Alldeutschen verlangten nationalen Verteidigung, sofortige Ergreifung aller Maßnahmen, welche die Ordnung, Sicherheit und Ruhe bei der Heimbeförderung der Truppe verbürgen, Schaffung von Garantien für das Beschwerderecht der Soldaten, umfassende soziale Fürsorge, Maßnahmen für die Notleidenden, Arbeitslosenversicherung und achtstündiger Arbeitstag.

Von den Rednern, deren Ausführungen wiederholt von stürmischen Zustimmungen begleitet waren, wurde betont, daß die sozialdemokratische Partei nicht zum Streik und zur Revolution auffordern, sondern die Entwicklung zum Volksstaat nach und nach erreichen wolle. Der Aufforderung der Redner zu einem großen Demonstrationszug durch die Stadt und zum Schloß des Königs wurde Folge geleistet. In einem riesigen Zuge, unter Vorantritt eines Musikkorps, in dem sich auch Gruppen von Soldaten verschiedener Waffengattungen befanden, bewegten sich die Teilnehmer in guter Ordnung nach dem Wittelsbacher Palais. In einem Maueranschlag hatte schon am Vormittage das Ministerium die Bevölkerung zur Besonnenheit, Ruhe und Ordnung aufgefordert.

Bereits in den Mittagsstunden wurden viele gewerbliche Betriebe und fast alle Ladengeschäfte geschlossen. Die Abendzeitungen erschienen bereits mittags und forderten die Bevölkerung zur Besonnenheit auf. Im Transportgewerbe und in den Verkehrsbetrieben wurde nachmittags noch gearbeitet. Die übrige Arbeiterschaft zog zu vielen Tausenden in geschlossenen Zügen mit Tafeln und roten Fahnen zur Theresienwiese vor die Bavaria, wo um 3 Uhr die ange-

kündigte Massenkundgebung stattfand. Die Volksmenge hörte die Reden mit Ruhe an und begleitete sie an kräftigen Stellen mit Beifallskundgebungen. Irgendwelche Zwischenfälle ereigneten sich während dieser Veranstaltung nicht. Von Bedeutung war die während der Demonstration gemachte Mitteilung, daß sich die sozialdemokratische und die unabhängige Partei Münchens geeinigt haben. Es wurde der Wunsch ausgesprochen, daß auch im weiteren die Möglichkeit eines Zusammenschlusses geschaffen werden solle. Nach den Ansprachen der Versammlungsredner wurde eine Resolution in Vorschlag gebracht, der die Teilnehmer durch Handhochheben zustimmten. Darauf wurden die Massen von den Führern aufgefordert, sich in Ruhe zurückzubegeben. In schier unübersehbaren Zügen nahmen die Massen unter Vorantritt zahlreicher Soldaten mit roten Fahnen den Weg nach der Stadt.

Die letzten Heeresberichte.

WTB **Großes Hauptquartier**, 7. November.

Westlicher Kriegsschauplatz.

Nordöstlich von Oudenaarde stießen Franzosen über die Schelde. Im Gegenangriff warfen wir sie zurück. Zwischen Schelde und Oise suchte der Feind die plangemäße Fortführung unserer am 4. November eingeleiteten Bewegungen durch heftige Gegenangriffe zu verhindern. Der Schwerpunkt ihrer Angriffe lag nordöstlich von Valenciennes, südlich der nach Mons führenden Straße, bei Bavai und bei Aulnoye an der Sambre. In schweren, wechselvollen Kämpfen hielten unsere Truppen dem feindlichen Ansturm Stand. Der Feind stand am Abend bei Onnezain, am Westrande von Bavai, östlich von Aulnoye — westlich von La Capelle. Zwischen der Oise und der Aisne hat der Gegner die Linie Vervins-Rozoy erreicht. Beiderseits von Rethel hat er die Aisne überschritten und stand am Abend in Linie Wasigny-Rocton-Porcien und nordöstlich von Touteron. Zwischen Aisne und Maas folgte er bis Vendresse und Mouson.

Auf dem Ostufer der Maas setzte der Amerikaner seine heftigen Angriffe fort. Es gelang ihm, seinen Brückenkopf östlich von Dun zu erweitern. Wir brachten den Feind in den Waldungen östlich von Muroaux und Fontaines zum Stehen. Oestlich von Sivry hat die bewährte brandenburgische 228. Infanterie-Division ihre Stellung voll behauptet.

Der erste Generalquartiermeister: Groener.

Ausrufung der Republik Bayern.

München, 8. November. Im Anschluß an die gestrige Massenversammlung auf der Theresienwiese kam es in München zu ernsten Unruhen, die im Verlaufe zur Ausrufung der Republik Bayerns führten. In der Nacht zum heutigen Tage bildete sich ein Rat der Arbeiter, Soldaten und Bauern, zu dessen Vorsitzenden Kurt Eisner ernannt wurde. Dieser Rat erließ an die Bevölkerung Münchens folgenden Aufruf:

Das furchtbare Schicksal, das über das deutsche Volk hereingebrochen, hat zu einer elementaren Bewegung der Münchner Arbeiter und Soldaten geführt. Ein provisorischer Arbeiter-, Soldaten- und Bauernrat hat sich in der Nacht zum 8. November im Landtag konstituiert.

Bayern ist fortan ein Freistaat.

Eine Volksregierung, die von dem Vertrauen der Massen getragen wird, soll unverzüglich eingesetzt werden.

Eine konstituierende Nationalversammlung, zu der alle mündigen Männer und Frauen das Wahlrecht haben, wird so schnell wie möglich einberufen werden.

Eine neue Zeit hebt an!

Bayern will Deutschland für den Völkerbund rüsten.

Die demokratische und soziale Republik Bayern hat die moralische Kraft, für Deutschland einen Frieden zu erwirken, der es vor dem Schlimmsten bewahrt. Die jetzige Umwälzung war notwendig, um im letzten Augenblick durch die Selbstregierung des Volkes die Entwicklung der Zustände ohne allzu schwere Erschütterungen zu erledigen, denn die feindlichen Heere die Grenzen überfluten oder nach dem Waffenstillstand die demobilisierten deutschen Truppen das Chaos herbeiführen.

Der Arbeiter-, Soldaten- und Bauernrat wird strengste Ordnung sichern. Ausschreitungen werden rücksichtslos unterdrückt. Die Sicherheit der Personen und des Eigentums wird verbürgt.

Die Soldaten in den Kasernen werden durch Soldatenräte sich selbst regieren und die Disziplin aufrechterhalten. Offiziere, die sich den Anforderungen der veränderten Zeit nicht widersetzen, sollen unangetastet ihren Dienst versehen.

Wir rechnen auf die schaffende Mithilfe der gesamten Bevölkerung. Jeder Arbeiter an der neuen Freiheit ist willkommen! Alle

Beamten bleiben in ihren Stellungen. Grundlegende soziale und politische Reformen werden unverzüglich ins Werk gesetzt.

Die Bauern verbürgen sich für die Versorgung der Städte mit Lebensmitteln. Der alte Gegensatz zwischen Land und Stadt wird verschwinden. Der Austausch der Lebensmittel wird rationell organisiert werden.

Arbeiter und Bürger Münchens! Vertraut dem Großen und Gewaltigen, das in diesen schicksalsschweren Tagen sich vorbereitet.

Helft alle mit, daß sich die unvermeidliche Umwälzung rasch, leicht und friedlich vollzieht.

In dieser Zeit des sinnlosen, wilden Mordens verabscheuen wir alles Blutvergießen. Jedes Menschenleben soll heilig sein.

Bewahrt die Ruhe und wirkt mit an dem Aufbau der neuen Welt!

Der Bruderkrieg der Sozialisten ist für Bayern beendet. Auf der revolutionären Grundlage, die jetzt gegeben ist, werden die Arbeitermassen zur Einheit zurückgeführt. Es lebe die bayerische Republik! Es lebe der Friede!

Es lebe die schaffende Arbeit aller Werktätigen!

München, Landtag, in der Nacht zum 8. November 1918.

Der Rat der Arbeiter, Soldaten und Bauern:
Der erste Vorsitzende: Kurt Eisner.

Der Münchener Polizeipräsident unterwirft sich.

München, 8. November. Erklärung des Münchner Polizeipräsidenten: Ich verpflichte mich, bei der Ausübung des Sicherheitsdienstes den Anordnungen des Arbeiter- und Soldatenrates München Folge zu leisten. Sofern ich dieser Verpflichtung nicht nachkommen kann, muß ich mir das Recht des Rücktritts vorbehalten.

München, 8. November, morgens 1 Uhr.

gez. v. Beckh, kgl. Polizeipräsident.

München, 8. November. Der Rat der Arbeiter, Soldaten und Bauern erließ ferner folgende Bekanntmachung: Zur Aufrechterhaltung der Ordnung und Sicherheit arbeitet von heute an das gesamte Polizei- und Sicherheitspersonal im Auftrag und unter Kontrolle des Arbeiter- und Soldatenrates. Den Anordnungen dieser Organe ist unbedingt Folge zu leisten.

Der Aufruf an das bayerische Volk.

München, 8. November. Die vorläufige Regierung der demokratischen und sozialen Republik hat folgenden Aufruf erlassen:

An das bayerische Volk! Berufen durch die Not des Volkes, hat die unterzeichnete Volksregierung die Leitung der demokratischen und sozialen Republik Bayerns übernommen. Die neue Regierung stützt sich auf die Mitarbeit des gesamten bayerischen Volkes, das nunmehr zur Durchführung der weitgehendsten demokratischen, politischen und sozialen Aufgaben berufen ist. Unser Programm werden wir baldigst besonders bekanntgeben. Worauf es in dieser Stunde ankommt, ist, daß strengste Ordnung gesichert und gewährleistet wird. Jedes Bürger unseres Landes soll seiner gewohnten Arbeit nachgehen. Stadt und Land müssen einig in diesem Streben zusammenwirken. Die Umwälzung ist vollzogen, die friedliche Entwicklung muß das weitere Ziel sein. Alle Bürger haben die Pflicht, hierin mitzuwirken, und das Morgenrot der neuen Friedenszeit mit ihren gewaltigen Kulturaufgaben darf nicht verdunkelt werden, darf nicht in einem Chaos innerer Zerrissenheit untergehen. Jeder, der die neue Ordnung zu eigenen Zwecken mißbraucht, sich an Plünderungen und Raubzügen beteiligt, ist ein Feind des Volkes. Gegen Plünderer und raubende Personen werden schärfste Maßregeln ergriffen. Unsere gesamte Soldatenmacht hat strengste Weisungen, die Sicherheit des Bürgers und des Eigentums zu schützen. Alle bisherigen Beamten verbleiben in ihren Stellungen. Die Beamten und die Armee werden für die neue Regierung vereidigt. Wir sind uns der großen Verantwortung bewußt, die wir übernehmen, und kennen insbesondere die Schwierigkeiten in der Ernährungsfrage. Die städtische Bevölkerung muß selbstverständlich die Ernährungsschwierigkeiten würdigen; es wird alles geschehen, um sie zu bewältigen. Wir hoffen dabei auf die verständnisvolle Mitwirkung des gesamten Bauernstandes. Unsere Soldaten sind angewiesen, den Grenzschutz auf das strengste durchzuführen, damit Heim und Herd unseres bayerischen Volkes vor Einbrechern und Plünderern gesichert sind. Kein Gegensatz zwischen Stadt und Land soll uns künftig trennen, vielmehr soll entschlossenes Zusammenarbeiten aller Volks- und Berufsschichten unsern neuen Volksstaat zum Blühen und Gedeihen bringen. Die Umwälzung der wirtschaftlichen Verhältnisse durch den Schluß des unseligen Weltkrieges stellt uns vor große Aufgaben. Die weitgehendste soziale Fürsorge wird sofort eingreifen. Die Unternehmer haben mit den Arbeitern das gleiche Interesse, keine Erschütterung der Volkswirtschaft, kein regelloses Durcheinander entstehen zu lassen. Organisatorisches, friedliches und freiheitliches Zusammenarbeiten ist unsere Richtschnur. Wir appellieren an jeden Bürger, uns hierin zu unterstützen. Die Soldaten in die Kasernen, die Arbeiter in die Betriebe! Jedem Staatsbürger obliegt die Arbeitspflicht!

Kein Telephon- und Telegraphen-Verkehr!

Die Vorgänge in Kiel, Hamburg, Lübeck, Bremen und anderen Städten Deutschlands haben zur Folge gehabt, daß heute der gesamte telephanische und telegraphische Verkehr zwischen Berlin und Süddeutschland unterbrochen war. Das Berliner Haupttelegraphenamt arbeitet nur in militärdienstlichem Interesse. Auch direkte Verbindungen mit den Orten, auf die die Soldatenunruhen übergegriffen haben, konnten nicht hergestellt werden. Der Drahtverkehr zwischen den süddeutschen Städten, mit Ausnahme von München, das ebenfalls alle telephanischen und telegraphischen Leitungen gesperrt hat, und den mitteldeutschen Orten war dagegen ungestört. Nach den letzten, gestern abend aus der Reichshauptstadt vorliegenden Meldungen ist die Lage dort vollkommen ruhig geblieben.

Bremen.

Bremen, 8. November. Von 11 Uhr vormittags bis 6 Uhr nachmittags ruhte gestern die Arbeit auf den großen Werften und auch die Straßenbahnen wurden von 2 bis 6 Uhr nachmittags stillgelegt. Um 2 Uhr nachmittags fand eine große Volks- und Militärversammlung im Freien statt. Daran anschließend bewegte sich ein Zug von 40 000 Militär- und Zivilpersonen mit roten Fahnen und Vereinsabzeichen, sowie zahlreichen Militärkapellen zum Marktplatz und Domhof, wo Mann an Mann zu einer Kundgebung drangten, wie sie in einem solchen Maße Bremen noch nicht erlebt hat. Von der Rathausbalustrade, die mit Parteifahnen behängt war, spielte eine Musikkapelle und wurden Ansprachen gehalten. Die Redner forderten u. a. die Abdankung der deutschen Fürstenhäuser und feierten die sozialdemokratische Republik. Umzug und Versammlung verliefen in größter Ordnung. Es ist bisher noch zu keinem ernsten Zwischenfall gekommen. Der Verkehr in den Straßen blieb bis in die späten Abendstunden überaus lebhaft. Man sieht bei Mann und Weib, Militär und Zivil viele rote Schleifen. Kiel, Wilhelmshaven, Hamburg, Bremen, Lübeck und Hannover sind in den Händen der Revolutionäre. Auch in Bremerhaven hat sich die Garnison dem Soldatenrat unterstellt. Bei der dortigen Entwaffnung wurden 2 Matrosen getötet.

Herzog von Braunschweig abgedankt.

Braunschweig, 8. November. **Herzog Ernst Günther von Braunschweig und Lüneburg hat, wie die „Braunschweigische Landes-**

zeitung" erfährt, heute eine Urkunde unterzeichnet, derzufolge er für sich und seine Nachfolger auf den Thron verzichtet. Die Urkunde befindet sich beim braunschweigischen Soldaten- und Arbeiterrat. Auf dem herzoglichen Schloß weht die rote Flagge. Sonst ist die Ruhe aufrecht erhalten worden.

Ein Aufruf der sozialdemokratischen Partei Deutschlands.

Berlin, 8. November. Die Vorstände der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands und der Reichstagsfraktion haben folgenden Aufruf erlassen: „Arbeiter! Parteigenossen! Ein Teil der gestern von uns aufgestellten Forderungen ist von der Regierung und den Mehrheitsparteien erfüllt worden. — Das gleiche Wahlrecht für Preußen und alle Bundesstaaten auf der Grundlage der Verhältniswahl soll ohne Verzug durch Reichsgesetz eingeführt werden. — Die sofortige Parlamentarisierung der preußischen Regierung ist gesichert, ebenso die Verstärkung des sozialdemokratischen Einflusses in der Reichsregierung. — Die Einberufungen zum Militär sind rückgängig gemacht worden. — Noch nicht erledigt ist die Kaiserfrage. Unsere Forderung auf sofortigen Rücktritt des Kaisers und Verzicht des Kronprinzen wurden aufgestellt unter der Voraussetzung, daß der Waffenstillstand heute mittag abgeschlossen sein würde. Die Voraussetzung hat sich nicht erfüllt, weil die deutsche Delegation infolge äußerer Hindernisse heute vormittag im feindlichen Hauptquartier nicht eintreffen konnte. Der Abschluß des Waffenstillstandes würde aber gefährdet durch unseren Austritt aus der Regierung. — Deshalb haben Parteivorstand und Reichstagsfraktion die gestellte Frist bis zum Abschluß des Waffenstillstandes verlängert, um erst das Aufhören des Blutvergießens und die Sicherung des Friedensschlusses herbeizuführen. — Sonnabendvormittag treten die Vertrauensmänner der Arbeiter erneut zusammen. Arbeiter! Parteigenossen! Es handelt sich also nur um einen Aufschub von einigen Stunden. Eure Kraft und Eure Entschlossenheit erträgt diesen Aufschub."

„Norddeutsche Allgemeine Zeitung":

Zur Lage.

Dem Kaiser ist über die sozialdemokratischen Forderungen, die weiter unten mitgeteilt werden, bereits Bericht erstattet worden. Eine Antwort ist noch nicht ergangen. Der Reichskanzler hat seine

Demission angeboten. Die Meldung eines hiesigen Blattes, wonach der Reichskanzler ins Hauptquartier gereist wäre, ist unrichtig.

Der Aufruf der Vorstände der sozialdemokratischen Partei und der sozialdemokratischen Reichstagsfraktion hat folgenden Wortlaut:

Arbeiter, Parteigenossen! Der Frieden ist gesichert — in wenigen Stunden wird die Waffenruhe eingetreten sein. Nur jetzt keine Unbesonnenheiten, die das an der Front beendete Blutvergießen im Lande wieder aufleben machen! Die sozialdemokratische Partei setzt ihre ganze Kraft ein, Eure Forderungen schnellstens zur Erfüllung zu bringen! Deshalb haben heute die Vorstände der sozialdemokratischen Partei und der sozialdemokratischen Fraktion folgende letzte Forderungen an den Reichskanzler gestellt:

1. Freigabe der heute verbotenen Versammlungen.
2. Anweisung an Polizei und Militär zur äußersten Besonnenheit.
3. Rücktritt des Kaisers und des Kronprinzen bis Freitag mittag.
4. Verstärkung des sozialdemokratischen Einflusses in der Regierung.
5. Umgestaltung des preußischen Ministeriums im Sinne der Mehrheitsparteien des Reichstags.

Ist bis Freitag mittag keine befriedigende Antwort erfolgt, so tritt die Sozialdemokratie aus der Regierung aus. Erwartet weitere Mitteilungen von uns im Laufe des Freitag nachmittag.

Im Anschluß daran wendet sich der „Vorwärts" gegen die Drohung mit einer Soldatenherrschaft. Es werde unmöglich sein, die Demobilisierung als eine rein militärische Angelegenheit zu behandeln, die von den Vorgesetzten nach Dienstregeln geleitet werde. Die Beteiligung von Staatsbürgern im Waffenrock an der Lösung der Aufgabe sei durchaus diskutabel. Dagegen würde eine Militärherrschaft ohne Offiziere dem Begriff einer geordneten Demokratie kaum weniger widersprechen, als eine Militärherrschaft mit Offizieren. Die Demokratie verlange Unterstellung jeder Art von Militärgewalt unter die Zivilgewalt, die vom gesamten Volke auszuüben sei. Jeder Versuch, eine Minderheitsherrschaft aufzurichten, sei verwerflich und über kurz oder lang zum Zusammenbruch verurteilt.

Berichtigend teilen wir noch mit, daß die Besprechung, die sich gestern mit der Demokratisierung Preußens beschäftigt hat, zwischen Vertretern der Mehrheitsparteien aus dem Reichstag und dem preußischen Landtag stattgefunden hat.

Nach dem Berliner „Lokal Anzeiger" ist gestern eine aus 24 Mann bestehende Abordnung des 3. Geschwaders in Berlin eingetroffen und vom Staatssekretär des Reichsmarineamts zur Entgegennahme ihrer Wünsche empfangen worden. In mehrstündiger

Besprechung wurde eine Klärung der Lage angestrebt. Die Abordnung begab sich später auch nach dem Reichstag, wo sie mit Mitgliedern der Mehrheitsparteien Fühlung nahm.

Nach der „Vossischen Zeitung" soll die Parlamentarisierung Preußens in der Weise erfolgen, daß jede Partei der neugebildeten Mehrheit zwei Minister stellt. Außerdem scheint beabsichtigt zu sein, in der demnächst stattfindenden Beratung des Wahlgesetzes die Wahlvorlage dahin zu erweitern, daß das allgemeine gleiche Wahlrecht auch für die Frauen unter Zugrundelegung des Proporzes eingeführt und das Wahlalter auf 24 Jahre festgelegt wird.

* * *

„Norddeutsche Allgemeine Zeitung":

Reichsleitung und Militärgewalt.

Wie von militärischer Seite mitgeteilt wird, sind die Verbote und Maßnahmen, die im Laufe der letzten Tage ergangen sind, so die der Einrichtung von Arbeiter- und Soldatenräten und der fünf unabhängigen Versammlungen, in Uebereinstimmung mit der Reichsleitung ausgegeben worden.

„Norddeutsche Allgemeine Zeitung":

Die Absperrung Berlins.

Seit gestern abend ist der Fernsprechverkehr zwischen Berlin und dem Reiche, desgleichen der telegraphische Verkehr durch Verfügung des Oberkommandos eingestellt worden. Das Reichspostamt hat auf die außerordentlichen Schwierigkeiten hingewiesen, die eine derartige Maßregel im Gefolge haben muß und um eine Revision der Verordnung gebeten. Wie wir hören schweben Erwägungen, daß wenigstens der telephonische und telegraphische Verkehr für die Presse freigegeben wird. Der Eisenbahnverkehr von und nach Berlin ist im wesentlichen eingestellt worden. Der Briefpostverkehr wird nach Möglichkeit aufrechterhalten, indem die Güterzüge für die Versendung der Postsäcke in Anspruch genommen werden.

„Berliner Börsen-Zeitung":

Ruhe in Berlin.

Die Nachricht des gestrigen polizeilichen Verbots der fünf Versammlungen der Unabhängigen Sozialdemokraten war nur zum Teil bekannt geworden. Infolgedessen hatten sich gestern Abend gegen einhalb acht Uhr vor den in Aussicht genommenen Versammlungslokalen Habels Brauerei in der Bergmannstraße, der Königsbank in

der Großen Frankfurter Straße, in den Pharussälen, Müllerstraße, sowie in Neukölln und Lichtenberg größere Menschenmengen eingefunden. Gegen acht Uhr abends wurde den Anwesenden von den Einberufern mitgeteilt, daß die Versammlungen polizeilich verboten worden seien. Die Anwesenden wurden jedoch von den Rednern ausdrücklich vor Ausschreitungen und Aufzügen durch die Stadt gewarnt. Infolgedessen gingen die Versammlungsbesucher in größter Ruhe auseinander und es ist nirgends zu Ausschreitungen gekommen. Im übrigen waren für den gestrigen Abend die Polizei und Garnison konsigniert. An allen größeren Verkehrsadern waren starke Schutzmannsposten und reitende Schutzleute aufgestellt.

Sonnabend, 9. November 1918

„Norddeutsche Allgemeine Zeitung“:

Thronverzicht Kaiser Wilhelms II.

Aufruf zur Nationalversammlung.

Berlin, 9. November. Der Kaiser und König hat sich entschlossen, dem Throne zu entsagen. Der Reichskanzler bleibt noch so lange im Amte, bis die mit der Abdankung des Kaisers, dem Thronverzicht des Kronprinzen des Deutschen Reiches und von Preußen und der Einsetzung der Regentschaft verbundenen Fragen geregelt sind. Er beabsichtigt, dem Regenten die Ernennung des Abgeordneten Ebert zum Reichskanzler und die Vorlage eines Gesetzentwurfes wegen der sofortigen Ausschreibung allgemeiner Wahlen für die verfassunggebende deutsche Nationalversammlung vorzuschlagen, der es obliegen würde, die künftige Staatsform des deutschen Volkes einschließlich der Volksteile, die ihren Eintritt in die Reichsgrenzen wünschen sollten, endgültig festzustellen.

Berlin, 9. November 1918.

Der Reichskanzler: Max, Prinz von Baden.

Der Entschluß des Kaisers, dem Throne zu entsagen, bedeutet die völlige Umwälzung der Verhältnisse, wie sie noch gestern lagen. Der Entwicklung im Reich, die zur Anarchie zu führen drohte, glaubte die deutsche Sozialdemokratie nicht anders steuern zu können, als daß sie bestimmte Forderungen aufstellte, von denen sie

annahm, daß sie zur Beruhigung des Volkes und zur Wiedereinlenkung der Stimmung in geordnete Bahnen beitragen würden. Die Partei verlangte vor allem den unverzüglichen Rücktritt des Kaisers. Vieles läßt sich dafür anführen, daß sie, als sie ihr Ultimatum stellte, damit nicht die Geschäfte ihrer Partei betreiben, sondern vielmehr dem Vaterlande, das sie auf der Bahn des Verderbens dahinrollen sah, einen Dienst erweisen wollte. Ob es ihr gelingen wird, ob aus ihrem Entschluß für das Staatsganze das Heil erwachsen wird, das sie selbst und jetzt auch alle anderen Parteien davon erwarten, das wird die Zukunft lehren. Die Sozialdemokratie hat jedenfalls mit dem Erfolge, den ihr Schritt erzielt hat, eine gewaltige Verantwortung auf sich geladen. Er hat uns aus einer kritischen Situation herausgebracht; aber niemand kann ermessen, wohin er uns führen wird.

Die anderen Parteien, die in der Volksregierung vertreten sind, haben ihren Entschluß unter dem Druck der Verhältnisse, wie sie durch das sozialdemokratische Ultimatum entstanden waren, gefaßt. Wenn der Kanzler dem Kaiser als die Meinung der Volksregierung und damit als die Meinung der Reichstagsmehrheit und der Volksmehrheit übermittelt hat, daß unter den gegenwärtigen Verhältnissen in der Abdankung des Kaisers die einzige Befreiung von einem unerträglichen Druck empfunden werde, so lag darin unseres Erachtens keine Absage des deutschen Volkes an den Kaiser, noch viel weniger eine solche an die monarchische Staatsform, sondern einzig und allein das Geständnis, daß bestehende und drohende, noch größere Gefahren nur durch diesen Entschluß des Kaisers zu bannen seien. Man wurde die Stimmung des deutschen Volkes vergewaltigen, wenn man seine Zukunft endgültig aufbauen wollte auf den Ereignissen dieser unruhigen, durch allerhand unkontrollierbare Einflüsse bestimmten Tage. Es ist deshalb durchaus verständlich und vernünftig gewesen, daß man die Abdankung des Kaisers und den Verzicht des Kronprinzen zum Anlaß genommen hat, das Volk selbst über seine neue Zukunft entscheiden zu lassen.

Der gegenwärtige Deutsche Reichstag hat im ganzen sicher vorzüglich gearbeitet; was er in den letzten Wochen geschaffen hat, sind die Bausteine des neuen Deutschlands; aber auch seine eigenen Mitglieder werden nicht verkennen, daß dieses Parlament im Jahre 1912 unter ganz anderen Bedingungen und Verhältnissen gewählt und zusammengetreten ist, als sie heute durch die Umwälzungen, die weder Haupt noch Glieder verschont haben, geworden sind. Der Rücktritt des Kaisers war ein großer Entschluß. Mit ihm sind viele Nebel zerrissen, die noch über unserer näheren und weiteren Zukunft lagen. Aber man würde sich bitter täuschen, wenn man annähme, daß die Nebel jetzt völlig verdrängt, und daß wir jetzt in helles Licht hinausgetreten sind. Der bisherige Reichskanzler, Prinz Max von Baden, der in der Geschichte das Verdienst behalten wird, das deutsche

Volk aus dem Kriege herausgeführt zu haben, glaubt sein **Amt** nicht weiter verwalten zu können; aber er stellt sich doch dem **Volke** noch so lange zur Verfügung, bis in die gegenwärtigen unübersehbaren Zustände einige Ordnung hineingebracht sein wird. Diese Ordnung kann nur vom Volke selbst kommen. Es hat keinen Monarchen mehr, und seine Staatsmänner wissen nicht, ob und wieweit sie das Vertrauen des Volkes genießen. In allerkürzester Zeit wird deshalb die Aufforderung an die deutsche Bevölkerung ergehen, nach den demokratischsten Grundsätzen neue Vertreter zu entsenden, die darüber zu entscheiden haben werden, wie das deutsche neue Reichshaus eingerichtet werden soll. Die Männer, die demnächst in der gesetzgebenden deutschen Versammlung zusammensitzen werden, haben nicht über die Form zu entscheiden, in der Deutschland weiterleben soll, sondern auch über den Umfang und die Zugehörigkeit zum Deutschen Reich. Ein Volk, das vor derartig bedeutsame Aufgaben gestellt ist, kann seine Befähigung dafür nur nachweisen, wenn es sich in die neue Zeit einfügt, wenn es sich von jeder Unbesonnenheit fernhält, die den ruhigen Gang der Entwicklung, den raschen Abschluß des Friedens und die Neuaufrichtung des Deutschen Reiches gefährden muß.

„Schleswig-Holsteinische Volkszeitung“:

Die Lage in Berlin.

Die sozialdemokratischen Vertrauensleute der Berliner Großbetriebe haben sich gestern abend mit der Situation beschäftigt, die sich nach dem Ultimatum der Sozialdemokratischen Partei ergeben hat. Die Vertrauensleute treten heute vormittag nach einmal zu einer Sitzung zusammen. Durch einstimmige Wahl ist ein aus 16 Personen bestehender Aktionsausschuß eingesetzt worden.

Der Parteisekretär der Unabhängigen Ernst Daumig ist gestern mittag um 1 Uhr an der Marschallbrücke zu Berlin festgenommen worden. Unter Führung von dem bekannten Sozialisten Dr. Leo Arons hat sich ein Ausschuß gebildet, der die Bildung einer deutschen Nationalversammlung in Deutschland propagiert.

Berlin, 9. November, 11 Uhr vormittags. Bis zur Stunde ist in Berlin alles ruhig geblieben.

„Deutsche Tageszeitung", Berlin (konservativ-agrarisch), 9. Nov. Morgenausgabe.

Das Straßenleben Berlins

Am gestrigen entscheidungsschweren Tage zeigte kaum eine Abweichung von dem Bilde, wie man es alltäglich sieht. Vor allem muß man feststellen, daß die Vorgänge in den Seestädten in Berlin kein Echo gefunden haben.

Der Funkspruch- und Telegrammverkehr nach außerhalb wurde im Laufe des gestrigen Nachmittags wieder eröffnet. — Das Parteibureau der unabhängigen Sozialdemokratie in Berlin wurde polizeilich geschlossen und ihr Parteisekretär Barth verhaftet. Auch der unabhängige Redakteur Däumig wurde auf der Straße verhaftet.

In den Außenstadtteilen pulste das Leben, ratterten die Straßenbahnwagen wie sonst. Auch in den Geschäftsvierteln Berlins wogte teils geschäftig, teils müßig wie immer auf den Bürgersteigen die Masse. Nur wer näher zusah und hinhorchte, merkte eine mit Neugier gepaarte Bewegung unter der Oberfläche. In den Straßenbahnwagen wurde ein wenig lebhafter gesprochen als sonst. Das Drangen und Quetschen in den überfüllten Wagen wurde wie sonst von kleinen Zornesausbrüchen begleitet oder, wenn es gut ging, mit humoristischen Bemerkungen und Schnadderigkeit in Wohlgefallen aufgelöst.

Je näher den Linden und der Friedrichstraße und dem innersten Kern Berlins, desto lebhafter wuchs das Wimmeln. Wie zu Anfang des Krieges, allerdings in anderer, ganz anderer Stimmung, drückte sich der Ernst der Stunde und die gespannte Stimmung der Bevölkerung im Zusammenströmen auf den geschichtlichen Hauptstraßen Berlins aus, ohne daß es zu größeren Anhäufungen kam. An der Kreuzung der Linden- und Friedrichstraße gab es so etwas wie einen Massenstrom, der aber in ruhigen Bahnen dahinfloß. Die Schutzleute mit dem Karabiner am Riemen oder dem Revolver in der Ledertasche am Gurt und die Doppelposten vor den Amtsgebäuden und Palästen waren die einzigen sichtbaren Erscheinungen und Beweise für das besondere Gepräge des Tages. Alle Ministerien und Aemter hatten den Tür- und Pförtnerdienst verschärft. Auch vor der russisch-bolschewistischen Botschaft Unter den Linden stand als Hüter der Ordnung ein „Blauer".

In der Nähe des Schlosses sammelte sich halbwüchsiges Volk beiderlei Geschlechts, das sich auf der Schloßbrücke, vor dem Zeughause und am Rande des Lustgartens zusammenballte und das große Schloß anstarrte. Als diese Ansammlungen den Verkehr zu unterbinden drohten, wurde mit sanftem Nachdruck und in aller Höflichkeit von berittenen Schutzleuten der Lustgarten und die ganze Umgebung des Schlosses gesäubert.

Die Einstellung des Eisenbahnfernverkehrs übte auf das Straßenleben der Reichshauptstadt kaum einen Einfluß aus. Vorortbahnen und Elektrische fuhren wie immer, und damit war dem inneren Verkehrsbedürfnis genügt.

„Neue Preußische (Kreuz)-Zeitung" (konservativ.)

Zur Lage in Berlin.

Der Postverkehr entwickelte sich am heutigen Tage wieder in vollem Umfange. Nachdem die Eisenbahnverwaltung dafür Sorge getroffen hat, daß Postsendungen jeder Art nach Berlin nach hier befördert werden, treffen in Berlin die aufgegebenen Sendungen ungestört ein und werden in der üblichen Weise den Empfängern zugestellt. Der Fernsprechverkehr ist seit gestern Abend in vollem Umfange wieder freigegeben. Auch nach Hamburg werden telephonische Verbindungen hergestellt. Ebenso unterliegt heute der Telegrammverkehr keinerlei Einschränkung mehr. Dagegen ist an die Postämter Berlins und der Vororte die Anweisung ergangen, Geldbriefe und Wertpakete nicht anzunehmen. Seit heute kann also die Auslieferung derartiger Sendungen nicht mehr erfolgen.

Der Eisenbahnverkehr von und nach Berlin ist heute sehr beschränkt und auch unregelmäßig. Die Eisenbahndirektion hat zwar gestern einige Personen- und D-Züge eingelegt, doch verkehren heute selbst diese wenigen Züge nicht mehr alle und es ist keine Gewähr dafür gegeben, daß die abgelassenen Züge einigermaßen pünktlich ihr Ziel erreichen. Die Strecken nach Hamburg—Altona—Magdeburg und Hannover sind auch heute noch vollständig gesperrt.

„Neue Preußische (Kreuz)-Zeitung" (konservativ.)

Revolution in Berlin.

Eine Extraausgabe des „Vorwärts", die am Sonnabend um die Mittagszeit in Berlin verbreitet wird, sagt:

Der Arbeiter- und Soldatenrat von Berlin hat den Generalstreik beschlossen. Alle Betriebe stehen still. Die notwendige Versorgung der Bevölkerung wird aufrecht erhalten.

Ein großer Teil der Garnison hat sich in geschlossenen Truppenkörpern mit Maschinengewehren und Geschützen dem Arbeiter- und Soldatenrat zur Verfügung gestellt.

Die Bewegung wird gemeinschaftlich geleitet von der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands und der Unabhängigen sozialdemokratischen Partei Deutschlands.

Arbeiter, Soldaten, sorgt für Aufrechterhaltung der Ruhe und Ordnung.

Es lebe die soziale Republik!

Der Arbeiter- und Soldatenrat.

Das Jägerbataillon Nr. 4 (Marburg), das vor einigen Tagen zur Unterdrückung von etwaigen Unruhen nach Berlin überführt worden war und die öffentlichen Gebäude sowie wichtige Verkehrszentren mit Maschinengewehren besetzt hatte, ist am heutigen Morgen zum Volke übergegangen, Deputationen dieses Truppenteiles erklärten der sozialdemokratischen Parteileitung, daß sie auf das Volk nicht schießen würden, dagegen mit allen Kräften für Aufrechterhaltung der Ordnung eintreten würden. Ebenso hat die Mannschaft des Kaiser Alexander-Grenadier-Regiments sich in gleichem Sinne geäußert. Bei den übrigen Truppenteilen finden gegenwärtig noch Beratungen statt.

Die sozialdemokratischen Vertrauensleute der Berliner Großbetriebe haben noch gestern abend eine Sitzung abgehalten, die sich mit der Lage beschäftigte, die sich durch das Ultimatum der sozialdemokratischen Partei ergeben hat. Da die letztere noch nicht geklärt war, wurde ein aus sechzehn Personen bestehender Aktionsausschuß gewählt. Am heutigen Vormittag fand abermals gemeinschaftlich mit der sozialdemokratischen Parteileitung, der Scheidemann, Ebert und Eugen Ernst beiwohnten, eine Sitzung der Vertrauensleute statt. Es wurde vor allem betont, die Groß-Berliner Arbeiterschaft zu ermahnen, Ruhe und Besonnenheit zu bewahren, um jedes Blutvergießen zu vermeiden. Inzwischen aber scheint bei den Arbeitermassen der Wunsch zu demonstrieren, und mit ihrer Willenskundgebung Ernst zu machen, so gewaltig geworden zu sein, daß es zu

Arbeitsniederlegungen

in verschiedenen Großbetrieben gekommen ist. So haben heute vormittag die Arbeiter in den Werken der A. E. G. in der Brunnenstraße, Ackerstraße und Oberschöneweide die Arbeit niedergelegt. Das gleiche war der Fall in den Daimlerwerken in Marienfelde, in den Deutschen Waffen- und Munitionsfabriken, in der Geschoßfabrik von Otto Jachmann-Borsigwalde, bei den Siler-Werken und in zahlreichen Fabriken in Weißensee. In anderen Betrieben haben die Arbeiter erklärt, daß sie am Montag in den Streik treten würden, wenn bis dahin der Kaiser nicht abgedankt habe.

Google

„Norddeutsche Allgemeine Zeitung“:

Austritt der sozialdemokratischen Mitglieder aus der Regierung.

Sämtliche sozialdemokratischen Mitglieder, Staatssekretär Scheidemann und die Unterstaatssekretäre Dr. David, Bauer, Schmidt und August Müller, sind, wie wir erfahren, heute vormittag aus der Regierung ausgetreten.

„Berliner Börsenzeitung“ (national-liberal), 9. Nov., Abendausgabe.

Die Revolution in Berlin.
Bildung des Arbeiter- und Soldatenrats.

(Austritt der Sozialdemokraten aus der Regierung. — Verkündung des Generalstreiks. — Bildung der neuen Regierung.)

In der heutigen sozialdemokratischen Fraktionssitzung, an der auch die Delegierten der Vertreter der großen Betriebe teilnahmen, herrschte Uebereinstimmung darüber, daß man nicht länger warten könne. Die Arbeiterschaft dränge auf eine Lösung, die gründlich, restlos ruhig und ohne Blutvergießen erfolgen müsse. Von verschiedenen Seiten wurde der Wunsch nach Verständigung mit den Unabhängigen betont; es soll ein gemeinsamer Ausschuß gebildet werden. Die Vertreter der Betriebe teilten mit, daß in einzelnen Werken die Arbeit schon niedergelegt sei. Einmütig wurde darauf der Austritt der Sozialdemokraten aus der Regierung beschlossen. Ebert, Braun, Wels und Eugen Ernst wurden dazu bestimmt, mit zwölf Vertrauensleuten der Fabriken einen engeren Ausschuß zu bilden, der sich gegebenenfalls mit einem von anderer Seite zu bildenden Arbeiter- und Soldatenrat verständigen sollte.

Unmittelbar danach trat der große Ausschuß der Vertrauensleute der Partei in den Betrieben zusammen und beschloß den allgemeinen Ausstand.

Die Reichskanzlei bereitet gegenwärtig ein Extrablatt folgenden Inhalts vor, das sofort erscheinen wird: Der Kaiser und König hat abgedankt. Bis zur Erledigung der Regentschaftsfrage wird Prinz Max von Baden die Geschäfte weiterführen. Er wird den Abgeordneten Ebert zum Reichskanzler vorschlagen. Gleichzeitig wird ein Gesetzentwurf über die Einberufung einer konstituierenden Nationalversammlung vorbereitet, zu der Vertreter zu senden alle Staaten aufgefordert werden, die sich Deutschland anschließen wollen.

Die sozialdemokratische Partei hat mit den Fabrikvertrauensleuten einen engeren Ausschuß eingesetzt, der mit der Regierung über die Uebernahme der Geschäfte verhandeln soll. Es gehören ihm an Ebert, Scheidemann, Braun, Wuschick und Hölder. Mit den Unabhängigen war eine Verständigung nicht möglich, da sie keinen bestimmten Standpunkt einzunehmen vermochten. Nachdem sich Jägerbataillone schon am Morgen der Bewegung zur Verfügung gestellt hatten, sprach mittags Reichstagsabgeordneter Wels in der Kaserne der Gardejäger und des Alexanderregiments. Die Regimenter beschlossen den Uebergang zur Republik, und die versammelte Mannschaft stimmte in ein Hoch ein auf den freien deutschen Volksstaat.

Die Wilhelmshavener Matrosen schicken eine Abordnung im Luftschiff nach Berlin. Der Flugplatz Johannisthal ist von den Arbeitern besetzt, damit das Luftschiff ohne Schwierigkeiten landen kann. 3000 Kieler Matrosen sind in Anmarsch. Da die Schienen teilweise aufgerissen sind, werden sie zu Fuß erst gegen drei Uhr in Berlin eintreffen. Ein sozialdemokratischer Abgeordneter ist ihnen entgegengefahren, um sich an ihre Spitze zu stellen. Um 5 Uhr findet eine große Versammlung der Seesieger und Matrosen bei Aschinger am Bahnhof Friedrichstraße statt. Auch in ihr wird ein sozialdemokratischer Reichstagsabgeordneter sprechen.

Es ist folgender

Aufruf

ergangen:

An die Offiziere der Garnison Berlin und seiner Vororte:

Nachdem der Kaiser abgedankt hat, wird zur Zeit eine neue Regierung gebildet.

Alles kommt darauf an, daß Ruhe und Ordnung aufrecht erhalten wird.

Es ist vaterländische Pflicht eines jeden deutschen Offiziers, dafür zu sorgen, daß Blutvergießen vermieden wird.

Unsere ganze Kraft gehört jetzt dem deutschen Volke.

Führe, M. d. R. Leutnant der Landwehr II, Landsturm-Regiment 19; Collin-Naß, Leutnant d. R., Auslandsabteilung der OHL.; Südekum, Leutnant d. Landwehr I, Eisenbahn-Regiment I, Turburtius, Leutnant d. Res. 3. Garde-Regiment z. Fuß

Berlin, 9. November. Der Reichskanzler veröffentlicht folgenden Aufruf:

Die neue Regierung hat die Führung der Geschäfte übernommen, um das deutsche Volk vor Bürgerkrieg und Hungersnot zu bewahren und seine berechtigten Forderungen auf Selbstbestimmung durchzusetzen. Diese Aufgabe kann sie nur erfüllen, wenn alle Behörden und Beamten, Stadt und Land, ihr hilfreiche Hand leisten.

Ich weiß, daß es vielen schwer werden wird, mit den neuen Männern zu arbeiten, die das Reich zu leiten übernommen haben, aber ich appelliere zu ihrer Liebe zu unserem Volke. Ein Versagen der Organisation in dieser schweren Stunde würde Deutschland der Anarchie und dem schrecklichsten Elend ausliefern.

Helft also mit mir dem Vaterlande durch furchtlose und unverdrossene Weiterarbeit! Ein jeder auf seinem Posten, bis die Stunde der Ablösung gekommen ist!

Berlin, 9. November 1918.

Der Reichskanzler.
gez. Ebert.

* * *

Berlin, 9. November. Von der Terrasse des Reichstages hielt der Abgeordnete Scheidemann kurz nach 2 Uhr eine Ansprache an die dort versammelte Menge. Scheidemann erklärte: Wir haben auf der ganzen Linie gesiegt. Das Alte ist nicht mehr. Ebert ist zum Reichskanzler ernannt. Dem Kriegsminister ist der Abgeordnete Göhre beigeordnet. Es gilt nunmehr den errungenen Sieg zu festigen. Sorgt dafür, daß dieser stolze Tag durch nichts beschmutzt wird. Er sei ein Ehrentag für immer in der Geschichte Deutschlands. Es lebe die deutsche Republik. Um ½3 Uhr erschien der Kanzler der neuen deutschen Republik, der Abgeordnete Ebert, um von der Terrasse des Reichstags eine Ansprache zu halten. In den Kreisen der bürgerlichen Parteien des Hauses besteht der Wunsch, propagandistisch unter der Bevölkerung für die Republik zu wirken. Den unabhängigen Sozialdemokraten bleiben in der neuen Regierung drei Sitze vorbehalten. Als Vertreter der nichtsozialistischen Parteien werden die Abgeordneten Erzberger, Gothein und Richthofen in die Regierung eintreten. In der heutigen sozialdemokratischen Fraktionssitzung, an der auch die Delegierten der Vertreter der großen Betriebe teilnahmen, herrschte Uebereinstimmung darüber, daß man nicht mehr länger warten könne. Die Arbeiterschaft dränge auf eine Lösung, die gründlich, restlos und ruhig sei und ohne blutige Vorstöße erfolgen müsse. Von verschiedenen Seiten wurde der Wunsch auf Verständigung mit den Unabhängigen betont. Die sozialdemokratische Partei hat mit den Fabrik-Vertrauensleuten einen engeren Ausschuß eingesetzt, der mit der Regierung über die Uebernahme der Geschäfte verhandeln soll. Es gehören ihm an: Ebert, Scheidemann, Braun, Wuschick und Hölder.

Berlin, 9. November. Der Berliner Arbeiter- und Soldatenrat besteht aus einer Kommission der Unabhängigen, die gestern schon gewählt worden war, und aus einem Komitee, das heute früh von der sozialdemokratischen Partei Deutschlands gewählt worden ist. Diese

beiden Komitees haben sich zusammengetan und bilden den Arbeiter- und Soldatenrat. Bezüglich des Generalstreiks tagt nach das einschlägige Komitee über die Frage, ob die Einrichtungen der Ernährung, des Verkehrs, des Lichtwesens und der Druckereien durch einen eventl. Generalstreik berührt werden sollen, darüber wird gleichfalls zu beraten sein. Als Vertreter der sozialdemokratischen Partei gehören dem Arbeiter- und Soldatenrat Ebert, Braun, Wels und Eugen Ernst, sowie 12 Vertrauensleute der Fabriken an.

Wie die Leitung der großen Berliner Straßenbahn um 3 Uhr nachmittags mitteilt, wird sie versuchen, eine Einstellung des Straßenbahnverkehrs zu verhindeen. Die Angestellten sind arbeitswillig und mit einer allgemeinen Betriebsstörung wird nicht gerechnet. Durch die Stillegung des Rummelsburger Kraftwerkes trat im südöstlichen Teil der Stadt eine Starung van längerer Dauer ein. In Moabit und Charlattenburg waren einige Bahnen durch Menschenansammlungen gezwungen worden, Umwege zu machen, was einige Stockungen zur Folge hatte.

WTB **Berlin**, 9. November. Hier hat die Revolution einen glänzenden, fast ganz unblutigen Sieg errungen. Der am Morgen ausgebrochene Generalstreik führte zu einer valligen Einstellung sämtlicher Betriebe. Um die zehnte Vormittagsstunde ging das Naumburger Jäger-Regiment zum Volke über und schickte eine Delegation an den Arbeiter- und Soldatenrat. Weitere Truppen schlassen sich in rascher Folge an. Das Alexander-Regiment ging nach einer Ansprache des Reichstagsabgeordneten Wels geschlassen zum Volke über. Nur in der Chausseestraße kam es aar der dortigen Kaseene zu einer unbedrutenden Schießerei, bei der ein Arbeiter durch einen Offizier getötet wurde. Die Offiziere flüchteten alsbald. In der Stadt herrscht vollkommene Ruhe und Ordnung. Die Militärpatrauillen, die sich am Freitag zahlreich in den Straßen zeigten, sind zurückgezogen. Vor dem Varwärtsgebäude, das eine Wache von Naumburger Jägeen erhielt, wehen rote Fahnen. Es herrscht ungeheurer Jubel und graße Begeisterung. Die Kantralle des Walffschen Telegraphen-Bureaus ruht in den Handen des Genossen Carle-Frankfurt.

Die Opfer der Berliner Revolution.

Berlin, 9. November. Drei Tote, ein Verwundeter. Gegen zwölf Uhr kam ein Demonstrationszug zur Maikäfer-Kaseene, der von den Soldaten mit Jubel begrüßt wurde. Sie riefen, man salle sie herauslassen, sie seien eingesperrt und würden van der Wachmannschaft aus Weißensee verhindert, die Kaseenen zu verlassen. Mit Hilfe der beim Zuge befindlichen bewaffneten Soldaten erbrach man die Türen. Vor einer der letzteren fielen plötzlich Schüsse, die ein Offizier abgab. Genosse Erich Habersaath, ein Führer der Berliner Jugendbewegung (Metallarbeiter bei Schwartzkopf), ein Ar-

Digitized by Google

beiter der A. E. G. und ein Arbeiter von Schwartzkopf sind tot, ein anderer Arbeiter leicht verwundet. Haberfooth wurde zu einem Arzt gebracht, der aber nur noch den Tod feststellen konnte. Wir beklagen in ihm einen der zähesten und aufopferungsvollsten unter den jungeren Genossen, die wahrend des Krieges die Jugendbewegung aufrecht erhielten.

Ein Teil der „Maikäfer" schloß sich den Demonstranten an, ein anderer Teil, meist Verwundete, blieb in der Kaserne, während der Rest mit gefüllten Rucksäcken „auf Urlaub" nach Hause fuhr.

Die Arbeiterschaft Berlins wird den noch unserer Kenntnis bisher einzigen Todesopfern der heutigen Umwalzung ein ehrendes Gedenken bewahren.

Das Polizeipräsidium, sowie das Oberkommando sind in unserer Hand. Die Befreiung unseres Genossen Doumig steht bevor.

Liebknecht hißt die rote Fahne auf dem Berliner Schloß.

Berlin, 9. November. Karl Liebknecht hot die rote Fohne auf dem Schloß gehißt. Auch vor dem Brandenburger Tor weht die rote Fahne. Großer Jubel bei der Bevölkerung.

Berlin, 9. November. Ein mit „Generolstreik" überschriebenes Extroblatt des „Vorwärts" besagt: Der Arbeiter- und Soldotenrat von Berlin hot den Generalstreik beschlossen. Alle Betriebe stehen still. Die notwendige Versorgung der Bevölkerung wird aufrecht erhalten. Ein großer Teil der Garnison hot sich in geschlossenen Reihen mit Maschinengewehren und Geschützen dem Arbeiter- und Soldatenrat zur Verfugung gestellt. Die Bewegung wird gemeinschaftlich geleitet von der Sozioldemokratischen Partei und der Unabhängigen sozioldemokrotischen Portei Deutschlands. Der Aufruf schließt: Es lebe die sozialdemokrotische Republik!

Berlin, 9. Nooember. Was sich in den letzten Tagen in onderen Städten des Reiches degeben hat, dos ist heute nun ouch in der Reichshauptstadt, die disher äußerlich ruhig war, geschehen. Es hot sich heute früh herausgestellt, daß alle die Garderegimenter, in denen sich angeblich die preußische Tradition verkörpert, nicht mehr gewillt waren, die frühere Gewalt zu unterstutzen. Noch ehe die koiserliche Abdankung dekannt wor, waren nahezu olle preußischen Garderegimenter übergegangen. Die Mehrheitssozialisten, die in dieser verfahrenen Situation noch retten wollten, was im Augenblick irgendwie zu retten war, hatten sich entschlossen, do die Entscheidung des Kaisers zu longe ouf sich warten ließ, ohne Rücksicht auf diese, sich an die Spitze der Bewegung zu stellen. Wie wir ous dem Reichstog erfahren, haben die Sozialdemokraten, die im Zusammenhange mit dem Arbeiter- und Soldatenrote zur Zeit über die Macht verfügen,

die Republik ausgerufen. Auch Scheidemann hat dies von einem Fenster des Reichstagsgebäudes, das auf die Bismarckstraße hinausführt, der von den Toren harrenden Menge verkündigt. Nach Herrn Scheidemann sprach ein bayerischer Offizier in Uniform, der der Menge mitteilte, daß in Bayern gleichfalls die Republik eingeführt worden sei und daß darüber eitel Freude und Begeisterung herrsche. Auch das Kabinett schein sich bereits konstituiert zu haben, und zwar soll dies entgegen der ursprünglichen Annahme ein Kabinett sein, in dem auch die Unabhängigen teilnehmen.

Berlin, 9. November. Zu großen Zusammenstößen kam es heute mittag in der Matkaferkaserne (4. Garderegiment z. F.) in der Chausseestraße. Die Zivilbevölkerung stürmte die Kaserne, in deren Hof eine Kompagnie Soldaten mit einem Offizier an der Spitze aufgestellt war. Der Offizier kommandierte Feuer, die Kompagnie weigerte sich jedoch, dem Befehle Folge zu leisten, worauf der Offizier von seinem Revolver Gebrauch machte. Darauf fielen aus der Menge Schüsse, durch die der Offizier schwer verletzt wurde. Die ganze Kaserne wurde von den Soldaten geräumt, die sich mit der Menge verbrüderten. Unter den Demonstranten befanden sich viele Soldaten, die heute um ½11 Uhr aus Hannover im Extrazug angekommen waren. Auf dem Alexanderplatz kam es um 2 Uhr nachm. zu großen Demonstrationen. Eine nach Tausenden zählende Menschenmenge versammelte sich auf dem Platze, rote Fahnen wurden entfaltet und Ansprachen gehalten. Sämtliche Geschäfte in der dortigen Gegend sind geschlossen. Aus den Fenstern des „Vorwärts"-Gebäudes wurde die rote Fahne herausgehängt. Ungefähr um ½12 Uhr fuhren vor dem Reichstagsgebaude Automobile mit roter Flagge vor, denen weitere Automobile folgten, die mit Soldaten der verschiedenen Truppengattungen, darunter auch Matrosen, besetzt waren und die Maschinengewehre mit sich führten. Es wurden Ansprachen an die sich rasch zu Tausenden anwachsende Menge gehalten, in denen die Redner die Anwesenden aufforderten, die soziale Republik hochleben zu lassen.

■ ■

Eberts erster Aufruf.

Berlin, 9. November. Der neue Reichskanzler erläßt folgende Kundgebung an die deutschen Bürger:

Mitbürger!

Der bisherige Reichskanzler, Prinz Max von Baden, hat mir unter Zustimmung der sämtlichen Staatssekretäre die Wahrnehmung der Geschäfte des Reichskanzlers übertragen. Ich bin im Begriff,

die neue Regierung im Einvernehmen mit den Parteien zu bilden und werde über das Ergebnis der Oeffentlichkeit in Kürze berichten.

Die neue Regierung wird eine Volksregierung sein. Ihr Bestreben wird sein müssen, dem deutschen Volke den Frieden schnellstens zu bringen und die Freiheit, die es errungen hat, zu befestigen.

Mitbürger! Ich bitte Euch alle um Eure Unterstützung bei der großen Arbeit, die unser harrt. Ihr wißt, wie schwer der Krieg die Ernährung des Volkes, die erste Voraussetzung des politischen Lebens bedroht.

Die politische Umwälzung darf die Ernährung der Bevölkerung nicht stören.

Es muß die erste Pflicht aller in Stadt und Land bleiben, die Produktion von Nahrungsmitteln und ihre Zufuhr in die Städte nicht zu hindern, sondern zu fördern.

Nahrungsmittelnot bedeutet Plünderung und Raub mit Elend für alle. Die Aermsten würden am schwersten leiden, die Industriearbeiter am bittersten betroffen werden.

Wer sich an Nahrungsmitteln oder sonstigen Bedarfsgegenständen oder an den für ihre Verteilung benötigten Verkehrsmitteln vergreift, versündigt sich aufs schwerste an der Gesamtheit.

Mitbürger! Ich bitte Euch alle dringend: Verlaßt die Straßen! Sorget für Ruhe und Ordnung.

Berlin, 9. November 1918.

Der Reichskanzler.
Ebert.

Die sozialistische Regierung.

Die Bedingungen der Unabhängigen.

Berlin, 9. November 1918, abends 8½ Uhr. An den Vorstand der unabhängigen sozialdemokratischen Partei:

Von dem aufrichtigen Wunsch geleitet, zu einer Einigung zu gelangen, müssen wir Ihnen unsere Stellung zu Ihren Forderungen klarlegen: Sie fordern:

1. Deutschland soll eine soziale Republik sein. Antwort: Diese Forderung ist das Ziel unserer eigenen Politik; indessen hat darüber das Volk und die konstituierende Nationalversammlung zu entscheiden.

2. In dieser Republik soll die gesamte exekutive, legislative und jurisdiktionelle Macht ausschließlich in den Händen von gewählten Vertrauensmännern der gesamten werktätigen Bevölkerung und der

Soldaten sein. Antwort: Ist mit diesem Verlangen die Diktatur eines Teiles einer Klasse gemeint, hinter dem nicht die Mehrheit steht, so müssen wir diese Forderung ablehnen, weil sie sich mit unseren demokratischen Grundsätzen in Widerspruch setzt.

3. Ausschluß aller bürgerlichen Mitglieder aus der Regierung. Antwort: Diese Forderung müssen wir ablehnen, weil ihre Erfüllung die Volksernährung erheblich gefährden, wenn nicht unmöglich machen würde.

4. Die Beteiligung der unabhängigen Sozialdemokraten gilt nur für 3 Tage als ein Provisorium, um eine für den Abschluß des Waffenstillstandes fähige Regierung zu schaffen. Antwort: Wir halten ein Zusammenwirken der sozialdemokratischen Richtungen mindestens bis zum Zusammentritt der konstituierenden Versammlung für erforderlich.

5. Die Ressortminister gelten nur als technische Gehilfen des eigentlichen und entscheidenden Kabinetts. Antwort: Dieser Forderung stimmen wir zu.

6. Gleichberechtigung der beiden Leiter des Kabinetts. Antwort: Wir sind für die Gleichberechtigung aller Kabinettsmitglieder, indessen hat die konstituierende Versammlung darüber zu entscheiden.

Der Vorstand der sozialdemokratischen Partei Deutschlands.

WTB **Berlin**, 10. November. Nachmittags. Die Regierung ist perfekt. Die Verhandlungen der sozialdemokratischen Partei und der unabhängigen Sozialdemokratie zwecks Bildung einer gemeinsamen Regierung sind soeben zum Abschluß gelangt.

Der Vorstand der unabhängigen sozialdemokratischen Partei hat an den Vorstand der sozialdemokratischen Partei ein Schreiben gerichtet, das die Bedingungen für den Eintritt der unabhängigen Sozialdemokratie in das Kabinett enthält. Dieses Schreiben lautet:

Auf Ihr Schreiben vom 9. November 1918 erwidern wir folgendes:

Die unabhängige sozialdemokratische Partei ist bereit, um die revolutionären sozialistischen Errungenschaften zu befestigen, in das Kabinett unter folgenden Bedingungen einzutreten:

Das Kabinett darf nur aus Sozialisten zusammengesetzt sein, die als Volkskommissare gleichberechtigt nebeneinander stehen. Für die Fachminister gilt diese Beschränkung nicht. Sie sind nur technische Gehilfen des entscheidenden Kabinetts. Jedem von ihnen werden zwei Mitglieder der beiden sozialistischen Parteien mit gleichen Rechten zur Seite gestellt, aus jeder Partei eines.

Eine Fristbestimmung wird an den Eintritt der unabhängigen Sozialdemokraten in das Kabinett, in das jede Partei drei Mitglieder entsendet, nicht geknüpft.

Die Polizeigewalt liegt in den Händen der Arbeiter- und Soldatenräte, die zu einer Vollversammlung aus dem ganzen Reich alsbald zusammenzuberufen sind.

Die Frage der konstituierenden Versammlung wird erst bei einer Konsolidierung der durch die Revolution geschaffenen Zustände aktuell. Sie soll deshalb zur Erörterung vorbehalten bleiben.

Für den Fall der Annahme dieser Bedingungen, die von dem Wunsch eines geschlossenen Auftretens des Proletariats diktiert sind, haben wir unsere Mitglieder Haase, Dittmann und Barth in das Kabinett delegiert.

Der Vorstand der Unabhängigen Sozialdemokratischen Partei.

Die sozialdemokratische Partei hat die in diesem Schreiben vorgelegten Bedingungen angenommen, worauf die unabhängige sozialdemokratische Partei ihre Zustimmung zum Eintritt in das Kabinett erklärte. Die sozialdemokratische Partei hat die Abgeordneten Ebert, Landsberg und Scheidemann als Minister in Aussicht genommen. Das Kabinett wird also aus Barth, Dittmann, Ebert, Haase, Landsberg und Scheidemann bestehen.

Liebknecht im Berliner Schloß.

Aus Berlin wird gemeldet: Um ½5 Uhr nachmittags erschien auf dem Schloßplatz vor dem königlichen Schloß ein mit Matrosen und Zivilisten besetztes Automobil, dem unter sturmischer Begrüßung der tausendköpfigen Menge Karl Liebknecht entstieg. Einer der großen Schloßtorflügel öffnete sich vor ihm und er durchschritt sodann den Schloßhof bis zu der dem Lustgarten zugewandten Front. Bald darauf erblickte man ihn in einem der großen Fenster des ersten Stockwerkes, von dem der Kaiser aus wiederholt Ansprachen an die Volksmenge gehalten hat, zuletzt vor vier Jahren die Rede, aus der das Wort „Ich kenne keine Parteien mehr, ich kenne nur noch Deutsche" haften geblieben ist.

Unterhalb des Fensters befestigten die Begleiter Liebknechts einen roten Teppich, den sie irgendwo im Schlosse ausfindig gemacht hatten. Liebknecht hielt dann aus dem offenen Fenster an die unten stehende Volksmenge eine Rede. Er sagte ungefähr:

Die rote Fahne sagt euch, wie die Dinge gegenwärtig stehen. Wir sind am Werke. Ich bitte dringend, Ruhe, Ordnung und Besonnenheit zu wahren und vor allem den Leuten, die jetzt aus dem Schlosse hinausgehen werden, freies Geleit zu gewähren und zu diesem Zweck den Platz zu verlassen. Nachdem die Menge dieser Aufforderung gefolgt war, zogen die Schutzleute und andere Wachmannschaften, die bis dahin im Innern des Schlosses untergebracht waren, ungehindert ab.

Bald jedoch war der Platz am Lustgarten sowie auf der anderen Seite des Schloßplatzes wieder voll gedrängt von Menschen, die von allen Seiten herbeiströmten. Es herrschte eine durchaus ruhige Stimmung. Viele Leute wallten in das Schloß hinein, wurden aber von den wachestehenden Soldaten und Matrosen angewiesen, ihrer Wege zu gehen.

Zwischen ½6 und 6 Uhr begannen die Glocken des erleuchteten Doms zu läuten.

*

Der Berliner Arbeiter- und Soldatenrat meldet: Karl Liebknecht hat die rote Fahne auf dem Schlosse gehißt. Auch vom Brandenburger Tor weht die rote Flagge. Großer Jubel der Bevölkerung.

Der Berliner Arbeiter- und Soldatenrat meldet: Das Polizeipräsidium und das Oberkommando sind in unserer Hand. Die Befreiung unseres Genossen Däumig steht bevor. (WTB.)

Der Kriegsminister für die neue Regierung.

Aus Berlin wird amtlich gemeldet: Wie wir hören, hat sich der Kriegsminister der neuen Regierung zur Verfügung gestellt, um die weitere Ernährung des Heeres und die Lösung der Demobilmachungsaufgabe sicherzustellen. (WTB.)

Generaldirektor Ballin †

Hamburg, 9. November. Generaldirektor Ballin von der Hamburg-Amerika-Linie erlitt einen Schlaganfall, dem er heute mittag erlegen ist.

Ein Aufruf der neuen Regierung.

Aus Berlin wird gemeldet: Die neue Regierung veröffentlicht folgenden Aufruf:

Volksgenossen!

Der heutige Tag hat die Befreiung des Volkes vollendet. Der Kaiser hat abgedankt, sein ältester Sohn hat auf den Thron verzichtet. Die sozialdemokratische Partei hat die Regierung übernommen und der Unabhängigen sozialdemokratischen Partei den Eintritt in die Regierung auf dem Boden voller Gleichberechtigung angeboten. Die neue Regierung wird sich für die Wahlen zu einer konstituierenden

Nationalversammlung organisieren, an denen alle über 20 Jahre alten Staatsbürger beiderlei Geschlechts mit vollkommen gleichen Rechten teilnehmen werden. Sie wird sodann ihre Machtbefugnisse in die Hände der neuen Vertretung des Volkes zurücklegen. Bis dahin hat sie die Aufgabe, Waffenstillstand zu schließen und Friedensverhandlungen zu führen, die Volksernährung zu sichern, den Volksgenossen in Waffen den raschesten geordneten Weg zu ihrer Familie und zu lohnendem Erwerb zu öffnen. Dazu muß die demokratische Verwaltung sofort glatt zu arbeiten beginnen. Nur durch ihr tadelloses Funktionieren kann schwerstes Unheil vermieden werdrn.

Sei darum jeder seiner Verantwortung im ganzen sich bewußt. Menschenleben sind heilig.

Das Eigentum ist vor willkürlichen Eingriffen zu schützen.

Wer diese herrliche Bewegung durch gemeine Verbrechen entehrt, ist ein Feind des Volkes und muß als solcher behandelt werden. Wer aber in ehrlicher Hingabe an unserem Werke mitschafft, von dem alle Zukunft abhängt, der darf von sich sagen, daß er im größten Augenblick der Weltgeschichte als Schaffender zu des Volkes Heil mit dabei gewesen ist. Wir stehen vor ungeheuren Aufgaben. Werktätige Männer und Frauen in Stadt und Land, Männer im Waffenrock und Arbeitsbluse, helft alle mit!

Ebert-Scheidemann-Landsberg.

„Leipziger Volkszeitung" (unabhängig):

Die große Versammlung des Arbeiter- und Soldatenrates.

Berlin, 9. Naaember. Augenblicklich tagt im Zirkus Busch die große Versammlung des Arbeiter- und Saldatenrates, zu dem die Betriebe und die Truppenteile heute vormittag ihre Vertreter gewählt hatten. Genasse Barth hat den Vorsitz. Genosse Haase hält eine Ansprache. Er wird ein Manifest aorlegen, das sich an das werktätige Valk wendet. In dem Manifest wird die Situation geschildert und festgestellt, daß Deutschland zur sozialistischen Republik gewarden sei. Die sofortige Herbeiführung des Friedens sei die Parole der Reaolutian. Wie der Friede auch aussehe, er sei immer besser als die Fartsetzung der entsetzlichen Menschenschlachtereien. Die rasche und konsequente Vergesellschaftung der kapitalistischen Praduktionsmittel, die bei der Reife Deutschlands möglich sei, müsse energisch durchgeführt werden. Alle Hand- und Geistesarbeiter werden aufgefardert, sich an der Arbeit zu beteiligen. Der Arbeiter- und Soldatenrat habe die Ueberzeugung, daß die Umwälzung die ganze Welt ergreifen

werde. Er spreche die Zuversicht aus, daß das Proletariat der anderen Länder seine ganze Kraft aufwenden werde, um eine Vergewaltigung Deutschlands zu verhindern. Der Arbeiter- und Soldatenrat begrüße die russischen Arbeiter und Soldaten, die in der sozialistischen Revolution vorangeschritten seien. Dem russischen Proletariat werden brüderliche Grüße entsendet. Es wurde beschlossen, sofort die Vertretung Rußlands nach Berlin wieder einzuladen.

Der Krieg habe ungeheure Verwüstungen hervorgerufen. Der Wiederaufbau werde schwierig sein. Es werde schwer halten, in kurzer Zeit eine erhebliche Besserung der Lage des Volkes herbeizuführen. Nur die revolutionäre Machtentfaltung könne die Verbrechen des alten Regimes wieder gutmachen. Rettung bringe nur die sozialistische Republik. Das Manifest schließt mit einem Hoch auf die Internationale der Arbeiter.

Berlin, 10. November. Heute nachmittag fand im Zirkus Busch die erste Versammlung des Arbeiter- und Soldatenrats statt, nachdem am Vormittag die Soldaten in den Kasernen und Lazaretten und die Arbeiter in den Betrieben Räte gewählt hatten. Nachdem zuerst nur die gewählten Vertreter zugelassen waren, füllte sich der Zirkus Busch bis in die oberen Galerien. Genosse Barth eröffnete die Sitzung. In das Präsidium wurden der Genosse Barth als erster Vorsitzender, Oberleutnant Walz als zweiter Vorsitzender, Müller und Molkenbuhr als Schriftführer gewählt. Ebert verkündete unter stürmischem Beifall, daß der Bruderstreit zwischen der sozialdemokratischen Partei und den Unabhängigen begraben sei. Nach den weiteren Reden Haases über die Notwendigkeit der Einigung, Liebknechts, des Hauptmanns von Beerfelde und Muller, wurde beschlossen, in den Arbeiter- und Soldatenrat, der bis zum Zusammentritt sämtlicher Arbeiter- und Soldatenräte Deutschlands die Führung der Geschäfte übernehmen soll, folgende Vertreter der Unabhängigen Sozialdemokratie zu wählen: Barth, Müller, Eckhardt, Wegmann, Rollendorf, Ledebour; folgende Vertreter der sozialdemokratischen Partei: Heller, Gühlich, Rusch, Biegel, Hiod und Mainz. Als Vertreter der Soldaten wurden gewählt: Molkenbuhr, Beerfelde, Gerhardt, Hertel, Lemkert, Haase, Balz, Badhusch, Bergmann, Köhler, Echtmann, Winkel. Die Einigung der beiden Parteien war im wesentlichen auf die Räte der Soldaten zurückzuführen, die stürmisch eine Einigung der beiden Parteien verlangten. Zum Schluß der Sitzung wurde nachstehende Proklamation des Arbeiter- und Soldatenrats gutgeheißen:

An das werktätige Volk!

Das alte Deutschland ist nicht mehr. Das deutsche Volk hat erkannt, daß es jahrelang in Lug und Trug gehüllt war.

Der vielgerügte, dem ganzen Volk zur Hochachtung empfohlene Militarismus ist zusammengebrochen. Die Revolution hat von Kiel aus ihren Siegesmarsch angetreten, und hat sich siegreich durchgesetzt.

Die Dynastien haben ihre Existenz verwirkt. Die Träger der Kronen sind ihrer Macht entkleidet.

Deutschland ist Republik geworden, eine sozialistische Republik. Sofort haben sich die Gefängnis-, Arrest- und Zuchthausmauern für die wegen politischer und militärischer Verbrechen verurteilten und Verhafteten geöffnet.

Die Träger der politischen Macht sind Arbeiter- und Soldatenräte. In allen Garnisonen, Städten, in denen noch kein Arbeiter- und Soldatenrat besteht, wird sich die Bildung solcher Räte rasch vollziehen.

Die Aufgabe der provisorischen Regierung, die von dem Arbeiter- und Soldatenrat Berlins gewählt ist, wird es in erster Linie sein, den Waffenstillstand abzuschließen und dem blutigen Gemetzel ein Ende zu machen.

Sofortiger Friede ist die Parole der Revolution. Wie auch der Friede aussehen wird, er ist besser als die Fortsetzung der ungeheuren Massenschlachten.

Die rasche und konsequente Vergesellschaftung der kapitalistischen Produktionsmittel ist nach der sozialen Struktur Deutschlands und dem Reifegrad seiner wirtschaftlichen und politischen Organisationen ohne starke Erschütterungen durchführbar.

Sie ist notwendig, um aus den blutgetränkten Trümmern eine neue Wirtschaftsordnung aufzubauen, um die wirtschaftliche Versklavung der Volksmassen, den Untergang der Kultur zu verhüten.

Alle Arbeiter, Kopf- und Geistesarbeiter, welche von diesem Ideal erfüllt sind, sind zur Mitarbeit berufen.

Der Arbeiter- und Soldatenrat ist von der Ueberzeugung durchdrungen, daß in der ganzen Welt sich eine Umwälzung der gleichen Richtung vorbereitet. Er erwartet mit Zuversicht, daß das Proletariat der andern Länder seine ganze Kraft einsetzen wird, um eine Vergewaltigung des deutschen Volkes bei Abschluß des Krieges zu verhindern.

Ein Ueberblick.

Berlin, 9. November. Ueber die Bewegung im Reiche wird von zuständiger Seite weiter folgendes mitgeteilt: In Kolberg liefen drei kleinere Kriegsschiffe ein, die aus Kiel geflüchtet sind. Die Besatzungen wurden in die Heimat beurlaubt und sind abgereist. In Kolberg selbst herrscht Ruhe. Auch in Swinemünde ist alles ruhig. Die dort liegenden Fahrzeuge sind treu, und es haben sich keine Soldatenräte gebildet. In Lübeck scheint der Soldatenrat nicht im Be-

sitze der Gewalt zu sein. In Braunschweig und Wolfenbüttel sind die Unruhen bisher ohne Blutvergießen verlaufen, doch ist die Entwicklung noch nicht abgeschlossen. Aus Köln liegen Meldungen vor, daß der Arbeiter- und Soldatenrat die Kontralle über alle Soldaten übernommen hat. Die Bahnhofskommandantur und alle militärischen Wachen sind durch den Gauverneur zurückgezogen worden, der heute mit dem Arbeiter- und Soldatenrat verhandelt. Zu Zusammenstößen ist es heute nicht gekommen. Jedoch macht es sich für die Zivilbevölkerung äußerst unangenehm bemerkbar, daß die aus den militärischen und Zivilstrafanstalten befreiten Gefangenen, die dort sehr zahlreich sind, sich raubend und plundernd auf die Konfektionsgeschäfte stürzen. Bei den Eisenbahnbediensteten, außer in den Werkstätten, ist alles ruhig. Die Bahnhöfe sind durch den Arbeiter- und Soldatenrat besetzt.

Das „Berliner Tageblatt" bemerkt, daß im Augenblick fast ganz Nordwest- und Mitteldeutschland in den Händen der Arbeiter- und Soldatenräte ist, während diese Entwicklung im rheinisch-westfälischen Industrierevier erst in den Anfängen zu sein scheint.

In Stuttgart.

WTB Stuttgart, 9. November. Der König hat den Ministerpräsidenten Dr. Freiherrn von Weizsäcker, den Kultusminister Dr. von Fleischhauer und den Justizminister Mandry auf Ansuchen ihrer Aemter enthoben. Oberregierungsrat Liesching, Mitglied der 2. Kammer, wurde zum Ministerpräsidenten, Minister des Auswärtigen und Justizminister, der Regierungsdirektor Dr. von Hieber, Mitglied der 2. Kammer, zum Kultusminister ernannt. Generalstaatsanwalt von Kneule, 1. Vizepräsident der 2. Kammer, mit den Geschäften eines neu gebildeten Verkehrsministeriums, Privatdozent Dr. Lindemann, Mitglied der 2. Kammer, mit den Geschäften eines neu errichteten Ministeriums für Demobilisation betraut. Ferner hat der König den Minister des Innern Dr. von Köhler und den Finanzminister Dr. von Pistorius in ihren Aemtern bestätigt.

Stuttgart, 9. November. Seit den Morgenstunden strömen große Menschenmassen nach dem Schloßplatz zusammen, wo van den Sozialdemokraten unter freiem Himmel Volksversammlungen stattfinden. Im Laufe des Vormittags stellten viele Fabriken und sonstige Betriebe die Arbeit ein. In den Straßen herrscht ein sehr reger Verkehr, zu Zwischenfällen ist es bisher nicht gekommen. Der „Schwäbische Merkur" erscheint heute nicht. Wie verlautet, wird in den Volksversammlungen die sofortige Abdankung König Wilhelms von Württemberg verlangt. Der Oberbürgermeister Lautenschlager ermahnt in einem Aufruf die Bevölkerung zur Ruhe, denn nur dann könne eine ruhige und geordnete Ueberleitung in andere staatsrechtliche Verhältnisse stattfinden.

Die Neuordnung in Baden.

Mannheim, 9. November. In Mannheim werden seit heute vormittag die Soldaten am Hauptbahnhof angehalten, entwaffnet und zur Entfernung ihrer Gradabzeichen aufgefordert. In der Stadt herrscht vollkommene Ruhe. Kein Betrieb hat die Arbeit eingestellt. Für Sonntag sind Volksversammlungen einberufen. Aehnliches wird auch vom Karlsruher Bahnhof gemeldet.

In Darmstadt.

WTB **Darmstadt**, 9. November. Die Kammer hat die mitgeteilten Beschlüsse betreffend Parlamentarisierung Hessens einstimmig angenommen.

Mecklenburg.

WTB **Schwerin**, 9. November. Die „Mecklenburgische Zeitung" veröffentlicht nachstehendes Extradlatt: Mittags um ein Uhr empfing der Großherzog und das Staatsministerium Vertreter des Arbeiter- und Soldatenrates. Diese trugen Wünsche wegen der Verfassungsänderung in Mecklenburg vor. Nachmittags um vier Uhr fanden sich die Vertreter des Arbeiter- und Soldatenrates, die Reichstagsabgeordneten Dr. Wendorf und Sinkovich, zur Entgegennahme der Entschließung des Großherzogs im Sitzungssaale des Staatsministeriums ein. Staatsminister Dr. Langfeld verlas folgende Entschließung: Nachdem uns von den Vertretern weiter Kreise der Bevölkerung dringende Wünsche wegen der politischen Neuorientierung kundgegeben worden sind, bestimmen wir (!) hierdurch das nachstehende: 1. Es soll sofort in Mecklenburg eine auf den Grundsätzen des parlamentarischen Systems beruhende Landesverfassung eingeführt werden, die die Vertretung unseres Volkes durch eine Kammer, welche auf Grund des allgemeinen, gleichen, geheimen unmittelbaren Wahlrechts gewählt wird, vorsieht. 2. Wir bewilligten den Mitgliedern unseres Staatsministeriums auf ihre Bitte die Entlassung aus ihren Aemtern in Gnaden. 3. Wir werden bald ein neues Ministerium bilden aus einer größeren Zahl von Angehörigen der in Mecklenburg vertretenen Parteien der Linken des Reichstages.

Wie die „Mecklenburgische Zeitung" hört, erhielt der Reichstagsabgeordnete Sinkovich vom Arbeiter- und Soldatenrat den Auftrag zur Weiterführung der Verhandlungen. Wie aus sicherer Quelle verlautet, ist in Aussicht genommen, dem Großherzog ein vorläufiges Ministerium, das in den nächsten Wochen ergänzt werden soll, vorzuschlagen. Es sind für dieses Ministerium in Aussicht genommen die anwesenden Reichstagsabgeordneten, ein Vertreter der Mehrheitssozialisten aus Mecklenburg und je ein Vertreter des Arbeiter- und Soldatenrates.

Frankfurt.

Frankfurt a. M., 9. November. Das provisorische Aktionskomitee erläßt an die arbeitende Bevölkerung Frankfurts einen Aufruf, in dem u. a. heißt: In der Nacht vom 8. zum 9. November haben die Vertreter der unabhängigen Sozialdemokratie mit den Vertrauensleuten der Betriebe und den Soldaten die Bildung eines Arbeiter- und Soldatenrates beschlossen. Arbeiter- und Soldatenrat haben die Macht ergriffen. Bis sich die Zentralgewalt der sozialen deutschen Republik gebildet hat, übernimmt der Frankfurter Arbeiter- und Soldatenrat alle verordnende und vollziehende Gewalt. Nur die Anordnungen des Arbeiter- und Soldatenrates haben Geltung. Der Arbeiter- und Soldatenrat überwacht sämtliche Betriebe und öffentlichen Anstalten im Großfrankfurter Wirtschaftsbezirk, die weitergeführt werden. Der Arbeiter- und Soldatenrat wird für äußerste Ordnung sorgen.

In Frankfurt.

WTB **Frankfurt a. M.**, 9. November. In Frankfurt ist seit dem frühen Morgen die vollziehende Gewalt vollständig in den Händen des Soldatenrates, an dessen Spitze Vizewachtmeister Moser und Vizefeldwebel Reinhardt stehen. Der Soldatenrat, der in ständiger Fühlung mit der organisierten Arbeiterschaft vorgeht, hat den sozialdemokratischen Stadtverordneten Dr. Sinzheimer zum provisorischen Polizeipräsidenten und Lebensmitteldiktator ernannt. Die Lebensmittelversorgung ist gesichert. Die Stadt ist ruhig. Die Geschäfte gehen ihren regelmäßigen Gang. Außer unbedeutenden Vorstößen hat sich nichts ereignet. Das stellvertretende Generalkommando, das Polizeipräsidium und der Magistrat, sowie alle anderen städtischen und staatlichen Behörden erkennen die Autorität des Soldatenrates an. Die Verhandlungen zwischen den beiden sozialistischen Parteien haben zu einer Einigung auf der Grundlage eines entschiedenen Aktionsprogramms geführt.

In Mainz.

Mainz, 9. November. Hier hat sich gestern der Soldaten- und Arbeiterrat konstituiert. Es ist in der Stadt ruhig.

In Leipzig.

Leipzig, 9. November. Der Soldaten- und Arbeiterrat hat auch hier die Macht fest in Händen. Er ist im Besitz des Bahnhofs, sowie wichtiger behördlicher und militärischer Gebäude. Die Zeitungen stehen unter Kontrolle des Arbeiter- und Soldatenrates; die alldeutschen „Leipziger Neuesten Nachrichten" dürfen seit heute nicht mehr erscheinen.

In Kassel.

Kassel, 9. November. Im Laufe des gestrigen Tages bildete sich hier ein Arbeiter- und Soldatenrat, der sich des Hauptbahnhofs, meh-

rerer öffentlicher Gebäude und Kasernen bemächtigte. Die Soldaten wurden gezwungen, ihre Waffen abzuliefern und ihre Gradabzeichen und Kokarden zu entfernen. Die Ruhe ist nicht gestört; der Umsturz vollzog sich unblutig.

In Nürnberg und Fürth.

WTB **Nürnberg**, 9. November. Der Bahnhof, das Post- und Telegraphenamt wurde heute nacht durch Truppen des Arbeiter und Soldatenrates besetzt. Auf den genannten Gebäuden weht die rote Fahne. Die Sektion des Arbeiter- und Soldatenrates hat ihren Sitz in der „Fränkischen Tagespost" genommen. Die heutige Ausgabe des soz. alistischen Organs veröffentlicht heute früh eine Verfügung des Arbeiter- und Soldatenrates an sämtliche Wirtschaften Nürnbergs und Fürths, worin für Samstag und Sonntag der Ausschank von Wein und Branntwein verboten wird. Ferner wird auf das strengste jede Zerstörung und Plünderung untersagt, die auf das schärfste geahndet werden würden. Wegen des Kohlenmangels ist auf Antrag des Gaswerkes von 10 Uhr abends bis ½5 Uhr morgens vom 10. November ab die Gaszufuhr zu sperren.

Heute früh fanden in Nürnberg und Fürth große Massenversammlungen statt. Sämtliche Arbeiter und Arbeiterinnen der beiden Schwesterstädte legten um 9 Uhr die Arbeit in sämtlichen Betrieben nieder und zogen im geschlossenen Zug nach den Versammlungsplätzen. In den Straßen der Stadt ist es nirgends zu Unruhen irgend welcher Art gekommen.

WTB **Nürnberg**, 9. November. Die Sektion Nürnberg des Arbeiter- und Soldatenrates veröffentlicht folgenden Aufruf: „Soldaten! Ihr habt Euch freudig an unsere Seite gestellt. Die Tage der Knechtschaft sind für Euch vorüber. Ihr seid nun nicht mehr Untertanen, sondern Mitarbeiter. Erweist Euch als solche. Helft uns unsere Arbeit erleichtern. Bleibt bei Euren Truppenteilen und gehorcht den von Euch erwählten Führern. Nur so ist es möglich, die Verpflegungs- und Löhnungsverhältnisse wieder geordnet zu führen. Haltet die Kasernen in Ordnung, damit unsere aus dem Felde zurückkehrenden Kameraden in der Zeit der Demobilisierung ein erträgliches Unterkommen finden. Kameraden, wir vertrauen auf Euch! Der Arbeiter- und Soldatenrat."

Metz.

Aus Metz wird vom 9. November gemeldet: Die Besatzung der Festung und Garnison hat am Sonnabend einen A.- u. S.-Rat gewählt, dem sich Mitglieder der Gewerkschaften und der Bürgerschaft angeschlossen haben. Die Umwälzung vollzog sich rasch und ohne Unruhen. Kein einziger Schuß fiel. Der Gouverneur von Metz, Lequis, und der Polizeipräsident erklärten sich bereit, den Anordnungen des A.- u. S.-Rates zu fügen. In der ersten öffentlichen Sitzung des

Rates der Arbeiter, Soldaten und Bürger stellte der Bürgermeister Dr. Foret das Einvernehmen der Stadtverwaltung mit dem Rate fest. Die Lebensmittelversorgung werde auch jetzt nicht versagen. Ein Vertreter der Gewerkschaften erklärte, daß die Frage einer Proklamierung einer lothringischen Republik durch das Eintreffen der Nachricht von der Abdankung des Kaisers überholt sei, da voraussichtlich eine allgemeine deutsche Bundesrepublik in Berlin errichtet würde.

An die kämpfenden Truppen wurde folgender Funkspruch gesandt:

Metz, 9. November. In Metz hat sich heute der Arbeiter- und Soldatenrat zu dem Zwecke gebildet, die Ruhe und Ordnung im Lande aufrechtzuerhalten und damit euch zu unterstützen. Kameraden! Wir bitten euch, weiter Ordnung und Sitte zu bewahren und auf uns zu vertrauen. Nur die Einigkeit zwischen uns allen kann uns vor dem Schlimmsten bewahren. Bis zum Eintritt des in aller Kürze zu erwartenden Waffenstillstandes muß die Front gehalten werden.

Der Arbeiter- und Soldatenrat Metz.

„Wiener Arbeiterzeitung", 9. November 1918:

Eine Botschaft Wilsons

an die Völker in Oesterreich-Ungarn.

An den Genossen Karl Seitz, Präsident des Staatsrates, ist heute, in einer Depesche aus Bern, von dem Informationsbüro der Vereinigten Staaten von Amerika folgende Botschaft des Präsidenten Woodrow Wilson eingelangt:

Der Präsident der Vereinigten Staaten richtet an die nun konstituierten Völker in Oesterreich-Ungarn, denen die Befreiung vom Joch des österreichisch-ungarischen Reiches gelungen ist, den folgenden Anruf:

Es sei mir gestattet, als Wortführer eurer vielen aufrichtigen Freunde zu sagen: Es ist die ernsthafteste Hoffnung und Erwartung aller Freunde der Freiheit allerorts und insbesondere jener, denen gegenwärtig die unmittelbare Pflicht obliegt, den befreiten Völkern der Welt beim Werke des Ausbaus ihrer wahrhaften Freiheit beizustehen, daß sowohl die Führer wie die Bevölkerung der nun befreiten Länder danach trachten, die begonnenen Veränderungen sowohl in Ordnung, mit Mäßigung und Milde wie auch mit Festigkeit durchzuführen und Gewalttätigkeit und Grausamkeit jeder Art zu hemmen und zu verhindern, auf daß keinerlei Unmenschlichkeiten die Annalen des neuen Zeit-

alters, das das einer vollkommenen Ordnung sein soll, beflecken. Eure Freunde wissen, daß solche Vorkommnisse die großen Dinge, die wir alle anstreben, nur verzögern könnten, und sie richten daher vertrauensvoll an euch den Appell, es mögen alle Kräfte gebunden werden, die die Fortschritte der Freiheit verzögern oder in Mißkredit bringen könnten. Woodrow Wilson

⊙	Sonntag, 10. November 1918	⊙

Auszug aus den Waffenstillstandsbedingungen.

Ueber die Kapitulationsbedingungen der Entente, die auf eine Entwaffnungslose und völlige Auslieferung Deutschlands hinauslaufen, wird amtlich berichtet:

WTB Berlin, 10. November.

1. Inkrafttreten sechs Stunden nach Unterzeichnung.
2. Sofortige Räumung von Belgien, Frankreich, Elsaß-Lothringen binnen 14 Tagen. Was an Truppen nach dieser Zeit übrigbleibt, wird interniert oder kriegsgefangen.
3. Abzugeben: 5000 Kanonen, zunächst schwere, 30 000 Maschinengeweher, 3000 Minenwerfer, 2000 Flugzeuge.
4. Räumung des linken Rheinufers, Mainz, Koblenz, Köln besetzt vom Feind auf Radius von 30 Kilometer Tiefe.
5. Auf rechtem Rheinufer, 30 bis 40 Kilometer Tiefe, neutrale Zone, Räumung in 11 Tagen.
6. Aus linkem Rheinufer-Gebiet nichts hinwegführen, alle Fabriken, Eisenbahnen usw. intakt lassen.
7. 5000 Lokomotiven, 150 000 Waggons, 10 000 Kraftwagen abzugeben.
8. Unterhalt der feindlichen Besatzungstruppen durch Deutschland.
9. Im Osten alle Truppen hinter Grenze vom 1. 8. 1914 zurückzunehmen, Termin dafür nicht angegeben.
10. Verzicht auf Verträge von Brest-Litowsk und Bukarest.
11. Bedingungslose Kapitulation von Ostafrika.
12. Rückgabe des Standes der belgischen Bank, des russischen und rumänischen Geldes.
13. Rückgabe der Kriegsgefangenen ohne Gegenseitigkeit.
14. Abgabe von 100 U-Booten, 8 leichten Kreuzern, 6 Dreadnaughts, die übrigen Schiffe desarmiert und überwacht von Alliierten in neutralen oder alliierten Häfen.

15. Sicherheit der freien Durchfahrt durch Kattegatt, Wegräumung der Minenfelder und Besetzung aller Forts und Batterien, von denen aus diese Durchfahrt behindert werden könnte.
16. Blockade bleibt bestehen. Deutsche Schiffe dürfen weiter gekapert werden.
17. Alle von Deutschland für Neutrale verhängte Beschränkungen der Schiffahrt werden aufgehoben.
18. Waffenstillstand dauert 30 Tage.

Die Waffenstillstandsbedingungen angenommen.

Berlin, 10. November. Heute morgen fand eine Beratung der Staatssekretäre statt. Nach Bekanntgabe der Bedingungen des Waffenstillstandes wurden die Bedingungen angenommen. Entsprechende Weisungen sind der Friedensdelegation gegeben.

Eine Note an Wilson.

Die Bitte um Milderung der Waffenstillstandsbedingungen.

Heute nacht ist folgende Note an den Staatssekretär Lansing gesandt worden:

Herr Staatssekretär!

Ueberzeugt von der Gemeinsamkeit der demokratischen Ziele und Ideale, hat sich die deutsche Regierung an den Herrn Präsidenten der Vereinigten Staaten mit der Bitte gewandt, den Frieden wiederherzustellen. Dieser Friede sollte den Grundsätzen entsprechen, zu welchen Präsident Wilson sich stets bereit erklärt hat. Er sollte eine gerechte Lösung aller streitigen Fragen und eine dauernde Versöhnung der Völker zum Zwecke haben. Der Herr Präsident hat ferner erklärt, daß er nicht mit dem deutschen Volke Krieg führe und es in seiner friedlichen Entwickelung nicht behindern wolle.

Die deutsche Regierung hat die Bedingungen für den Waffenstillstand erhalten.

Nach einer Blockade von 50 Monaten würden diese Bedingungen, insbesondere die Abgabe der Verkehrsmittel und die Unterhaltung der Besatzungstruppen bei gleichzeitiger Fortdauer die Ernährungslage Deutschlands zu einer verzweifelten gestalten und den Hungertod von Millionen Männern, Frauen und Kindern bedeuten.

Wir mußten die Bedingungen annehmen.

Wir machen aber den Präsidenten feierlich und ernst darauf aufmerksam, daß die Durchführung der Bedingungen im deutschen Volke das Gegenteil der Gesinnung erzeugen muß, die eine Voraussetzung für den Neuaufbau der Völkergemeinschaft bilden und einen dauernden Rechtsfrieden verbürgen.

Das deutsche Volk wendet sich daher in letzter Stunde nochmals an den Präsidenten mit der Bitte, auf eine Milderung der vernichtenden Bedingungen bei den alliierten Mächten hinzuwirken.

Der Staatssekretär des Auswärtigen Amts: Solf.

Bei Foch.

Haag, 11. November. Der „Nieuwe Rotterdamsche Courant" meldet aus Paris: Freitag morgens gegen 9 Uhr hat Marschall Foch Befehl gegeben, die deutschen Bevollmächtigten zu ihm zu führen. Die Unterredung begann mit Prüfung der Vollmachten. Erzberger, der französisch sprach, erklärte, Wilson habe der deutschen Regierung Mitteilung davon gemacht, Foch sei ermächtigt, die Bedingungen des Waffenstillstandes der deutschen Abordnung zu übermitteln. Die deutsche Regierung habe Bevollmächtigte ernannt, um von diesen Bedingungen Kenntnis zu nehmen und, wenn möglich, den Waffenstillstand zu unterzeichnen. Foch las darauf das Dokument mit lauter Stimme vor. Obwohl der Abordnung im allgemeinen die Bedingungen schon bekannt waren, schien sie erst jetzt, als sie die Bedingungen so eingehend und konkret formuliert hörte, zum ersten Male das ganze Maß der deutschen Niederlage zu übersehen. Im übrigen machte die Abordnung wenig Bemerkungen. Sie beschränkte sich auf Hinweise bezüglich der Schwierigkeiten einzelner Punkte von untergeordneter Bedeutung. Nun versuchte Erzberger, einen unverzüglichen Waffenstillstand aus Gründen der Menschlichkeit herbeizuführen. Foch antwortete: Die Waffen dürfen nicht eher ruhen, bis der Vertrag unterzeichnet sei. Darauf erbat die Abordnung die Erlaubnis, einen Kurier mit dem Text nach Spa zu senden. Die Genehmigung wurde erteilt. Auch wurde die Korrespondenz mit dem Hauptquartier bewilligt. Die Abordnung zog sich darauf zurück. Foch hat am Sonnabend vormittags 10,35 Uhr eine Mitteilung an den französischen Ministerpräsidenten gesandt, welche aber nicht veröffentlicht wurde.

Paris, 10. November. Die deutschen Bevollmächtigten, welche die Linien am Donnerstag abend 10 Uhr in Haudroye bei La Chapelle überschritten, passierten nachts Chateau Rethendes und Compiegne auf dem Wege nach Soissons. Am Freitag morgen trafen sie im Hauptquartier des Marschalls Foch, das mitten in einem Walde liegt, ein und wurden dort empfangen. Neben Marschall Foch wohnten der Begegnung General Weygand, der englische Admiral Roselyn Bayes und der amerikanische Admiral Sims bei.

Proklamation der Republik Sachsen.

Der Vereinigte revolutionäre Arbeiter- u. Soldatenrat Dresdens, in dem sich die Angehörigen beider sozialdemokratischen Richtungen zur gemeinsamer Arbeit zusammengefunden haben, hat am Sonntagvormittag im Zirkus Sarrasani im Beisein der Vertrauensleute der Soldaten, der politischen und gewerkschaftlichen Organisationen eine Massenversammlung abgehalten. Der Führer der unabhängigen Sozialdemokratie, Landtagsabgeordneter Fleißner, gab eine zusammenfassende Darstellung über die Bewegung in Dresden und über die Tätigkeit des Rates und kündigte dabei eine Proklamation an das sächsische Volk an, deren wesentlichster Inhalt folgendes besagt:

Die sächsische Monarchie hat aufgehört zu sein.

Die Erste Kammer gilt als nicht mehr vorhanden.

Die Zweite Kammer ist sofort aufzulösen. An ihrer Stelle ist vom zuständigen Ministerium unverzüglich eine auf Grund von allgemeinen, gleichen, direkten und geheimen Wahlen zusammengesetzte Nationalversammlung einzuberufen, die für das zukünftige politische Leben Sachsens der maßgebende Faktor zu sein hat.

Diese Mitteilungen wurden mit stürmischem Beifall aufgenommen. Aus der Versammlung heraus wurde der Vorschlag gemacht, auf dem Residenzschloß die rote Fahne zu hissen.

Der vereinigte A.- u. S.-Rat bekennt sich in dieser Versammlung erneut zu dem obersten Grundsatz: Wahrt eiserne Selbstzucht!

Die sächsische Regierung beseitigt.

Während der bereits gemeldeten Versammlung im Zirkus Sarrasani sind die beiden Vorsitzenden des Arbeiter- und Soldatenrates Schwarz und Rühle beim Minister des Innern Dr. Koch erschienen und haben ihm eröffnet, daß die gegenwärtige Regierung zu verschwinden habe. Sie haben aber gleichzeitig Dr. Koch gebeten, die Geschäfte weiterzuführen, um die dringendsten Angelegenheiten, die Kohlenversorgung, die Nahrungsmittelversorgung, die innere Verwaltung usw., vor Stockungen zu bewahren. Dr. Koch hat darauf erklärt, daß die Regierung einen einheitlichen politischen Auftrag habe und daß er sich mit ihr solidarisch erklären müsse, auch im Rücktritt. Dr. Koch hat sich jedoch andererseits bereit erklärt, den Beamten nahezulegen, unter der Kontrolle der neuen Gewalt ihre Tätigkeit in der bisherigen Weise weiterzuführen. Dabei wurde aber ausbedungen, daß ein politischer Druck irgendwelcher Art auf die Beamten nicht ausgeübt werden solle.

Republik Württemberg.

Stuttgart, 10. November. Heute abend hat sich im Landtagsgebäude eine neue provisorische Regierung gebildet. Sie hat die Republik erklärt. Die Vertretung bildet der aus den freien Gewerkschaften, der sozialdemokratischen Partei, der Unabhängigen Sozialdemokratischen Partei und dem Arbeiter- und Soldatenrat berufene Arbeitsausschuß, dem sich General von Ebbinghaus mit seinem Offizierkorps zur Durchführung der erforderlichen Sicherheit zur Verfügung gestellt hat. Die provisorische Regierung setzt sich wie folgt zusammen: Vorsitz: Blos und Crispien. Auswärtiges: Blos. Inneres: Crispien. Arbeitsministerium: Lindemann. Finanzen: Tallheimer. Kult: Heymann. Justiz: Mattutat. Krieg: Schreiner.

Die neue Regierung in Baden.

Karlsruhe, 10. November. Der Soldatenrat und der Wohlfahrtsausschuß haben heute folgenden Aufruf an das badische Volk erlassen:

An das badische Volk! Wir geben bekannt, daß sich heute eine provisorische Volksregierung für Baden gebildet hat, welche die Macht übernommen hat. Sie besteht aus folgenden Personen: Vorsitz Ageiß, Landtagsabgeordneter Mannheim, Ministerium des Aeußern Oberbürgermeister Dietrich, Landtagsabgeordneter Konstanz, Ministerium für soziale Fürsorge Metallarbeiter Adalf Schwarz, Vorsitzender des Arbeiter- und Soldatenrats in Mannheim, Ministerium für militärische Angelegenheiten Landsturmmann Brünner, Vorsitzender des Saldatenrats in Karlsruhe, Ministerium des Innern Dr. Ludwig Haas, Reichstagsabgeordneter, Karlsruhe, Ministerium für Finanzen Professor Wirth, Reichstagsabgeordneter Freiburg, Ministerium für Justiz Rechtsanwalt Marum, Landtagsabgeordneter Karlsruhe, Ministerium des Verkehrs Geschäftsführer Leopald Rückert in Karlsruhe, Ministerium des Unterrichts Fritz Stockinger, Landtagsabgeordneter in Pforzheim, Ministerium für Ernährungswesen Rechtsanwalt Trunk, Stadtrat in Karlsruhe, Ministerium für Uebergangswirtschaft und Wohnungswesen Arbeitersekretar Marzlaffin, Freiburg. Die Regierung wird aus einer auf Grund des allgemeinen Wahlrechts hervorgehenden Nationalversammlung darüber entscheiden, in welcher Staatsform, ob Manarchie oder Republik, für Baden maßgebend werden soll; ohne Rücksicht darauf, wie diese Entscheidung ausfällt, soll Baden für die Zukunft einen Bestandteil des Deutschen Reichs bilden. Wir fordern das badische Valk auf, den Anordnungen der neuen Regierung Folge zu leisten und die Ruhe und Ordnung zu bewahren. Die Beamten bleiben in ihren Stellungen und haben in treuer Weise ihre

Pflicht zu erfüllen. Die Soldaten werden aufgefordert, in die Kasernen zurückzukehren, den dienstlichen Anordnungen zu gehorchen, soweit sie nicht für den Soldatenrat in Anspruch genommen sind. Nur wenn diesem Falge geleistet wird, ist es möglich, Ruhe und Ordnung zu wahren und gute Verpflegung durchzuführen. — Der Soldatenrat: Brünner, Weser. Der Wahlfahrtsausschuß: M. Sauer.

Republik Braunschweig.

Die ganze Regierungsgewalt in Braunschweig ist in den Händen des Soldaten- und Arbeiterates. Das bisherige Ministerium ist zurückgetreten. Der Soldaten- und Arbeiterrat ließ am Sonnabend nachmittag die bisherigen Spitzen der militärischen, staatlichen und städtischen Behörden als Geiseln festnehmen und im Schlosse unterbringen. Gleichzeitig wurde die Ausrufung des bisherigen Herzogtums als Republik und die Bildung einer roten Garde von 600 Mann zur Verhinderung von Mord, Diebstahl und Plünderungen beschlossen. Sonnabend abend wurden gewaltige Massenversammlungen auf dem Schloßpark abgehalten. Verkehr und Ruhe sind in der Stadt Braunschweig allgemein wiederhergestellt.

WTB **Braunschweig**, 10. November. Der „Volksfreund", das republikanische Organ für Braunschweig und Umgebung, veröffentlicht einen Aufruf an Alle, in dem es programmatisch u. a. heißt: Der Arbeiter- und Soldatenrat sieht es als seine Aufgabe an, im braunschweigschen Lande die Revolution durchzuführen und die sozialistische Republik organisch aufzubauen. Vorbehaltlich der Zustimmung der aus mehreren Wahlen hervorgegangenen Landesvertretung erklärt der Arbeiter- und Soldatenrat das Land Braunschweig zur Republik. Damit sind alle herzoglichen Güter zum Eigentum der Republik erklärt und alle persönlichen Titel und Anrechte aufgehoben. Auf Grund eines neuen Wahlrechts werden alle mündigen Männer und Frauen des Landes an der Regierung teilnehmen. Der Arbeiter- und Soldatenrat übernimmt alle Einrichtungen und Funktionen des vorigen Staatsapparates und überträgt sie auf Volkskommissariate. Alle Beamten und Angestellte im Lande haben weiter ihre Pflicht zu erfüllen. Alle Arbeiter werden zur werktätigen Arbeit zurückkehren, alle Bebauer des Bodens werden das Land bestellen. Kein Blut soll den Sieg der Freiheit und des Rechtes besudeln. Ruhe und Selbstzucht und Besonnenheit des Volkes sind notwendig. Der A.- u. S.-Rat: Husar Ernst Schütz. Der Präsident der sozialistischen Republik Merg.

Proklamation der Republik Hessen.

Aus Darmstadt meldet die „Frkft. Ztg.": In einer weiteren Sitzung des A.- und S.-Rates wurde am Sonnabendnachmittag Hessen

zur Republik ausgerufen und der Großherzog für abgesetzt erklärt. In einem Aufruf an das Volk sind folgende sieben Punkte zusammengefaßt: 1. Der sozialistischen Fraktion der seitherigen Zweiten Kammer wird die Bildung des Ministeriums übertragen. 2. Der von dieser gebildeten Regierung wird aufgetragen, binnen drei Tagen ein Gesetz zur Wahl einer Landesversammlung vorzulegen, das den Grundsätzen der Verhältniswahl entspricht. Wahlberechtigt soll jeder großjährige Hesse sein. 3. Großherzog Ernst Ludwig wird abgesetzt und das Großherzogtum als Republik erklärt. Die großherzoglichen Domänen verfallen dem Lande. 4. Alle Sonderrechte der Geburt und des Standes werden beseitigt. 5. Sämtliche im Großherzogtum bestehenden Fideikommisse sind aufzulösen. 6. Vollständige Glaubens- und Gewissensfreiheit wird gewährleistet. 7. Trennung von Kirche und Staat.

Republik Oldenburg.

WTB Hamburg, 11. November. Der Arbeiter- und Soldatenrat meldet folgenden Funkspruch aus Wilhelmshaven: Der Großherzog von Oldenburg ist abgesetzt.

Abdankung des Großherzogs von Sachsen-Weimar.

Weimar, 10. November. Die Bewegung ist hier ohne Störung vor sich gegangen. Nachdem der Stadtkommandant die Bedingungen des Soldatenrates angenommen hatte, wurde das großherzogliche Schloß mit Posten umstellt. Samstag nachmittag stellten die Sozialdemokraten beim Ministerium den Antrag, den Großherzog unverzüglich zur Abdankung zu bewegen. Die Minister kamen dem Auftrag sofort nach und nach längeren Verhandlungen des Abg. Baudert mit dem Großherzog erklärte dieser unter der Bedingung, daß für ihn und seine Familie die persönliche Sicherheit gewährleistet würde, auf den Thron für sich und seine Nachkommen verzichten zu wollen.

Sachsen-Meiningen.

Meiningen, 10. November. Der Herzog hat sich an den Landtagspräsidenten gewandt, damit eine Besprechung zwischen dem Herzog und mehreren Landtagsabgeordneten zustande kommt. Am Hofe will man nämlich die Stimmung im Lande kennen lernen. Diese Besprechung soll im Laufe der kommenden Woche stattfinden. Es werden an ihr vier bürgerliche Abgeordnete und wahrscheinlich drei Sozialdemokraten (Hofmann, Weyder und Eckardt) teilnahmen.

Altenburg.

Der Arbeiter- und Soldatenrat hat an die Bevölkerung des Herzogtums Altenburg einen Aufruf gerichtet, in dem erklärt wird, daß er die Gewalt übernommen hat und daß die gesamte Garnison sich ihm unterstellt hat. Das allgemeine Landtagswahlrecht und die Demokratisierung des Gemeindewahlrechts werden gewährleistet.

Thronverzicht in Reuß j. L.

WTB Gera, 10. November. Fürst Heinrich XXVII. von Reuß j. L. hat für sich und sein Haus den Verzicht auf den Thron ausgesprochen.

Gera.

In Gera (Reuß) ist am Sonnabend ein Arbeiter- und Soldatenrat gebildet worden. Der Umschwung vollzog sich in völliger Ruhe. Sonntag fand eine große Versammlung von Soldaten und Bürgern statt, woran sich ein Demonstrationszug von vielen tausend Personen nach dem Ministerium anschloß. Dort verlangte der Arbeiter- und Soldatenrat die Uebergabe der Regierungsgeschäfte an ihn, Abdankung der Dynastie, sowie den Rücktritt des Staatsministers. Dieser erklärte, daß er bereits am Sonnabend seinen Abschied genommen habe, die Geschäfte seien an Staatsrat von Brandenstein übergeben worden. Dieser führt im Auftrage des Arbeiter- und Soldatenrates die Geschäfte vorläufig weiter.

Breslau.

Aus Breslau wird gemeldet: Eine Deputation des Volksausschusses und der Arbeiter- und Soldatenräte ist Sonnabend nach 11 Uhr auf der Kommandantur erschienen und hat die Erklärung abgegeben, daß der Rat und der Volksausschuß für die Ruhe und Ordnung in der Stadt sorgen werden. Graf Pfeil erklärte sich damit einverstanden, daß an der Führung der Kommandanturgeschäfte Vertreter der Soldatenräte teilnehmen. Der Chef des Stabes beim Generalkommando teilte dem Vertreter der Arbeiter mit, daß das Generalkommando der Umwälzung der Verhältnisse keine Schwierigkeiten machen wolle.

Danzig.

Danzig, 10. November. Die öffentliche Macht ist hier vom Arbeiter- und Soldatenrat übernommen worden. Die Leitung desselben gehört beiden sozialdemokratischen Parteien an. Die Garnison hat sich dem Arbeiter- und Soldatenrat zur Verfügung gestellt. Die Behörden Danzigs und der Provinz arbeiten zum großen Teil bereits unter seiner Leitung. In einer von 15 000 Personen besuchten Volksversammlung wurde der sofortigen Einberufung der verfassungsgebenden Nationalversammlung und der Errichtung der deutschen sozialen Volksrepublik zugestimmt. Für Montag ist ein eintägiger Demonstrationsstreik beschlossen worden. Die öffentlichen Einrichtungen werden von Truppen des Arbeiter- und Soldatenrats bewacht. Ausschreitungen sind bisher nicht vorgekommen.

Magdeburg.

Der Arbeiter- und Soldatenrat beherrscht vollkommen die Lage. Heute tagte eine politische und eine gewerkschaftliche Vertrauensmännersitzung, auf der ein erweiterter Arbeiterrat gewählt wurde, nachdem sich bereits Sonnabendabend der Soldatenrat konstituiert hat. Die Nationalliberalen und die Fortschrittler stellen ebenfalls Vertreter zum Arbeiterrat, ebenso alle Angestellten- und Beamtenverbände. Der Exekutivausschuß besteht aus acht Personen, je zwei stellen die sozialdemokratische Mehrheit, die Unabhängigen Sozialdemokraten, das Gewerkschaftskartell und der Soldatenrat. Der Ausschuß hat bestimmenden Einfluß auf alle Behörden, auch die militärischen. Für Montag ist die Wiederaufnahme der seit Freitagmittag ruhenden Arbeit in den Fabriken beschlossen, unter sofortiger Einführung des Achtstundentages. Ferner wurde die Schaffung einer Bürgerwehr unter gänzlicher Ausschaltung der bisherigen Polizeiorgane beschlossen. Der Ausschuß erklärt die Ernährung für gesichert. Das Stadtbild zeigt vollkommene Ruhe.

Köln.

Der Gouverneur der Festung Köln teilte dem Arbeiter- und Soldatenrat mit, daß nach der Abdankung des Kaisers eine veränderte Lage geschaffen sei. Er erkenne den Arbeiter- und Soldatenrat an und stelle seine Mitarbeit zur Verfügung. Der Tag verlief durchweg ruhig.

Die rote Fahne über Lüttich.

Amsterdam, 10. November. „Les Nouvelles" im Haag meldet, daß die deutsche Garnison in Lüttich gemeutert, alle Offiziere abgesetzt

und die rote Fahne an verschiedenen Stellen gehißt habe, besonders auf dem Bahnhof von Guillemons und auf dem Engelbertwerke. An verschiedenen Stellen hätten sich bereits belgische Fahnen gezeigt. Kronprinz Rupprecht und das Generalgouvernement sollen auf der Flucht sein.

Bildung eines Soldatenrates an der Front.

WTB **Hamburg**, 10. November. **Soeben teilt das Große Hauptquartier dem Soldatenrat folgendes mit: An der Front ist ebenfalls ein Soldatenrat gebildet worden. Die Bildung ist ruhig verlaufen. Der Soldatenrat wird morgen mit Hindenburg in Verbindung treten und ihm seine Forderungen vorlegen.**

Generalfeldmarschall von Hindenburg

hat sich der Ebertschen Regierung zur Verfügung gestellt und den Fronttruppen erlaubt, Arbeiter- und Soldatenräte zu bilden. Die Offiziere beteiligen sich daran. Auf diesem Wege ist die Aufrechterhaltung der Ordnung an der Front gewährleistet. Die oberste Heeresleitung steht mit dem Kriegsministerium in Berlin in Verbindung. Das Kriegsministerium arbeitet ungestört weiter. Das Kriegspressеamt dagegen hat, nachdem heute morgen eine rote Wache hineingelegt worden war und darauf die Wahl eines Delegierten zum Arbeiter- und Soldatenrat sich mit Erlaubnis der Vorgesetzten vollzogen hatte, den Dienst vorläufig eingestellt.

Deutscher Tagesbericht.

Westlicher Kriegsschauplatz.

WTB **Großes Hauptquartier**, 10. November. Zwischen der Schelde und der Maas ist der Feind gestern unseren Bewegungen über Bonsee-Leuze-St. Ghislain Maubeuge-Trelan und über die Sormanne westlich von Charleville gefolgt. Auf den östlichen Maashöhen und in der Ebene von Wöpre wurden mehrfache Vorstöße der Amerikaner abgewiesen. Der erste Generalquartiermeister: Groener.

WTB **Berlin**, 10. November, abends. Van der Westfront nichts Neues.

Der Kaiser in Holland.

WTB **Berlin**, 10. November. Der Kaiser ist in Holland angekommen.

Wiederaufnahme der Arbeit in Berlin.

Berlin, 10. November. Der Arbeiter- und Soldatenrat für Groß-Berlin hat beschlossen, die Arbeit in allen Betrieben am Dienstag wieder aufzunehmen, in der Lebensmittel- und Druckereibranche sofort.

„Frankfurter Zeitung":

Der Eindruck in Italien.

Lugano, 10. November. Obwohl erwartet, macht doch der Rücktritt Wilhelms II. in Italien tiefen Eindruck. Das Thema beherrscht die Sonntagsblätter. Die Kriegspresse ruft, im Siegesrausche schwelgend ihm als Kriegsurheber Verwünschungen nach und bezeichnet zur Rechtfertigung ihrer maßlosen Ansprüche das deutsche Volk als Mitschuldigen Wilhelms. „Corriere della Sera" vergleicht Wilhelm mit dem dritten Napoleon und schließt, die Niederlage könne das deutsche Volk, dessen tiefe Lebenskraft und Naturkraft Achtung gebieten und zur Weltharmonie nötig seien, nicht vernichten, doch überwiege heute noch im Weltgewissen der Eindruck der deutschen Schuld. „Secolo" vermeidet es, das deutsche Volk direkt anzugreifen und schließt, die Gewalt und Willkür müsse nunmehr aufhören, das Gottesgnadentum müsse der menschlichen Vernunft weichen, die geschichtliche Entwicklung müsse, von dynastischen Ansprüchen befreit, nur von der Kultur der Arbeit getragen werden.

Montag, 11. November 1918

Der letzte Heeresbericht.

WTB **Großes Hauptquartier**, 11. November. (Amtlich.)

Westlicher Kriegsschauplatz.

Bei Abwehr amerikanischer Angriffe östlich der Maas zeichneten sich durch erfolgreiche Gegenstöße das brandenburgische Infanterie-

Regiment Nr. 207 unter seinem Kommandeur Oberstleutnant Hennige und Truppen der 192. sächsischen Infanteriedivision unter Führung des Oberstleutnants v. Zeschau, Kommandeur des Infanterie-Regiments 183, besanders aus.

Infolge Unterzeichnung des Waffenstillstandsvertrages wneden heute mittag an allen Franten die Feindseligkeiten eingestellt.

Der eeste Generalquartiermeister: Groener.

* * *

Marschall Foch an die Oberbefehlshaber.

Die Feindseligkeiten werden am 11. Navember non 11 Uhr ab, nach französischer Zeit, anshören. Die verbündeten Truppen werden nicht eher vorgehen, als bis ein weiterer Befehl die Linie an diesem Tage und zu dieser Stunde erreicht. Marschall Foch.

Auflösung?

Der Kölner Oberbürgermeister teilte mit, daß die Soldaten sehr zahlreich von der Frant zurückkehren. Die Demabklisierung scheint in der denkbar schlimmstyr Form hinzutreten. Alle Faktoren, Behörden und die Arbeiterschaft müßten zusammenarbeiten, um der Gefahr Herr zu werden.

Hindenburg an die Truppen.

Der Chef des Generalstabs des Feldheeres hat an das Westheer gedrahtet:

Der Waffenstillstand wird mit aller Beschleunigung abgeschlossen. Das blutige Ringen sall damit ein Ende finden. Der ersehnte Augenblick naht, wo jeder von uns zu Eltern, Frau und Kind und Geschwistern zurückkehren kann. Gleichzeitig vollzieht sich in der Heimat eine Umwalzung der paktischen Zustände. Die an ihrer Spitze stehenden Manner erklären, daß Ruhe und Ordnung unter allen Umständen aufrecht erhalten werden sollen. Dies gilt in erhöhtem Maße für das Heer. Keiner darf seine Truppe ahne Befehl verlassen. Jeder hat wie bisher seinen Vargesetzten zu gehorchen. Erst dann kann eine geardnete Rückführung in die Heimat stattfinden. Die jetzt unterbrochenen Eisenbahnen müssen wieder in geregelten Betrieb genommen werden. Die Oberste Heeresleitung will nicht neues Blutvergießen aber den Bürgerkrieg entfesseln. Sie will im Einvernehmen mit den neuen Regierungsgewalten für Ruhe und

Sicherheit sorgen und in der Heimat das Schlimmste ersparen. **Von** der Waffe gegen Angehörige des eigenen Volkes ist nur in der **Notwehr** aber bei gemeinen Verbrechen oder zur Vermeidung von **Plünderungen** Gebrauch zu machen.

Zusatz für die Führer: Mit sich bildenden Arbeiter- und **Soldatenräten** ist auf gütlichem Wege ein **Einvernehmen zu erzielen.**

von Hindenburg.

■ ■

Die Oberste Heeresleitung stellt sich zur Verfügung.

WTB **Berlin, 11. November. Der „Vorwärts" veröffentlicht eine Meldung, derzufolge die deutsche Oberste Heeresleitung die Autorität der Arbeiter- und Soldatenräte anerkannt hat.**

■ ■

Absetzung des Großherzogs von Hessen.

Darmstadt, 11. November. In einer weiteren Sitzung des Arbeiter- und Soldatenrats wurde gestern nachmittag Hessen zur Republik ausgerufen und der Großherzog für abgesetzt erklärt.

Der Aufruf hat folgenden Wortlaut:

Arbeiter und Bürger!

Die Regierungsgewalt ist auf das Volk übergegangen. Es ist frei und mündig, um sein Schicksal selbst zu bestimmen. Soldaten, Arbeiter, Bürger! Schließt die Reihen. Ein freies Volk schafft seine freie Zukunft. In folgenden sieben Punkten faßt der Arbeiter- und Soldatenrat seine Ansicht zusammen:

1. Der sozialistischen Fraktion der bisherigen Zweiten Kammer wird die Bildung des Ministeriums übertragen.

2. Der von dieser gebildeten Regierung wird aufgetragen, binnen drei Tagen ein Gesetz zur Wahl einer Landesversammlung vorzulegen, das den Grundsätzen der Verhältniswahl entspricht. Wahlberechtigt soll jeder großjährige Hesse sein.

3. Großherzog Ernst Ludwig wird abgesetzt und das Großherzogtum als Republik erklärt. Die großherzoglichen Domänen verfallen dem Lande.

4. Alle Sonderrechte der Geburt und des Standes werden beseitigt.

5. Sämtliche im Großherzogtum bestehenden Fideikommisse sind aufzulösen.

6. Vollständige Glaubens- und Gewissensfreiheit wird gewährleistet.

7. Trennung von Kirche und Staat. Das Volk wird aufgerufen zur Tat. Die Vorgänge sind abgeschlossen, das Tor der Zukunft steht offen. Tretet ein mit entschlossenem Geist und helft mit, den neuen Volksstaat stark und gesichert zu errichten.

■ ■

Ein Volksministerium in Mecklenburg.

Die Mecklenburgische Zeitung verbreitet die Nachricht, daß Sonnabend abend vor 8 Uhr das neue Volksministerium bekanntgegeben worden sei. Die Verfügung des Großherzogs hat folgenden Wortlaut:

Die Führung der Geschäfte eines Staatsministeriums übernehmen 1. Heinrich Dethloff vom Soldatenrat in Schwerin; 2. Heinrich Erdmann vom Arbeiterrat in Schwerin; 3. Hans Sivkovich, Mitglied des Reichstages; 4. Franz Starossen aus Rostock; 5. Dr. Hugo Wendorff, Mitglied des Reichstages. Eine Ergänzung des Staatsministeriums durch zwei weitere Mitglieder wird folgen. gez.: Friedrich Franz.

■ ■ .

Geiseln im Braunschweiger Schloß.

Die Regierungsgewalt in Braunschweig-Lüneburg ist in den Händen des Soldaten- und Arbeiterrats. Das bisherige Ministerium ist zurückgetreten. Der Soldaten- und Arbeiterrat ließ die bisherigen Spitzen des Militärs, der staatlichen und städtischen Behörden als Geiseln festnehmen und im Schlosse unterbringen. Gleichzeitig erfolgte die Ausrufung des bisherigen Herzogtums als Republik und die Bildung einer sechshundert Mann starken roten Garde zur Verhinderung von Mord, Diebstahl und Plünderungen.

■ ■

Der Umsturz in Koburg-Gotha.

Die vorliegenden Nachrichten aus Koburg und Gotha besagen, daß das Herzogtum ebenfalls am Zusammenbruch ist. In Gotha verlangte Reichstagsabgeordneter Bock die Absetzung der Dynastie und Einrichtung der sozialistischen Republik. Bock und zwei Militärpersonen übermittelten dem Staatsminister von Basseswitz die Forderungen des Arbeiter- und Soldatenrats. Sie verlangten, daß der Mini-

ster provisorisch die Regierung weiterführen solle und daß der Landtagsausschuß einberufen werde. Weiter soll ein neuer Landtag gewählt werden, welcher über die Errichtung einer sozialen Republik entscheiden soll. Der Minister erklärte sich an seinen dem Herzog geleisteten Eid für gebunden, doch wolle er mit dem Arbeiter- und Soldatenrat zusammenarbeiten und den Landtag sofort einberufen. Sollte er die Forderungen der Arbeiter und Soldaten nicht durchsetzen können, so werde er zurücktreten. Ruhe und Ordnung sind bisher in keiner Weise gestört.

Waldeck und Pyrmont.

Kassel, 11. November. Die Verhandlungen über den Thronverzicht des Fürsten von Waldeck und Pyrmont sind heute normittag durch den Kasseler Arbeiter- und Soldatenrat nach einer Anfrage beim Kabinett in Arolsen eingeleitet worden, wie sich der Fürst zu der Frage verhalte. Der Kabinettschef vertrat die Ansicht, die Erledigung dieser Frage sei Sache des Staatsministeriums und des Landtages. Im übrigen wisse man ja noch nicht, wie sich das Waldecker Volk zur Abdankungsfrage stelle. Mit der Bemerkung, daß eine freiwillige Abdankung aus naheliegenden Gründen zu empfehlen sei, brach der Arbeiter- und Soldatenrat die Erörterungen zunächst ab.

Württemberg.

Stuttgart, 11. November. Nach der im Laufe des heutigen Tages eingetretenen Umbildung der bisherigen rein sozialistischen Regierung durch Aufnahme von drei Vertretern bürgerlicher Parteien in die provisorische Regierung ist eine Beruhigung in bürgerlichen Kreisen eingetreten. Von der bisherigen Regierung sind die Vertreter der Sozialisten Blos, Heymann, Dr. Lindemann und Schreiner, sowie der Vertreter der Unabhängigen Crispien geblieben. Als Vertreter der bürgerlichen Parteien sind in die Regierung eingetreten Liesching (Volkspartei), Kiene (Zentrum) und Baumann (Nationalliberal).

9. Kriegsanleihe: Ueber 10 Milliarden.

Berlin, 11. November. Von gut unterrichteter Seite wird mitgeteilt, daß das Ergebnis der neunten Kriegsanleihe 10 Milliarden übersteigt. Kleinere Zeichnungen stehen noch aus, ebenso die Feldzeichnungen, für die die Zeichnungsfrist noch nicht abgelaufen ist.

Rosa Luxemburg aus dem Gefängnis entlassen.

Aus Breslau wird gemeldet: Rosa Luxemburg ist am Freitag nachmittag aus dem Breslauer Gerichtsgefängnis entlassen worden.

Kein Reichstag.

Berlin, 11. November. Die für Mittwoch angekündigte Reichstagssitzung findet nicht statt.

Generalstreik in der Schweiz.

Berlin, 11. November. In der Schweiz wurde der 24stündige Generalstreik fast überall inne gehalten. Nur die Eisenbahn verkehrt.

Kriegszustand mit Rumänien.

Budapest, 11. November. Wie die Internationale Telegraphenagentur aus Bukarest erfährt, befindet sich Rumänien seit gestern im Kriegszustand mit Deutschland. Rumänien hat mobilisiert. Die deutschen Behörden verlassen Bukarest.

	Dienstag, 12. November 1918	

Ein Regierungsprogramm.

WTB **Berlin**, 12. November. (Amtlich.) Der Rat der Volksbeauftragten veröffentlicht folgenden Aufruf:

An das deutsche Volk!

Die aus der Revolution hervorgegangene Regierung, deren politische Leitung rein sozialistisch ist, setzt sich die Aufgabe, das sozialistische Programm zu verwirklichen. Sie verkündet schon jetzt mit Gesetzeskraft folgendes:

1. Der Belagerungszustand wird aufgehoben.

2. Das Vereins- und Versammlungsrecht unterliegt keiner Beschränkung, auch nicht für Beamte und Staatsarbeiter.

3. Eine Zensur findet nicht statt. Die Theaterzensur wird aufgehoben.

4. Meinungsäußerung in Wort und Schrift ist frei.

5. Die Freiheit der Religionsausübung wird gewährleistet. Niemand darf zu einer religiösen Handlung gezwungen werden.

6. Für alle politischen Straftaten wird Amnestie gewährt. Die wegen solcher Straftaten anhängigen Verfahren werden niedergeschlagen.

7. Das Gesetz über den Vaterländischen Hilfsdienst wird aufgehoben, mit Ausnahme der sich auf die Schlichtung von Streitigkeiten beziehenden Bestimmungen.

8. Die Gesundeordnungen werden außer Kraft gesetzt, ebenso die Ausnahmegesetze gegen die Landarbeiter.

9. Die bei Beginn des Krieges aufgehobenen Arbeiterschutzbestimmungen werden hierwit wieder in Kraft gesetzt.

Weitere sozialpolitische Verordnungen werden binnen kurzem veröffentlicht werden. Spätestens am 1. Januar 1919 wird der achtstündige Maximalarbeitstag in Kraft treten. Die Regierung wird alles tun, um für ausreichende Arbeitsgelegenheit zu sorgen. Eine Verordnung über die Unterstützung von Erwerbslosen ist fertiggestellt. Sie verteilt die Lasten auf Reich, Staat und Gemeinde.

Auf dem Gebiete der Krankenversicherung wird die Versicherungspflicht über die bisherige Grenze von 2500 Mk. ausgedehnt werden.

Die Wohnungsnot wird durch Bereitstellung von Wohnungen bekämpft werden.

Auf die Sicherung einer geregelten Volksernährung wird hingearbeitet werden.

Die Regierung wird die geordnete Produktion aufrecht erhalten, das Eigentum gegen Eingriffe Privater sowie die Freiheit und Sicherheit der Person schützen.

Alle Wahlen zu öffentlichen Körperschaften sind sofort nach dem gleichen, geheimen, direkten, allgemeinen Wahlrecht auf Grund des proportionalen Wahlsystems für alle mindestens 20 Jahre alten männlichen und weiblichen Personen zu vollziehen.

Auch für die konstituierende Versammlung, über die nähere Bestimmung noch erfolgen wird, gilt dieses Wahlrecht.

Berlin, den 12. November 1918.

Ebert. Haase. Scheidemann.
Landsberg. Dittmann. Barth.

Deutsches Ersuchen an Amerika.

Berlin, 12. November. Die deutsche Regierung hat durch Vermittlung der schweizerischen Regierung an die Regierung der Vereinigten Staaten von Amerika folgende Note gerichtet:

Nachdem nunmehr der Waffenstillstand geschlossen ist, bittet die deutsche Regierung den Präsidenten der Vereinigten Staaten, den Beginn der Friedensverhandlungen in die Wege leiten zu wollen. Der Beschleunigung halber schlägt sie vor, zunächst den Abschluß eines Präliminarfriedens ins Auge zu fassen und ihr mitzuteilen, an welchem Orte und zu welchem Zeitpunkte die Verhandlungen in Gang kommen. Wegen drohender Lebensmittelnot legt die deutsche Regierung auf unverzüglichen Beginn der Verhandlungen besonderen Wert.

gez.: Solf, Staatssekretär des Auswärtigen Amts.

Neue Republiken.

Bernburg, 12. November. Der „Anhalter Courier" meldet: Der Prinzregent verzichtete für den Herzog Joachim Ernst von Anhalt auf den Thron, sowie für das herzogliche Haus auf das Thronfolgerecht und legte seinerseits die Regentschaft des Herzogtums nieder. Die neue Regierung wird morgen gebildet.

Detmold, 12. November. Fürst Leopold IV. zur Lippe entsagte dem Throne.

„Deutsche Allgemeine Zeitung":

In eigener Sache.

Die „Norddeutsche Allgemeine Zeitung" hatte in ihrem Erscheinen eine Unterbrechung von 72 Stunden eintreten lassen müssen, da sich am Sonnabend eine Gruppe ihrer bemächtigt hatte, deren Vorgehen der Absicht und dem Geiste der neuen Regierung, in Ordnung und Ruhe eine neue politische Zukunft heraufzuführen, widersprach. Die alte Schriftleitung wird nun in Uebereinstimmung mit den verantwortlichen Männern der Regierung weiterarbeiten. Die Zeitung soll und will dieser helfen, ihre Aufgaben so zu lösen, wie es dem Wohle des Ganzen entspricht. Zweierlei vor allem stellt sich die Schriftleitung als Richtlinien:

Einmal will sie wie bisher der Oeffentlichkeit in sachlicher Darlegung zuverlässige Mitteilung machen von den Maßnahmen und Zielen der Regierung und der Verwaltungsstellen.

Zum andern aber wird sie alle geistigen Kräfte aufrufen zur Mitarbeit an dem neuen Deutschland, die nicht brachliegen dürfen.

Als äußeres Kennzeichen des neuen Abschnittes in der Geschichte unserer Zeitung wird sie von heute ab den bereits seit ihrer Uebernahme durch den neuen Verlag geplanten Namen tragen. Sie heißt nunmehr:

Deutsche Allgemeine Zeitung.

Verlag und Schriftleitung.

Revolutionsmärchen.

Die rote Fahne bei der französischen Marine!

Marineräte in Marseille und Le Havre.

Genf, 12. November. Die Pariser Humanité bringt am Mittwoch eine kurze Notiz über Unruhen in Marseille und Le Havre. In beiden Städten wurde ein Marinerat gebildet. Der weitere Bericht der Humanité über die Vorgänge ist von der Zensur gestrichen.

Fabeln.

Wie aus Wilhelmshaven gemeldet wird, entbehrt das Gerücht, die englische Flotte sei in Wilhelmshaven eingelaufen, jeder Grundlage. Die Forts seien schußbereit.

Aus Berlin wird berichtet: Die holländische Meldung, nach der auch Hindenburg in Holland angekommen wäre, beruht auf Unwahrheit. Hindenburg befindet sich im Hauptquartier und steht auf dem Boden der neuen Regierung. Auch das Hauptquartier des Kronprinzen Rupprecht befindet sich auf seinem Posten und ist nicht, wie eine Meldung der „Nouvelles" behauptet, auf der Flucht.

Aus Basel berichtet uns eine eigene Drahtmeldung: Nach Meldungen Schweizer Blätter aus Rotterdam ist der englische Hafen Portsmouth seit Freitag abend gesperrt. Es sollen bedauerliche Vorkommnisse auf den im Hafen befindlichen Kriegsschiffen zu verzeichnen sein. Weitere Nachrichten fehlen.

Der deutsche Kronprinz erschossen!

Rotterdam, 12. November. Der Bericht, daß der deutsche Kronprinz erschossen worden ist, wird, wie „Vaderland" meldet, von der Grenze bestätigt. Als der Kronprinz Sonntag abend die holländische Grenze überschreiten wollte, wurde er von einer deutschen Wache angehalten. Er sagte, daß er zurückkehren werde. Am Montag versuchte er nochmals über die Grenze zu kommen. Dabei entstand ein Gefecht, bei dem der Kronprinz fiel. — Eine Bestätigung liegt noch nicht vor.

⊙	**Mittwoch, 13. November 1918**	⊙

Die Entsagung Ludwig III.

München, 13. November. Die Korrespondenz Hoffmann meldet:

Thronverzicht Ludwig III.

München, 13. November. Dem Ministerium des Volksstaates Bayern ging folgende Erklärung zu:

„Seit meines Lebens habe ich mit dem Volke und für das Volk gearbeitet. Die Sorge für das Wohl meines geliebten Bayern war stets mein höchstes Streben. Nachdem ich infolge der Ereignisse der letzten Tage nicht mehr in der Lage bin, die Regierung weiter zu führen, stelle ich allen Beamten, Offizieren und Soldaten die Weiterarbeit unter den gegebenen Verhältnissen frei und entbinde sie des mir geleisteten Treueides.

Anif, den 13. November 1918. Ludwig."

*

Auf diese Kundgebung wurde folgende Antwort erteilt:

Der Ministerrat des Volksstaates Bayern nimmt den Thronverzicht Ludwig III. zur Kenntnis. Es steht dem ehemaligen König und seiner Familie nichts im Wege, sich wie jeder andere Staatsbürger frei und unangetastet in Bayern zu bewegen, sofern er und seine Angehörigen sich verbürgen, nichts gegen den Bestand des Volksstaates Bayern zu unternehmen.

Der Ministerrat des Volksstaates Bayern:

Kurt Eisner, Auer, von Fraundorffer, Jaffé, Roßhaupter, Timm, Unterleitner.

Der Verzicht des sächsischen Königs.

WTB **Dresden, 13. November. Dem vereinigten revolutionären Arbeiter- und Soldatenrat in Groß-Dresden ging soeben folgendes Schreiben zu:**

„Auf die heute früh mündlich an den Finanzminister gerichtete Anfrage teile ich mit, daß der König auf den Thron verzichtete. Gleichzeitig hat Seine Majestät alle Offiziere, Beamte, Geistliche und Lehrer von dem ihm geleisteten Treue-Eid entbunden und sie gebeten, im Interesse des Vaterlandes auch unter den veränderten Verhältnissen den Dienst weiter zu tun.

Der Minister des Innern: Dr. Kaeh."

Cassel, 13. November. Nach einem Privattelegramm des Casseler Tageblatts aus Arolsen verzichtete Fürst Friedrich von Waldeck-Pyrmont auf die Regierung freiwillig.

„Berliner Börsenzeitung", 13. November 1918.

Aufruf der Nationalliberalen.

Die in der Reichshauptstadt anwesenden Mitglieder der nationalliberalen Fraktion des Reichstags erlassen folgenden Aufruf:

An die Parteifreunde im Lande!

Das deutsche Volk steht vor der Tatsache einer revolutionären innerpolitischen Umwälzung. Die Geschichte und die Ueberlieferung der nationalliberalen Partei werden es ihr niemals erlauben, von den Wegen verfassungs- und gesetzmäßigen Handelns abzuweichen. Hierdurch ist für sie die Stellungnahme zu der Entstehung und Art der inneren Umwälzung, die wir durchleben, ohne weiteres gegeben.

Auch das deutsche Bürgertum wünscht eine grundlegende Neuordnung unserer verfassungsmäßigen Zustände. Es ist sein fester Wille, mit allen Kräften weiterhin an der Schaffung neuer dauerhafter Grundlagen eines wirklich demokratischen Staates mitzuarbeiten. Wahre Freiheit aber ist ohne volle Gleichberechtigung aller Glieder des Volkes undenkbar und bedarf zu ihrer Sicherung staatlicher Ordnung. An Stelle des Deutschen Reichstages kann daher nur eine gleichfalls aus allgemeinen, gleichen, geheimen und direkten Wahlen hervorgehende konstituierende Nationalversammlung treten. Allein aus dieser Nationalversammlung kann der Wille der Nation sprechen; ihm sich zu beugen, ist dann vaterländische Pflicht.

Wir fordern daher die Ausschreibung von Wahlen zu einer konstituierenden Nationalversammlung, sobald alle Wähler in der Lage sind, ihre staatsbürgerliche Wahlpflicht zu erfüllen. Bis dahin muß es für alle, die sich zu unserer Partei bekennen, ein selbstverständliches Gebot sein, auf ihrem Posten zu verharren und alles daran zu setzen, weitere schwere Schädigungen von unserem Vaterlande fernzuhalten. Der Krieg und sein trauriger Ausgang haben dem deutschen Volk so ungeheure Lasten auferlegt, daß sein Zusammenbruch nur durch ein geordnetes Ueberleiten des staatlichen und wirtschaftlichen Lebens in den Frieden verhindert werden kann. Den Nationalliberalen in Stadt und Land ist daher der Weg vorgeschrieben. Insbesondere verlangen es die gegenwärtigen Verhältnisse, daß alle zu unserer Partei gehörenden Beamten und Landwirte der provisorischen Regierung mit allen Kräften bei ihren Bemühungen beistehen, den geordneten Gang der staatlichen Geschäfte aufrechtzuerhalten und die Ernährung der Bevölkerung zu sichern.

Die provisorische Regierung aber wird ihre Aufgabe nur in einem engen Zusammenhang mit dem Deutschen Reichstag erfüllen können, dessen Mitglieder bis zur Wahl der Nationalversammlung selbst des deutschen Volkes frei gewählte und geordnete Vertreter bleiben. Nur jene ordnungsgemäß gewählte Vertretung des ganzen Volkes kann den Frieden in völkerrechtlich unantastbarer Weise verbürgen und damit die Voraussetzungen für Deutschlands Zukunft als gleichberechtigtes Glied des erstrebten Völkerbundes schaffen.

Wir aber gedenken auch in dieser schweren Zeit der großen Vergangenheit unserer Partei; das Wohl eines einigen, alle deutschen Landesteile umfassenden Vaterlandes und die Freiheit aller Deutschen ist stets ihr Ziel gewesen und wird es bleiben.

Baden freie Volksrepublik.

Verzicht des Großherzogs auf die Ausübung der Regierungsgewalt.

WTB **Karlsruhe**, 14. November. Der Staatsminister a. D. Freiherr von Bodman teilt der provisorischen Regierung folgende Erklärung des Großherzogs mit:

„Ich will kein Hindernis derjenigen Neugestaltung der staatserchtlichen Verhältnisse des badischen Landes sein, welche die verfassunggebende Versammlung beschließen wird. Bis zu deren Entscheidung verzichte ich auf die Ausübung der Regierungsgewalt. Ich wünsche auch für den Fall, daß die provisorische Regierung es für ein Gebot der Stunde erachten sollte, die republikanische Staatsform schon vor der Entscheidung der verfassunggebenden Versammlung zu beschließen, daß die Beamten im Interesse der Aufrechterhaltung der Ruhe, Ordnung und Sicherheit ihren Dienst weiterführen und daß niemand sich durch Rücksicht auf meine Person oder die Treue und Anhänglichkeit für mich und mein Haus abhalten läßt, die Anordnungen der neuen Regierung zu befolgen. Gott schütze mein liebes Badner Land!"

Karlsruhe, den 14. November 1918.

Freiherr von Bodman, Staatsminister a. D.

* * *

WTB **Karlsruhe**, 14. November. Die badische vorläufige Volksregierung erklärt:

1. Der Großherzog hat auf die Ausübung der Regierungsgewalt verzichtet.
2. Alle Staatsgewalt ist in den Händen der badischen vorläufigen Volksregierung.
3. Wir erklären hierdurch, daß Baden eine freie Volksrepublik ist.
4. Endgültig über die Staatsform entscheidet die badische Nationalversammlung.
5. Die Nationalversammlung wird am Sonntag, den 5. Januar 1919 gewählt; sie tritt innerhalb 10 Tagen nach der Wahl in Karlsruhe zusammen.
6. Die Wahl zur Nationalversammlung findet nach dem gleichen, geheimen, direkten und allgemeinen Wahlrecht aufgrund des Verhältniswahlsystems, durch alle mindestens 20 Jahre alten männlichen und weiblichen Personen statt, welche am Tage der Wahl Badener sind.

Karlsruhe, 14. November 1918.

Die badische vorläufige Volksregierung:
Der Präsident (gez.) **Geiß**.

Auch der Großherzog von Mecklenburg-Schwerin hat abgedankt.

Schwerin, 14. November. Gemäß Beschluß des Ministeriums hat der Großherzog von Mecklenburg-Schwerin für sich und sein Haus auf den großherzoglichen Thron verzichtet.

*

WTB **Kassel, 14. November.** Der Arbeiter- und Soldatenrat erhielt folgendes Telegramm vom Arbeiter- und Soldatenrat Waldeck. Der Fürst lehnte es gestern nachmittag ab, freiwillig zurückzutreten und wurde deshalb für abgesetzt erklärt. Sonst alles ruhig.

Die neue Regiernng von Anhalt-Dessau.

Dessau, 14. November. Nach dem gestrigen Thronverzicht ist heute über die Bildung der neuen Regierung verhandelt worden. Die Regierungsgewalt geht auf einen Staatsrat über, der aus vier Sozialdemokraten, einem Nationalliberalen, einem Freisinnigen und einem bürgerlichen Demokraten besteht. Der Vorsitzende dieses Kabinetts ist der Abg. Wolfgang Heine. (B. Tbl.)

Forderungen an den Fürsten von Hohenzollern.

WTB **Sigmaringen, 14. November.** Gestern mittag erschienen als Vertreter der in Hohenzollern bestehenden politischen Organisation Dr. Vesler-Sigmaringen, Redakteur Wallishauser-Hechingen, Landtagsabg. Brandhuber von Benzingen und Bürgermeister Eger von Weildorf im Schloß zu Sigmaringen und machten beim Fürsten Wilhelm im Beisein des Hofkammerpräsidenten Grafen Adelmann und des Kabinettschefs Grafen Spee folgende Forderungen des hohenzollernschen Volkes geltend:

1. Verzicht auf Steuerfreiheit; 2. Verzicht auf freie Gerichtskosten; 3. Verzicht auf alle in der hohenzollernschen Amts- und Landesordnung und in der hohenzollernschen Gemeindeordnung enthaltenen Sonderrechte; 4. zur Verfügungstellung der bis jetzt leerstehenden fürstlichen Schlösser mit zugehörigen Baulichkeiten bei Wohnungsnot und für die Unterbringung und Erholung Verwundeter und kranker Krieger.

Nach Beratungen mit seinen Herren erklärte sich der Fürst mit der sofortigen Annahme dieser Forderungen einverstanden. Ferner versprach er, weitere Wünsche des Volkes, die von der Abordnung dringend empfohlen wurden, nach nochmaliger Beratung in wohlwollender Weise zu berücksichtigen. Der Fürst hat dem Landesausschuß zum Wohle der Allgemeinheit den Betrag von zwei Millionen Mark überwiesen.

Der Koburger.

Koburg, 15. November. Herzog Karl Eduard hat dem Thron entsagt.

Eine Oldenburgisch-Ostfriesische Republik.

Wilhelmshaven, 15. November. Die 21er Kommission des Arbeiter- und Soldatenrates hat beschlossen, nach Absetzung des Großherzogs von Oldenburg das Oldenburger Land zusammen mit Ostfriesland und den preußischen Nordseeinseln zu einer sozialistischen Republik zu vereinigen. Als Präsident dieses sozialistischen republikanischen Staates ist Genosse Bernhard Kuhnt gewählt worden. Kuhnt war früher sozialdemokratischer Parteisekretär in Chemnitz. Der Präsident hat die neue Republik am Sonntag in einer Massenversammlung auf dem Exerzierplatz in Wilhelmshaven ausgerufen. Nachmittags wurde in Wilhelmshavener Vergnügungslokalen die Gründung der neuen Republik verkundet. Abends fand eine große Flottendemonstration statt.

Die Republik Deutschösterreich.
Aufruf der Nationalversammlung.

Die provisorische Nationalversammlung erläßt folgenden Aufruf:

An das deutschösterreichische Volk!

Die durch das gleiche Stimmrecht aller Bürger berufenen Vertreter des Volkes von Deutsch-Oesterreich haben, in der provisorischen Nationalversammlung unter den freigewählten Präsidenten vereinigt und beraten durch die von der Volksvertretung eingesetzten verantwortlichen Behörden den Beschluß gefaßt, den

Staat Deutschösterreich als Republik,

das ist als freien Volksstaat, einzurichten, dessen Gesetze vom Volke ausgehen und dessen Behörden ohne Ausnahme durch die Vertreter des Volkes eingesetzt werden.

Zugleich hat die provisorische Nationalversammlung beschlossen, ihre Vollmachten unverzüglich, sobald die nötigsten Vorkehrungen getroffen sind, in die Hände des Volkes zurückzulegen.

Im Monat Jänner wird das gesamte Volk, Männer und Frauen, zur Wahl schreiten und sein äußeres Schicksal wie seine innere Ordnung allein, frei und unabhängig bestimmen.

Was dieses vom Unglück heimgesuchte, schwer geprüfte Volk seit den Tagen von 1848 immer begehrt, was ihm die Mächte des Rückschrittes ebenso hartnäckig wie kurzsichtig versagt haben, das ist nun inmitten des allgemeinen Zusammenbruches der alten Einrichtungen glücklich errungen.

Mitbürger! Deutschösterreicher!

Wir stellen die Volksfreiheit unter den Schutz der gesamten Bevölkerung!

Wir fordern euch auf, bereit zu sein, euere Rechte, euere Freiheiten, euere Zukunft mit der Tatkraft, aber auch mit der Besonnenheit und Klugheit eines freien Volkes selbst zu wahren und zu beschirmen.

Jetzt, da die Freiheit gesichert ist, ist es erste Pflicht, die staatsbürgerliche Ordnung und das wirtschaftliche Leben wiederherzustellen.

Der neue Staat hat ein Trümmerfeld übernommen, alle wirtschaftlichen Zusammenhänge sind aufgelöst, die Erzeugung steht beinahe still, der Güterverkehr stockt, ein Viertel der männlichen Bevölkerung wandert noch fern von der Heimat.

Die Vorsorge für das tägliche Brot, die Zufuhr von Kohle, die Beerstellung der notdürftigen Bekleidung, die Wiederaufnahme des Ackerbaues, die Aufnahme der Friedensarbeit in den Fabriken und Werkstätten ist unmöglich, wenn nicht sofort alle Bürger bereitwilligst und geordnet zur Tagesarbeit zurückkehren. Unsere armen Soldaten, die zur Heimat, zu Weib und Kind zurückkehren wollen, können nicht befördert und verköstigt werden, wenn unser Verkehr stockt!

Jeder, der den Anordnungen der Volksbehörden nicht Folge leistet, ist sein eigener, der Feind seines Nächsten und der Gesamtheit!

Deutschösterreicher!

Wir sind nun ein Volk, sind eines Stammes und einer Sprache, vereinigt nicht durch den Zwang, sondern durch den freien Entschluß aller. Jedes Opfer, das ihr bringt, gilt den Euren und nicht fremden Herren, noch fremden Völkern. Darum muß jeder mehr tun, als das Gesetz fordert! Wer über Vorräte verfügt, öffne sie dem Bedürftigen! Der Erzeuger von Lebensmitteln führe sie denen zu, die hungern! Wer überschüssige Gewandung besitzt, helfe die frierenden Kinder bekleiden! Jeder leiste das Aeußerste!

Deutschösterreicher!

Euer Bürgergemeinsinn helfe den Volksbehörden, unser Volk vor der sonst drohenden Katastrophe zu retten! Jeder denke vor allem an die nächsten Wochen und Monate. Für später ist gesorgt! In wenigen Monaten wird der Weltverkehr wieder frei sein.

Deutschösterreicher!

Bürger, Bauer und Arbeiter haben sich zusammengetan, um das neue Deutschösterreich zu begründen. Bürger und Arbeiter sollen in den nächsten Monaten der höchsten nationalen, politischen und wirtschaftlichen Not zusammenstehen, einander bereitwilligst helfen und das Volk vor dem Untergange bewahren. Nach wenigen Monaten, so hoffen wir, kehrt in der Welt und kehrt in Deutschösterreich das normale Leben wieder.

Dann wird das gesamte Volk sich seine dauernde staatliche Ordnung geben. Bis dahin Vertrauen, Eintracht, Selbstzucht und Gemeinsinn!

Heil Deutschösterreich!

Die provisorische Nationalversammlung.

Der „Vorwärts", Berlin:

Wie der Stein ins Rollen kam.

Gewöhnlich rechnet man als Beginn der Revolution den 5. Nov. den Tag ihres Sieges in Kiel. Das ist aber nicht richtig. In Wirklichkeit setzte sie schon eine volle Woche früher ein. Kiel war der zweite, nicht der erste Akt der Revolution. Der erste spielte sich auf der gesamten Hochseeflotte ab und war eine Notwehr von 80 000 Menschen gegen einen alldeutschen Schurkenstreich. Das Blatt weist sodann auf die fieberhafte alldeutsche Propaganda für den „Nationalen Verzweiflungskampf" hin, die aber erfolglos blieb. In ihrer Not seien die Alldeutschen auf das Heer verfallen, das sie noch immer durch ein gleichgesinntes Offizierskorps zu beherrschen glaubten, ohne von der revolutionären Stimmung der Truppen eine Ahnung zu haben. Dann heißt es weiter. Ein teuflischer Plan wurde ausgeheckt: Die Flotte sollte auslaufen und sich im Kampf gegen den übermächtigen Feind bis zum letzten Schuß opfern. Das hätte wohl 80 000 Menschen das Leben gekostet aber es wäre nach dem Glauben der Alldeutschen ein Ereignis gewesen, um das Volk noch einmal mit der Stimmung der Augusttage von 1914 zu erfüllen. Der Plan sei keine Phantasie, sondern durch zuverlässige Aussagen von Matrosen erwiesen. Die Schlachtflotte erhielt am 28. Oktober den Befehl zum Auslaufen. Es sollte sich, wie den Soldaten gesagt wurde, um ein Manöver handeln. Aber aus den Abschiedsbriefen von Offizieren und zahlreichen anderen Anzeichen hatten die Seeleute bald die Wahrheit erfahren und infolgedessen gemeutert. Die Ausfahrt sei verschiedene Male befohlen worden, aber jedesmal hätten die Matrosen gemeutert und sich den Beruhigungsansprachen der Offiziere widersetzt. Nachdem die Matrosen einmal soweit gegangen seien, sei in ihnen der Entschluß zum äußersten Widerstand wach geworden. Den Meuterern drohten schwere

Zuchthausstrafen und tatsächlich seien alsbald an tausend Matrosen in Wilhelmshaven abgeführt und gefangen gesetzt worden. Auf der einen Seite winkte das Zuchthaus, auf der anderen Seite die Freiheit. Die Wahl sei nicht schwer gewesen; sie sei auf die Revolution gefallen.

Der Ursprung der Revolution.

Einen anschaulichen Bericht über die Meuterei in Wilhelmshaven gibt ein Brief, den die „Bergische Arbeiterstimme" veröffentlicht:

„. . . Hoffentlich kommt dieser Brief nicht in unrechte Hände. Also es sind große Dinge passiert bei der kaiserlichen Marine. Sämtliche Linienschiffe und Panzerkreuzer meutern. Vielleicht kommt auch Euch etwas zu Ohren, aber ich werde es Dir hier klar und deutlich mitteilen. Wir waren mit unsrer Flottille eine Zeitlang draußen und hatten in der Nordsee aufgeklärt, waren verschiedene Male mit dem Engländer zusammen und merkten auch an sonstigen Anzeichen, daß etwas im Gange war.

Als wir nun vor einigen Tagen einlaufen wollten, sahen wir, daß vor der Wilhelmshavener Einfahrt die ganze deutsche Flotte mit sämtlichen großen Schiffen und Torpedobooten vor Anker lag, und wir mußten uns ebenfalls dorthin legen. Alles war erstaunt, niemand wußte Genaues. Plötzlich hieß es, der Flottenchef will in der deutschen Bucht Flottenmanöver machen. Auf den plumpen Blödsinn fiel natürlich keiner herein. Man bedenke aber auch diesen Unsinn, jetzt — mitten in der Krisis — ein großes Flottenmanöver abzuhalten.

Der erste „Seeklar"-Befehl war nun auf Mitternacht festgesetzt worden, wurde aber dann plötzlich auf Donnerstag verlegt. Wir auf den abseits liegenden Booten wußten nicht, was los war, man hörte wohl etwas munkeln von Meuterei und Aufruhr, aber man glaubte es nicht. Gestern hieß es nun plötzlich: „B 97" und „B 112" (ein anderes Boot von unserer Halbflottille) stehen von 8 Uhr an zur Verfügung. Chef des 1. Geschwaders." Wir gingen um 8 Uhr längsseits von S. M. S. „Ostfriesland", worauf sich der Chef des 1. Geschwaders befindet, der dann bei uns an Bord stieg. Wir wußten nun noch immer nicht, was wir von der ganzen Sache halten sollten, bis dann unser Halbflottillenchef die ganze Besatzung im Wohndeck antreten ließ. Dann hat er uns eine Rede gehalten, die ich in meinem Leben nicht wieder vergessen werde. Es wäre etwas Trauriges passiert, auf allen Geschwadern hätte die Besatzung verschiedener Schiffe den Gehorsam verweigert. Als die Flotte auslaufen sollte, hätten die Mannschaften den Feuerlöschapparat angestellt, so daß in allen Kesseln das Feuer ausging. Bei jedem „Seeklar"-Befehl hätten sie dasselbe gemacht und infolgedessen das Auslaufen der Flotte verhindert. Man fragt sie nach dem Grund, worauf sie antworteten, sie würden sonst keinen Befehl verweigern, aber unter keinen Umständen auslaufen. Sie wollten den

Verzweiflungskampf der deutschen Flotte nicht mitmachen. An höherer Stelle sagte man sich, ehe wir die Flotte ausliefern, setzen wir alles auf eine Karte. Lieber lassen wir alles kurz und klein schießen, ehe wir dem Engländer unsere schöne Flotte ausliefern. Und wie auch der Kommandant S. M. S. „Thüringen" sagte. „Wir verfeuern unsere letzten 2000 Schuß und wollen mit wehender Flagge untergehen." Darauf haben sie (die Soldaten) zu ihm gesagt, er solle allein losfahren und nun ging der Krach los. Auf „Thüringen" und „Helgoland" vom 1. Geschwader war es am schlimmsten. Die Meuterer hatten sich im Vorschiff verbarrikadiert. Auf „Helgoland" hatten sie drei Geschütze besetzt. Die Rede, die unser Halbflottillenchef hielt, kann ich hier nicht ausführlich schreiben, er teilte uns nur mit, daß wir vom Befehlshaber der Torpedoboote dazu bestimmt seien, hier wieder Ordnung zu schaffen und, falls es die „Pflicht" erfordern sollte, müßten wir die Waffen gegen die eigenen Kameraden erheben. Wie uns zumute gewesen ist, kann ich keinem Menschen erzählen. Wir machten unsere Maschinengewehre, unsere Geschütze und Torpedos klar und fuhren etwa bis auf 2000 Meter an die „Thüringen" heran. Inzwischen war aus Wilhelmshaven ein Dampfer mit 250 Marineinfanteristen eingetroffen, die die Aufrührer wegtransportieren sollten. Falls sich nun dieselben weigern sollten, den Dampfer zu betreten, sollte „B 97" dazwischenschießen.

Lieber Papa, wenn Du wüßtest, wie es mir zumute gewesen ist, als wir die Kanonen auf unsre Kameraden gerichtet hatten, welche ohnmächtige Wut ich hatte. Was sollten wir auch machen, es kam ja alles so plötzlich, keine Verständigung mit anderen Booten, keiner, der uns den Rücken deckte. Aber wir hofften ja immer noch, daß die Sache gut ablaufen könnte. Endlich nach einer Stunde gaben die Aufständischen ihre Sache auf und zeigten durch die Bullaugen die Rote-Kreuz-Flagge. Sie ließen sich dann, ungefähr 600 Mann, ruhig an Bord des Dampfers bringen. Uns fiel ein Stein vom Herzen, es hing an Haaresbreite, und wenn wir auch niemals auf unsre Kameraden geschossen hätten, auf uns waren von der „Helgoland" drei 15-Zentimeter-Geschütze gerichtet und wenn nur ein Schuß von uns gefallen wäre, von „B 97" wäre kein Holzsplitter mehr übriggeblieben.

Ich werde den 31. Oktober in meinem Leben nie vergessen, es war tausendmal schrecklicher wie bei Oesel oder im Kanal.

Auf der „Helgoland" und den andern Schiffen hatte sich der Tumult inzwischen etwas gelegt. Den Zweck haben sie ja erreicht, die Flotte wird in der nächsten Zeit nicht auslaufen, und wenn wir jedenfalls auch darunter leiden müssen, aber unsre Zeit kommt bald oder der Friede muß bald kommen. Sonst machen wir ihn uns selber. Die Marine macht nicht mehr mit — wenn nur die Armee und das Volk bald folgt.

Heute liegen wir noch in Wilhelmshaven, morgen schon gehen wir nach einer andern Stationsbasis, wahrscheinlich Brunsbüttel am Kaiser-Wilhelm-Kanal.

So, lieber Papa, das ist nun, was ich Dir vorläufig mitteilen kann. Beunruhigt Euch nun nicht, wenns auch etwas drunter und drüber geht. Totschießen lassen wir uns nicht mehr die letzten Tage."

Zur Vorgeschichte der Umwälzungen.

Berlin, 15. November. Zu der Mitteilung des „Vorwärts" von einem angeblichen Verzweiflungsplan der deutschen Flotte, der den Ausbruch der Revolution veranlaßt haben soll, wird von seiten des Admiralstabes mitgeteilt: Ein solcher Verzweiflungsplan hat niemals bestanden. Die Operation, die beabsichtigt war und von der außer dem Chef der Hochseeflotte überhaupt nur zwei Admirale Kenntnis hatten, galt vielmehr dem Schutz des rechten Flügels unserer Armee, der bei seinem Rückzug durch feindliche Landungen an der flandrischen Küste bedroht war. Zu diesem Zwecke sollten leichte Seestreitkräfte, und zwar hauptsächlich U-Boote, einen jener Vorstöße an die Themse machen, wie sie hundert Mal in gleicher Weise unternommen worden sind, und zwar zu dem Zwecke, feindliche Transportmanöver zu stören. Die U-Boote hatten natürlich etwaige feindliche Seestreitkräfte, die sich bei dieser Gelegenheit gezeigt hätten, angreifen sollen. Die Hochseeflotte dagegen sollte lediglich zum Schutze eine Aufnahmestellung einnehmen, um gegebenenfalls den Rückzug der leichten Seestreitkräfte zu decken. Von einer Absicht, sich in sinnloser Weise auf den Feind zu werfen, sei also überhaupt nicht die Rede gewesen.

	Sonntag, 17. November 1918	

WTB **Amsterdam**, 17. November. Die deutsche Streitmacht unter General von Lettow-Vorbeck hat sich am Morgen des 14. November am Somdesi-Fluß, südlich von Konsena (Nord-Rhodesia) ergeben.

Ein baltischer Staat.

Der vereinigte Landesrat von Livland, Esthland, Riga und Oesel beschloß, gemeinsam mit dem kurländischen Landesrat, einen Regentschaftsrat und einen aus Vertretern aller Nationalitäten und Bevölkerungsgruppen der baltischen Lande bestehenden baltischen Landesausschuß zu wählen. Der Landesausschuß erhält die Aufgabe, den Verfassungsentwurf für den aus Kurland, Livland und Esthland, den vorgelagerten Inseln und Riga zu bildenden baltischen Staat auszuarbeiten.

Der „Vorwärts", Berlin, (sozialdemokratisch) 19. Nov. 1918.

Aufreizung zum Bürgerkrieg.

Propaganda für eine Regierung Liebknecht.

Berlin, 18. November. Der von der deutschen Presse erwähnte Funkspruch der russischen Regierung an die deutschen Arbeiter-, Soldaten- und Matrosenräte, worin sie zu bewaffnetem Vorgehen und zur Bildung einer Regierung Liebknecht auffordert, lautet in seinem maßgebenden Text folgendermaßen:

„Soldaten und Matrosen, gebt die Waffen nicht aus der Hand. Es gilt, mit den Waffen in der Hand wirklich die Macht überall zu übernehmen und eine Arbeiter-, Soldaten- und Matrosenregierung mit Liebknecht an der Spitze zu bilden. Lasset euch keine Nationalversammlungen aufschwatzen."

An zuständiger Regierungsstelle ist man der Ansicht, daß dieser Aufruf eine unberechtigte Einmischung in die deutschen Verhältnisse darstellt und außerdem eine Klarstellung des Standpunktes erfordert, den die russische Sowjetregierung gegenüber der deutschen Volksregierung einnimmt. Das deutsche Volk will mit allen Völkern in Frieden leben, also auch mit dem Sowjetrußland; es kann aber verlangen, daß sein Recht auf Selbstbestimmung der staatlichen Verhältnisse allerseits geachtet wird und daß Einmischungen von außen her unterbleiben.

Behandlung deutscher Beamter in Polen.

WTB **Berlin**, 18. November. Während die Heimkehr der Angehörigen der deutschen Zivilverwaltung ohne Störung erfolgt ist, haben sich die bisher in Lodz tätig gewesenen deutschen Beamten und Beamtinnen eine schwere Belästigung seitens der Polen bieten lassen müssen. Die heimkehrenden 120 Personen wurden in Viehwagen geschafft und langten erst nach 16stündiger Fahrt an der deutschen Grenze in Skalmierzyce an. Unterwegs waren sie durch bewaffnete Angehörige der polnischen Militärorganisation entwaffnet und ihres Privateigentums beraubt worden. Gegen diese völkerrechtswidrige und entwürdigende Behandlung unserer Landsleute seitens der Polen ist kein Protest scharf genug.

Digitized by Google

Dienstag, 19. November 1918

Die Frage Posens.

Berlin, 19. November. Wie unsere Berliner Redaktion erfährt, sind augenblicklich Versuche im Gange, durch persönliche Fühlung mit den polnischen Führern eine Einigung zu erzielen. Zu diesem Zweck wird voraussichtlich ein Regierungsvertreter in Posen eintreffen. Ob es ihm gelingen wird, durch Verhandlungen die drohende Gefahr abzuwehren und vor allem auch die Polen dazu zu bewegen, daß sie die bereits für nächsten Monat ausgeschriebenen Wahlen zur polnischen Nationalversammlung so lange hinausschiebt, bis über das Schicksal der Provinz Posen endgültig entschieden ist, muß freilich erst abgewartet werden.

Deutsche Verluste.

Frankfurt a. M., 19. November. Die „Frankfurter Zeitung" kann auf Grund zuverlässiger Unterlagen die Verluste Deutschlands bis zum 31. Oktober 1918 wie folgt angeben: Deutschland hat 1 580 000 Tote zu beklagen. Als vermißt werden 260 000 Mann gemeldet, von denen aber ebenfalls ein großer Teil nicht mehr unter den Lebenden weilen wird. Die Zahl der in Feindeshand befindlichen deutschen Gefangenen beträgt 490 000. Verwundet wurden 4 Millionen Soldaten, wobei aber eine wiederholte Zählung in den Fällen vorgekommen ist, wo ein Soldat mehrmals verwundet wurde.

Freitag, 22. November 1918.

Nach einer Liebknecht-Versammlung.

Berlin, 22. November. Zu einer Schießerei, bei der drei Personen den Tod fanden und mehrere verletzt wurden, kam es in der vergangenen Nacht am Polizeipräsidium. Kurz nach 12 Uhr erschien ein Trupp verhetzter Menschen, um die „politischen Gefangenen" zu befreien, die angeblich im Polizeipräsidium festgehalten wurden. Trotz der Erklärung, daß sich im Polizeigewahrsam keine politischen Gefangenen befanden, beruhigten sich die irregeführten Menschen nicht, son-

dern erzwangen den Einlaß mit Gewalt. Hierbei kam es zu einem Feuergefecht, bei dem sogar die Maschinengewehre in Tätigkeit traten. Es gelang ihnen schließlich, in das Amtsgebäude einzudringen. Während ihnen hier der Kommissar vom Dienst wiederum erklärte, daß politische Gefangene gar nicht vorhanden seien, öffneten andere den Polizeigewahrsam gewaltsam und verhalfen allen Verhafteten zur Flucht. Bei dieser Schießerei wurde ein Soldat, der an dem Ueberfall nicht beteiligt war, durch einen Querschläger tödlich getroffen, ebenso ein Mann und eine Frau, deren Leichen der Trupp mitnahm. Die Leiche des Soldaten wurde im Polizeipräsidium aufgebahrt. Mehrere andere Personen, die verwundet sind, ließen sich auf der Unfallstation in der Landsbergerstraße verbinden und begaben sich dann wieder in ihre Wohnungen.

Berlin, 22. November. „Deutsche Allgemeine Zeitung": Der Polizeibeauftragte Scheidemann hält es für selbstverständlich, daß die Konstituante so schnell wie möglich einberufen wird, da es ein Unglück für das Land bedeuten würde, wenn noch viel Zeit verstreicht. Wir werden zu keinem Frieden kommen, ohne die Konstituante. Auf demselben Standpunkt steht der Minister des Innern, Dr. Preuß. Nach seiner Ansicht kann aber der Termin nicht eher festgelegt werden, bis alle technischen Schwierigkeiten beseitigt sind.

⊙	**Sonnabend, 23. November 1918**	⊙

Der Ursprung des Krieges.

München, 23. November. Die Korrespondenz Hoffmann meldet amtlich: Der bayerische Ministerpräsident und Minister des Aeußern hat vor kurzem bei der Reichsregierung den Antrag gestellt, die Akten über den Kriegsursprung zu veröffentlichen. Diese Anregung wurde durch die Einsicht veranlaßt, daß nur durch die volle Wahrheit das Vertrauensverhältnis zwischen den Völkern hergestellt werden könnte, das die Voraussetzung für einen Frieden der Völkerversöhnung ist. Der bayerische Ministerpräsident wird bemüht sein, aus den diplomatischen Urkunden des bayerischen Dienstes aufklärende Beiträge zur Vorgeschichte des Weltkrieges zu veröffentlichen. Vorerst seien aus den Berliner Gesandtschaftsberichten des Grafen Lerchenfeld Einzelheiten mitgeteilt:

In einem Bericht vom 18. Juli 1914 hat der bayerische Gesandte in Berlin Graf Lerchenfeld die Beziehungen erörtert, die zwischen der Berliner Regierung und dem verhängnisvollen Ultimatum Oesterreichs an Serbien bestehen. Es heißt da: Auf Grund von Rücksprachen, die ich mit Unterstaatssekretär Zimmermann, ferner mit dem Balkan-Dreibundreferenten im Auswärtigen Amt und mit dem österreichisch-

ungarischen Botschaftsrat dahier hatte, beehre ich mich zu berichten. Der Schritt, den [illegible] Kabinett sich entschlossen hat in Belgrad zu unternehmen und der in der Ueberreichung einer Note bestehen wird, wird am 25. ds. Mts. erfolgen. Die Hinausschiebung der Aktion zu diesem Zeitpunkte hat ihren Grund darin, daß man die Abreise Poincarés und Viviani von Petersburg abwarten möchte, um mit den Zweibundmächten eine Verständigung über eine etwaige Gegenaktion zu erleichtern. Bis dahin gab man sich in Wien durch die gleichzeitige Beurlaubung des Kriegsministers und des Chefs des Generalstabes den Anschein friedlicher Gesinnung und auf die Presse und die Börse ist nicht ohne Erfolg eingewirkt worden. Daß das Wiener Kabinett in dieser Beziehung geschickt vorgeht, wird hier anerkannt und man bedauert nur, daß Graf Tisza, der anfangs gegen ein scharferes Vorgehen gewesen sein soll, durch seine Erklärung im ungarischen Abgeordnetenhause den Schleier etwas gelüftet hat. Wie mir Zimmermann sagte, wird die Note, soweit sie bis jetzt feststeht, folgende Forderungen enthalten:

1. Erlaß einer Proklamation durch den König von Serbien, in der ausgesprochen wird, daß die serbische Regierung der großserbischen Bewegung vollkommen fernstehe und sie nicht billige. 2. Einleitung einer Untersuchung gegen die Mitschuldigen an dem Morde in Serajewo. Teilnahme österreichischer Beamter an dieser. 3. Einschreiten gegen alle an der großserbischen Bewegung Beteiligten. Für die Annahme dieser Forderungen soll eine Frist von 48 Stunden gestellt werden. Daß Serbien derartige mit seiner Würde als unabhängiger Staat unvereinbare Forderungen nicht annehmen kann, liegt auf der Hand. Die Folge wäre also der Krieg. Hier ist man durchaus damit einverstanden, daß Oesterreich die günstige Stunde nützt, selbst auf die Gefahr weiterer Verwicklungen hin. Ob man aber wirklich in Wien sich dazu aufraffen wird, erscheint v. Jagow und Zimmermann noch immer zweifelhaft. Der Unterstaatssekretär äußerte sich dahin, daß Oesterreich-Ungarn dank seiner Entschlußlosigkeit und Zerfahrenheit jetzt eigentlich der kranke Mann in Europa geworden sei wie früher die Türkei, auf dessen Aufteilung Russen, Italiener, Rumänen, Serben und Montenegriner warten.

Ein starkes und erfolgreiches Einschreiten gegen Serbien würde dazu führen, daß Oesterreicher und Ungarn sich wieder als staatliche Macht fühlten. Es würde das darniederliegende wirtschaftliche Leben wieder aufrichten und die fremden Aspirationen auf Jahre hinaus niederhalten. Bei der Empörung, die heute in der ganzen Monarchie über die Bluttat herrsche, könne man wohl auch der slawischen Truppen sicher sein. In einigen Jahren sei dies bei weiterer Fortwirkung der slawischen Propaganda, wie General Konrad von Hoetzendorff selbst zugegeben habe, nicht der Fall. Man ist also hier der Ansicht, daß es für Oesterreich sich um eine Schicksalsstunde handle, und aus diesem Grunde hat man hier auf eine Anfrage aus Wien ohne Zögern

Dienstag, 26. November 1918 | 2

Die rote Fahne verbrannt.

November. [illegible] Truppen der 6 [illegible] ttigt worden. [illegible] ndos wurde [illegible] erbrannt. [illegible] gen. Aus [illegible] eigeeilte Leute der [illegible] land wieder der, [illegible] r in den Besitz des [illegible] ch wurde [illegible] Matrosen wurden [illegible] nge der gegenwärtige [illegible] sagen.

Donnerstag, 28. November 1918 | 2

Abdankungsurkunde Wilhelms II.

ausgestellt in Holland am 28. November.

, 29. November. [illegible] dankung zu begegnen, [illegible] einwandfreien Urkunde auf [illegible] der damit verbundenen [illegible] de hat folgenden Wortlaut:

chte hierdurch für alle Zukunft auf [illegible] ns und die damit verbundenen [illegible]

entbinde ich alle Beamten des Deutschen Reiches und die alle Offiziere, Unteroffiziere und Mannschaften des preußischen Heeres und der Truppen der Bundesstaaten s Treueides, den sie mir als ihrem Kaiser, König und lshaber geleistet haben. Ich erwarte von ihnen, bis zur ordnung des Deutschen Reiches den Inhabern der tatsächlichen walt in Deutschland helfen, das deutsche Volk gegen die fahren der Anarchie, der Hungersnot und der Fremdherrschaft zu schützen.

h unter unserer höchst eigenhändigen Unterschrift und kaiserlichen Insiegel.

Amerongen, den 28. November 1918.

gez. Wilhelm.

Buchdruckerei Erich Spandel, Nürnberg.

:t, daß wir mit jedem Vorgehen, zu dem man sich dort entschließe,
rstanden seien, auch auf die Gefahr eines Krieges mit Rußland
Die Blankovollmacht, die man dem Kabinettschef, Grafen Berch-
und dem Grafen Hayos gab, der zur Uebergabe eines aller-
en Handschreibens und ausführlichen Promemorias hierher ge-
ten war, ging so weit, daß die österreichisch-ungarische Regie-
ermächtigt wurde, mit Bulgarien wegen der Aufnahme in den
)und zu verhandeln. In Wien scheint man ein so unbedingtes
'eten Deutschlands für die Donaumonarchie nicht erwartet zu
), und Herr Zimmermann hat den Eindruck, als ob es den immer
lichen, entschlußlosen Stellen in Wien sast unangenehm wäre,
)an deutscher Seite nicht zur Vorsicht und zur Zurückhaltung ge-
it wurde. Wie sehr man in Wien mit seinen Entschlüssen wankt,
ise der Umstand, daß Graf Berchtold drei Tage, nachdem er hier
n eines Bündnisses mit Bulgarien hatte fragen lassen, tele-
giert habe, daß er doch noch Bedenken trage, mit Bulgarien ab-
ließen. Man hätte es daher auch hier lieber gesehen, wenn mit
Aktion gegen Serbien nicht so lange gewartet würde, und der
schen Regierung nicht Zeit gelassen würde, etwa unter russisch-
österreichischem Drucke von sich aus eine Genugtuung anzubieten. Es
dann in diesem Berichte des Grafen Lerchenfeld an den Grafen
ling weiter über die diplomatische Aktion geplaudert. Die
)sleitung werde mit dem Hinweise darauf, daß der Kaiser auf
Nordlandsreise sei und der Chef des großen Generalstabes, sowie
preußische Kriegsminister auf Urlaub seien, behaupten, durch die
'n Oesterreichs genau so überrascht worden zu sein, wie die
ren Mächte. Weiterhin werden über das vermutliche Verhalten
schlands und der Mächte allerlei Betrachtungen angestellt. Es
da: „Herr Zimmermann nimmt an, daß sowohl England als
kreich, denen ein Krieg zur Zeit kaum erwünscht wäre, auf Auß-
in friedlichem Sinne einwirken werden. Außerdem baut er dar-
daß das „Russen" eines der beliebtesten Requisiten der russischen
tik bildet, und daß der Russe zwar gern mit dem Schwert droht,
)er im entscheidenden Moment doch nicht gerne für andere zieht".
r England wird gesagt, daß ein Krieg zwischen dem Zweibund
dem Dreibund England im jetzigen Zeitpunkte schon mit Rücksicht
die Lage in Irland wenig willkommen sei. Käme es freilich zum
ge, so sei es die Auffassung in Berlin, die englischen Vettern
)en wir auf der Seite unserer Gegner finden, da England be-
)te, daß Frankreich im Falle einer Niederlage auf die Stufe einer
)t zweiten Ranges herabsinke, und damit das europäische Gleich-
cht gestört würde. Nicht uninteressant ist es, daß in diesem Be-
auf eine ganz vertrauliche Mitteilung hingewiesen wurde, wo-
der deutsche Botschaftsrat Fritz Stollberg in Wien schon vor
)en Tagen bei Oesterreich die Frage einer Entschädigung Italiens
) Abtretung des südlichen Trentino erörtert habe (also schon
ols).

erklärt, daß wir mit je
einverstanden seien, n
hin. Die Blankovollm
zeld und dem Grafen
höchsten Handschreibe
kommen war, ging
rung ermächtigt wur
Dreibund zu erhalt
Eintreten Deutschlan
habes, und Herr Zim
Englischen, entschluß
daß von deutscher S
wahnt wurde. Wie
beweise der Umstand
wegen eines Bünd
graphiert habe, daß
zuschließen. Man
der Aktion gegen
serbischen Regierun
französischem Druck
wird dann in diese
Hertling weiter ü
Reichsleitung werd
der Nordlandsreise
der preußische Krie
Aktion Oesterreich
anderen Mächte.
Deutschlands und
heißt da: „Herr
Frankreich, denen
land in friedliche
auf, daß das „Bü
Politik bildet, un
es aber um entsch
Ueber England
und dem Dreibu
auf die Lage in
Kriege, so sei es
würden wir auf
fürchte, daß Fra
Macht zweiten
gewicht gestört
richt auf eine g
nach der deutsc
einigen Tagen
durch Abtretun
damals).

UNIVERSITY OF MICHIGAN
3 9015 01138 9197

Filmed by Preservation 1989